A 4846 FX

SOPO

40

SOZIALISTISCHE POLITIK
JUNI 1977
9. JAHRG. HEFT 2 DM 6,-

Demokratische Bewegung in der BRD / R.Kühnl

Berufsverbot: Wer indoktriniert wen? / K.Holzkamp

Hochschulformierung - Szenario / P.M.Kaiser, D.Keiner, H.J.Krysmanski

Bildungspolitik der BDA /P.Adamski

Diskussion & Kritik

Systemtheorie gegen Gesellschaftstheorie? /K.H.Tjaden

Wissenschaftsgeschichte/Lefèvre,Brockmeier

Automation /T.Waldhubel,S.Wenk

"Eurokommunismus" /C.Kievenheim,B.Heidtmann

Rezensionen: Sozialwiss. Methoden

FORMIERTE INTELLIGENZ?

AUTORENVERZEICHNIS

Peter Adamski
Doktorand der Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg
Jens Brockmeier
Jg. '51, Studium der Philosophie an der FU Berlin (West)
Volker Gransow
Jg. '45, Wiss.Ass. an der Universität Bielefeld
Bernhard Heidtmann
Jg. '38, Dr.phil.habil., Privatdozent am Institut für Philosophie der FU Berlin (West)
Peter Hinrichs
Jg. '48, Dipl.Soz., Doktorand und Lehrbeauftragter an der Universität Bremen
Klaus Holzkamp
Jg. '27, Prof. für Psychologie am Psychologischen Institut der FU Berlin (West)
Peter M. Kaiser
Jg. '44, Dr., Wiss.Ass. am Fachbereich Chemie der Universität Münster
Dieter Keiner
Jg. '40, Akadem.Oberrat am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Münster
Christoph Kievenheim
Jg. '46, Wiss.Ass. am Institut für Soziologie der FU Berlin (West)
Hans Jürgen Krysmanski
Jg. '35, Professor für Soziologie an der Universität Münster
Reinhard Kühnl
Jg. '36, Prof. für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg
Wolfgang Lefèvre
Jg. '41, Dr.phil., Wiss.Ass. am Institut für Philosophie der FU Berlin (West)
Werner Maschewsky
Jg. '47, Dipl.Soz., Wiss.Ass. am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Lehrbeauftragter für experimentelle Psychologie am Psychologischen Institut der FU Berlin (West)
Ulrike Schneider
Jg. '47, Dipl.Soz., Wiss.Ass. am Psychologischen Institut der FU Berlin (West)
Karl Hermann Tjaden
Jg. '35, Prof. für Soziologie an der Gesamthochschule Kassel
Thomas Waldhubel
Jg. '50, Studium der Psychologie am Fachbereich 11 der FU Berlin (West)
Silke Wenk
Jg. '49, Studium der Kunstwissenschaften und Soziologie an der FU Berlin (West)

Umschlaggestaltung und Layout: Ralph Christians

ISSN 0340-9198

© das europäische buch Literatur Vertrieb GmbH, Westberlin, 1977
Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten
Die Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden

Herausgeber: Die Redaktion (verantwortlich Hella Stern)
Verantwortlich für Werbung: Tell Schwandt 030/832 40 51

Anschrift für Redaktion, Verlag und Werbung:
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Satz und Druck: Verlag + Druck Informdienst GmbH, Westberlin
SOPO erscheint 4 mal jährlich
Preis des Einzelheftes: DM 6,–
Abonnement (4 Hefte): DM 20,– incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Anzeigenpreisliste Nr. 6 ist gültig

10 r
1452

SOPO 40
SOZIALISTISCHE POLITIK
JUNI 1977
9. JAHRGANG
HEFT 2

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 3

Reinhard Kühnl
Demokratische Bewegung in der BRD. Geschichte und Perspektive 7

Klaus Holzkamp
Berufsverbot im öffentlichen Dienst: Wer indoktriniert wen? 17

Peter M. Kaiser, Dieter Keiner, Hans Jürgen Krysmanski
Leitvorstellungen der Hochschulformierung — Ein Szenario, inspiriert durch das Hochschulrahmengesetz 23

Peter Adamski
Die Schul- und Hochschulpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 31

DISKUSSION & KRITIK

Karl Hermann Tjaden
Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie? (Anläßlich der Beiträge von B. Heidtmann, SOPO 32, und H. Wagner, SOPO 34/35) 47

Wolfgang Lefèvre
Zur Kuhn-Debatte 59

Jens Brockmeier
Kopernikus und das Schattenbild einer Epochenschwelle 72

Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)
Technischer Fortschritt, Entwicklung der Persönlichkeit und marxistische Theorie.(1) Antwort auf W. Wotschack (SOPO 37/38) 82

Christoph Kievenheim
„Eurokommunismus" und „realer Sozialismus" — Thesen zu einer auch bei uns notwendigen Diskussion 100

Bernhardt Heidtmann
„Eurokommunismus " als Ideologie? Über theoretisch-politische Voraussetzungen der Sozialismus-Frage 108

REZENSIONEN

Friedrich/Hennig: Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß (Ulrike Schneider) 121

Franz Dick: Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften (Werner Maschewsky) 136

Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek: Kritik der politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft (Volker Gransow) 149

Jenö Kurucz: Industriephysiker und Industrieherren. Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriephysiker (Peter Hinrichs) 154

Solidaritätsadresse an die Kolleginnen und Kollegen der Spinnstofffabrik Zehlendorf

Die Teilstillegungen im Betriebsteil „Spinnstofffabrik Zehlendorf" der Hoechst AG und die ganzen Vorgänge, die sich darum herum gruppieren, sind ein Skandal, und sie sind mit keinen irgendwie gearteten ökonomischen Gründen zu rechtfertigen.

Erstens ist die Situation in der Erzeugung von Synthesefasern seit Jahren bekannt und kein Problem, das sich von heute auf morgen ergeben hat.

Zweitens sind öffentliche Gelder gerade auch in die „Zehlendorfer Spinne" geflossen und haben wesentlich dazu beigetragen, diesen Betrieb gewinnträchtig zu halten.

Drittens: Die Hoechst AG ist in der Lage, im Jahre 1977 die Dividende kräftig zu erhöhen, über eine Milliarde DM in der BRD und in anderen Ländern zu investieren, aber für die Zehlendorfer Spinne, für die Sicherung der Arbeitsplätze dort, hat sie keinen Pfennig übrig.

Man hatte also Zeit und man hat Zeit, um die Umstellungen der Produktion, deren Notwendigkeit sich keiner verschließt, so vorzubereiten und so vorzunehmen, daß die Arbeitsplätze gesichert bleiben. Aber das ist nicht alles! Es ist heute einfach nicht mehr zu verantworten, daß der Mensch nur für die Produktion da ist und ihrer Entwicklung willkürlich unterworfen wird. Der Mensch ist kein Anhängsel der Maschine. Die Produktion hat für den Menschen da zu sein, ihm zu dienen, seine Arbeit und sein Einkommen zu sichern!

Man muß das ganz klar aussprechen: Wer Effektivität nur als Rationalisierung und nicht auch sozial versteht, d.h. als Sicherung und Erweiterung der sozialen Sicherheit und Lebensqualität, der steht in Wirtschaft und Gesellschaft am falschen Platze. Es geht nicht nur darum, daß man Zeit hatte und hat, um die notwendigen Produktionsumstellungen so zu organisieren, daß die Arbeitsplätze gesichert werden, sondern daß man dazu auch verpflichtet ist. Hier ist die Hoechst AG und hier ist der Senat in die Verantwortung gestellt. D a s ist Verfassungsgebot! In diese Pflicht sind sie zu nehmen. Hieran sind sie zu messen! Wenn die Beschäftigten der Zehlendorfer Spinne und nicht nur der Zehlendorfer Spinne um ihre Arbeitsplätze kämpfen, dann handeln sie im Sinne dieser sozialen Verpflichtung. Es ist unser aller Sache, um die sie kämpfen und es ist unser aller Sache, sie in diesem Kampf zu unterstützen!

Dieser Resolution schließen sich auch gemeinsam die Redaktionen der fünf wissenschaftlichen Zeitschriften, Sozialistische Politik, Das Argument, Lendemain, Probleme des Klassenkampfes und Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus an, in dem Bestreben, ihr Potential in dem breiten Bereich der wissenschaftlichen Öffentlichkeit für die Solidarität mit den Beschäftigten der Zehlendorfer Spinne nutzbar zu machen.

EDITORIAL

Indizieren die Berufsverbote und der Kampf gegen sie die wachsende Einsicht in die gesellschaftliche Relevanz demokratischer Lehre und Forschung, so gewinnt gleichzeitig das Problem der Bestimmung wissenschaftlicher und methodischer Ausgangspunkte einer Klärung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, von Intelligenz und Arbeiterklasse an Bedeutung. Dieser Diskussion wird die SOPO breiten Raum gewähren, um die im engeren Sinne politische Diskussion von Kampfaufgaben angesichts komplizierter Entwicklungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und gewachsener Anforderungen an die Formulierung strategischer und taktischer Ziele wissenschaftlich zu fundieren.

Die analytische Einordnung staatlicher Eingriffe in die Grundrechte der Meinungsfreiheit, Freiheit von Forschung und Lehre, Freiheit des Berufs muß vor dem Hintergrund eines Gesamtzusammenhangs kapitalistischer Krisenstrategien erfolgen, doch bedarf es für die demokratischen und sozialistischen Kräfte der orientierenden Diskussion, welche die Formen politischer Repression auf deren konkrete Ursachen zurückführt und die neuen Qualitäten des Verhältnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz herausarbeitet. Dies wird im ersten Schwerpunkt des vorliegenden Heftes programmatisch unternommen, auf der Basis überarbeiteter Redebeiträge auf der Großveranstaltung zum Thema „Berufsverbote und Kampf um demokratische Grundrechte", die die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen) West-Berlins im Februar abhielten.

„Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Intelligenz (ist) dabei ..., eine neue historische Qualität zu gewinnen." Das ist die wegen und trotz der Krisenlage merk-würdige Quintessenz des Vortrags von R. Kühnl. Ein optimistischer Schluß — und ein wohlbelegter und — überlegter dazu. Kühnl bleibt nicht auf der Abstraktionsstufe der „historischen Defensive", in die das Kapital geraten ist. Für ihn steht die Rede von der „momentanen Defensivperiode" dazu nicht im Widerspruch, sondern ist realistischer Ausgangspunkt für die Untersuchung des Sprengsatzes, den sich die kapitalistischen Gesellschaften mit Arbeitslosigkeit, Inflation und planloser Bildungsplanung selbst gelegt haben. Auf diesem materiellen Grund vollzieht sich, wie Kühnl mit Vorsicht formuliert, „der Annäherungsprozeß' zwischen Arbeiterbewegung und Intelligenz „von beiden Seiten... Es wird Rückschläge geben, nicht nur bei den Studenten, auch bei den Gewerkschaften. Aber dies ist ein Prozeß, bei dessen Klärung und Herausbildung sich das Engagement der demokratischen Intelligenz m.E. sehr wohl lohnt".

K. Holzkamp weist nicht nur den Vorwurf zurück, der Marxismus sei eine Doktrin, sondern zeigt am Beispiel der Berufsverbote, daß es den politisch Verantwortlichen nicht um die Bekämpfung von Indoktrination geht, sondern um den Schutz und die Absicherung von Indoktrinationsprozessen im herrschenden Interesse. Darüber hinaus liefert er wichtige Ansatzpunkte für die Diskussion um Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, die in großen Teilen der Intelligenz geführt wird, insofern er das Problem des methodischen Ausgangspunktes herausstellt. Berufsverbote dienen nicht nur der „Durchsetzung der Indoktrination auf die bestehende Ordnung gegenüber einer vermeintlichen marxistischen Gegendoktrin", sondern sind eines der „Kampfmittel der Bourgeoisie und ihrer Interessenvertreter zur Verteidigung des blinden Glaubens an die ‚unverzicht-

baren Werte' unserer kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschafts- und Staatsordnung gegen den Ansturm der wissenschaftlichen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse durch den Marxismus".

Mit den an den Hochschulen konstatierbaren oder sich doch abzeichnenden Formen der Wissenschaftsorganisation im Zuge der Realisierung des Hochschulrahmengesetzes beschäftigen sich P.M. Kaiser, D. Keiner und H.J. Krysmanski. Sie heben dabei einen doppelten Effekt des Hochschulrahmengesetzes und anderer begleitender Entwicklungen hervor. Einmal stellen sie die umfassende Ökonomisierung des Hochschulbetriebes, die Unterordnung der Organisation von Forschung und Lehre unter Prinzipien betriebswirtschaftlicher Leitung fest, zum anderen zeigen sie die mit der Bürokratisierung verbundenen Momente der zunehmenden Hierarchisierung in der Personalstruktur und des damit verbundenen Abbaus an Mitbestimmungsmöglichkeiten auf, die in den letzten Jahren für die Hochschulangehörigen „unterhalb" der Ordinarien errungen worden waren. Beides läßt sich unter dem Begriff der „Formierung" zusammenfassen. In ihrem Ergebnis kommt es über Loyalitätsverpflichtung und finanziellen Druck sowie über die Beeinflussung des Prüfungswesens durch die „Abnehmer" außerhalb der Hochschulen zu direkten Eingriffen in die Lehr- und Forschungsvorhaben.

Ebenfalls vor dem Hintergrund zugespitzter bildungspolitischer Auseinandersetzungen versteht sich der Beitrag von P. Adamski über die schul- und hochschulpolitischen Orientierungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Das ausgebreitete Material macht einerseits das Wachstum der bildungspolitischen Probleme der Kapitalverbände deutlich, insbesondere das Dilemma, die Bildungssysteme leistungsfähiger machen zu müssen, ohne die Kontrolle über sie und ihre gesellschaftlichen Folgewirkungen preiszugeben. Andererseits dokumentiert es den Stand der konzeptionellen Arbeit der BDA, die jahrelang im Schatten der Reform erfolgte.

K.H. Tjaden knüpft an die kritischen Untersuchungen, die in dieser Zeitschrift zur bürgerlichen Systemtheorie, insbesondere derjenigen von Niklas Luhmann, erschienen sind, an (B. Heidtmann, in: SOPO 32, H. Wagner, in: SOPO 34/35). Er versucht, eine Reihe von Problemen zu präzisieren, die von Heidtmann und Wagner angesprochen, nicht aber weiter verfolgt worden waren. Insbesondere insistiert Tjaden auf der Leistungsfähigkeit des System-Begriffs für eine systematische Theorie gesellschaftlicher Entwicklung, die den entscheidenden Mangel der Luhmannschen Konzeption vermeidet, ihre Begriffe von System und Umwelt von gesellschaftsspezifischen Inhalten zu entleeren und einer administrativen Rationalisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung auszuliefern. Demgegenüber begründet Tjaden das Programm, gesellschaftliche Entwicklung als Entwicklung der Systeme gesellschaftlicher Aktivität zu untersuchen, die auf der naturevolutionär sich herausbildenden Entgegensetzung menschlicher und außermenschlicher Natur basieren und den je problematischen materiellen Austausch, die ebenso zwangsläufige wie tätige Vermittlung zwischen beiden Naturmomenten bewerkstelligen.

Im Anschluß an die kritische Auseinandersetzung um den Stellenwert der Wissenschaftstheorie-Debatte (vgl. E. Stölting in SOPO 39) untersucht W. Lefèvre vom wissenschaftshistorischen Standpunkt aus Wirkungen und Konsequenzen von Kuhns „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" für einen sozialgeschichtlich orientierten wissenschaftshistorischen Forschungsansatz. Fragt man nach den historischen Bedingungen und dem methodischen Selbstverständnis der Konzeption Kuhns, wird der wissenschaftstheoretische Beitrag

dieser Debatte an Einzelproblemen der historisch-materialistischen Geschichtswissenschaft zu messen sein.

Die Konzeption einer philosophie- und wissenschaftsgeschichtlichen Rekonstruktion der Neuzeit, die H. Blumenberg als Weiterentwicklung der Kuhnschen Vorstellung eines „Paradigmenwechsels" in umfangreichen Schriften zu begründen versucht, wird in einem Beitrag von J. Brockmeier untersucht. Blumenberg sucht mit seinem anspruchsvollen Unterfangen in dem Bezug auf die mit Kopernikus eingeleitete „Wende" die historische Genese des neuzeitlichen Selbstverständnisses nachzuzeichnen. Dabei erweisen sich die Schwächen dieses Verfahrens wesentlich als durch die Beschränkungen einer rein geistesgeschichtlich-immanenten Sehweise komplexer historischer Prozesse bedingt. Ohne Rekurs auf die realhistorischen Dimensionen bleibt auch ein Verständnis, das nur auf die innere Entwicklungslogik von Theoriegeschichte abzielt, in sich mangelhaft.

Auf den Aufsatz „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation" von Th. Waldhubel und S. Wenk in SOPO 36 hatte W. Wotschack in SOPO 37/38 kritisch repliziert. Insbesondere seine auf das „theoretische Rüstzeug" bezogenen Einwände nehmen nunmehr die Autoren der Projektgruppe Automation und Qualifikation zum Anlaß, ihre theoretischen Grundlagen auszuführen, vornehmlich an Fragen, die Wotschacks Kritik aufgeworfen hatte: Wie sind Perspektiven und Zielstellungen der gesellschaftlichen Entwicklung wissenschaftlich begründbar? Wie ist das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als widersprüchlich sich entwickelndes konkret zu bestimmen? Welchen Stellenwert haben Entwicklung und Emanzipation der Individuen in der Marxschen Theorie? Wie ist die Marxsche Methode bei der Erforschung heutiger Wirklichkeit anzuwenden? Solche theoretisch-methodischen Fragen werden von den Autoren zugleich als praktische, als Fragen nach der adäquaten Bestimmung politischen Handelns der demokratischen Bewegung in der BRD und in West-Berlin begriffen.

Aus Platzgründen mußte der Aufsatz von Waldhubel und Wenk geteilt werden. Der 2. Teil erscheint in SOPO 41.

In dem andauernden Klima des Angriffs auf die bürgerlichen Freiheiten, dem sich auch die Intelligenz gegenübersieht, und angesichts zunehmender bürgerlicher Spaltungsversuche, ist die Diskussion und Vereinheitlichung unterschiedlicher Positionen der Politik der demokratischen Bewegung dringlich. Die wissenschaftlichen Begründungen vorgeschlagener Alternativen konzentrieren sich auf die Frage, ob und wie die heute existierenden Realitäten des Kapitalismus mit den allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und den Erfordernissen des Klassenkampfes zu vereinbaren sind.

Wir veröffentlichen zu dieser Thematik den thesenhaften Beitrag von Ch. Kievenheim, der einen beträchtlichen Teil von Vorstellungen in der Intelligenz repräsentiert. Insbesondere aber nimmt er Fragen auf, die auch für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung von Bedeutung sind: Die Frage der parlamentarischen Mehrheiten, der Organisation, den Zusammenhang von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie etc.

Eben diese Probleme stehen auch im Mittelpunkt der Thesen B. Heidtmanns, der sich kritisch mit Kievenheims Beitrag auseinandersetzt: Nicht die Bedeutung der genannten Komplexe bzw. der Diskussion in westeuropäischen Ländern ist der Streitpunkt, sondern es geht um die wissenschaftliche Begründung und Verarbeitung der gegebenen Realität, um die unterliegende Methode theoretischer Verallgemeinerung. Wie also der Übergang zum Sozialismus in

der Theorie zum Ausdruck der wirklichen Widersprüche wird. — Eine wichtige Aufgabe für die an Kievenheims und Heidtmanns Beiträge in den folgenden Heften anschließende Diskussion wird es sein, mögliche Formen der Vereinheitlichung strategischer Vorstellungen zu entwickeln.

Ein Wort noch in eigener Sache. Manche unserer Leser empfanden die Dokumentation der französischen Diskussion zur Frage der Diktatur des Proletariats in Heft 36 und 37/38 als zu kurz gekommen. Wir sind der Auffassung, daß es uns gelungen ist, einige der wichtigsten Artikel zu dieser Frage zu bringen, und zwar in einem Umfang, den keine andere westdeutsche und Westberliner Zeitschrift auf diese Diskussion verwandt hat.

Wir hätten gern mehr Beiträge dokumentiert, insbesondere einen weiteren Artikel von Hincker, durch den wenigstens die in diesem Heft angesprochene Problematik abgerundet worden wäre. Leider waren die Abdruckrechte schon vergeben. Unser Handicap in dieser Frage: Erstens. Wir haben (noch) keine Leute „vor Ort", d.h. wir können diese Zeitschriften immer erst hier und immer nur außerhalb unserer anderen Arbeitsverpflichtungen auswerten. Das kostet Zeit und wir kommen deshalb oft zu spät. Zweitens. Wir haben kein Geld, um uns einfach nach erster Durchsicht die Abdruckrechte en bloc zu sichern; unabhängig davon, ob wir die Artikel später überhaupt drucken können. Ein Problem der Auswahl bleibt für uns immer bestehen, denn wir können einen Heftumfang von in der Regel 144 Seiten nicht überschreiten, ohne wieder in die roten Zahlen zu geraten. Fazit: Es wird noch ein Weilchen dauern, ehe wir hier Abhilfe schaffen können. Wir müssen am Ort die geeigneten Leute finden, die die Zeitschriften auswerten und uns Hinweise geben können. Und wir müssen die Zahl unserer Abonnenten erhöhen, damit wir ggf. den Umfang ohne Preiserhöhung erweitern können. Ein bißchen Zeit wird also noch vergehen, ehe wir uns aus solchen Problemen herausgearbeitet haben.

Andererseits werden wir uns nicht darauf beschränken, laufende Diskussionen lediglich zu dokumentieren. Unser bündnispolitisches Selbstverständnis wird uns nicht zur Beschränkung auf eine Seismographen-Funktion veranlassen, sondern verlangt im Gegenteil das aktive Eingreifen und die Initiierung einer vorausweisenden und klärenden Diskussion, d. h. auch eigene Stellungnahmen zu denjenigen Auseinandersetzungen, die in Sackgassen führen könnten.

Noch etwas: An die zu kurz gekommene Dokumentation wurden weitergehende Schlußfolgerungen hinsichtlich unserer Redaktionspolitik geknüpft. Sie hat sich nicht verändert! Alles, was geeignet ist, die komplizierten Zusammenhänge und Wechselwirkungen in Ökonomie, ideologischem und politischem Überbau usw. — aus welchem Fachgebiet auch immer —, aufzuzeigen, die Umsetzung der Prozesse in der ökonomischen Basis in ideologische und politische Prozesse, in Klassenbewußtsein, in Organisation, in politische Bewegung zu klären und so den Prozeß zu erhellen, in dem sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, wird von uns veröffentlicht, soweit wir es finanziell irgend verkraften können. Unsere einzige Maxime: Diskussion — ja , und in möglichst breitem Rahmen. Antikommunismus — nein, denn er dient der Diskussion nicht, sondern hebt sie auf, er formiert nicht die Fronten entsprechend den Klasseninteressen, sondern er verschiebt sie zugunsten der Monopolbourgeoisie. Eine breite demokratische Front, antimonopolistische Demokratie, fortgeschrittene Demokratie, oder wie immer sich das Selbstverständnis dieser Bewegung ausdrückt, ist u. E. die einzige Möglichkeit, um dem seit 60 Jahren in Gang befindlichen Umwälzungsprozeß der alten gesellschaftlichen Ordnung in der Welt einen friedlichen Charakter zu verleihen.

Reinhard Kühnl

DEMOKRATISCHE BEWEGUNG IN DER BRD. GESCHICHTE UND PERSPEKTIVE*

Liebe Kommilitonen,

Ich nehme die hervorragende Chance, die das Mikrophon und Ihre Anwesenheit bieten, wahr, um Sie mit einigen Überlegungen über unsere Lage und Zukunftsperspektiven zu indoktrinieren und um daraus praktische Konsequenzen zu ziehen. Dem liegt die wahrscheinlich staatsgefährdende Ansicht zugrunde, daß es sich bei der Demokratie um jene Staatsform handelt, in der sich das Volk ununterbrochen in seine eigenen Angelegenheiten mischt. Um zu bestimmen, an welchem Punkt der historischen Bewegung wir gegenwärtig stehen und in welcher Richtung sich diese historische Bewegung weiterentwickelt, ist ein knapper Rückblick erforderlich. Dies ist zugleich ein Rückblick auf eine 30-jährige Geschichte demokratischer Bewegung, ihrer Kämpfe, ihrer partiellen Niederlagen und ihrer Erfolge, vor allen Dingen aber ihrer Erfahrungen, um daraus Folgerungen zu ziehen.

Nachdem der Faschismus 1945 durch die vereinte Anstrengung der europäischen Völker zerschlagen worden war, hatten zunächst die antifaschistischen Kräfte die historische Initiative. Die antifaschistischen Kräfte, die jetzt aus den Zuchthäusern, den Konzentrationslagern, dem Untergrund, der Emigration kamen und versuchten, eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung in diesem Deutschland zu errichten und die die Konsequenzen aus den historischen Erfahrungen mit dem Faschismus zog. Die Folgerungen, die zu ziehen waren, lagen so offen zutage, daß damals eigentlich bei allen Kräften, die sich überhaupt politisch artikulierten, weithin Einigkeit bestand. Einigkeit, weil jedermann miterlebt hatte, daß es der Kapitalismus gewesen war, der den Faschismus hervorgebracht hatte, der ihn als Herrschaftssystem benötigt und der seine politische Richtung bestimmt hatte. Es ergab sich als Folgerung, daß nicht nur die Staatsverfassung umfassend demokratisiert werden mußte, sondern daß auch die Gesellschaftsverfassung und vor allen Dingen die Wirtschaft demokratisiert, d. h. breiter demokratischer Kontrolle unterworfen werden mußte. So dominierten radikaldemokratische und sozialistische Bestrebungen. Das hat sich in der Periode der antifaschistischen Dominanz in den Parteiprogrammen aller Parteien bis hinein in das der CDU und in den Landesverfassungen niedergeschlagen. Es schien zunächst so, als ob auch die Alliierten bereit seien, diesen Weg mitzugehen, denn erinnern Sie sich, daß vom Internationalen Militärtribunal in diesen Jahren nicht nur die Führer der faschistischen Partei als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind, sondern auch die Führer der großen Industrie- und Bankkonzerne — und dies mit gutem Grund und gestützt auf ungeheures Beweismaterial. Sicherlich hatten die arbeitenden Massen nicht plötzlich alle ein klares sozialistisches Bewußtsein. Nach 12-jähriger faschistischer Diktatur wäre dies auch gänzlich unmöglich gewesen.

* Der Vortrag von Prof. Kühnl wurde gehalten am 28. Januar 1977 auf einer Großveranstaltung der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen) West-Berlins „Gegen den Abbau demokratischer Rechte" im Audimax der Technischen Universität. Die Durchsicht des Mitschnitts dieses Vortrags wurde von der Redaktion besorgt.

Wohl aber haben die Erfahrungen gezeigt, daß erhebliche Teile der industriellen Arbeiterschaft ein klares sozialistisches Bewußtsein hatten und daß die breite Majorität der Bevölkerung bereit war, eine Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus zu vollziehen. Das belegen entsprechende Volksabstimmungen in der amerikanischen Zone, z. B. in Hessen.

Wie wir alle wissen, sind diese Kräfte seit 1947/48 zurückgedrängt und schließlich geschlagen worden. Die Gründe dafür hängen mit der globalen Konfrontation zwischen den kapitalistischen Mächten einerseits und der Sowjetunion andererseits, hängen mit der Politik des Kalten Krieges, die in diesen Jahren begonnen hat, zusammen. Für die amerikanische Führungsmacht stellte sich jetzt nämlich die Notwendigkeit, die Westzonen im antikommunistischen Kampf in eine zuverlässige Bastion des Kalten Krieges zu verwandeln. Das hieß nichts anderes, als daß jetzt auf breiter Front und in allen gesellschaftlichen Bereichen eine massive Restaurationspolitik betrieben werden mußte. Das bedeutete zunächst einmal die strukturelle Restauration: die Wiederherstellung genau jener Gesellschaftsordnung, die einst nicht zufällig den Faschismus hervorgebracht hatte, nämlich die kapitalistische; das hieß zweitens aber auch weithin eine personelle Restauration: die Wiedereinsetzung jener Führungsspitzen in Justiz, Verwaltung, Ministerien, Geheimdiensten, Militär und selbstverständlich in der Wirtschaft, die das Dritte Reich getragen und seine Herrschaftsausübung ermöglicht und durchgeführt hatten. Im Zuge dieser Restauration war es dann unvermeidlich, daß auch eine mindestens teilweise ideologische Restauration in dieser Atmosphäre des Kalten Krieges durchgesetzt wurde. Die Elemente der faschistischen Ideologie, die total diskreditiert waren, wie Rassismus, Antisemitismus usw. wurden fallengelassen, aber die übrigen Elemente autoritärer, massiv antisozialistischer und antikommunistischer Ideologie wurden nun wieder restauriert.

Man kann sagen, daß dieser Restaurationsprozeß machtpolitisch bereits Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre entschieden war. Die letzten Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse wurden in den Jahren 1950/52 geführt und endeten mit einer doch weitgehenden Niederlage im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz. Aber in der Periode, als die machtpolitische Entscheidung noch nicht endgültig gefallen war, als die antifaschistischen Kräfte noch relativ stark waren, ist es gelungen, eine Verfassungsordnung mit dezidiert antifaschistischen, demokratischen und der Möglichkeit nach auch sozialistischen Elementen zu verabschieden: das Grundgesetz. Wie Sie wissen, ist sogar der Weg zum Sozialismus, der Weg in eine sozialistische Gesellschaftsordnung, durch das Grundgesetz im Artikel 15 ausdrücklich abgesichert. Unter solchen Umständen ist es natürlich sehr verständlich, daß der heftigste Kampf gegen das Grundgesetz, gegen diese Gehalte des Grundgesetzes von der herrschenden Klasse bereits an dem Tag begann, als das Grundgesetz verabschiedet worden ist: durch Versuche der Uminterpretation, der kunstvollen Interpretation durch die Staatsrechtslehrer, durch explizite Änderungen des Verfassungstextes; in der Militärgesetzgebung Mitte der 50er Jahre und in der Notstandsgesetzgebung 1968. Aber es ist eben doch nicht gelungen, die Kernelemente dieser antifaschistischen und demokratischen und der Möglichkeit nach auch sozialistischen Substanz des Grundgesetzes zu beseitigen. Noch heute sind diese Kernelemente für die herrschende Klasse ein außerordentliches Ärgernis und für die demokratischen Kräfte ein wichtiger Stützpunkt.

Diese Wendung zur Restaurationspolitik ist ermöglicht worden durch eine sehr massive Repressionspolitik. Einerseits dadurch, daß bereits die Besatzungsmächte sehr massiv mit den Mitteln, die sie hatten, eingegriffen haben, um die sozialistischen und radikaldemokratischen Kräfte zurückzudrängen. Das reichte bis zum schlichten Verbot der Ausführung bestimmter Verfassungsartikel, wie z. B. das Verbot des Sozialisierungsartikels in Hessen; durch Repressionspolitik aber auch insofern, als die jetzt etablierte Regierung, die CDU/CSU-geführte Regierung unter Adenauer bereits 1950 eine umfassende Berufsverbotspolitik eingeleitet hat, die sowohl an Extensität wie auch an Intensität der Verfolgung bei weitem alles in den Schatten stellt, was wir trotz aller unangenehmen Erfahrungen heute mit dem Begriff „Berufsverbot" verbinden. Ich erinnere daran, daß damals, insbesondere als das Verbot der Kommunistischen Partei nach 1956 dann auch weitere Scheinargumentationen an die Hand gegeben hat, im Durchschnitt jährlich ungefähr 15.000 politische Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind. Wenn davon auch nur eine Minderheit zu realen Verurteilungen geführt hat, die soziale Existenz dieser Leute war damit vernichtet. Und die einschüchternde Wirkung auf die breiten Massen war offensichtlich. Die Arbeiterbewegung ist nicht zuletzt durch diese Repressionspolitik zum Stillhalten bewegt worden.

Es muß allerdings daran erinnert werden, daß diese Restaurations- und Repressionspolitik sehr wesentlich unterstützt worden ist durch einen lang anhaltenden, mit hohen Dollarkrediten angekurbelten ökonomischen Aufschwung, der auch den breiten Massen erhebliche Verbesserungen des Lebensstandards ermöglicht und die Hoffnung erzeugt hat, dieses System werde vielleicht doch garantieren, daß jedermann soziale Sicherheit und Wohlstand erwerben könne.

In der gleichen Periode, in der sich in der Bundesrepublik der ökonomische Aufschwung durchsetzte, von dem in der Tat alle — wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß — profitierten, sah es in der DDR ökonomisch, dem Lebensstandard nach außerordentlich schlecht aus. Dafür gibt es verschiedene Gründe, die wir kennen: wesentlich schlechtere Startbedingungen, höhere Kriegsschäden, hohe Reparationsbezahlungen an Polen und die Sowjetunion, die eigentlich vom ganzen deutschen Reich hätten bezahlt werden müssen, da das ganze deutsche Reich die Schäden angerichtet hatte; mangelnde Rohstoffe, mangelnde Schwerindustrie usw. Kurzum: Es bestand eine enorme Diskrepanz zwischen dem ökonomischen Aufschwung und den Lebensbedingungen in der Bundesrepublik und der Situation in der DDR, so daß die DDR auch propagandistisch sozusagen als Negativbild gegen die positive Entwicklung in der Bundesrepublik außerordentlich wirksam ins Bild gesetzt werden konnte.

Unter solchen Bedingungen hat die Arbeiterbewegung keine klare Orientierung finden können, blieben die Abwehrkämpfe beschränkt auf Einzelaktionen und blieb das Klassenbewußtsein auf relativ kleine Gruppen beschränkt. Man muß sich auch noch einmal in Erinnerung rufen, was eigentlich die Folgewirkungen des Faschismus für die breiten Massen der Bevölkerung, für die industrielle Arbeiterschaft, bedeutet haben: eine 12-jährige faschistische Indoktrination mit vollständigem faschistischen Informations- und Propagandamonopol, eine totale terroristische Unterdrückung der eigenen Organisationen und, was ungeheuer schwer wiegt, die physische Vernichtung von Zehntausenden der besten Arbeiterkader. Das hatte lang anhaltende Wirkungen. Man kann sogar davon ausgehen, daß bestimmte Besonderheiten, daß ein bestimmter politisch-ideologischer Rückstand in der Entwicklung des Klassenbewußtseins, gemessen an dem der Arbeiterklasse in vergleichbaren kapitalistischen Industriestaaten in Europa, heute noch mindestens teilweise mit diesen Folgeerscheinungen zusammenhängt. Diese Politik konnte relativ erfolgreich, wenn auch gegen Wi-

derstände, bis etwa um die Mitte der 60er Jahre durchgesetzt werden. Dann vollzog sich eigentlich erstaunlich rasch eine doch ziemlich weitreichende Wende. Das hing damit zusammen, daß um die Mitte der 60er Jahre Verschiedenes deutlich wurde.

Erstens wurde nämlich deutlich, daß die Politik der Stärke und die Politik des Kalten Krieges zusammengebrochen waren. Jene Politik nämlich, die gelehrt hatte, man könne durch die Politik der Stärke so stark werden, daß man den sozialistischen Staaten die Bedingungen diktieren könne — oder um es noch präziser zu sagen — daß die Völker bis zum Ural „befreit" werden könnten. Es hat sich gezeigt, daß dies wegen des veränderten tatsächlichen Kräfteverhältnisses nicht durchsetzbar war. Dies war die reale Voraussetzung für den Beginn der Entspannungspolitik, die der Bundesrepublik durch die internationalen Realitäten aufgezwungen wurde, auch wenn sie von einer breiten Volksmehrheit getragen war.

Zweitens ist evident geworden, daß es sich um eine Illusion gehandelt hatte, als man annahm, der Kapitalismus sei nun in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts doch in der Lage, soziale Sicherheit und Wohlstand für alle zu gewährleisten. Die Rezession 1966/67 mit annähernd 1 Million Arbeitslosen hat diese Illusion sicher nicht vollständig zum Einsturz gebracht, hat ihr aber doch einen ersten Knacks gegeben.

Im Rahmen dieses gesamten Zusammenhanges sind dann *drittens* auch erhebliche strukturelle Mängel im Gesellschaftssystem der Bundesrepublik deutlich geworden und zum ersten Mal breit diskutiert worden: Ich meine die schweren Mängel im Gesundheitswesen, im Erziehungswesen, in der Infrastruktur und natürlich die skandalöse Einkommens- und Vermögensverteilung.

Es kommt *viertens* hinzu, daß in der gleichen Periode, in der die Bundesrepublik in die Phase ökonomischer Labilität und Unsicherheit überging, sich die DDR in wachsendem Maße und sehr sichtlich konsolidierte. Das hängt u.a. damit zusammen, daß 1961 die Grenzen gewaltsam geschlossen worden sind und der Abfluß der Arbeitskräfte gestoppt worden ist.

Und ein *fünftes* Moment kam um die Mitte der 60er Jahre dazu: In breitem Maßstab, insbesondere in der jungen Generation, vor allem in der akademischen Jugend, sind die Illusionen über den Charakter der westlichen Freiheit zusammengebrochen, und zwar am Beispiel der Erfahrungen des Vietnam-Krieges. Es läßt sich zeigen, daß die Eruption der Studentenbewegung, die in diesen Jahren einsetzte, sehr wesentlich auch mit dieser Desillusionierung über den Charakter der kapitalistischen internationalen Politik zusammenhing. Hinzuweisen wäre jedenfalls darauf, daß die spontane Demokratisierungsbewegung ausgegangen ist von der jungen Intelligenz. Und das verdient, historisch festgehalten zu werden, weil es tatsächlich einen historischen Stellenwert hat. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die deutsche Intelligenz in ihrer riesigen Mehrheit 100 Jahre lang extrem reaktionär gewesen ist: seit Bismarck, im 1. Weltkrieg, in der Weimarer Republik, im Faschismus sowieso, in der Adenauer-Ära ebenfalls; hier beginnt also eine Neuorientierung. Allein die Tatsache, daß Teile dieser Intelligenz sich jetzt nach links wenden, bedeutet eine wichtige historische Etappe.

In diesem Kontext gelingt es auch nach langer Zeit wieder, marxistische Wissenschaft öffentlich zu diskutieren und, mindestens ansatzweise in einigen Positionen an den Hochschulen zu verankern; was vorher nie, in der gesamten Geschichte Deutschlands nicht gelungen war; unter Bismarck sowieso nicht, aber auch in der Weimarer Republik nicht, nach 1933

physisch ausgerottet, unter Adenauer nicht zugelassen, abgesehen von zwei, drei Einzelfällen, die in der antifaschistischen Periode hineingerutscht waren. Jetzt gelingt es also doch in einigen Bereichen, marxistische Positionen zu verankern. Das strahlt natürlich auch aus, insbesondere auf die Jugendorganisationen der Sozialdemokratie, teilweise sogar der FDP, es strahlt aus auf den linken Flügel der Gewerkschaften. Es kommt hinzu, daß in dieser Periode auch praktische Kämpfe der Arbeiterbewegung in den Betrieben zunahmen. Auch an den Hochschulen gelingen nun doch allerlei Strukturveränderungen.

Zunächst scheint es so, als ob das Vordringen dieser Bewegung rasch und scheinbar mühelos erfolgen könne. Das hängt damit zusammen, daß an der Beseitigung der alten Ordinarienuniversität auch die herrschende Klasse interessiert war, weil diese Ordinarienuniversität zu anachronistisch und überhaupt nicht mehr in der Lage war, die Qualifikationen zu vermitteln, die der moderne Produktionsapparat des Kapitalismus benötigte. Also weg mit der Ordinarienuniversität, und insofern schien es zunächst, als bestehe eine sehr breite Einheitsfront, bis sich dann sehr rasch herausgestellt hat, daß eine technokratische Hochschulreform, die auf Effektivierung abzielte, etwas anderes war als eine demokratische Hochschulreform, die von den fortschrittlichen Kräften angestrebt wurde. Und so hat sich denn auch — nachdem die Ordinarienuniversität doch in ihrer Substanz weitgehend aufgelöst war — ungefähr seit 1972/73 eine Gegenbewegung von rechts entwickelt, deren Ursachen und Charakter ich noch etwas genauer betrachten möchte.

Die Gegenbewegung von rechts hat so massiv und mit so repressiven Mitteln reagiert, weil die Studentenbewegung zu stabilen Organisationen vorangeschritten war von einer zunächst hauptsächlich spontan und eruptiv agierenden Bewegung, die in der ersten Phase eine wichtige Funktion gehabt, vieles an Tabus und verkrusteten Strukturen weggefegt und keine ernste Gefahr dargestellt hatte, da sie sozusagen nur von Fall zu Fall aktionsfähig war.

Aber diese Studentenbewegung hatte mittlerweile einen enormen Lernprozeß durchgemacht mit der Erfahrung, daß es notwendig sei, die Kontinuität der Kämpfe, der Handlungsfähigkeit und der Zielorientierung zu sichern. Kurzum: daß es *erstens* notwendig sei, stabile Organisationen zu errichten und Aktionsformen zu finden, die die Studenten gegenüber den Massen der arbeitenden Bevölkerung nicht isolieren, sondern die bei den Massen der arbeitenden Bevölkerung und ihren Organisationen auf Verständnis treffen. Und deshalb war diese Studentenbewegung wesentlich gefährlicher geworden. Das war Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre.

Zweitens: Es hat sich gezeigt, daß diese Bewegung begann Auswirkungen zu haben auf das Alltagsbewußtsein. In großem Maßstab sind jetzt Lehrer von den Hochschulen an die Schulen gekommen, die dort Schülern progressiven Unterricht gegeben haben; hat sich eine fortschrittliche Buch- und Zeitschriftenproduktion entwickelt, die gelesen und verbreitet worden ist; in einem gewissen Maß ist es sogar gelungen, in die Medien, in Zeitungen und Rundfunkstation einzudringen, wenn auch in wesentlich schwächerem Maßstab.

Drittens: Es hat sich gezeigt, daß genau um die gleiche Periode die Kampfbereitschaft und die politische Klarheit in den breitesten Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften, zugenommen hat. Der Ruf nach Mitbestimmung, der Kampf um Mitbestimmung ist verstärkt worden. Zugleich sind allerlei Illusionen in den Gewerkschaften verflogen, die bis dahin sozusagen als unantastbar gegolten hatten, z. B. die Illusion, daß selbstverständlich die dritte, die richterliche Gewalt, eine gänzlich neutrale Gewalt sei.

Besonders erschwerend kommt seit Beginn der 70er Jahre hinzu, daß eine ökonomische Krise ausgebrochen ist, die an Breite und Tiefe nur vergleichbar ist mit der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929. Damit verbunden sind prinzipielle Probleme, eine prinzipielle Verunsicherung. Es bedeutet jedenfalls in einer Hinsicht, daß sich der soziale und der politische Spielraum der herrschenden Klasse verkleinert, u. a. deshalb, weil weniger Finanzmasse zur Verteilung steht. *Erstens:* Es ist in dieser Krise in wachsendem Maße klar geworden, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit nicht um einen vorübergehenden kleinen Ausrutscher, sondern daß es sich dabei um ein Dauerproblem handelt und weiterhin handeln wird. Es hat sich *zweitens* gezeigt, daß es sich bei der Inflation um ein Dauerproblem handelt, das mit den Mitteln des kapitalistischen Staates nicht bewältigt werden kann. Das heißt, die strukturelle und tiefe Krisenanfälligkeit ist auch der herrschenden Klasse klar geworden. Wenn die Profite unter diesen Bedingungen gesichert werden sollten — und „selbstverständlich" sollten sie gesichert werden — dann konnte das nur auf Kosten der Löhne, Sozialleistungen, Bildungsausgaben und dergleichen gehen. Selbst wenn damit die längerfristigen Systemsicherungsinteressen geschädigt werden, die kurzfristigen Profitinteressen haben allemal den Vorrang.

Die Sanierung, die Sicherstellung der Profite auf Kosten der Löhne und der Sozialleistungen muß notwendigerweise die sozialen Konflikte verschärfen. Zwar nicht sofort, nicht, solange in den breiten Massen die Illusion besteht, daß es sich bei der Krise doch nur um einen einmaligen Unfall aufgrund des Versagens irgendwelcher Individuen oder des bösen Willens der Ölscheichs handelt, wohl aber dann, wenn in wachsendem Maße klar wird, daß es sich hier um eine durch das System bedingte Dauerkrise handelt. Das wird und muß in wachsendem Maße klar werden, das ist ganz unvermeidlich. Und der Widersinn, die tiefe Widersprüchlichkeit dieses Systems, ist ja an einigen Stellen so eklatant spürbar, daß man sie nicht mehr wegargumentieren kann. Einerseits massive Lehrerarbeitslosigkeit, andererseits enormer Lehrermangel in den Schulen. Wer will denn da noch im Fernsehen irgendein Wort der Erklärung sagen?

Unter solchen Bedingungen mußten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den politischen und ideologischen Gefahren, die sich da abgezeichnet haben, vorzubeugen. *Erstens:* Es kam darauf an, die Effektivierung der Ausbildung zu sichern, wozu angesichts der erhöhten Anforderungen des modernisierten Produktionsapparats, der wissenschaftlich-technischen Revolution, angesichts des Versiegens der qualifizierten Arbeitskräfte aus der DDR eine Notwendigkeit bestand: aber bei gleichzeitiger Kürzung der Mittel, der personellen, der Sachausgaben, der Stipendien. — Es ist klar, daß dadurch das soziale Konfliktpotential verschärft wurde. Also mußte *zweitens* ein Repressionsinstrumentarium geschaffen bzw. das vorhandene erweitert werden, um den Widerstand, der sich schon abzeichnete und der zuzunehmen drohte, niederzuhalten und die demokratischen Kräfte generell an der Entfaltung zu hindern. Deshalb die Berufsverbote, die sich nicht zufällig besonders gegen die organisierten Studenten richten und darüber hinaus auf eine massive Einschüchterung all derjenigen abzielen, die schwanken, ob sie sich politisch engagieren sollen oder nicht. Dazu gehörte weiterhin die Verstärkung der Polizei, in bezug auf Waffen und Kompetenzen, eine ideologische Offensive, dergleichen Maßnahmen müssen ja auch ideologisch vorangetrieben und gerechtfertigt werden, gegen einen angeblich drohenden Gewerkschaftsstaat. Zugleich die Organisierung einer mit enormem Propaganda- und Finanzaufwand übers Land geschwemmten

Hitler-Welle, eine Welle, in der Hitler als Person und der Faschismus als System „sachlich" betrachtet, teilweise rehabilitiert und zur Diskussion gestellt wurde als eine Sache, über die man doch mal ruhig reden könne. In einem Moment der Krise müsse man sich doch nach Ordnungsmodellen umsehen, und da könne man doch auch mal prüfen, ob es nicht in der deutschen Vergangenheit passable, effektive Ordnungsmodelle gibt. Daß das so gemeint war, wurde ganz offensichtlich, als in Chile die Militärdiktatur errichtet worden ist. Die einheitliche Interpretation in der Presse, von den Organen rechts außen angefangen bis zu jenen Zeitungen, die sich als liberal deklarieren, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung, lautete: Es ist doch ganz klar, daß es Bedingungen gibt, unter denen die Demokratie beseitigt werden muß, daß es Bedingungen gibt, unter denen das Militär handeln muß, wenn es seiner Verantwortung gerecht werden will. Das heißt also: Es ist ganz offensichtlich artikuliert worden, daß der Faschismus als *eine* mögliche Form der Krisenbewältigung diskutabel sei und in Betracht gezogen werde.

Was sich daraus an den Hochschulen entwickelt hat, das wissen Sie: Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsrecht, die Verweigerung des politischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft, aber auch sehr subtile Instrumente wie die Effektivierung des Studiums selbst, die enorm disziplinierende Wirkung dieser durch Stoffmassen angefüllten und intensivierten Lehrpläne, um gehorsame Fachidioten zu produzieren, die Verankerung der Regelstudienzeiten, die Verschärfung der Prüfungen und, was allemal als vorzügliches Disziplinierungsinstrument funktioniert: die Perspektive drohender Arbeitslosigkeit, d. h. die massive Erzeugung von Angst, von Konkurrenzverhalten, die Zerstörung solidarischer Denk- und Verhaltensformen. Das Wolfsgesetz des Kapitalismus — der Stärkere setzt sich durch, der Schwächere bleibt auf der Strecke — setzt sich zunehmend auch an den Hochschulen durch. Das ist der Punkt, an dem wir gegenwärtig stehen.

Es wäre abschließend zu fragen: Wie stellen sich denn die Aussichten dar? Wie stellt sich das Kräfteverhältnis dar? Wie stellen sich die Entwicklungstendenzen dar?

Schauen wir uns zunächst einmal die Lage innerhalb der Studentenschaft selber an. Es ist klar, daß sich unter solchen Bedingungen Symptome der Angst und der Resignation ausbreiten. Aber angesichts dieser enorm verschärften Repression kann man es vielmehr erstaunlich finden, wie stabil die demokratische Studentenbewegung gewesen ist, wie handlungsfähig sie gewesen ist. Und wie handlungsfähig sie ist, das hat sie, soweit ich informiert bin, auch und sehr massiv in Berlin in den Kämpfen dieses Semesters bewiesen. Aber wie stabil sie ist, weisen eigentlich auch die Studentenwahlen in den letzten eineinhalb Jahren aus. Es hat keinen Einbruch der Rechten gegeben.

Es ist aber auch klar, daß in der Studentenschaft immer aufs Neue, mit jeder Abiturientengeneration aufs Neue Denk- und Verhaltensformen entstehen, die man vielleicht als sektiererisch bezeichnen könnte. Was ich nicht als Schimpfwort meine. Damit meine ich einfach Verhaltensformen, die aus der Besonderheit der studentischen Existenz resultieren, die ja transitorischen Charakter hat. Studentische Existenz heißt Durchgangsstadium zu einem Beruf hin. Durch die vorangegangenen Sozialisationsformen, aber auch wegen des vorübergehenden Charakters der studentischen Existenz entsteht die Neigung oder der Drang, wenn man schon was macht, auch kurzfristig durchschlagende Erfolge zu sehen. Das ist verständlich, aber der Realität nicht angemessen. Solche Bewußtseins- und Denkformen entstehen immer aufs Neue, und

eben deshalb ist es eine ständige Aufgabe, die Probleme realistisch zu analysieren, die Ziele immer aufs Neue zu diskutieren und an der Realität zu messen und vor allen Dingen die Vermittlungsschritte zwischen der realen Situation und der Zielvorstellung aufzuzeigen. Das bedeutet zugleich, daß die Erfahrungen der vorangegangenen Kämpfe intensiv aufgearbeitet werden müssen, um die Kontinuität dieser Kämpfe zu sichern.

Ein weiteres kommt hinzu: Längerfristig wird man sicherlich sagen können, daß die reale Entwicklung der Intelligenz darauf hindrängt, Ansätze von gewerkschaftlichem Bewußtsein zu entwickeln. Damit meine ich einfach, daß es für einen immer stärker wachsenden Teil der Intelligenz eine absolut sichere Perspektive ist, daß sie nach ihrem Studium den Status von Lohnabhängigen haben werden. Das heißt, sie werden genötigt sein, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben. In bezug auf soziale Unsicherheit, drohende Arbeitslosigkeit, auch in bezug auf Fremdbestimmung an ihrem Arbeitsplatz, auf Mechanisierung ihrer Arbeitstätigkeit werden sie sich allmählich den Lebens- und Arbeitsbedingungen der übrigen Lohnabhängigen annähern. Natürlich entsteht aus dieser realen Tendenz nicht sofort politisches Bewußtsein. Wir wissen aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, daß die degradierten kleinen Selbständigen, die Handwerker, die kleinen Bauern, die durch die Konzentration des Kapitals zu Fabrikarbeitern gemacht worden waren, sich manchmal Generationen lang dagegen gewehrt haben, sich mit diesem Status abzufinden und immer noch die Hoffnung hegten, sie könnten durch Fleiß und Tüchtigkeit wieder zu Selbständigen werden. Aber die immer wiederkehrende intensive Erfahrung, daß es sich beim Status des Lohnabhängigen um einen lebenslangen Status handelt, der auch für die nächstfolgenden Generationen bestimmt ist, diese Erfahrung hat es dann ermöglicht, daß die Klasse der Arbeiter „an sich" zur Bewegung der Arbeiter „für sich" wurde, ein Bewußtsein ihrer eigenen Lage entwickelt hat.

Ähnlich ist das bei der Intelligenz. Die Widerstände, diese reale Entwicklung der Lage zu akzeptieren und daraus politische Konsequenzen zu ziehen, sind enorm. Aber auch hier wird man sagen können: Die Ansätze sind erkennbar, sind in den Ländern mit längerer demokratischer Tradition schon wesentlich breiter entfaltet — gerade unter Wissenschaftlern. Hier liegt auch eine ständige Aufgabe der politischen Organisationen der Studentenschaft, über die reale Lage aufzuklären und Orientierungen zu geben. Daraus folgt, wenn Sie mir diesen kleinen Exkurs in das Fachgebiet meines Kollegen Holzkamp gestatten, daß es für jede Generation eine Lebensfrage ist, sich die Erfahrungen vorangegangener Menschheitsgenerationen anzueignen, um mit den eigenen Problemen fertigzuwerden. Insoweit es sich dabei um Erfahrungen und Fertigkeiten handelt, die auch im Interesse der herrschenden Klasse sind, werden sie in der Schule, im Kindergarten und in der Hochschule, d. h. in den Sozialisationsinstanzen vermittelt. Soweit es sich aber um Erfahrungen handelt, die die demokratische Bewegung gemacht hat und die für ihre eigene Existenz und Perspektive wichtig sind, wird das natürlich nicht in der Schule oder im Kindergarten vermittelt, sondern muß kontinuierlich durch politische Organisationen vermittelt werden. Eben das ist die Funktion politischer Organisationen: die Kontinuität der Erfahrungsauswertung und der Erfahrungsaneignung zu sichern. Aus der realen Entwicklung der Intelligenz und ihrer realen Perspektive, Lohnabhängige zu werden, heraus resultiert dann eine Strategie, die man abgekürzt als „gewerkschaftliche Orientierung" bezeichnen könnte und die nicht einfach darin besteht, in die Gewerkschaften einzutreten und

dort zu versuchen, Einfluß auszuüben, sondern die in der realen Entwicklung der Intelligenz als einem sozialgeschichtlichen Strukturprozeß begründet ist.

Was den Zustand der demokratischen Bewegung insgesamt betrifft, ist es richtig, daß die herrschende Klasse, daß die reaktionären Kräfte seit 1972/73 gewisse Erfolge erzielt haben und uns um gewisse Positionen zurückgedrängt haben. Aber bei weitem ist es ihnen nicht gelungen, uns auf die Ausgangslinie des Jahres 1967 zurückzuwerfen. Den wichtigsten Teil der erkämpften Positionen haben wir halten können und ich meine und werde das auch gleich begründen, daß wir sie auch vermutlich weiter halten können, auch in dieser momentanen Defensivperiode. Wenn man sich anschaut, wie sich die Bewegung gegen die Berufsverbote entwickelt hat, wie sich auch andere Sektoren der demokratischen Bewegung entwickelt haben, kann man sagen: Die Repression hat nicht ausgereicht, um den Kern dieser Bewegung zu treffen. Im Gegenteil: Es ist so, daß sich diese Bewegung konsolidiert hat.

Was die Gewerkschaften betrifft, werden sie in den kommenden Jahren — und wenn Sie genau hinhören, haben die Gewerkschaftsvertreter das erkannt — in wachsendem Maße die Erfahrung machen, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine zyklische Krise *und* um eine tiefe strukturelle Krise mit Arbeitslosigkeit als Dauertendenz handelt. Die Gewerkschaften werden, auch durch Druck von unten her, notwendigerweise in den Konflikt hineingetrieben werden, sogar mit ihrer eigenen Regierung, um es mal so abgekürzt zu sagen. Damit meine ich jene Regierung, der die Gewerkschaften parteipolitisch ja ziemlich nahestehen. Aber sie werden hineingetrieben werden in den sozialen Konflikt, weil die arbeitende Bevölkerung und auch die kleineren und mittleren Funktionäre um ihre Interessen kämpfen werden.

Aber etwas anderes ist vielleicht noch wichtiger: unsere Perspektive. Ich meine, daß den Gewerkschaften in wachsendem Maße die enorme Bedeutung des Bildungssektors klar wird. Ich weiß nicht, ob Sie aufmerksam die 23 Thesen des DGB zur Hochschulpolitik gelesen haben. Aber im November/Dezember des letzten Jahres hat eine bildungspolitische Konferenz des DGB stattgefunden. Es haben eine Reihe von Kooperationsverträgen zwischen den Gewerkschaften und den Hochschulen geschlossen werden können. Worauf ich aber hinweisen will, ist, daß auf dieser bildungspolitischen Konferenz des DGB erstaunlich präzise Einschätzungen der Lage und realistische Folgerungen formuliert worden sind. Bevor ich Ihnen dazu zwei, drei Beispiele vorlese, will ich darauf hinweisen, daß auch dieser Prozeß durch objektive gesellschaftliche Veränderungen bedingt ist. Ich meine damit, daß die Bedeutung der Wissenschaft für alle Lebensbereiche enorm gewachsen ist und daß das auch für die Gewerkschaften deutlich spürbar wird. Das betrifft nicht nur die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion, sondern auch andere Bereiche. Das kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß noch vor 20 Jahren 5 % eines Jahrgangs das Abitur gemacht haben, und jetzt sind es 20 %. Das alles vermittelt in wachsendem Maße die Einsicht, daß die arbeitende Bevölkerung direkt betroffen ist von dem, was an den Hochschulen geschieht. Für die wachsende Einsicht drei relativ knappe Beispiele. Heinz Oskar Vetter, sicherlich nicht eben ein Vertreter des radikalen Flügels in den Gewerkschaften, formuliert, „es sei jene dichte Verfilzung von Industrie, Banken und Politikern, die den harten Kern der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse darstellt. Und wenn es uns nicht gelingt, den Druck wirtschaftlicher Verwertungs- und Machtinteressen gegen die Bildungsinteressen der Arbeitnehmer und ihrer Kinder aufzuhalten, dann wird sich der rücksichtslose Verdrängungswettbewerb auf allen

Ebenen unseres Bildungssystems zu Lasten der jeweils sozial Schwächeren verschärfen". Den meisten Beifall auf der DGB-Konferenz hat die Bemerkung bekommen, bisher für die Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel sollten eingeschränkt und zum Ausbau der Infrastruktur und besonders des Bildungswesens zur Verfügung gestellt werden. Auch der letzte arbeitslose Lehrer, sagte Heinz Oskar Vetter, könnte dann eingestellt werden, wenn man so verfährt. Wie gesagt, nicht nur die Äußerung ist symptomatisch, sondern auch der enorme Beifall, den diese Äußerung gefunden hat. Es heißt dann in der Schlußformulierung der zuständigen Arbeitsgruppe: „An den Hochschulen werden die späteren Vorgesetzten der Arbeitnehmer, die Lehrer, politischen Führungskräfte und Meinungsmacher ausgebildet. Forschungsergebnisse beeinflussen die Arbeitsplatzgestaltung, der technologische Fortschritt rationalisiert die Arbeitsplätze weg, juristische Gutachten werden im Kampf um die Mitbestimmung politisch eingesetzt." Das meine ich also, wenn ich sage, da sind in einem erheblichen Maße realistische Urteile und Einsichten formuliert.

Ich ziehe deshalb die Folgerung, daß das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Intelligenz dabei ist, eine neue historische Qualität zu gewinnen. Das ist zunächst nur als Tendenz erkennbar, ist aber in der Entwicklung begriffen. Man muß sich klarmachen, wie enorm belastet dieses Verhältnis in der Vergangenheit gewesen ist. Die Intelligenz ist immer, wie ich schon sagte, der Feind der Demokratie und der Arbeiterklasse gewesen. Ich wollte zeigen, daß der Annäherungsprozeß sich von beiden Seiten vollzieht, und zwar notwendigerweise, da er in der sozialen Entwicklung selber begründet ist. Natürlich ist das ein sehr komplizierter Prozeß. Es wird Rückschläge geben, nicht nur bei den Studenten, auch bei den Gewerkschaften. Das ist aber ein Prozeß, bei dessen Klärung und Herausbildung sich das Engagement der demokratischen Intelligenz m. E. sehr wohl lohnt.

Während also einerseits die politischen und psychischen Folgen der verstärkten Repression, andererseits die Konsolidierung und Verstärkung demokratischer Bewegungen auch im Bildungssektor erkennbar ist, ist weiterhin einzubeziehen, daß die Bundesrepublik nicht auf einer Insel Politik betreibt, sondern in einem internationalen Kräftefeld. Das sollte man sich wenigstens nur mal so als Stichwort in Erinnerung rufen, daß die Entspannungspolitik, die die ganze Auflockerung seit der Mitte der 60er Jahre überhaupt ermöglichte, sich trotz aller Rückschläge weiter durchsetzen und damit die ideologische Basis der reaktionären Kräfte verschlechtern wird. Denn die Reaktion kann nur in einer Atmosphäre der Spannung gedeihen, in einer Atmosphäre, wo es gelingt, glaubhaft darzustellen, daß der Feind an der Grenze steht und morgen über uns herfallen will. Es ist daran zu erinnern, daß die Volksfrontkräfte in Frankreich und in Italien, den beiden wichtigsten Ländern in Europa nach der Bundesrepublik, gute Chancen haben, ihre Position noch weiter zu verbessern. Und ich meine, daß beide mittel- und längerfristig auch unsere Kampfbedingungen beeinflussen, und zwar günstig.

Kurzum: Wenn die demokratische Bewegung in diesem Lande ihren Kampf zielbewußt und geduldig fortsetzt, wenn sie sich auch durch Rückschläge, die notwendig kommen werden, nicht entmutigen läßt und wenn sie sich auch durch die subtilsten Spaltungsmanöver der herrschenden Klasse nicht irritieren läßt, dann sind ihre Chancen nicht schlecht.

Klaus Holzkamp

BERUFSVERBOT IM ÖFFENTLICHEN DIENST: WER INDOKTRINIERT WEN?*

Politische Disziplinierungen und Repressionen gegen die Arbeiterschaft, ihre Organisationen und Vertreter, im Betrieb gehören seit jeher zu den alltäglichen Erscheinungen im Kapitalismus.(1) Auch die zur Durchsetzung von Kapitalinteressen praktizierte Ausweitung solcher Disziplinierungen und Repressionen auf gesellschaftliche Bereiche außerhalb der unmittelbaren Produktion, besonders staatliche Institutionen, findet sich durchgehend, wenn auch in Abhängigkeit von der ökonomischen Krisenentwicklung und dem politischen Kräfteverhältnis mehr oder weniger ausgeprägt.(2) Die gegenwärtig in der BRD und Westberlin eklatant verschärfte staatliche Unterdrückungspraxis durch Berufsverbote im öffentlichen Dienst verdeutlicht sich in ihrer Hauptstoßrichtung, wenn man betrachtet, welche Berufsgruppen von den Verboten vornehmlich betroffen sind. Nach einer Aufschlüsselung von 308 Berufsverbotsfällen durch den Arbeitsausschuß der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" waren unter den hier Erfaßten 171 Lehrer und 86 Hochschuldozenten; die nächststärkste Gruppe, Sozialpädagogen, bestand dagegen nur aus 18 Fällen. (3) Man kann aufgrund derartiger Unterlagen davon ausgehen, daß mit den Berufsverboten gegenwärtig in erster Linie *Lehrer und Erzieher an Schulen und Hochschulen* eliminiert und diszipliniert werden sollen (wobei die danach am stärksten betroffenen Berufsgruppen, Sozialpädagogen und Juristen, in einem weiteren Sinne ebenfalls als „Erzieher" betrachtet werden können). — Warum sind es gerade die organisierten Kommunisten, die Marxisten, Sozialisten, oder auch nur konsequenten Demokraten, unter den *Lehrern und Erziehern*, die gegenwärtig unserem Staat so gefährlich erscheinen, daß er auf derart rigorose Weise versuchen muß, sie durch ihre Brandmarkung als „Radikale" und „Verfassungsfeinde" einzuschüchtern, auszugrenzen und ihre berufliche Existenz zu vernichten?

Die Gründe für die besondere Gefährlichkeit von kommunistischen und marxistischen Lehrern und Erziehern in den Augen des Staates wurden von staatlichen Stellen und in staatskonformen Gerichtsurteilen immer wieder herausgestellt: Solche Lehrer hätten die Möglichkeit, die ihnen anvertrauten Schüler oder Studenten im Sinne des Kommunismus und Marxismus zu *indoktrinieren*, damit Teile der jungen Generation manipulativ staatsabträglichen Interessen dienstbar zu machen, und dies besonders dann, wenn die Lehrer durch ihre Mitgliedschaft in einer unseren Staat und dessen Verfassungsordnung ablehnenden Partei an deren Ideologie und Weisungen gebunden seien. Im Lenhart-Urteil des OVG heißt es dazu: Die „Lehrtätigkeit umfaßt ... Aufgaben von großer

*) Der vorliegende Beitrag wurde am 28. Januar 1977 im Rahmen einer Veranstaltung der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen) der Hochschulen West-Berlins „Gegen den Abbau demokratischer Rechte" gehalten.

1 Vgl. „Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb", Informationsbericht Nr. 26, Institut für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1976.

2 Vgl. „Berufsverbote in der BRD", Informationsbericht Nr. 22, Institut für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1976, S. 17 ff.

3 Ebenda S. 45.

staatsbürgerlicher Bedeutung, weil die Schule in hervorragendem Maße den heranwachsenden Staatsbürgern ... die Werte der Staatsordnung bewußt zu machen hat ... Ein selbständig und unbeaufsichtigt Unterrichtender, der kein positives Verhältnis zu den unabdingbaren Grundprinzipien des Grundgesetzes hat ..., ist ... nicht in der Lage, den Schülern das Wissen und die Überzeugung zu vermitteln, daß die freiheitliche Demokratie ... ein verteidigungswertes und zu erhaltendes Gut ist. ... Er läuft zumindest unbewußt Gefahr, die Schüler in einem Sinne zu beeinflussen, der sich mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren läßt. Schüler würden mangels entsprechender Kritikfähigkeit in sehr vielen Fällen wehrlos dagegen sein"(4). Im Lefèvre-Urteil des OVG wird Entsprechendes über die Universitätslehrer ausgesagt: „Die Berufe im Hochschuldienst, die die nächste Generation weitgehend in ihrem politischem Denken zu bestimmen vermögen, bieten nichtverfassungstreuen Dozenten hervorragende ‚Multiplikationschancen', ihren politischen Auffassungen Geltung zu verschaffen; dabei können sie die Begeisterungsfähigkeit junger Menschen und ihre geringe Wirklichkeitserfahrung für ihre Zwecke ausnutzen." Der Indoktrinations-Vorwurf ist heute ein Hauptargument beim Versuch der Rechtfertigung des staatlichen Vorgehens gegen kommunistische und marxistische Lehrer. Dieser Vorwurf traf z.B. auch Horst Holzer. So stellte der bayerische Kultusminister Maier zur Begründung der Entlassung von Holzer aus dem Universitätsdienst fest, er habe seine Studenten „mit den Thesen der DKP und des Marxismus-Leninismus *indoktriniert* " (5).

Die Behauptung, Schüler oder Studenten würden durch kommunistische und marxistische Lehrer „indoktriniert", wird niemals begründet, sondern stets unter Berufung auf einen allgemeinen Konsens als selbstverständlich richtig vorausgesetzt. Allgemein gehört die Vorstellung, Kommunismus und Marxismus könnten als solche, ihrem Wesen nach, keinesfalls durch vernünftige Argumentation, sondern nur durch Manipulation und Indoktrination unter Ausschaltung oder Umgehung der Urteilsfähigkeit der Betroffenen als bloße Glaubenssache und „Heilslehre" verbreitet werden, zu den zentralen Bestimmungsstücken der antikommunistischen Ideologie. Dies schließt ein, daß dem Marxismus hierbei radikal jede Wissenschaftlichkeit abgesprochen werden muß. Der marxistische Wissenschaftsanspruch erscheint so als bloße Schutzbehauptung, mit welcher dogmatische Glaubensgewißheit legitimiert und kommunistische Wühlarbeit zur Erlangung der Herrschaft über das Bewußtsein Nichtsahnender getarnt werden sollen. Dieses antikommunistische Grundpostulat läßt sich eindrucksvoll an einer Passage aus dem Verhör des Lehrers Manfred Lehner veranschaulichen, der wegen seiner Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner von der Regierung in Schwaben mit Berufsverbot belegt wurde. Die Gesprächsteilnehmer in diesem Teil des Verhörs sind Herr Klüger und Frau Rist als Regierungsvertreter und Manfred Lehner. Ich zitiere Lehners Gedächtnisprotokoll. Herr Klüger: „Aber das Hessische Institut für Friedens- und Konfliktforschung ist doch eindeutig marxistisch unterwandert. Was wissen Sie denn eigentlich über den Marxismus? " Manfred Lehner: „Soviel ich weiß, wird dieses Institut von Landesmitteln gefördert. Marxismus ist für mich eine Wissenschaft." Frau Rist: „Ich verstehe Sie nicht, Herr Lehner. Sie nehmen einfach so zur Kenntnis, daß das Hessische Institut für Friedens- und Konfliktforschung marxistisch unterwandert ist und bezeichnen Marxismus als eine Wissenschaft.

4 Urteil des OVG vom 6.2.1975, Begründung S. 31.
5 „Berufsverbote in der BRD", a.a.O., S. 53.

Mir läuft es bei dem Begriff ‚Marxismus' eiskalt den Rücken runter." (6)

Wenn man genauer verstehen will, *wofür* unser Staat eigentlich kämpft, wenn er vorgibt, kommunistisch-marxistische Indoktrination durch Lehrer und Hochschullehrer zu bekämpfen, muß man sich das hier gezeichnete *Gegenbild des staats- und verfassungstreuen Lehrers* verdeutlichen. Aufschlüsse darüber sind den genannten Urteilen des Oberverwaltungsgerichts zu entnehmen, so etwa den schon zitierten, dort erhobenen Forderungen, der Lehrer habe den „heranwachsenden Staatsbürgern ... die Werte der Staatsordnung bewußt zu machen" ihnen „das Wissen und die Überzeugung zu vermitteln, daß die freiheitliche Demokratie ... ein verteidigungswertes und zu erhaltendes Gut ist". Dazu müsse der Lehrer selbst ein „positives Verhältnis zu den unabdingbaren Grundprinzipien des Grundgesetzes" haben, um nicht Gefahr zu laufen, die „mangels entsprechender Kritikfähigkeit" wehrlosen Schüler „in einem Sinne zu beeinflussen, der sich mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren läßt". Die Grundlage solcher Formulierungen bilden offensichtlich die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts-Entscheids (22. März 1975), in denen u.a. festgelegt ist: „Die Treuepflicht gebietet, den Staat und seine geltende Verfassungsordnung ... zu bejahen ...", sie „fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung. Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt" (7).

Diese Postulate mögen bei oberflächlicher Betrachtung selbstverständlich und unproblematisch erscheinen. Bei etwas genauerer Analyse zeigt sich jedoch, daß hier die *Gewinnung eines vernünftigen, begründeten Urteils über unsere Gesellschaftsordnung und unseren Staat als mit der Treuepflicht des Beamten unvereinbar juristisch inkriminiert* wird. Zwar ist hier verbal von „Wissen" und von „Erkennen" die Rede. Das *Ergebnis* des Wissens- und Erkenntnisgewinns, die „Bejahung" des Staates und der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung", ihre Anerkennung als „hohen positiven Wert" ist dem Beamten jedoch *vorgeschrieben*, womit „Wissen" und „Erkenntnis" in Wirklichkeit *suspendiert* sind: Ein *Urteilsprozeß, der nur ein einziges Resultat haben darf, hebt sich selbst auf.* Was hier in Wahrheit gefordert wird, ist die *Übernahme des Staats- und Gesellschaftsbildes im Sinne der bürgerlichen Ideologie unter Ausschaltung der Urteils- und Kritikfähigkeit*, also die *Deformation des gesellschaftlichen Bewußtseins des Beamten durch Indoktrination.* — Die höchstrichterliche Glaubensgewißheit über die absoluten und unanzweifelbaren Werte der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates hat der Beamte, sofern er Lehrer ist, *bei Strafe des Berufsverbots nun auch auf seine Schüler oder Studenten* zu übertragen. Es wird nirgends von ihm gefordert, ja, es ist ihm sogar *implizit untersagt*, die Lernenden über die gesellschaftliche Realität in der BRD und Westberlin *urteilsfähig* zu machen, vielmehr ist auch hinsichtlich der bei den *Schülern* einzuleitenden „Lernprozesse" das Resultat, die „Überzeugung", daß die freiheitliche Demokratie ... ein verteidigungswertes und zu erhaltendes Gut ist" von vorn herein festgelegt, hier durch den „verfassungstreuen" Lehrer, aus dessen Mund der höchstrichterliche Wille spricht. Dementsprechend wird keineswegs gefordert, die „*Kritikfähigkeit*" und „*Wirklichkeitserfahrung*" der Schüler und Studenten über unsere gesellschaftlich-politische Lebensrealität zu *entwickeln* und zu *verbessern:* Man-

6 Protokoll S. 8.
7 „Berufsverbote in der BRD", a.a.O., S. 14.

gelnde „Kritikfähigkeit" und „geringe Wirklichkeitserfahrung" werden vielmehr als *gegeben vorausgesetzt*, und den Lehrern wird lediglich aufgetragen, die Schüler *im „Sinne"* der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" zu „beeinflussen", die „nächste Generation" *im Sinne* der unbedingten „Bejahung" der bestehenden Verhältnisse „in ihrem politischen Denken zu bestimmen". Dem Postulat der politischen Indoktriniertheit des staatstreuen Beamtenbewußtseins entspricht also die *Forderung nach staatskonformer politischer Indoktrination der Schüler und Studenten durch den Lehrer.*

Nun wird klar, daß der vom Staat und den Gerichten, soweit sie ihm gefügig sind, erhobene Vorwurf der kommunistisch-marxistischen Indoktrination sich gar nicht gegen die *Tatsache* der Indoktrination richtet, sondern nur dagegen, daß die vermeintliche Indoktrination hier einen *kommunistisch-marxistischen Inhalt* hat. Indoktrination wird ja *gerade von dem „verfassungstreuen" Lehrer* verlangt, nämlich eine *Indoktrination als Einschwören der Schüler und Studenten auf die kapitalistische Gesellschaft und den bürgerlichen Staat.* Die Berufsverbote gegen Lehrer dienen also keineswegs der Bekämpfung von Indoktrination sondern im Gegenteil dem *Schutz und der Absicherung einer Indoktrination im herrschenden Interesse, also dem Interesse des Kapitals.* Die Verfassung als widersprüchlicher Klassenkompromiß wird dabei in eine einfache Garantie für die Erhaltung der als „freiheitliche demokratische Grundordnung" mystifizierten kapitalistischen Produktionsweise umgefälscht und unter Mißachtung der in der Verfassung verankerten demokratischen Rechte als Disziplinierungsmittel zur Gleichschaltung der Lehrerschaft mißbraucht.

Das geschilderte staatliche Gebot der Indoktrination der Schüler und Studenten auf die bestehenden Verhältnisse ist vordergründig ein Ausdruck der bürgerlich-agnostizistischen Vorstellung, gesellschaftlich-soziale Gegebenheiten seien prinzipiell *niemals möglicher Gegenstand der Erkenntnis*, sondern *allein Gegenstand des Meinens und Wertens.* Demnach käme es nur darauf an, den Schülern die „richtigen" Meinungen und Wertungen, nämlich die im herrschenden Interesse, einzupflanzen und die marxistische Gesellschaftsauffassung erschiene notwendig *auch* als bloße Meinung und Wertung, die als dem herrschenden Interesse antagonistisch unterdrückt werden muß. Aufgrund der weltweiten Entwicklung und praktisch-politischen Umsetzung des Wissenschaftlichen Sozialismus einerseits und der immer weitergehenden Zuspitzung, damit Erkennbarkeit, der Widersprüche des Kapitalismus andererseits, ist dieser selbstgenügsame Agnostizismus jedoch heute nicht mehr ungebrochen. In den mannigfachen defensiven Formeln und Repressionsversuchen der bürgerlichen Ideologie setzt sich mehr und mehr die Ahnung durch, daß der Marxismus nicht deswegen eine wachsende Bedrohung der bestehenden Verhältnisse darstellt, weil er eine Doktrin und ein Dogma ist, sondern *im Gegenteil gerade deswegen, weil er seine politische Praxis wissenschaftlich begründen* kann: Damit müßte die *bloße Glaubenssache* der Unveränderlichkeit und Naturhaftigkeit bürgerlicher Lebensverhältnisse gegenüber der *wissenschaftlich fundierten Erkenntnis* der Möglichkeit und Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus im Allgemeininteresse immer mehr ins Hintertreffen geraten. Aus dieser Ahnung erklären sich die Heftigkeit und Gewaltsamkeit, mit denen von den reaktionären Kräften versucht wird, dem Marxismus soweit den Wissenschaftscharakter abzusprechen, daß schon seine *Darstellung als eine wissenschaftlich begründbare und wissenschaftlicher Argumentation zugängliche Auffassung zu unterbinden* ist, also (wie es in einem Rundbrief des studentischen Sprecherrats der Universität Regensburg heißt) „der *Marxismus pauschal aus der Menge der erlaubten*

Lehrmeinungen überhaupt gedrängt" werden kann. Nur so wäre garantiert, daß *wissenschaftliche Vergleiche und Auseinandersetzungen zwischen der bürgerlichen und der marxistischen Position, denen man sich inhaltlich nicht mehr gewachsen sieht, mangels Marxisten erst gar nicht zustandekommen.* Die Berufsverbote als „Marxismus-Verbote" gehören so gesehen in den unmittelbaren Zusammenhang der *immer rigoroseren Ausweitung der staatlichen Rechtsaufsicht in eine Fachaufsicht*, mit welcher — durch die Kontrolle und Ablehnung fortschrittlicher Studienpläne, die Reglementierung von Prüfungsinhalten, die Beeinflussung der Stellenausschreibungen etc. — die *Auseinandersetzung mit dem Marxismus*, die man mit wissenschaftlichen Argumenten nicht mehr führen kann, *administrativ vorentschieden* werden soll. In die gleiche Richtung weisen die mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) auf eine neue Ebene gehobene weitgehende Verschulung des Studiums, die Auseinanderreißung von Lehre und Forschung, die totale Suspendierung des forschenden Lernens, die durch Regelstudium und Prüfungsdruck angestrebte Ausschaltung politischer Bewußtseinsbildung der Studenten, damit Eliminierung der Möglichkeit zur gesellschaftstheoretischen Reflexion und Funktionsbestimmung der Studieninhalte. So hofft man die Garantie dafür zu erhalten, daß *alles, was den Studenten an Lehrinhalten in indoktrinativer Form vorgesetzt wird, von diesen widerstandslos geschluckt werden muß.* Das umfassendste Instrumentarium, um die geplante *Entpolitisierung, damit Entwissenschaftlichung*, des Studiums durchzusetzen, sind die berüchtigten, staatlich dominierten „Studienreform-Kommissionen", mit denen, wie man hofft, alle demokratischen Lehrinhalte suspendiert und alle fortschrittlichen Lehrkräfte an der Universität „kaltgestellt" werden können.

Wir können also zusammenfassen: Die Berufsverbote gegen kommunistische und marxistische Lehrer und Dozenten dienen nicht — wie von staatlicher Seite vorgegeben, der *Abwehr* von Indoktrination, aber auch nicht, — wie die Verfechter der „streitbaren Demokratie", also Klassenkämpfer für das Monopolkapital, vielleicht zuzugeben bereit wären — der Durchsetzung der Indoktrination auf die bestehende Ordnung gegenüber einer vermeintlichen marxistischen Gegendoktrin. Die Berufsverbote sind vielmehr eines der Kampfmittel der Bourgeoisie und ihrer Interessenvertreter zur Verteidigung des *blinden Glaubens* an die „unverzichtbaren" Werte unserer kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschafts- und Staatsordnung gegen den Ansturm der *wissenschaftlichen Analyse* gesellschaftlicher Verhältnisse durch den Marxismus.

Damit verdeutlicht sich auch, warum der Staat und seine höchstrichterlichen Apologeten, wenn sie die „junge Generation" zur „Bejahung" der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" bringen wollen, *nicht einfach die Verbesserung des Wissens- und Erkenntnisstandes* der Schüler und Studenten über unsere gesellschaftliche Wirklichkeit fordern und im übrigen auf die *so zu erreichende vernunftgegründete, informierte Urteilsfähigkeit der Jugend* vertrauen können: Man ist zutiefst verunsichert darüber, ob *auf diesem Wege* tatsächlich die ungebrochene Zustimmung zu „unserer Staats- und Verfassungsordnung" resultieren wird, die man im herrschenden Interesse erreichen muß. Vielmehr: man *weiß* im Grunde, daß eine solche Zustimmung, sofern man eine *wissenschaftlich fundierte Urteilsbildung* über unsere Gesellschaft zuläßt, *nicht*, und in Zukunft *immer weniger* das selbstverständliche Ergebnis sein wird. So bleibt nur die Indoktrination auf das Bestehende unter möglichst weitgehender Unterdrückung der wissenschaftlichen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, u.a. auch durch Berufsverbote gegen kommunistische und marxistische Lehrer und Dozenten. — Wie solche Kämpfe des Glaubens gegen die Wissenschaft aus-

zugehen pflegen, hat uns die Geschichte mehr als einmal gezeigt. Wir brauchen darüber — welche Schwierigkeiten man uns kurz- und mittelfristig auch noch machen wird — in längerfristiger Kampfperspektive nicht weiter besorgt zu sein.

Peter M. Kaiser, Dieter Keiner, Hans Jürgen Krysmanski

LEITVORSTELLUNGEN DER HOCHSCHULFORMIERUNG
EIN SZENARIO, INSPIRIERT DURCH DAS HOCHSCHULRAHMENGESETZ

I

Das Hochschulrahmengesetz zwingt dem Bildungssystem eine Reihe von ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten auf, die zur kapitalistischen Integration von Lehre und Forschung bzw. zur formellen Subsumtion der Wissenschaft unter den Kapitalverwertungsprozeß führen sollen. Eine solche nunmehr rechtlich abgestützte Integration gleicht die westdeutsche Hochschule anderen westlichen Lösungen, z.B. in Großbritannien und in den USA, an und fördert zugleich die Bemühungen um eine über die bisherige Praxis in einzelnen kapitalistischen Ländern hinausgehende westeuropäische Integration des Wissenschaftssystems im Zeichen der Konzerne.

Die politischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, denen Hochschule und Wissenschaft in steigendem Maße ausgesetzt sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte erzwingt auch unter kapitalistischen Bedingungen eine Erhöhung der durchschnittlichen Qualifikation der Arbeitskraft.
2. Gleichzeitig geht damit eine Umstrukturierung des Bildungssystems nach neuen Prioritäten einher, die mit den Bedürfnissen des Großkapitals zusammenhängen und eine Studienreform implizieren.
3. In diesem Zusammenhang soll das Studium stärker auf die „Praxis" zugeschnitten und der Wert der Arbeitskraft nach Einführung des Kurzstudiums im Durchschnitt gesenkt werden. Das Großkapital legt für die Studienreformkommissionen „Anforderungsprofile der Wirtschaft" vor.
4. Unter dem Vorwand einer „Effizienzsteigerung" der Hochschulen werden die Studiengänge, vor allem in den Gesellschaftswissenschaften, „entrümpelt" und auf politische Anpassung bzw. positive Bejahung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems orientiert.
5. Um dies alles möglichst reibungslos durchzusetzen, werden umfangreiche Disziplinarmaßnahmen angestrengt: Ordnungsrecht, Spitzelerlässe, Berufsverbote etc.

Nun ist es aber mit der Aufzählung solcher allgemeinen Merkmale der Unterwerfung der Hochschule unter das Kapital nicht getan. Es geht vielmehr darum, einerseits den Zusammenhang mit der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in der BRD und in Westeuropa herauszuarbeiten (1), andererseits sich aber auch mit den konkreten Erscheinungsformen dieser Neuordnung der Hochschulen zu beschäftigen. Der Schärfung der Wahrnehmungsfähigkeit für die wesentlichen Formen und Aspekte kapitalistischer Integration der Hochschulen soll der folgende Versuch eines Szenarios dienen. Hier werden augenfällige

1 Vgl. dazu Peter M. Kaiser, Dieter Keiner und H.J. Krysmanski: „Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD"; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22 (1977), Heft 4, S. 434-454.

Tendenzen und Erscheinungsformen der „modernen" Universität hervorgehoben und auf wesentliche Zusammenhänge der Hochschulformierung zurückbezogen.

II

Die hinter dem HRG stehenden Interessen artikulieren sich bekanntlich im allgemeinen nicht in Gestalt klarer politökonomischer Analysen und Anforderungen, sondern verdeckt und hinter vielfältigen ideologischen Masken. Außerdem sieht man sich in den konkreten Auseinandersetzungen an den Hochschulen oft objektiven Interessenvertretern des Kapitals gegenüber, die subjektiv nur bestimmte isolierte Aspekte der Neuordnung durchzusetzen versuchen und sich ihrer Rolle im größeren Zusammenhang häufig gar nicht bewußt sind. Ein Überblick über die verschiedenen zentralen und flankierenden Argumentationen und vor allem Aktivitäten zugunsten der Durchsetzung des HRG läßt Leitbilder erkennen, die auf stärkere Betonung betriebswirtschaftlicher Maximen, Bürokratisierung und partielle Privilegierung der Hochschulen verweisen. (1a) Zusammengehalten werden diese verschiedenen Leitvorstellungen durch bestimmte elitetheoretische Ansätze (Leistungs-, Funktionseliten), durch Führungsideologien, durch Wachstums- und Effizienzvorstellungen sowie durch eine teils chauvinistischer teils abendländischem Bewahrungsdenken entstammende Überschätzung des Kulturguts der „Universität schlechthin". Hinzu kommt, daß sich zur organisatorischen Abstützung dieses „neuen" Bildes der Hochschule in letzter Zeit verschiedene Verbände, Gesellschaften usw. regen, die als Träger einer neuen, offensiven Bildungsideologie gelten müssen.

Die „Wirtschaftlichkeit" der Hochschulen als Dienstleistungsbetriebe

Die Versuche, „den Nachweis dafür zu führen, daß es problemadäquat ist, wenn die Hochschule als Betrieb interpretiert wird und wenn auf die Gestaltungsprobleme betriebswirtschaftliche Instrumentarien angewendet werden" (2), sind von großer struktureller Durchschlagskraft. Wenn der „Bildungsbetrieb" tatsächlich als „eine Stätte der Leistungserstellung für andere verstanden" wird, dessen „Handlungen mindestens teilweise den Prinzipien der Betriebswirtschaftslehre ..., vor allem der Wirtschaftlichkeitsrechnung" (3) unterliegen, so wird dadurch ein erhebliches Planungs- und Leitbilderpotential frei, mit dessen Hilfe sich die ökonomischen Interessen der neuen Bildungspolitik sozusagen ohne Rücksicht auf den in der Reformphase erreichten — und z.B. von der heutigen SPD-Führung bereits aufgegebenen — Grad an Demokratisierung in unseren Hochschulen durchsetzen können.

1a Das Leitbild der Militarisierung und Kasernierung der Hochschulen nach dem HRG, im Kontext der Konzernvorstellungen, der Entwicklung der Bundeswehrhochschulen und der gesamtgesellschaftlichen Militarisierungsoffensive (Wehrideologie) behandeln wir an dieser Stelle nicht.

2 Heinz Bolsenkötter: „Die Hochschule als Betrieb"; in: DUZ/HD, Heft 22 (1976), S. 653; vgl. ders. in: DUZ/HD, Heft 3 (1977), S. 75 und in: Hochschulpolitische Informationen (HPI); 8 (1977), Heft 1, S. 10-12: „Das ökonomische Prinzip – eine Hilfe für die Hochschule". Bolsenkötter ist Wirtschaftsprüfer und Abteilungsleiter der WIBERA Wirtschaftsberatung AG Düsseldorf. Vgl. WIBERA Projektgruppe Bolsenkötter: Ökonomie der Hochschule – Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung. Baden-Baden 1976.

3 Bolsenkötter: „Die Hochschule als Betrieb", a.a.O., 650.

Neben das Lippenbekenntnis zur „verantwortlichen Mitwirkung der Hochschule am Ausbau der sozialen Demokratie"(4) tritt unvermittelt die Forderung nach einer Ausrichtung des Hochschul‚managements' auf die Prinzipien betriebswirtschaftlicher Führung, die nicht mehr nach der Rolle der ‚cost effectiveness'-Forschung in der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, bei der Verstärkung der Arbeitshetze usw. fragt. Das Diktum der Unternehmerverbände, daß die Demokratisierung an den Toren der Betriebe haltmachen müsse, schwingt mit, wenn der Bundeskanzler sagt: „Eine Hochschule mit einem Jahresetat von über 100 Millionen kann sich nicht mehr liebevoll als Gelehrtenrepublik verstehen, sondern sie ist ein Großbetrieb geworden, der den Einsatz seiner Mittel immer wieder kritisch überprüfen muß." (5) Diese Betrachtungsweise führt, indem sie objektive Vergesellschaftungstendenzen überhöht und von der besonderen Verantwortlichkeit staatlicher Institutionen absieht, die nämlich keinem Rationalisierungsfetisch, sondern den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verpflichtet sind, geradewegs in den Dunstkreis der Reprivatisierung öffentlicher Dienste. Unter dem Motto „Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" wird sie gerade hier im Interesse der größten Monopole betrieben.

Und so können — gestützt durch die Personalstrukturvorstellungen des HRG, die u.a. eine stärkere Durchlässigkeit der Karrieresysteme von Hochschule, Wirtschaft und Verwaltung vorsehen — die Exekutoren dieses höheren Willens auf den Plan treten, unbekümmert ob aller gruppenuniversitären Strukturen, die selbst das HRG noch vorsieht. „Reformen, die die Leistungskraft moderner Universitäten sicherstellen, werden gravierend und einschneidend sein müssen. Ich sehe dazu nur die eine Möglichkeit, daß auch an die Spitze von Fakultäten oder Fachbereichen ... nicht mehr schwache und uninteressierte, weil permanent wechselnde gewählte (!) Dekane stehen, sondern leistungsorientierte Manager. Diesen wäre dann natürlich auch ein entsprechend weiter Ermessensspielraum zu gewähren und ein entsprechendes Gehalt zu zahlen." (6) Die „Ersetzung der Gruppenuniversität durch die Leistungsuniversität" (Boettcher) wirft natürlich das Problem der Kontrolle auf, „weil keine managergeleitete Großorganisation unkontrolliert sein kann und darf." (7) Und so, als habe die Gruppenuniversität nicht gerade ein Konzept demokratischer Kontrolle anzubieten, wird auf internationale Vorbilder hingewiesen, „insbesondere die leistungsstarken amerikanischen Universitäten". (8)

Was das bedeutet, haben Professoren und Studenten der Harvard University schon vor fast zehn Jahren — auf der Basis umfangreicher Dokumentationen — so formuliert: „Harvard wird betrieben und kontrolliert von einem Elite-Kader, von Männern, die Mitglieder der herrschenden Klasse Amerikas sind. Das Herrschaftssystem dieser Universität funktioniert ausschließlich von oben nach unten, so wie in der Gesamtgesellschaft auch. Alle grundlegenden ökonomischen Entscheidungen (z.B. über die Mittelverteilung, über die Beziehungen zum Militär- und Staatsapparat) werden an der Spitze getroffen. Auch alle Entscheidungen, welche Forschungsprioritäten und allgemeine Orientierungen des Studiums in den verschiedenen Departments betreffen und alle ideologischen Wei-

4 Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Hochschule und Gesellschaft – Vortrag in der TU Hannover; in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 124 vom 21.10.1975, S. 1234.

5 Ebenda, S. 1229.

6 Prof. Dr. Erik Boettcher (Münster); in: HPI, 7 (1976), Heft 21, S. 5.

7 Ebenda.

8 Ebenda.

chenstellungen stammen letztlich, in hochvermittelter und komplexer Form, aus derselben Quelle. Diese Entscheidungen und die gesamte wissenschaftliche und praktische Arbeit, die daran hängt, dienen den unmittelbaren und langfristigen Interessen des herrschenden amerikanischen Klassensystems." (9)

Zur Leitidee einer Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschule gehört natürlich auch die Frage nach den institutionellen und organisatorischen Bedingungen ihrer Durchsetzung. Die Aufforderung Helmut Schmidts an die Betriebswirtschaftswissenschaft, sich der cost effectiveness der Hochschulen zu widmen, kommt ja nicht von ungefähr. Neben den juristischen Fakultäten sind es vor allem die großen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, in denen dieser Aspekt der ‚modernen' Hochschule nicht nur geplant, sondern bereits weitestgehend praktiziert wird. Die Verschulung, die hohen Aussteiger- und Durchfallquoten, die Dirigierung fast aller Examensarbeiten auf der Basis von ‚Forschungsinteressen' der Institutsdirektoren, die bereits sorgfältig mit den Auftraggebern aus Wirtschaft und Verwaltung abgestimmt sind, das alles sind universitäre Arbeitsbedingungen, denen durch das HRG nun auch für andere Fakultäten Tür und Tor geöffnet wird. Überdies wachsen vor allem die wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen Fakultäten dank ihres Know-hows zu unentbehrlichen Beratern der Universitätsverwaltungen heran und gewinnen dadurch einen hochschulpolitischen Einfluß, für den im HRG keinerlei Kontrollen vorgesehen sind.

Neben diese herrschaftspolitische Funktion der wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten treten heute jedoch noch zusätzliche Institutionen, in denen der Keim für Funktionen steckt, die beispielsweise an amerikanischen Universitäten durch ‚Boards of Trustees' mit direktem Einfluß des Großkapitals und des Staates auf rein akademische Belange ausgeübt werden. An der „Freien Universität" in Westberlin gibt es bislang das erste und einzige „Kuratorium" dieser Art, das beispielsweise schon mehrfach dazu gedient hat, unter Umgehung der akademischen Selbstverwaltung Personalentscheidungen zu beeinflussen. Ein anderes Beispiel: an der Universität Münster existiert seit vielen Jahren eine „Fördergesellschaft", die sich der Pflege der Verbindungen zwischen Unternehmerschaft und Universität widmet. In dieser Fördergesellschaft dominieren neben Großindustriellen diejenigen Ordinarien, deren wissenschaftliche Tätigkeit in besonderem Maße mit Wirtschaftsinteressen verquickt ist. Räume, Sach- und Personalmittel der Universität stehen dieser Gesellschaft seit Jahren in mehr oder minder offener Form zur Verfügung. In jüngster Zeit nun greift diese Fördergesellschaft durch eine gewisse Reorganisation ihrer Verwaltungsstruktur sowie durch gezielte ideologische Einflußnahme (10) verstärkt in die Entscheidungen ein. Es bedürfte praktisch nur noch weniger Federstriche, um aus dieser Institution ein „Board of Trustees" zu machen.

Aus all dem wird deutlich, daß die Umwandlung der Hochschule in einen „industriellen" Betrieb, die mit der Forderung nach rationeller „Betriebsführung" beginnt, bei jeglicher demokratischen Kontrolle entzogenen ‚Führung durch Wirtschaftsführer' endet.

9 How Harvard Rules. Published by A.R.G. und The Old Mole. Cambridge (Mass.) and Boston 1968.

10 Vgl. den Offenen Brief des BdWi, Sektion Münster, an Prof. Hans Albert anläßlich der Verleihung des Ernst-Helmut Vieth-Preises durch die Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 14 vom 7. April 1977, S. 11.

Bürokratisierung

Aus Anlaß der Berufsverbote hat die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) in einer „Erklärung zu Fragen der Freiheit in Lehre und Forschung" auf die „Doppelstellung der Hochschulen als autonome Träger von Forschung und Lehre sowie als staatliche Einrichtungen" hingewiesen, die „in verschiedenen Hinsichten Konflikte zwischen Wissenschaftsautonomie und staatlicher Gewaltkompetenz" begründe. Die DGS fährt fort: „Dieses Spannungsverhältnis sollte weder im Interesse des einen oder anderen Anspruchs aufgelöst werden, da sich beide Ansprüche auf Wertvorstellungen stützen, zwischen denen eine dauerhaft einseitige Entscheidung der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht angemessen wäre." (11) Gleichwohl läßt sich beobachten, wie im Zuge der Durchsetzung der hinter dem HRG stehenden Interessen dieser Doppelcharakter der Hochschulen aufgelöst und in der staatlichen Verfaßtheit der Hochschule enthaltene Machtpotential einseitig instrumentalisiert wird. Der Behördencharakter der Hochschulen schützt und trägt nicht mehr den besonders labilen Charakter von Lehre und Forschung wie ihn etwa das Humboldtsche Modell vorstellte; vielmehr werden nunmehr behördlich jene sich auf zentralstaatlicher Ebene artikulierenden Wirtschaftsinteressen in die Hochschule transportiert, die selbst von den Vorreitern des Kapitals in den Hochschulen nicht zureichend erfaßt und formuliert werden können. Hier könnte sich dann allerdings ein gewisser Gegensatz auch zwischen den Interessen etwa von „Großprofessoren" und staatlicher Wissenschaftsverwaltung ergeben.

Der steigende Einfluß der zentralstaatlichen Wissenschaftsverwaltung in den Hochschulen ist Ausdruck einer umfassenden ‚Funktionalreform' des staatlichen Verwaltungsapparates, die einerseits eine, wenn auch weitgehend deformierte Verwissenschaftlichung der Staatsfunktionen beinhaltet, die andererseits jedoch die traditionelle Perspektive bürgerlicher Herrschaft — von „oben" nach „unten" — auf die allgemeinste Stufe hebt, auf der die abhängigen Gruppen und Klassen insgesamt als die „Betroffenen" und „Beplanten" erscheinen. Bemerkenswert ist, daß in diesem Zusammenhang die akademische Selbstverwaltung, deren scheinbar erweiterter Spielraum zunächst Anlaß für Demokratisierungshoffnungen war, immer offensichtlicher für unbezahlte Zu- und Hilfsarbeit mißbraucht wird. Dies gilt für die kaum mehr zumutbare Belastung der Dekane ebenso wie für die Einwerbung von Stellungnahmen und Erhebungen, die von den zentralen Verwaltungen dann nicht etwa als Willenserklärungen der Basis, sondern als Argumentationssteinbrüche für vorgefaßte Entscheidungen ausgewertet werden. Fast unmerklich geht in diesem Prozeß der Usurpation der akademischen Selbstverwaltung die Sachaufsicht in Fachaufsicht über. Zudem werden durch den zentralstaatlichen Einfluß auf die Selbstverwaltung die in ihr möglichen Gruppenprozesse ständig gestört und Egoismen sowie Konkurrenzverhalten gefördert. Was letztlich von der Autonomie der Selbstverwaltung übrigbleibt oder übrigbleiben soll, ist entweder der vereinzelte, in seiner Desorientierung auf staatliche Orientierungshilfen vollkommen angewiesene Wissenschaftler oder der dem Staat durch anderweitige Interssenbindungen Selbstbewußtsein entgegenbringende „Partner", „Berater" usw.

Ein weiteres Moment dieser Entwicklung ist die wachsende Bedeutung von Teilen der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter im Hochschulbereich. Es handelt sich um jene Beamten, die im Rahmen der staatlichen Wissenschaftsverwaltung innerhalb und außerhalb der Hochschulen selbst mittlerweile derart zentra-

11 Vgl. Zeitschrift für Soziologie, 1975, S. 200.

le und komplizierte Aufgaben wahrnehmen, daß sich bereits — zumal bei vergleichbaren Besoldungsgruppen, aber keineswegs nur dann — ein ausgesprochenes Abhängigkeitsverhältnis des „normalen" Hochschullehrers gegenüber diesen nichtwissenschaftlichen Kollegen entwickelt, in dem sich natürlich die wirklichen Machtverhältnisse in diesem Staat widerspiegeln. Die durch die Beamtung der Wissenschaftler ermöglichte Disziplinierung fördert außerdem eine Struktur, welche die mit diesen wissenschaftlichen Beamten in Berührung kommenden nichtbeamteten Wissenschaftler — nämlich die Studenten — in einer dem Wissenschaftsprozeß völlig widersinnigen Weise aus dem Wissenschaftssystem heraushält und zu Objekten der Lehre, die als „Publikumsverkehr" die Hochschulen „behelligen", reduzieren.

Und schließlich läßt sich herrschaftstechnisch über die taktische Verabsolutierung der Hoheitsfunktionen der höheren Bildungsanstalten auf eine perfektionierte Weise die politische und theoretische Disziplinierung der Wissenschaft durchsetzen. Berufsverbote im wissenschaftlichen Bereich sowie Theorieverbote können ja unter diesen spezifisch westdeutschen Bedingungen ständig mit der besonderen Treuepflicht gegenüber dem aktuell realisierten Verhältnis zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit begründet werden, obgleich Wissenschaft der Wirklichkeit gerade mit Skepsis gegenüber Bestehendem begegnen müßte. (12)

So läßt sich insgesamt sagen, daß unter den neuen Bedingungen der Hochschulformierung der traditionelle Behördencharakter dieser Anstalten nicht zuletzt durch seine zentralstaatliche Absicherung zu einem wirksamen Mittel für die Integration des Hochschulpersonals in das staatsmonopolistische System wird.

Partielle Privilegierung

So sehr die Hochschule einerseits als formierte Fach- und Berufshochschule eingerichtet werden soll, so wenig kann sie andererseits als Ausleseort für Führungskräfte auf die Zurschaustellung und offensive Vertretung der Privilegienstruktur dieser Gesellschaft verzichten. Der Elite-Gedanke, der in verschiedener Form beispielsweise in Bielefeld oder Konstanz die Planungspraxis vor der kurzen Phase der demokratischen Hochschulreform beherrschte, ist keineswegs ad acta gelegt, sondern tritt heute auf der in diesem Punkte besonders flexiblen Unterlage des HRG in der hochschulpolitischen Diskussion wieder zutage.

Es gibt ja eine ideologische Offensive von Unternehmerseite, die nichts mehr von einem Zeitalter der Entideologisierung wissen will, sondern mit massiven ordnungspolitischen Vorstellungen, durch das Vorantreiben einer sogenannten Grundwerte-Diskussion und sogar durch eine wohlwollende Betrachtung des Faschismus verlorenes Terrain im Bewußtsein der Bevölkerung zurückzugewinnen trachtet. „Es gibt wohlmeinende Kritiker des Unternehmers, die sagen: Schuster bleib bei deinem Leisten, wir sind zwar bereit, in wirtschaftlichen und technischen Fragen auf den Unternehmer zu hören, aber

12 Man vergleiche die „klassische" Formulierung aus einer Ablehnungsbegründung: Wer „die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und die unseren Staat tragenden Kräfte in der geschehenen Weise abqualifiziert", d.h. kritisch-wissenschaftlich hinterfragt, der „hält die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und die z.Zt. bestehenden politischen Machtverhältnisse nicht für verfassungskonform".(Ablehnungsbescheid an Dr. Thomas Neumann; in: Berufsverbot für Th. Neumann, Dokumentation des BdWi Münster, 1974)

im gesellschaftspolitischen Bereich, gar bei der Diskussion um social values, da können wir ihn, der doch nur auf seinen Vorteil bedacht ist, wirklich nicht ernst nehmen. Ich glaube nicht, daß die Kritiker recht haben, denn ich bin der Überzeugung, daß der Unternehmer auch außerhalb der Wirtschaft im weitesten Sinne eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft ausübt und als eigenständige Kraft einen Beitrag an die Gesellschaft im Lande leistet, dessen Verlust sogar den Charakter dieser Gesellschaft verändern würde."(13)

In dieser ideologischen Offensive kommt den Hochschulen und der Wissenschaft eine spezifische Aufgabe zu, die in manchem mit der Demonstration von Bildungsprivilegien im Stile des subventionierten, nur auf Repräsentation hin angelegten Bildungstheaters zu vergleichen ist, in dem ja auch die Aura und das Prestige bürgerlicher Kulturerrungenschaften verbissen und gegen die Wirklichkeit verteidigt wird. Dieses Herrschaftssystem bedarf seiner Stars und Virtuosen, und das heißt bezüglich des Hochschul- und Wissenschaftssystems: seiner Studienstiftler, seiner Nobelpreisträger, seiner Heisenberg-Stipendiaten (14), seiner Bergedorfer und Alpacher Gespräche und wohl auch, wenn es sich zur Zeit nur machen ließe, seines Studium Generale.(15)

Gerade innerhalb des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" gab und gibt es „eine ganze Anzahl von Professoren, ... ihrem Selbstverständnis nach liberal oder gemäßigt konservativ ..., die erschreckt worden sind durch die Formen, in denen sich die Studentenbewegung vollzogen hat, und die vor allem den Abbau der überkommenen Privilegien fürchten."(16) Aus diesen Kreisen wird der „Trivialisierungsprozeß in der Wissenschaft" beklagt (F.H. Tenbruck), aber auch in aggressiver Weise der Verfall der Aura bürgerlicher Wissenschaft wissenschaftlichen Gegnern, die auf dem Boden des Marxismus stehen, angelastet. Einige Zeit konnte man glauben, daß diese Positionen lediglich nostalgische Einsprengel im Prozeß der kapitalistischen Integration des Hochschulsystems seien und daß die ideologische Offensive allein oder doch primär von offen reaktionären Gruppen à la Strauß und Dregger getragen würde.

Doch stellt sich gerade nach der erfolgreichen Durchsetzung des HRG durch die Kapitalinteressen die Frage nach wissenschaftsadäquaten Ideologemen, die das intendierte Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft langfristig zu legitimieren vermögen und vor allem auch im Zuge der westeuropäischen Integration prestigefördernd sind. In diesem Bereich der Legitimierung bürgerlicher Wissenschaft finden sich heute beispielsweise im Umkreis des „Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt" in Starnberg viel tragfähigere Konzeptionen der Alternativlosigkeit als beispielsweise im ausgesprochen konservativen Lager. Auch die Erhebung des Kritischen Rationalismus zur sozialdemokratischen Wissenschaftsideologie gehört zu diesen subtileren Formen der ideologischen Offensive mit langfristig zweifellos nicht unerheblicher integrativer Wirkung.

Bedeutsamer sind sicher in diesem Zusammenhang jedoch die institutionell-

13 Zempelin in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.2.1976.
14 Vgl. DUZ/HD; 1976, Heft 17/18, 479-481.
15 Vgl. H. Westerich: „Was erwartet die Wirtschaft von der Universität? ", DUZ/HD, 1977, Heft 2, S. 39: „Das studium generale sollte auch und gerade in Zeiten einer immer weitergehenden Spezialisierung kein abgestandenes Ideal, sondern ein noch immer wünschenswertes Leitbild sein."
16 Reinhard Kühnl: Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und , sein Standort im politischen Spektrum der BRD. Ein Gutachten; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18 (1973), H. 11, S. 1204.

organisatorischen Anstrengungen, den im Prozeß der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung, der Militarisierung und Bürokratisierung der Hochschule enthaltenen Tendenzen zur Elitenbildung die gleichsam kulturelle Weihe zu geben. So gibt es Überlegungen, das Instrumentarium der Studienstiftung des Deutschen Volkes auszubauen, traditionelle Qualifikationsmerkmale wie beispielsweise die Habilitation in neuer Weise (vgl. HRG und LHG's), mithilfe bestimmter Förderungsprogramme wie dem Heisenberg-Programm die „Zirkulation der Eliten" zu erhöhen und vor allem bestimmte privilegierte Positionen im Wissenschaftssystem von vornherein unter Kontrolle zu halten. So tritt neben den Abbau ganzer Fakultäten und Fachrichtungen sicherlich bald ein breites „farming system" als Rekrutierungsprogramm für den Führungskräfte-Nachwuchs und ein Angebot für „the best and the brightest" aus der „akademischen Provinz" in attraktive Aufstiegspositionen in „think tanks", Akademien, Beraterstäbe etc., ganz einfach um nach innen und außen zu demonstrieren, daß es sich noch lohnt, in einem ganz bestimmten Sinne gebildet zu sein.

III

Der Zusammenhang dieser verschiedenen Leitvorstellungen und speziellen institutionell-organisatorischen Formierungen stellt sich darin her, daß auf diese Weise z.T. recht heterogene Orientierungen aus der „alten" Universität auf die allgemeinen Ziele des HRG bezogen bzw. mit neuen, den Kapitalinteressen genehmen Inhalten gefüllt werden können. Betriebswirtschaftliche Effizienzdenken als innere Stabilisierung wissenschaftlicher Leere hat auch in der deutschen Universität seine Tradition; seine Vertreter werden aber unter dem Schutz des HRG ganz anders als früher zum Zuge kommen können. Auch die autoritären und etatistischen Tendenzen der alten Universität können sich in teilweise neuen Formen weiterentwickeln, ganz zu schweigen vom Kult der kleinen Genies. Individuell unbegriffene und geleugnete Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaftsentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen werden so von eben diesen Individuen durchgesetzt: was hieße Hochschulformierung sonst?

Hinzu kommt, daß die sich über der kapitalistischen Integration als ökonomischer Basis erhebende gesamtgesellschaftliche Formierung recht einleuchtend mit dem Begriff des Industrie-Militär-Bürokratie Komplexes erfaßt werden kann, welcher dem Wissenschaftsprozeß in zunehmendem Maße die Verwertungszusammenhänge aufzwingt, so daß individuelle wissenschaftliche Karriereperspektiven in zunehmendem Maß auf diesen Komplex hin orientiert werden, und zwar gegen spezifische wissenschaftliche Interessen.

Folglich zieht die Auseinandersetzung mit und um das HRG notwendigerweise immer mehr Wissenschaftler in gesamtgesellschaftliche Klassenauseinandersetzungen hinein und konfrontiert sie, vielleicht zum ersten Mal, gerade als Angehörige des öffentlichen Dienstes, mit antagonistischen Strukturen: „Der Reformwiderstand und die Droh- und Angstpolitik der Unternehmer im Kontext neokonservativer politischer Strömungen hat eine — teilweise vergessene — Erkenntnis wieder bestätigt: Den abhängig Beschäftigten werden auch im Bereich staatlicher Politik keine Verbesserungen geschenkt. Auch hier müssen sie um die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen, um dem politischen Druck der Unternehmen, Unternehmensverbände und Kammer auf Öffentlichkeit, Parlamente und Regierung die Stärke der Gewerkschaften entgegenzusetzen."(17

17 Dieter Görs: „Anmerkungen zum Einfluß und Widerstand der Unternehmer im Bildungsbereich"; in: WSI-Mitteilungen, 29 (1976), Heft 2, S. 103-104.

Peter Adamski

DIE SCHUL- UND HOCHSCHULPOLITIK DER BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE (BDA)

Die Enttäuschung über die staatlich verordnete Bildungspolitik, die seit nunmehr 7 Jahren von der SPD/FDP-Koalition verantwortet wird, hat nur zu oft die berechtigte Kritik an einer Bildungsreform, die immer gezielter auf eine zweite Bildungskatastrophe in den 80er Jahren vorprogrammiert wird (1), auf die Regierungsparteien beschränkt, insbesondere auf das Dilemma des sozialdemokratischen „dritten Weges", in dessen Gesamtkonzeption Bildung und Bildungsreform unter den Maximen von Chancengleichheit und Emanzipation gleichsam getragen von gesamtgesellschaftlichem Willen und Vernunft den sozialökonomisch bedingten Graben des Bildungsprivilegs überspringen sollten.

Das Scheitern der Bildungsreform sollte aber mehr als bisher Anlaß sein, Bedingungsgefüge und Ursachen des Bildungsnotstandes verstärkt in den Blick zu bekommen, insbesondere diejenigen politischen Kräfte zu betrachten, denen die Bildungsexpansion, wenn auch bedingt gewünscht, so doch in Anlage und Ausmaß von vornherein suspekt war, und deren Interessen nicht nur das Bildungsprogramm der CDU/CSU konstituieren (1a), sondern auch ihren deutlichen Reflex in der gegenwärtigen staatlichen Bildungspolitik zeigen.

Im folgenden wird versucht, einige Aspekte des strategisch-taktischen Konzepts der Unternehmerverbände bezüglich der Schul- und Hochschulpolitik aufzuzeigen. Ein solcher Versuch ist nicht neu: 1969 hat *Friedhelm Nyssen* eine erste differenzierte Analyse des Unternehmereinflusses auf die Schulen vorgelegt (2); erst kürzlich beschrieb *Herbert Oberste-Lehn* die hochschulpolitische Strategie der Monopolverbände, beschränkte sich dabei aber wesentlich auf den Anfang der 70er Jahre (3); schließlich ist auch zu verweisen auf die Arbeit von *Helmut Arnaszus*, der die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perspektive der Unternehmerverbände untersuchte (4). In Anknüpfung an diese Beiträge sollen die Diskussionen um Schul- und Hochschulpolitik, wie sie aus den Veröffentlichungen der BDA und aus der Inhaltsanalyse ihres Zentralorgans ‚Der Arbeitgeber' nachvollziehbar sind, für den Zeitraum der letzten drei Jahre 1974-1976 in ihren wesentlichen Akzenten interpretiert und eingeschätzt werden.

1. Allgemeine Kritikpunkte der Bildungspolitik

Der spezifische Nachholbedarf der BRD-Wirtschaft hinsichtlich der Anpas-

1 Vgl. dazu u.a. Joachim Weiler: Der Weg in die zweite Bildungskatastrophe – eine Einbahnstraße? , in: „Marxistische Blätter" 6/76, S. 65 ff.

1a Vgl. Bernhard Vogel (Hrsg.): Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept, Herford/Berlin 1975.

2 Friedhelm Nyssen: Schule im Kapitalismus. Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule, Köln 1969.

3 Herbert Oberste-Lehn: Das Verhältnis von Kapital und Hochschule in den Siebziger Jahren, in: „päd.extra" 21/22/75, S. 45 ff.

4 Helmut Arnaszus: Die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perpektive der Unternehmerverbände, in: „SOPO" 34/35, S. 133 ff.

sung der Produktivkraftstruktur an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt (WTF) war der objektive Hintergrund der seit Mitte der 60er Jahre einsetzenden Bildungsexpansion. Je mehr jedoch das Konzept der Bildungsreform als Ausdruck dieser Anpassungsstrategie zugleich die Gefahr beinhaltete, unter realistischer Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse den Ansatzpunkt für einen Demokratisierungsprozeß nicht nur des Bildungswesens, sondern darüber hinaus der gesellschaftlichen Verhältnisse zu liefern, Ansatzpunkte, wie sie durchaus von den demokratischen Kräften in der Regierungserklärung von 1969, im Bildungsbericht '70 und im Strukturplan für das Bildungswesen 1970 gesehen werden konnten, begann und verschärfte sich die Polemik der Unternehmerverbände und hatte damals wie heute die gleichen Angriffspunkte:

— strukturelle Reformen wie bestimmte Konzeptionen der Gesamtschule, der Gesamthochschule und die Auflösung des dualen Systems der Berufsbildung;

— inhaltliche Reformen wie fortschrittliche Rahmenrichtlinien, Arbeitslehrekonzeptionen und Studiengänge.

Was sich im Verlauf der Auseinandersetzungen geändert hat, ist die Intensität der Kritik und die stufenweise Entwicklung einer geschlossenen Strategie. Die Offensive der Unternehmerverbände hinsichtlich der Schul- und Hochschulpolitik hat mit der Erklärung der BDA ‚Zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen' 1975 (5) ihre ideologische Plattform erhalten, auf die sich nunmehr die nach wie vor dominierende Polemik zu konkreten Einzelproblemen und die Durchformulierung unternehmerischer Alternativen an den Brennpunkten der Kontroversen beziehen kann.

Die zweifelsfrei feststellbare aktuelle Offensive der Unternehmerverbände, die ihren offensichtlichsten Ausdruck im Lehrstellenboykott und den erpresserischen Praktiken bezüglich der Berufsbildungsreform gefunden hat, verläuft freilich nicht ungehemmt. Sie hat mit starken Widerständen zu rechnen. Nichts könnte diese Beurteilung besser belegen als die Einschätzung durch die BDA selbst:

„Der Konflikt über die Richtung, in die sich die gesellschaftliche Ordnung fortentwickeln soll, ist in dieser Zeit tiefgreifender als zu Beginn der Bundesrepublik. Damals konzentrierte er sich angesichts der geschichtlichen Unfreiheitserfahrungen der Aufbaugeneration nahezu ausschließlich auf die Ordnung der Wirtschaft wie der sozialen Beziehungen und deckte damit nur einen Teil der gegenwärtigen Systemdiskussionen ab. Heute umgreift er das Gesamtgefüge einer freiheitlichen Ordnung."(6)

Wenn die Gefährdung des vorhandenen Ordnungssystems auch zunächst weniger in „radikalen und politisch extremen Kräften" gesehen wird, sondern in der schleichenden Durchsetzung des „Sozialismus in Raten" (7), so bleibt die Systemfrage der Fixpunkt der gegenwärtigen ideologischen und politischen Offensive der Monopolverbände. In dieser schwierigen Situation geht es um die Absicherung der Monopolherrschaft unter den Bedingungen des Anpassungszwanges an den WTF bei zunehmender Einschränkung der internationalen Kapitalverwertungsbedingungen und unter zunehmendem Druck der antikapitalistischen demokratischen Kräfte im Inneren. Die Antwort darauf kann notwendigerweise nur im Abbau demokratischer Positionen, d.h. in der verstärkten

5 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Fortschritt aus Idee und Leistung. Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, Köln 1975.
6 Ebenda, S. 11.
7 Ebenda, S. 16.

politisch-ideologischen Sicherung des Systems liegen. Demnach fällt die politische Orientierung der BDA auch eindeutig aus:

„Deshalb ist das Zusammenwirken von ordnungspolitischer Eindeutigkeit und Bestimmtheit, finanziell ausreichender Solidität in der Politik des sozialen Fortschritts und einem entsprechenden psychologischen Flankenschutz, der die Erwartungen der Bevölkerung an den geringer werdenden Wachstumsmöglichkeiten orientiert, eine wesentliche Voraussetzung für eine Politik, die die politische und wirtschaftliche Stabilität verbessern will."(8)

Was sich an dieser Stelle noch eigentümlich begrifflich vernebelt gibt, wird in den je spezifischen Abschnitten verdeutlicht: Ordnungspolitische Eindeutigkeit ist die Absage an jegliche Mitbestimmung und Kontrolle, sozialer Fortschritt der Abbau von Sozialleistungen durch Privatisierung der Kosten, finanziell ausreichende Solidität die Erhöhung der Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung und der psychologische Flankenschutz die Ideologie des Gürtelenger-Schnallens.(9)

Bildungspolitik nimmt in dieser Gesamtstrategie eine zentrale Stellung ein: An einer der Nahtstellen der politischen Auseinandersetzung sollen mit den Voraussetzungen zur Bewältigung des WTF zugleich die Bedingungen für die systemgerechte, möglichst konfliktlose Anwendung gesichert werden:

„Die mit dem technischen Fortschritt wachsenden Anforderungen an das Qualifikationsniveau und seine seit Jahren anhaltende Verbesserung halten für diesen Prozeß zur wachsenden selbstverantwortlichen Mündigkeit große Chancen bereit ... Mündigkeit, Selbstverantwortung und Integrationsbereitschaft sind die Kennzeichen kontinuierlichen Fortschritts und nicht das hochstilisierte Konfliktbewußtsein mit Umsturzgesinnung ... Bildung in Schule und Betrieb erhält deshalb ihren wachsenden Rang." (10)

Wie beurteilen die Unternehmerverbände den gegenwärtigen Zustand der Bildungspolitik? Gerade das Scheitern der Bildungsreform wird zum Anlaß demagogischer Polemik. Das Zurückweichen der Sozialdemokratie wie der sozialliberalen Koalition vor den selbst gesteckten Zielen, das Einschwenken auf unternehmerische Positionen und Positionen der CDU/CSU wird keinesfalls honoriert, sondern als Ausgangspunkt verstärkter Offensive aufgegriffen. Die Polemik der BDA gegen Indoktrination, Systemüberwindung, Herumexperimentieren mit Kindern, Eltern und Lehrern, Gleichmacherei, Uniformierung und Nivellierung, mithin gegen die minimalsten Schritte hin zu einem sozial gerechteren Bildungssystem, wird angesichts der Halbherzigkeit der Maßnahmen, angesichts zunehmenden Leistungsdrucks, schließlich der offenkundigen Ratlosigkeit der offiziellen Bildungspolitik als Bestätigung seit langem geäußerter Kritik begriffen.

„Worte wie Pflicht, Leistung, Verantwortung, Einordnung in eine Gemeinschaft u.ä. sind suspekt geworden. Unser Bildungssystem ist eine riesige Agentur zur Übermittlung von Wissenstoff geworden, mit einem gefährlichen Wildwuchs von Bildungs-Experimenten ideologisch geprägter Pädagogen."(12)

„Man sieht: Nicht die Lebenswirklichkeit und das eigentliche Interesse der Adressaten dominiert bei den Bildungspolitikern, sondern die Utopie und ideologisch-politische Vorprogrammierung."(13)

Die „Wirtschaft" erscheint in diesen Aussagen nicht nur als der seit langem geduldige Mahner, dessen Wort die „pädagogisch emanzipatorischen Pädagogen

8 Ebenda.
9 Ebenda, S. 12.
10 Ebenda, S. 24
11 Entfällt.
12 Wilhelm Hübsch: Bildung. Ohne Ordnungsbild, in: „Der Arbeitgeber" 21/74, S. 874.
13 Georg Juraschek: Studenten-Lawine. Unterprivilegiert von Staats wegen, in: „Der Arbeitgeber" 8/74, S. 304.

und Bildungspolitiker" erst beim Zusammenbruch ihrer Konzepte hören wollen, sondern auch und insbesondere als der einzige, der offenkundig einen Weg aus der verfahrenen Bildungspolitik zu weisen vermag. Dieser „Ausweg aus der Krise" läßt sich in zwei wesentlichen Punkten zusammenfassen:

1. in der rigiden Ökonomisierung des Bildungsbereichs (14), die Rationalisierung als wichtigsten Hebel begreift;
2. in der politisch-ideologischen Funktionalisierung des Bildungssystems und der dort Beschäftigten.

Ökonomisierungstendenz

Die Ökonomisierungstendenz läßt sich am anschaulichsten durch die Äußerung *Winfried Schlaffkes* illustrieren, der für ein sparsam wirtschaftendes, rationell arbeitendes und effizientes Bildungssystem plädiert. (15) Ein solches Plädoyer ergäbe sich zwingend aus der gegenwärtigen ökonomischen Situation: „Es ist völlig unrealistisch, in absehbarer Zeit eine Verdopplung (der Bildungsausgaben; P.A.) als möglich anzusehen. Es kommt heute vielmehr darauf an, dafür zu sorgen, daß mit dem verfügbaren Geld der höchst mögliche Nutzeffekt erzielt wird." (16) Die Ökonomisierung des Bildungswesens sei allerdings nicht nur ein konjunkturelles Erfordernis, sondern trage strukturellen Charakter. Niedrige Geburtenraten, politisch gesetzte Grenzwerte des Bildungsgesamtplans, verringerte Wachstumschancen und die zunehmende Staatsverschuldung verleihen dem Ökonomisierungskonzept nicht nur zeitlich begrenzten, sondern grundsätzlichen Charakter.(17) Die wichtigste Schlußfolgerung besteht für die Unternehmer darin, langfristig das Bildungssystem an die Erfordernisse des Beschäftigungssystem zu koppeln, d.h. ein flexibles Bildungssystem zu schaffen, das jeweils optimal auf die auftretenden Anpassungsschwierigkeiten in der Produktivkraftentwicklung reagieren kann.

Notwendiger Bestandteil einer solchen Konzeption ist die Straffung der Bildungs- und Ausbildungsgänge, die Verschärfung der Leistungskontrollen und die Rationalisierung der pädagogischen Arbeit.(18)

Funktionalisierungstendenz

Die zu erwartenden Schwierigkeiten einer solchen Konzeption, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der Überlastung des Bildungssystems und bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit von Jugendlichen wie Akademikern, erst recht aber bei steigenden Schüler- und Studentenzahlen bis weit in die 80er Jahre hinein zu erheblichen Konflikten führen muß und allenthalben führt, sollen durch rigide politisch-ideologische Restriktionen aufgefangen werden. Der Gleichmacherei und Chancengleichheit werden die Vorstellungen von Chancengerechtigkeit und die Wiedererweckung der Begabungsideologie entgegengesetzt.

14 Diese Ökonomisierung betrifft nicht nur den Bildungsbereich sondern den Gesamtbereich staatlich organisierter Reproduktion, z.B. Teilprivatisierung der Kosten für Gesundheitsfürsorge, Kostendeckungsprinzip bei öffentlichen Dienstleistungen etc.

15 Winfried Schlaffke: Bildungspolitik. Abkehr von Illusionen, in: „Der Arbeitgeber" 2/76, S. 92.

16 Karl Abraham: Kostenexplosion im Bildungssystem,in: „Der Arbeitgeber" 2/74, S. 53.

17 Armin Hegelheimer: Bildungspolitik. ‚Verdrängen und verdrängt werden', in: „Der Arbeitgeber" 24/75, S. 1097.

18 Abraham, a.a.O., S. 54.

„Nicht alle zu nivellieren, sondern die verhältnismäßige Förderung aller Begabungen muß Aufgabe einer wirklich modernen Schulpolitik sein."(19)
„Überforderung individueller Leistung kann dort zum Unrecht werden, wo sie berechtigte Ansprüche von Familie und Gesellschaft nicht berücksichtigt. Leistungsverweigerung bei Jugendlichen kann daher eine Reaktion auf Leistungsüberforderung oder überzeugende Leistungsvorstellung bei Eltern und Erziehern sein."(20)

Der Erwartungshorizont der Eltern und Schüler, wie er durch die Öffnung der Hochschulen für alle gewaltig gesteigert worden ist, muß wieder eingeschränkt werden, statt Emanzipation wird die Tugend der Eigenverantwortung hochstilisiert, statt Konfliktfähigkeit Relativismus.

„Kritikfähigkeit des einzelnen muß ein entscheidendes Erziehungsziel sein. Sie ist die Voraussetzung für Erkenntnis und Einsicht in die Relativität aller Dinge des menschlichen Seins und Bedingung für die wägende Vernunft menschlichen Handelns in einer freien und offenen Gesellschaft. Wird Kritik zur politischen Verhaltensregel verabsolutiert, so muß sie sich mit Intoleranz paaren."(21)

Demgegenüber komme es primär darauf an, sich eigenverantwortlich sozial zu integrieren (22), in Eigenverantwortung gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft. „In solchen Gemeinschaften werden die Menschen füreinander und für das Ganze verantwortlich verpflichtet."(23) Gemeinsinn schließt die Bewährung vor sich selbst und der Gemeinschaft in „äußerer und innerer Leistung ein, die Opfer verlangt".(24) Der Weg zur altgermanischen Gefolgschaft und deren faschistischer Ausschlachtung ist ideell vorgezeichnet. Die politische Reglementierung von „Systemveränderern", der Abbau von Mitbestimmung und die Berufsverbote sind die notwendigen ergänzenden politischen Hebel, um die ideologische Funktionalisierung und Loyalitätssicherung durchzusetzen.

2. Schwerpunkte der Schulpolitik

Die Schwerpunkte der Schulpolitik der Unternehmerverbände bestehen nach wie vor in der scharfen Kritik aller Ansätze einer inhaltlichen und strukturellen Schulreform, richten sich mithin primär gegen die integrierte Gesamtschule und gegen fortschrittliche Unterrichtsinhalte, insbesondere die Rahmenrichtlinien „Gesellschaftslehre" in Hessen und „Politik" in NRW. Die „Pseudo-Kultur der Geschwätzigkeit an den Schulen"(26) wird dabei zunehmend nicht nur allein marxistischen und neomarxistischen Kräften angelastet, als deren Zentralfigur in der Regel der Gesamtschulforscher H.G. Rolff mit seinem Konzept des strategischen Lernens herhalten muß (27), sondern erfährt eine Ausdehnung auch auf

19 Arno Jochums: Schulpolitik. Indoktrination statt Information, in: „Der Arbeitgeber" 3/75, S. 81.

20 BDA, Schule ohne Leistung? , in: „Der Arbeitgeber" 7/74, S. 263. Vgl. dazu auch Sibylle Rosenberg: Die Wiederbelebung der Begabungsideologie als Stütze des Bildungsprivilegs, in: Alff, Bethge u.a.: „Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik", Köln 1975, S. 108 ff.

21 BDA, Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 24 f.

22 Ebenda.

23 Hübsch, a.a.O., S. 875.

24 Ebenda.

25 Entfällt.

26 Wolfgang Brüggemann: Unterricht. Indoktrination und Anmaßung, in: „Der Arbeitgeber" 24/75, S. 1101.

27 Ebenda; vgl. auch Werner Röpke: Verzicht auf die Bildung? , in: „Der Arbeitgeber" 12/74, S. 448 f.

alle emanzipationsstrategischen Konzepte, die sich auf die Urväter der Frankfurter Schule beziehen.(28)

Das Scheitern der Bildungsreform und das Steckenbleiben von Reformmaßnahmen zum Beispiel im Gesamtschulbereich hat der Kritik zusätzliche Angriffspunkte geboten. Die in der Tat nicht unwesentliche Mehrbelastung der Lehrer, Eltern und Schüler, das Ausbleiben wirklicher Schulreformen wie Senkung der Klassenfrequenzen, Curriculumrevision etc. — all das wird demagogisch gewendet und als Beleg für die von Grund auf falsch angelegte Schulpolitik ausgewiesen.

„Die Gesamtschulen können nicht realisieren, was ihre Planer versprachen. Idealismus und Opferbereitschaft der Lehrer(!)werden im organisatorischen, curricularen und psychologischen Neuland verschlissen. Der Versuch der integrierten Ganztags-Gesamtschule krankt am Zuviel auf einmal."(30)

Statt den Lehrermangel zu beheben, den Ausfall von Unterrichtsstunden zu vermeiden und die Klassenfrequenzen zu senken, werde auf dem Rücken der Eltern und Schüler unbeirrt die Nivellierung und Uniformierung der Schule als primäres Ziel forciert.(31) Schließlich liefen die Eltern Gefahr, angesichts der doktrinären und systemüberwindenden Unterrichtsinhalte ihre Kinder als Klassenkämpfer ausgebildet zu sehen.(32) Der Rückgriff auf verunsicherte Teile der Elternschaft hat mittlerweile zu nicht unbeträchtlichen Erfolgen führen können, was die Aktivität des Hessischen Elternvereins als CDU-Ableger beweist.

Das neue schulpolitisch-pädagogische Vokabular, das die BDA in die bildungspolitische Debatte einführt, markiert trotz begrifflicher Ähnlichkeiten einen radikalen Kurswechsel. Statt Chancengleichheit wird Chancengerechtigkeit gefordert.

„Unerläßlich ist ein höchstmögliches Maß an Chancengerechtigkeit. Jeder ist nach seinen Fähigkeiten und Neigungen zu fördern, unabhängig von sozialer Herkunft. Die Leistung, die Anforderungen des Beschäftigungssystems sowie die finanziellen Möglichkeiten in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft müssen die Maßstäbe für die Förderung sein."(33)

Die bisherige Schulpolitik zeichne sich durch ein überzogenes Anspruchdenken aus. Alle Schüler auf die gleiche Qualifikationsstufe zu bringen, bedeute nicht nur, Schüler und Eltern zu überfordern, sondern auch, an den vorhandenen unterschiedlichen Begabungen vorbeizuproduzieren und den gesellschaftlichen Bedarf zu überschätzen. Die heutige Schule — gemeint ist nicht nur die Gesamtschule — leide unter Wissensüberfrachtung (34) und mangelndem Realitätsbezug (35), potenziert durch das in der emanzipatorischen Erziehungskonzeption auf die Spitze getriebene Prinzip der Leistungsverweigerung.

„Aufgabe der Schule insgesamt ist es, den jungen Menschen zur Ausfüllung seiner Rolle in der Gesellschaft zu befähigen und zum Verständnis der späteren Berufsanforderungen hinzuführen. Sie muß dem einzelnen für den weiteren Lebensweg Hilfen gemäß Begabung,

28 Wolfgang Brüggemann: Schule. Negative Dialektik, in: „Der Arbeitgeber" 11/74, S. 425 ff.
29 Entfällt.
30 Walter Dietz: Gesamtschule. Die Blütenträume reifen nicht, in: „Der Arbeitgeber" 18/74, S. 699.
31 Jochums, a.a.O., S. 80.
32 Ebenda.
33 BDA: Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 76.
34 BDA: Schule ohne Leistung? , a.a.O., S. 260.
35 Hübsch, a.a.O., S. 874.

Interessen, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft geben und dabei die Durchlässigkeit zu entsprechenden Bildungswegen und -abschlüssen gewährleisten."(36)

„Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bejaht das Leistungsprinzip in humaner Gestalt. Darunter ist eine Synthese zwischen ökonomischen Erfordernissen und der unverzichtbaren Berücksichtigung individueller Leistungsfähigkeit zu verstehen."(38)

Die Qualität des emphatischen Bekenntnisses zum humanen Leistungsprinzip und zur Freiheit des Individuums wird durch die Bindung an die „Vernunft des Betriebes" deutlich. Das Individuum mag zwar mitwirken bei betrieblichen Entscheidungen, „selbstverantwortlich" die Festsetzung seiner Arbeitsanforderungen erfahren, soll aber nicht in den Entscheidungsprozeß um Quantität und Qualität der Leistung miteinbezogen werden.(39) „Humane Leistung" reduziert sich in diesem Sinne auf die „eigenverantwortliche Entscheidung", sich von den „Sachzwängen" kapitalistischer Profitwirtschaft überzeugen zu lassen.

Die moderne Leistungsschule nach den Vorstellungen der BDA kann nicht die integrierte Gesamtschule sein. Behauptet wird nicht nur die mangelnde Effizienz der Gesamtschule (40), was längst wissenschaftlich widerlegt ist (41), unterstellt wird ihr sogar eine frühzeitige und einseitige Festlegung der Schüler: „Vielmehr besteht die Gefahr, daß diese neue Schulform mit ihrer zu weitgehenden Differenzierung des Lernangebotes zu einer vorzeitigen und einseitigen Festlegung der Schüler führt."(42) Die These der vorzeitigen und einseitigen Festlegung der Schüler kann offensichtlich nur so verstanden werden, daß mehr Gesamtschüler als traditionelle Hauptschüler, insbesondere aus den bislang unterprivilegierten Schichten, ihre Bildungschancen wahrnehmen und qualifizierte Abschlüsse erwerben bzw. ein Hochschulstudium anstreben. Diese Vermutung wird gestützt durch die Befürchtung der Unternehmerverbände, ein weiteres Anwachsen der Gesamtschulen führe zur Auspowerung der Hauptschule (43), an deren Ende das Schreckgespenst eines Volkes von Nur-Akademikern steht, der diplomierte Müllwerker, der in der Frühstückspause Platons Politeia liest.(44)

Die Konsequenz der unternehmerischen Vorstellungen zur Schulpolitik liegt auf struktureller Ebene demnach in der Rückgewinnung und erneuten Befestigung des dreigliedrigen „bewährten" Schulsystems mit der Hauptschule als Rückgrat.(45) Die Hauptschule gewähre am besten „die Vorbereitung der jungen Menschen auf das Berufsleben".(46) Die Schulwirklichkeit des Jahres 1976 offenbart den Zynismus dieser Konsequenz, in einer Situation, in der die Hauptschule nach wie vor und zunehmend Sackgasse und Restschule für die Kinder der arbeitenden Bevölkerung bleibt (47), in der angesichts der herrschenden Jugendarbeitslosigkeit vor allem Hauptschüler, insbesondere aber die große

36 BDA: Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 77.
37 entfällt.
38 BDA: Schule ohne Leistung? , a.a.O., S. 260.
39 BDA: Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 39, 76, 87.
40 Ebenda, S. 77.
41 Frank von Auer: Die integrierte Gesamtschule ist besser, in: „Die deutsche Schule" 11/75, S. 739 ff.
42 BDA: Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 77.
43 Abraham, a.a.O., S. 54; Georg Juraschek: Wirtschaft: 1% Akademikerzusatzbedarf, in: „Der Arbeitgeber" 8/75, S. 265.
44 Juraschek, a.a.O., S. 266.
45 Jochums, a.a.O., S. 81.
46 Ebenda.
47 Vgl. u.a. Elke Nyssen (Hrsg.): Unterrichtspraxis in der Hauptschule. Situationsanalysen und Unterrichtsmodelle, Reinbek 1975.

Anzahl von Hauptschülern ohne Abschluß (48), diejenigen sind, die zuletzt eine qualifizierte Ausbildungsstelle erhalten.

Der Rückzug auf die selektive Klassenschule wird untermauert durch Vorstellungen über die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Unterrichts. Die Unternehmerverbände haben seit langem „politisch einseitige Rahmenrichtlinien" abgelehnt, die die Entscheidungsfreiheit und Gestaltungsfreiheit von Schülern und Lehrern angeblich einschränken.

„Diesen Grundforderungen widersprechen solche Rahmenrichtlinien, die in ihrer Zielsetzung und in der Auswahl der Inhalte gesellschaftspolitisch einseitig und überwiegend konfliktorientiert sind und den tatsächlichen Zusammenhängen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nicht gerecht werden."(49)

Ein neuer Akzent des taktisch-strategischen Konzept der BDA besteht darin, von der bloßen Ablehnung der Rahmenrichtlinien überzugehen zu der Entwicklung eigenständiger „konstruktiver" Beiträge für die Unterrichtswirklichkeit. Im Zentrum dieser Konzeption steht die Forderung nach einer „sozial-ökonomischen Bildung", bewußt schon begrifflich abgegrenzt zur „ideologisch überfrachteten" Arbeitslehre. „Sozial-ökonomische Bildung" (SÖB) soll den „tatsächlichen" Zusammenhang von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat den Schülern aufzeigen.

SÖB als Kernpunkt der ideologischen Funktionalisierung der Bildung an den Schulen offenbart das Dilemma, in dem sich die Unternehmerverbände befinden: Die wachsenden Qualifikationsanforderungen an das gesellschaftliche Arbeitsvermögen verlangen Produzenten, die nicht mehr länger für bornierte Teilfunktionen der Maschinenarbeit abgerichtet werden, sondern über eine Allgemeinbildung verfügen, die Mindestkenntnisse der technischen, sozialen und ökonomischen Prozesse erfordert, um den Anforderungen des WTF nach Disponibilität der Arbeitskraft nachzukommen.(50) Die Einführung der SÖB reflektiert diese Notwendigkeit.

„Angestrebt werden sollte die Befähigung der Schüler, ökonomisch relevante Lebenssituationen zu verstehen, zu bewältigen und auch mitzugestalten. Dies setzt Wissen, Einsichten, Urteils- und Entscheidungsvermögen sowie entsprechende Verhaltensweisen voraus. Die Grundlagen dafür sollten bereits in der Schule gelegt werden."(51)

Daß es in dieser Hinsicht nicht um die bloße Apologie der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse gehen kann und soll, sondern um eine durchaus breit gefächerte und differenzierte Einführung in die „Lebenswirklichkeit", unterstreicht die objektive Notwendigkeit dieser Maßnahme. Die Darstellung einer „heilen Welt" reiche schon deshalb nicht aus, „... weil für ihn (den Schüler, P.A.) die Informationen spätestens dann, wenn er in die Arbeitswelt eintritt, unglaubwürdig erscheinen."(52) Eine durchaus realistische Einsicht. Aber noch eine zweite Zielstellung spielt eine Rolle:

„Wenn Schüler mit Hilfe ausgewogener Lehrunterlagen zur Wirtschafts- und Arbeitswelt finden, werden sie nicht so leicht auf ideologische Beeinflussung hereinfallen."(53)

Die Grenze der konzeptionellen Vorstellungen dieser SÖB deutet sich in der letzten Aussage an: sie soll zugleich einen Beitrag liefern, kritische Unterrichtsinhalte, etwa politisch-ökonomische Arbeitslehrekonzeptionen zurückzudrängen.(54) Die Brisanz, die in der Vermittlung technischer, ökonomischer und sozialer Kenntnisse an die Schüler steckt, erhellt das umfangreiche Instrumentarium der SÖB zu ihrer unternehmergerechten Durchsetzung und Sicherung:

— SÖB soll als eigenständiges Fach an allen Schulen eingeführt werden, um eine Soziologisierung und Politisierung des Unterrichts zu vermeiden. Damit ist das Plädoyer für die SÖB zugleich eines gegen eine Arbeits- und Gesellschaftslehre auf interdisziplinärer Basis und zugleich eine deutliche Absage an eine wissenschaftliche Allgemeinbildung;

— zur Verbreitung der SÖB muß die Wirtschaft auf ihre Verankerung in den Lehrplänen dringen und von sich aus eigene Unterrichtshilfen und -materialien bereitstellen. Dabei muß der Schwerpunkt auf Unterrichtsmaterialien gelegt werden, weil diese direkt umsetzbar sind.(55) Zu diesem Zwecke hat die BDA neben den schon traditionellen Arbeitskreisen Schule/Wirtschaft und den diversen Stiftungen eigens einen ‚Verein für Didaktik und Methodik des sozial-ökonomischen Unterrichts' ins Leben gerufen, dessen wichtigste Aufgabe darin besteht, eine ‚didaktische Reihe Ökonomie' zu entwickeln (56);

— die Lehrerbildung soll auf die speziellen Erfordernisse der SÖB ausgerichtet werden, zunächst dadurch, daß die Fortbildung und Weiterbildung im Interesse der Unternehmerverbände sichergestellt werden muß. In diesem Zusammenhang muß auf die Arbeitskreise Schule/Wirtschaft verwiesen werden, die „... in der letzten Zeit auch Seminare mit Lehrern und Schülern anbieten, in denen eine systematische ökonomische Aus- und Weiterbildung betrieben wird." (57)

— schließlich wird auf die Notwendigkeit einer gezielten Lehrerbildung durch neue Studiengänge bzw. durch Modifizierung alter gedrungen. Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, daß kompensatorische Maßnahmen der Monopolvertreter allein nicht ausreichen, wenn andererseits durch die staatliche Lehrerausbildung sozialwissenschaftlich fundierte Arbeitslehre vermittelt wird.(58)

„An den pädagogischen Hochschulen sollte in stärkerem Maße die ökonomisch-fachliche Ausbildung verstärkt erweitert werden, an den Universitäten die erziehungswissenschaftlich-didaktische und unterrichtspraktische Ausbildung. Auch an sozialpädagogischen Fachhochschulen ist zu prüfen, welche Bedeutung eine sozial-ökonomische Ausbildung für die spätere Berufspraxis haben kann."(59)

48 Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Bildungspolitische Zwischenbilanz, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 12.

49 BDA: Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 77.

50 Im Unterschied zum Industriearbeiter verlangt die Automation ein anderes Arbeitsvermögen. „Bislang sind als Kennzeichen abzusehen: eine breitere Allgemeinbildung, naturwissenschaftlich-technische Grundkenntnisse, gewisse personale Qualitäten und vor allen Dingen eine große Anpassungsfähigkeit an ständig wechselnde Spezialerfordernisse. Diese Qualifikationen haben nur noch wenig mit dem verkrüppelten Detailcharakter aus der Anfangsphase der großen Industrie zu tun." Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD, Westberlin 1975, S. 88. Vgl. außerdem dies., Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: „Das Argument", 80, Aug. 1973, S. 13 ff.

51 Fritz Himmelreich: Schule/Wirtschaft. Lehrerbildung und Sozialökonomie, in: „Der Arbeitgeber" 9/76, S. 363.

52 Hildegard Hoffmann-Vogels: Information durch Schulbuch und Medien, in: „Der Arbeitgeber" 9/76, S. 375.

53 Ebenda.

54 F.J. Kaiser: Arbeitslehre in Gefahr, in: „Der Arbeitgeber" 9/76, S. 368.

55 Hildegard Hoffmann-Vogels: Unterrichtshilfe. Sachwissen verbreiten!, in: „Der Arbeitgeber" 24/75, S. 1104.

56 Ebenda; 2 Publikationen sind bereits erschienen: Der Betrieb, Der Wirtschaftskreislauf.

57 Ebenda.

58 Kaiser, a.a.O.

59 Georg Juraschek: Lehrplanreform und Lehrerbildung, in: „Der Arbeitgeber" 9/76, S. 367.

Die Maßnahmen werden abgerundet durch die Forderung, entsprechende personelle Voraussetzungen an den Hochschulen zu schaffen, die von einer „Verzahnung mit der Wirtschaftspraxis" auszugehen hätten: die beste Garantie, die Sachkompetenz der Lehrer zu fördern und einer Ideologisierung entgegenzuwirken.(60)

Fassen wir die strategisch-taktische Konzeption der Unternehmerverbände für den Schulbereich zusammen: Die Schule soll reibungsloser als bislang den wachsenden Anforderungen der privatkapitalistischen Nachfrage nach besser qualifizierten Arbeitskräften angepaßt werden, durch ihre enge Kopplung an das Beschäftigungssystem und durch Erhöhung der Leistung sowie verschärfte Leistungskontrollen. Die Schule soll aber zugleich rationalisiert werden, einmal durch verbesserte Diagnostik in der Beurteilung von Schüler- und Lehrerleistung, durch begrenzte Durchlässigkeit, zum anderen durch breitere Grundlagenbildung und verbesserte Unterrichtstechniken sowie durch verbesserte Lehrerbildung; damit soll die Anpassung an die wechselnden konjunkturellen und strukturellen Probleme des kapitalistischen Produktionsprozesses zugleich flexibler gestaltet werden.

Die Sicherung der Funktionalität der Schule auf politisch-ideologischer Ebene wird nicht nur durch die Wiederbelebung der Begabungsideologie und den Appell an Bescheidenheit und Einsicht gesichert, sondern auch durch den Eingriff in die Unterrichtswirklichkeit vermittels der SÖB,die die kritisierten Konzeptionen von Arbeits- und Gesellschaftslehre verdrängen soll und durch den unternehmerischen Einfluß auf unmittelbares Unterrichtsgeschehen und Lehrerbildung bestimmt wird.

3. Schwerpunkte der Hochschulpolitik

Nach *Herbert Oberste-Lehn* sehen die Monopolverbände die Zielstellungen ihrer Hochschulpolitik in

— der Absicherung ihres Einflusses in staatlichen Reformgremien;

— der Absicherung der berufsbezogenen Ausbildung und der Leistungssteigerung der Universität;

— der Absicherung eines festen politischen Bekenntnisses zum staatsmonopolistischen System. (61)

„Insgesamt zielt alles auf ein straff organisiertes Studium, verbunden mit einer Entwicklung der Universitäten zu einer höheren Berufsschule und Weiterbildungsinstitution für die Monopole und den Staat, ab."(62)

In den vergangenen drei Jahren ist ein Teil der Zielstellungen realisiert worden. Die Mitwirkung der Unternehmerverbände bei der Erstellung und Ausgestaltung der Studiengänge ist durch das Hochschulrahmengesetz festgelegt. Regelstudienzeit und Ordnungsrecht sollen die Funktionalität der Ausbildung absichern. Dementsprechend wurde das HRG von der BDA auch begrüßt, wenngleich Zweifel blieben, ob alle Maßnahmen auch Eingang fänden in die entsprechenden Universitätsgesetze der Länder.(63) Die Forcierung der Einflußnahme auf die Hochschulausbildung hat in letzter Zeit zu neuen Vorstößen geführt, die noch deutlicher und konkreter eine Umgestaltung der Studiengänge intendieren.

60 Ebenda.
61 Oberste-Lehn, a.a.O., S. 46.
62 Ebenda, S. 47.
63 Norbert Weigand: Hochschulrahmengesetz. Viel Verdruß, in: „Der Arbeitgeber" 1/76, S. 31 f.

Folgende Probleme sieht die BDA bislang ungelöst:

„Die Ausbildung von Akademikern ist heute mit einer Vielzahl von Problemen belastet. Dazu gehören der mangelnde Praxisbezug des Studiums, die Integration der Studiengänge, die Überfüllung der Hochschulen und die Bedingungen des Hochschulzugangs. Vorurteile, mißverständliche Postulate wie das nach Chancengleichheit um jeden Preis und falsche Berufserwartungen vieler Studenten kommen hinzu."(64)

Welche Anforderungen stellt die BDA an die Qualifikation der Akademiker?

„Die hochentwickelte Technologie und der ständige sozio-kulturelle Wandel erfordern die Ausbildung von qualifizierten Mitarbeitern mit breit fundierten Sach- und Methodenkenntnissen und überfachlicher geistiger Flexibilität."(65)

„Jede hochtechnisierte, arbeitsteilige Industriegesellschaft bedarf einer genügenden Zahl qualifizierter Mitarbeiter. Dafür soll die Universität breit fundierte Sach- und Methodenkenntnisse vermitteln. Die Orientierung an einem einseitigen theoretisch-wissenschaftlich ausgerichteten Bildungsideal würde diesen Anforderungen nicht entsprechen. Demgegenüber sollte eine fachspezifisch-funktionsbezogene Bildung treten, die die gesellschaftliche Rollenerwartung des Auszubildenden erfüllbar macht und auf den tatsächlichen Bedarf eingeht. Das Studium sollte allerdings nicht ausschließlich fachspezifisch angelegt sein, sondern auch interdisziplinäre Bezüge enthalten, da der ständige gesellschaftliche Wandel und der technische Fortschritt in zunehmendem Maße überfachliche geistige Flexibilität verlangen. Studiengänge und Studienabschlüsse müssen sich dementsprechend an den so formulierten Ausbildungszielen ausrichten."(66)

Was schon in den Forderungen an die Schulausbildung anklang, setzt sich in den Vorstellungen für die Hochschulausbildung fort: nicht der klassische Fachidiot ist die Idealvorstellung der Unternehmerverbände, sondern der flexible, relativ breit qualifizierte Akademiker, der den wachsenden und wechselnden Anforderungen, die der WTF mit sich bringt, gewachsen ist. Freilich wäre es falsch, darin umstandslos eine Anlehnung an fortschrittliche Studiengangskonzeptionen zu sehen: Zwar soll der künftige akademische Nachwuchs vielseitig verwendbar sein, Einsichten in den sozialökonomischen Zusammenhang seiner künftigen Berufstätigkeit haben, aber doch zugleich für das Privatkapital fungibel bleiben. Diese Fungibilität gilt es primär herzustellen.

Den Angelpunkt der unternehmerischen Argumentation bietet z.Zt. die drohende Akademikerschwemme und die real emporschnellende Zahl von arbeitslosen Akademikern.(67) Dieses in sich fragwürdige Argument dient der BDA, den Ökonomisierungs- und Rationalisierungsdruck auf die Hochschulen und damit auch auf den Staat zu entfalten sowie die entsprechenden flankierenden Maßnahmen zur politisch-ideologischen Funktionalität des akademischen Nachwuchses zu entwickeln.

Die Vertretung des Gesamtkapitals geht von der These aus, daß für die Zukunft mit einer wachsenden Zahl arbeitsloser Hochschulabsolventen gerechnet werden muß, da sowohl die private Wirtschaft als auch der öffentliche Dienst auf lange Sicht keinen nennenswerten Bedarf an Akademikern, der über den

64 BDA: Bedarf der privaten Wirtschaft an Akademikern. Eine Tendenzanalyse, Köln 1975, S. 7.
65 Norbert Weigand: Studien-Gänge. Ein Reformvorschlag, in: „Der Arbeitgeber" 13/74, S. 491.
66 BDA: Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, a.a.O., S. 81.
67 Die Zahl der arbeitslosen Fachhochschul- und Hochschulabsolventen stieg von 10 000 im September 1973 auf 30 000 im September 1975. Vgl. Jörg Goldberg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" 1/76, S. 106.

Ist-Zustand hinausgeht, nachfragen werden.(68) Nach der Logik des Systems scheint die Begründung einleuchtend:

— die Privatwirtschaft wird in den nächsten Jahren aufgrund eigener Untersuchungen nur einen Zusatzbedarf von ca. 1% an Akademikern aufnehmen können (69);

— der öffentliche Dienst hat seinen langjährigen Nachholbedarf befriedigt und ist aus konjunkturellen wie strukturellen Gründen (hohe Staatsverschuldung) schon heute wie erst recht in der Zukunft gezwungen, seine Tore zu verschließen, was u.a. mit dem derzeitigen Stellenstopp und den finanziellen Schranken einer weiteren Expansion begründet wird.

Die Wirkungen dieser Mißwirtschaft seien nicht nur volkswirtschaftlich bedenklich, sondern darüber hinaus enthielten sie auch gesellschaftspolitischen Sprengsatz: Erwartungshaltungen der jungen Akademiker, mit dem Studienabschluß zugleich einen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen, paaren sich mit der sozialen und politischen Gefahr eines akademischen Proletariats. *Hans Dichgans* machte folgende Rechnung für die Nachfrage nach Akademikern auf: Unter Zugrundelegung eines nichtexpandierenden öffentlichen Dienstes, einem jährlichen Zusatzbedarf der Wirtschaft von 1%, einer Anzahl von 1,1 Millionen beschäftigten Akademikern im Jahre 1970 und einer durchschnittlich 30jährigen Berufstätigkeit kommt er für das Jahr 1974 auf einen Ersatz- und Zusatzbedarf von 41.000 Akademikern bei einem Output von 92.000 (70). Nun interessieren uns die Zahlen und deren Richtigkeit nicht im einzelnen, sondern der Standpunkt, von dem aus dieses Zahlenspiel vorgenommen wird. Was in diese Zahlen selbstredend nicht eingeht, sind auch nur die minimalsten Ansätze zu Reformmaßnahmen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab, z.B. :

— Ansätze zu einer ‚Humanisierung der Arbeitswelt', die notwendigerweise eine bessere betriebliche Versorgung mit Ärzten und Psychologen zur Folge hätte;

— eine wirksame Durchführung der Bildungsreform, die eine erhebliche Ausweitung des Lehrpersonals an Schulen und Hochschulen mit sich brächte;

— eine verbesserte medizinische und psycho-soziale Versorgung der Bevölkerung, die zu einer enormen Nachfrage nach Ärzten, Psychologen und Sozialpädagogen führen würde.

Das liegt offenkundig auch nicht in der Absicht dermaßen bewußt gesteuerter Kampagnen (71). Ihr Zweck besteht vielmehr einzig und allein darin, ähnlich dem Lehrstellenboykott ein Druckmittel zu erhalten, das die reibungslose Hochschulformierung im Interesse der Unternehmerverbände beschleunigen soll: das Kapital weigert sich, mehr als aus Anpassungsgründen an den WTF erforderliche wissenschaftliche Kader von den staatlichen Hochschulen abzunehmen (72) und schreibt zugleich dem Staat vor, im öffentlichen Sektor die Restriktionspolitik fortzusetzen. Die staatliche Hochschulpolitik, die zwar — zumindest in der Anfangsphase — die Hochschulen für die Kinder unterprivilegierter Schichten der Bevölkerung geöffnet hat, aber durch NC, faktische Kürzung von BAFÖG-Sätzen und massenhafte Arbeitslosigkeit längst ihren sozial selektiven Charakter zurückgewonnen hat, wird in ihrer Ausgangsposition angegriffen: „Wir können nicht ein Volk von Lehrern und Sozialhelfern werden."(73) Ein gehöriger Schuß Demagogie darf nicht fehlen:

„Wir können den Nichtakademikern nicht zumuten, mit erhöhten Steuern, d.h. mit ihrem Konsumverzicht, Wünsche nach akademischer Bildung zu finanzieren, die über den Bedarf der Gesellschaft hinausgehen."(74)

Den „Ausweg aus der Krise" sieht die BDA wie in der Schulpolitik darin, den Unternehmerverbänden größeren Einfluß auf die Hochschulen einzuräumen, auf „fehlgeleitete" inhaltliche und strukturelle Maßnahmen zu verzichten und die Hochschulausbildung „funktionsgerechter" zu gestalten.

Studiengänge

„Die Einführung von überwachten Regelstudienzeiten sollte für die Grund- aber auch die aufbauenden Studiengänge mit ihren differenzierteren Abschlüssen gelten. Dabei werden sich neue wirksame Erfolgskontrollen auf den unterschiedlichen Stufen der einzelnen Studiengänge als notwendig erweisen."(75)

Die Rationalisierung der Hochschulausbildung durch Verschärfung von Leistungskontrollen, durch kürzere Studiengänge und Entrümpelung traditioneller Studiengänge und -abschlüsse im Sinne einer Entfrachtung des Wissens stellen das erste entscheidende Mittel zur Ökonomisierung des Hochschulbereichs dar. Angesichts der Personal- und Baustoppmaßnahmen bei steigenden Studentenzahlen zumindestens bis in das Jahr 1990 hat dies die Konsequenz einer Intensivierung der Arbeit aller an der Hochschule Beschäftigten.(76) Der zweite Stoß richtet sich gegen die „überzogene Theoretisierung", der eine größere Praxisnähe der Studiengänge und -inhalte entgegengesetzt wird. Dabei bedeutet Praxisnähe zweierlei: zunächst einmal die effektive Anpassung an die vom Privatkapital nachgefragten Qualifikationen. Das bedeutet z.B. für die betriebswirtschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung die Einbeziehung nicht nur von Praktikern der Wirtschaft in die Ausbildung, sondern die Integration von theoretischer Ausbildung an Universität und Fachhochschulen und praktischer Betriebskenntnis durch Praxisphasen und Praxissemester in den entsprechenden Unternehmen.(77) Für die Ausbildung der Pädagogen hieße das vornehmlich Reduzierung auf Maßnahmen und Strategien der Lebenshilfe, Verbesserung der Sozialtechnik des Unterrichts und stärkere Favorisierung von Fachdidaktiken. Praxisnähe hat aber auch einen politisch-ideologisch funktionalisierenden Inhalt, indem die Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen von gesellschaftskritischen Inhalten und Fachkräften freigehalten werden sollen.

Schließlich wird auf die Flexibilität der Studiengänge abgehoben, d.h. ihre strukturelle Anpassungsfähigkeit an wechselnde gesellschaftliche Anforderungen. Damit ist ein weiteres Dilemma der staatlichen Hochschulpolitik ange-

68 Vgl. als neueste Vorlage: BDA: Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs, Köln, März 1976.

69 Ebenda, S. 5.

70 Hans Dichgans: Akademikernachwuchs und Beschäftigungsmöglichkeiten, in: „Der Arbeitgeber" 8/76, S. 327.

71 Die beiden genannten Umfragen decken weder ihre grundlegenden methodischen Prämissen auf noch können sie auch nur die geringste wissenschaftliche Solidität beanspruchen.

72 Dabei ist interessant, daß allein auf dieser restriktiven Ausgangsbasis ein erheblich höherer Bedarf für die sogenannten Wachstumsindustrien, z.B. die Chemie konstatiert wird, nämlich jährlich 2 bis 2,5%; „Der Arbeitgeber" 8/75, S. 268.

73 Dichgans, a.a.O., S. 382.

74 Ebenda, S. 327.

75 BDA: Grundsatzerklärung ..., a.a.O., S. 81.

76 entfällt.

77 Edwin Koschke, Studiengänge. Optimal praxisnah, in: „Der Arbeitgeber" 13/74, S. 497 f., schildert die Erfahrungen mit einem 8-semestrigen Studiengang Betriebswirtschaft an der FHS Rosenheim, in den zwei Praxissemester integriert sind.

sprochen, nämlich die Suche nach einem effektiven Lenkungsinstrumentarium, in erster Linie das Problem des Hochschulzugangs. Selbst die Bundesregierung hat inzwischen eingesehen, daß der NC als Lenkungsinstrument gewissen Ökonomisierungstendenzen zuwiderläuft.(78) Die Hochschulformierung mit den Regelstudienzeiten für bestimmte Ausbildungsgänge hat zwar die Fachstudiendauer senken können, damit die Ausbildungskosten gesenkt, häufiger Studienfachwechsel und Parkstudium haben aber zugleich die Verweildauer der Studenten nicht unerheblich in die Höhe getrieben.(79) Maßnahmen wie etwa die Einschränkung des Studienfachwechsels mögen zwar oberflächliche Korrekturen bringen, können aber das eigentliche Problem der Studienmotivation und Berufsmotivation, des Studienabbruchs etc. nicht in den Griff bekommen. Darauf wird zurückzukommen sein. Auf der Ebene der Studiengänge empfiehlt die BDA zunächst eine flexiblere Gestaltung nach dem Baukastenprinzip und eine Intensivierung der Studienberatung.(80)

Hochschulstruktur

Die integrierte Gesamthochschule wird nach wie vor entschieden abgelehnt:

„Falsch ist es, Hochschulstrukturen im Hochschulrahmengesetz festzuschreiben, ohne sie vorher erprobt zu haben. In diesem Rahmen ist nur eine Kooperation zwischen Fachhochschule und Hochschule, keine volle Integration in der Gesamthochschule zu befürworten, da dies das anwendungsbezogene Profil des Fachhochschulstudiums einschränken und außerdem das Problem der Überlastung der Hochschule verschärfen würde."(81)

Die begrenzte Durchlässigkeit, die auf verschärfter Leistungskontrolle beruht, wird ähnlich den schulpolitischen Vorstellungen bejaht, der grundsätzliche Trennungsstrich aber dort gezogen, wo zwischen Anwendungs- und Wissenschaftsprofil unterschieden wird, mit anderen Worten dort, wo nach wie vor die Trennung der Heranbildung von Führungskadern und lohnabhängiger wissenschaftlich-technischer Intelligenz aufrechterhalten werden soll.

„ ... sind die Fachhochschulen mit recht davon überzeugt, daß die anwendungsbezogene, Detailwissen vermittelnde Ausbildung und damit der Praxisbezug der Fachhochschulen durch die Integration fast vollständig verlorengeht."(82)

Abzusehen ist die Verlagerung der unternehmerischen Aktivitäten in der Hochschulpolitik primär auf eine effektive Fachhochschulentwicklung.

„Einerseits werden zu viele Abiturienten und Akademiker zu wenigen geeigneten Arbeitsplätzen gegenüberstehen. Andererseits wird ein Zuviel an formal höheren Qualifikationen von einem Mangel an mittleren Qualifikationen, z.B. im Bereich der Facharbeiter und Fachkräfte, begleitet."(83)

Die Pointierung des Fehlbedarfs an mittleren Qualifikationen im Bereich der Facharbeiter und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ergibt sich aus der Gesamtentwicklung der Produktivkraftstruktur unter den Bedingungen des WTF.

78 Vgl. dazu die Vorschläge der SPD zur Abschaffung des NC.
79 Von 1965 bis 1974 hat sich die Verweildauer der Studenten um 20% erhöht, d.h. um ein Jahr! Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Bildungspolitische Zwischenbilanz, a.a.O., S. 20.
80 Hans Maier: Akademikernachwuchs und Bedarf, in: „Der Arbeitgeber" 8/76, S. 331.
81 BDA: Grundsatzerklärung, a.a.O., S. 81.
82 Weigand: Studien-Gänge, a.a.O., S. 492.
83 BDA: Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs, a.a.O., S. 7.

„Der Trend zur allgemeinen Erhöhung des Grundniveaus der Qualifikation, den die Reduzierung der unteren Leistungsgruppen andeutet, kann als wachsende Anforderung an die Produzenten bei der Bedienung und Überwachung der Produktionsmittel interpretiert werden und auf die zunehmende Kompliziertheit der Maschinerie, d.h. eine höhere Mechanisierung oder Automatisierung verweisen; in die gleiche Richtung zielt die Ausweitung der technischen Angestellten, mit denen geistige Arbeit mehr und mehr unmittelbar in die Produktion eindringt und zur Verwissenschaftlichung des ganzen Prozesses beiträgt."(84)

Ein zweites kommt hinzu: Zunahme und Ausbau privater Hochschulen und Fachhochschulen stabilisieren den unmittelbaren Bedarf des Kapitals an Führungskräften.

Steuerungs- und Lenkungsinstrumentarium

Die Ökonomisierung und Funktionalisierung der Hochschulausbildung kann nur wirksam werden vermittels eines effektiven Steuerungs- und Lenkungsinstrumentariums. Zunehmend äußert sich Unmut über lediglich administrative Maßnahmen, die durch ein gestuftes System von indirekten und direkten Eingriffen zu ersetzen seien (85):

1. Naturwüchsige Lenkungs- und Steuerungsmaßnahmen wie Verbindung von Hochschulzertifikat und gesichertem Arbeitsplatz müssen gelockert werden, wozu trotz der politischen Gefahren die Akademikerarbeitslosigkeit bestens geeignet erscheint. Die Organisation der Akademikerbeschäftigung nach Marktprinzipien vermag den Zustrom zu den Hochschulen zu dämpfen. Konkurrenz und Leistungsdruck an den Hochschulen erhöhen die „natürliche" Selektion.
2. Kompensatorische Maßnahmen, die die Reibungsverluste und die erhöhten Kosten (Studienabbrecher) auffangen sollen, bieten sich an, indem die Privatwirtschaft Ausbildungsmöglichkeiten für Gescheiterte in verstärktem Maße anbietet.(86)
3. Indirekte Maßnahmen zur Steuerung z.B. in der Verbesserung der Bildungsberatung, der studienbegleitenden Beratung im Zusammenwirken von Staat und Monopolen sowie Hochschulen sollen verstärkt werden (87); hinzu kommen flexibilitätsgerechtere Studiengänge, die auf unterschiedliche Verwendungsmöglichkeiten orientiert sind.(88)
4. Direkte Maßnahmen, um die Frequenz des Hochschulzugangs zu senken, sind z.B. die gezielte Abiturientenwerbung (berufsbezogene Abschlüsse in der Sekundarstufe II), eine effektive Regelung des Hochschulzugangs sowie die Restitution sozial selektiver Studienbedingungen: Stipendierung ausschließlich auf Darlehensbasis, Wiedereinführung von Hörergeldern.(89)

84 Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD, a.a.O., S. 92.
85 Dieser Unmut wurde vor allem vom bayerischen Kultusminister Maier geäußert (a.a.O., S. 331), der Kurzstudiengänge so lange als Quacksalberei begreift, als sie nicht ergänzt werden durch größere Flexibilität.
86 Juraschek: Studenten-Lawine, a.a.O., S. 304.
87 Maier, a.a.O., S. 331.
88 Ebenda; BDA: Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs, a.a.O., S. 5: „Das gilt insbesondere für Pädagogen, die z.B. auch auf berufliche Tätigkeiten außerhalb der Schule vorbereitet sein sollten." Diese Vorstellungen haben bereits Eingang gefunden in „Reformmaßnahmen" zur Behebung der Lehrerarbeitslosigkeit z.B. in Rheinland-Pfalz.
89 Schlaffke, a.a.O., S. 91.

Die bildungspolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Mónate werden zeigen müssen, in welchem Maße sich die einen oder anderen Steuerungs- und Lenkungsinstrumentarien durchzusetzen vermögen. Als Fazit der hochschulpolitischen Strategie der Unternehmerverbände muß festgehalten werden, daß die Anpassung der Hochschule an die Bedürfnisse des Monopolkapitals einhergeht mit einer generellen Reduzierung der Hochschulausbildung. Demgemäß kulminieren alle Einzelforderungen schließlich in dem Ziel der Umverteilung der Bildungsausgaben zugunsten der Berufsausbildung.

„Ein anderes Bildungsverständnis, das nicht mit Ausschließlichkeitsrang Bildung, Abitur, Hochschulstudium und Akademikerstatus elitär betrachtet und gleichsetzt, sowie die inhaltliche und organisatorische Reform des Gesamtbildungssystems und schließlich die Umstrukturierung der Finanzströme sind als Nahziele (!) anzustreben: Das Übergewicht der finanziellen Förderung des Gymnasial- und Hochschulbereichs muß zugunsten des Berufsschulsektors abgebaut werden."(90)

Der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften vonseiten der Monopole ist offenkundig durch die Expansion der letzten Jahre reichlich gedeckt, der Zusatzbedarf kann entweder aus eigenen Kaderschmieden gedeckt oder aber mit restriktiveren Mitteln aus den staatlichen Hochschuleinrichtungen entnommen werden.

Daß — zusammenfassend — die Formierungsmaßnahmen keinen vollständigen Plan ergeben, ist nicht bloß der Unfähigkeit der Monopolverbände geschuldet, auch nicht allein den — aus ihrer Sicht — Unwägbarkeiten der regierungsamtlichen Politik, die sich in den vergangenen Jahren allzusehr als Vollstrecker der bildungspolitischen Talfahrt erwiesen hat. Im Kern scheitert die Formierung des Bildungsbereichs am Widerstand der Betroffenen und ihrer Organisationen, ein Widerstand, der nicht nur in den letzten Jahren quantitativ angewachsen ist, sondern auch qualitativ immer enger mit der Frage der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung verbunden werden konnte.

90 BDA: Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs, a.a.O., S. 10; Hermann Linke: Bildungspolitik. Kongreß ohne Wegweisung, in: „Der Arbeitgeber" 1/76, S. 35: „Es muß eine teilweise Umleitung der Geldströme von jetzt 40% des Gesamtbildungsbudgets aus dem gymnasialen und Hochschulbereich heraus zugunsten der Auszubildenden im dualen System erfolgen."

K.H. Tjaden

SOZIOLOGISCHE SYSTEMTHEORIE ALS GEGENSATZ ZUR GESELLSCHAFTSTHEORIE?

(Anläßlich der Beiträge von B.Heidtmann, SOPO 32, und H.Wagner, SOPO 34/35)

Unter dieser zunächst noch wenig bestimmten Fragestellung möchte ich zur Erörterung einer Frage beitragen, die in zurückliegender Zeit häufig in politischer und wissenschaftlicher Vereinfachung abgehandelt (1), inzwischen aber, auch durch Beiträge in dieser Zeitschrift, Gegenstand einer vielfältigeren Betrachtungsweise geworden ist. Ich möchte in diesem Beitrag an diesbezügliche Ausführungen von B. Heidtmann (2) und von H. Wagner (3) anknüpfen, wobei ich mich lediglich auf einige wenige, vergleichsweise willkürlich ausgewählte Aussagen beziehe, so daß ich nicht den Anspruch erheben kann, diese Ausführungen auch nur annähernd umfassend zu würdigen.

B. Heidtmann geht in seiner Untersuchung der „ideologiegeschichtlichen Voraussetzungen und der grundbegrifflichen Bestimmungen der Theorie sozialer Systeme" davon aus, daß es eine „philosophisch-sozialwissenschaftliche Theorie" dieses Namens überhaupt gibt, daß sie durch Niklas Luhmann, „maßgeblich vertreten" wird und daß in dessen „Programm sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung die theoretische Argumentation und die weitgehend ideologische Fundierung dieser Argumentation eine für die Systemtheorie unauflösbare Verbindung eingehen" — „zum Nachteil des Wissenschaftscharakters der Systemtheorie"(4). Und Heidtmann zeigt in der Ausführung dieses Vorhabens, daß der Grundbegriff der funktionalistischen Konzeption sozialer Systeme — Sinnbildung zur Reduktion von Komplexität — in einer bestimmten Weise den Zusammenhang abstrakter Arbeit widerspiegelt, der sich in der äußeren Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, ohne daß diese Konzeption komplexitätsreduzierender Systeme die wirklichen Grundlagen und Verhältnisse von Vergesellschaftung erkennen kann.(5) H. Wagner betont in seiner Auseinandersetzung mit Luhmanns Konzeption sozialer Systeme, daß systemwissenschaftliche „Funktionsanalysen", zumal mittels der strukturell-funktionalistischen Methode, „für viele Disziplinen und auch für die Soziologie Erkenntnisse gebracht" haben. (6) Er will jedoch vor allem zeigen, „warum eine Systemtheo-

1 Vgl. beispielsweise die zwar im Grundsatz richtige, aber doch recht unvermittelte Vereinnahmung des Systembegriffs durch V. Stoljarow: Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16, 1968, S. 415-426; umgekehrt die im Ergebnis nicht falsche, aber kaum in die Sache eindringende Abwehr „bürgerlichen Systemdenkens" bei B. Meurer: Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie, in: Das Argument 15, 1973, Nr. 83, S. 883-908.

2 B. Heidtmann: Niklas Luhmann und die Systemtheorie – im Lichte der Marxschen Hegel-Kritik. In: Sozialistische Politik 6, 1975, Nr. 32,S. 5-35.

3 H.Wagner: Gesellschaftliche Analyse mit Luhmanns Systemtheorie. In: Sozialistische Politik 8, 1976, Nr. 34/35, S. 37-49.

4 Heidtmann, a.a.O., S. 5.

5 Vgl. ebenda S. 27-35.

6 Wagner, a.a.O., S. 37.

rie ohne explizite Einbettung in den Rahmen einer materialistischen gesamtgesellschaftlichen Theorie selbst keine gesellschaftlichen Analysen ermöglicht, sondern den Zugang zu ihnen verstellt."(7) Auch wenn man mit den Grundannahmen und mit den Hauptergebnissen der beiden genannten Abhandlungen im großen und ganzen einverstanden sind, müssen doch im einzelnen manche klärungsbedürftige Fragen benannt werden, zum Beispiel:

- Kann man tatsächlich von einer (oder mehreren) existierenden Theorie(n) sozialer Systeme sprechen, oder gibt es die so genannten Theorien nur in den Wunschvorstellungen einiger Wissenschaftler?
- Bringt der Begriff des komplexitätsreduzierenden Sozialsystems, wenn er den Zusammenhang abstrakter Arbeit widerspiegelt, das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise nicht immerhin angemessener zum Ausdruck, als es, beispielsweise, eine positive Beschreibung ihrer Oberflächengestalt vermag?
- Sind die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisfortschritte, die im Rahmen systemwissenschaftlicher Forschungsstrategien erzielt wurden, an die strukturell-funktionalistische Denkweise der Untersuchungen gebunden, oder welcher Art sind sie sonst?
- Könnte man sagen, daß die Einbettung systemtheoretischer Annahmen und Aussagen in eine ausgearbeitete historisch-materialistische Theorie der Gesellschaft Erkenntnisgewinne verspricht?

Ich möchte diese Fragen, die ich sämtlich mit Nein beantworten will, der Reihe nach behandeln, um im Anschluß an die letzte Frage die Fragestellung „Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie? " aufzunehmen.

Zunächst: gibt es, wie B. Heidtmann (8) wohl unterstellt, überhaupt Theorien sozialer Systeme? Auch wenn man, wie der Verfasser, den Ausdruck Theorie sozialer Systeme mit dem Blick auf existente soziologische Begriffe, Annahmen und Aussagen immer einmal wieder benutzt hat, muß man doch zugeben: eine Theorie sozialer Systeme im strengen Sinne gibt es auch ansatzweise bislang nicht. Wer sich die freilich häufiger vertretene Auffassung zu eigen macht, Soziologen wie V. Pareto, T. Parsons oder N. Luhmann — um nur einige prominente Autoren zu nennen — hätten ihren eigenen Anspruch verwirklicht, eine Theorie sozialer Systeme zu entwerfen, der irrt sich. Wenn man unter einer Theorie sozialer Systeme — um nur bestimmte minimale Standards der Theoriekonstruktion zu bezeichnen — ein Gefüge von Gesetzesaussagen versteht, die sich auf das Gesamtverhalten des Systems und auf systemare Operationen im Allgemeinen sowie im Einzelfall beziehen, dann muß man feststellen, daß auch nur der Versuch der Konstruktion einer solchen Theorie bislang sehr selten unternommen wurde, und in keinem Fall erfolgreich abgeschlossen worden ist. Das bekannteste Unternehmen dieser Art ist die am Beispiel der sozialen Gruppe entwickelte Theorie sozialer Systeme von G.C. Homans (9), deren Inkonsistenzen den Autor dazu brachten, sein Vorhaben zugunsten einer psychologisch-reduktionistischen Theorie „sozialen" Verhaltens aufzugeben. Alle übrigen unter dem Titel Theorie sozialer Systeme vorgestellten Denkbemühungen zielen zunächst einmal nur — und zwar sinnvollerweise — darauf ab,

7 Ebenda.
8 Vgl. Heidtmann, a.a.O., S. 5.
9 Vgl. G.C. Homans: Theorie der sozialen Gruppe. Köln, Opladen 1960. Vgl. als neuesten Versuch: R. Münch: Theorie sozialer Systeme, Opladen 1976.

den Gegenstandsbereich, auf den eine Theorie sozialer Systeme sich bezöge, durch die Ausarbeitung entsprechender Grundbegriffe und Grundannahmen zu erfassen. Und ebenso wie die sich weiter vorwagenden Konstrukteure einer wirklichen Theorie sozialer Systeme scheitern die etwas zurückhaltenderen Konstrukteure einer Konzeption sozialer Systeme, von den Ansätzen bei L.J. Henderson und F. Znaniecki in den dreißiger Jahren bis hin zum entwickelten Begriffsgebäude des späten T. Parsons, an eben dieser Aufgabe: durch einen Satz zusammenstimmender und erfahrungshaltiger Grundbegriffe und Grundannahmen auszudrücken, was ein soziales System denn nun eigentlich sei. Wo aber von einem begreifenden Modell sozialer Systeme nicht gesprochen werden kann, kann von einer erklärenden Theorie sozialer Systeme erst recht nicht die Rede sein. Ich erspare es mir, dieses Scheitern an der Aufgabe, die grundsätzlichen Voraussetzungen einer Theorie sozialer Systeme zu schaffen, bei den einzelnen Verfassern aufzuzeigen und weise stattdessen auf eine vorliegende Detailanalyse der Dogmengeschichte soziologischer Systemkonzeptionen hin.(10) Die Ursache dieses Scheiterns liegt im Unvermögen der Denkweise des zur Herrschaft gelangten Bürgertums, die gegensätzlichen Bestimmungen gesellschaftlicher Wirklichkeit als einander bedingende und vermittelte Gegensätze zu begreifen.(11) Dieses Unvermögen verhindert die Einsicht in die Eigenart menschlicher Vergesellschaftung, sowohl selbstgesetzter Zusammenhang menschlicher Tätigkeiten als auch zwangsläufiger Zusammenhang einander entgegengesetzter Naturmächte, menschlicher wie außermenschlicher Naturmacht zu sein und in diesem Widerspruch sich stufenweise zu entwickeln. Vergesellschaftung, demgemäß eine Einheit von geschichtsmächtigen Zwecksetzungen und naturbedingten Gleichgewichten, von zielstrebiger Gestaltung und fügsamer Anpassung, von fortschreitender Naturaneignung und selbsterhaltender Bedürfnisbefriedigung, vermittelt sowohl zwischen den Naturbedingungen von Vergesellschaftung — den Organismen menschlicher Populationen und dem Potential ihres natürlichen Milieus — als auch zwischen den einzelnen Tätigkeiten, die in diesen Zusammenhang einbezogen sind. Das Modell der gesellschaftlichen Produktion bildet diese doppelte Vermittlung ab. In Bezug auf die einzelnen vergesellschafteten Tätigkeiten verschränkt Vergesellschaftung, welches auch immer ihre bestimmte geschichtliche Verfassung sei, jene Momente menschlicher Aktivität, welche die verschiedenen soziologischen Theorien des Handelns und des Verhaltens jeweils nur für sich zur Sprache bringen: beispielsweise die sinnhaften und die triebhaften, die zielstrebigen und die eingefahrenen, die verändernden und die bewahrenden Züge menschlichen Tuns; in Bezug auf den Zusammenhang dieser vergesellschafteten Tätigkeiten, den man sich als soziale Beziehung, als soziale Interaktion oder eben als soziales System zu bezeichnen angewöhnt hat, verbindet Vergesellschaftung in ihrer jeweiligen geschichtlichen Verfassung insbesondere leistungssteigernde und bestandssichernde, außengeleitete und eigenständige, umweltgestaltende und selbsterhaltende, fortschreitende und beharrende Momente sozialer Aktivität, Gegensätze, mit deren Verschränkung die soziologische Theorie sich schwertut. Denn diese auseinanderweisenden Züge einzelmenschlichen Tuns und vergesellschafteter Tätigkeiten verbinden sich nur in einem Modell von Vergesellschaftung, das den Zusammenhang menschlicher Tätigkeiten als das begreift, was er ist: als gemeinsame Veranstal-

10 K.H. Tjaden: Soziales System und sozialer Wandel. 2. Aufl. , Stuttgart, München 1972.
11 Vgl. hierzu: C. Warnke. Die „abstrakte" Gesellschaft. Berlin 1974. S. 41 ff.

tung der selbsttätigen Vermittlung, Regelung und Steuerung des unausweichlichen Austausches zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur. Indem die bürgerliche Ideologie dieses widersprüchliche Wesen menschlicher Vergesellschaftung nicht begreift, muß sie auch vor der Aufgabe versagen, die Sozialität sozialer Interaktionen zu modellieren. Die grundsätzlichen Aussagen der nichtmarxistischen Soziologie zum Verhältnis der Vergesellschaftung — dem Gegenstandsbereich, der Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft begründete — sind allemal widerspruchsvoll oder inhaltsleer: entweder laufen sie auf die Hypostasierung jeweils einer der verschiedenen Seiten vergesellschafteter Tätigkeit oder auf die Dichotomisierung dieses Gegenstands hinaus und können daher in der Regel nicht angeben, worin Vergesellschaftung verschiedener Tätigkeiten als Einheit sich gründet und wodurch diese sich aufrechterhält; oder sie verzichten, nicht ohne Folgerichtigkeit, überhaupt auf die Bestimmung der Eigenart von Vergesellschaftung und vereinen ihre einander widersprechenden Seiten in einem leeren Entwurf des Gegenstands dieser Wissenschaft. Die soziologischen Konzeptionen sozialer Systeme bilden keine Ausnahme von dieser Übung, sondern treiben sie vielmehr — infolge des Zwangs, Sozialität von Aktivitäten als systematische zu begreifen — auf die Spitze. Das drückt sich vorab in der Unfähigkeit aus, die spezifischen Elemente und Relationen sozialer Systeme in Grundbegriffen und Grundannahmen festzumachen. Die Inhaltslosigkeit der sogenannten Theorie sozialer Systeme von Niklas Luhmann — inhaltslos gemessen an ihrem Anspruch als soziologische Theorie — erscheint daher auch der theorieimmanenten Betrachtung keineswegs als zufällig: ernst machend mit der Konzeption des offenen, umweltbezogenen Systems, die dem Gegenstand Gesellschaft grundsätzlich angemessen ist, ist das Luhmannsche Modell als konsequent abstrahierende „Theorie" wie kein anderes soziologisches Modell darauf angewiesen, die letzten Spuren der widersprüchlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tilgen, die in einem solchen Modell sich einfangen ließe, und ein Konzept „sozialer Systeme" zu präsentieren, welches bloßen „Sinn" an die Stelle von Vergesellschaftung setzt. Zu behaupten, ein solches Modell repräsentiere spezifisch soziale Systeme, ist Scharlatanerie. Das einzige bislang existierende Modell, welches menschliche Vergesellschaftung in grundsätzlicher Form sowohl erfahrungshaltig als auch in sich stimmig materiell beschreibt, ist zweifellos das von K. Marx und F. Engels entwickelte Modell der ökonomischen Gesellschaftsformation, das in formellen Modellen bürgerlicher Vergesellschaftung in der frühen bürgerlichen Rechts- und Sozialphilosophie seine Vorläufer hat. Inwieweit man dieses Modell als Konzeption sozialer Systeme und die Theorien der verschiedenen Gesellschaftsformationen somit als Theorien sozialer Systeme bezeichnen kann, ist eine andere Frage, auf die weiter unten noch eingegangen werden soll.

Zweitens: Reflektiert nicht der abstrakte Begriff des komplexitätsreduzierenden Systems das Wesen der abstrahierenden kapitalistischen Vergesellschaftung? B. Heidtmann hat in seiner Analyse des Luhmannschen Systemkonzepts gezeigt, daß Reduktion von Komplexität als die konstitutive Aktivität der sogenannten sinnbildenden Systeme in bestimmter Weise den Mechanismus abstrakter Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise reflektiert.(12) In der Tat erscheint und verwirklicht sich vergesellschaftete Tätigkeit in der kapitalistischen Produktionsweise als Entlohnung abstrakter Arbeit, als Erzeugung abstrakten Werts und als Austausch abstrakter Tauschwerte, und diese äußere Gestalt von Mehrwertproduktion und Kapitalverwertung, ein rechtlich vermittelter und staatlich gewährleisteter Zusammenhang freier und gleicher Warenbesitzer, spiegelt sich auch in der Konzeption der komplexitätsreduzierenden Systeme. Dieser tauschgesellschaftliche Erscheinungs- und Wirkungszusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise, selbst bereits Verkehrung ihrer antagonistischen Konstitution, wird in den bürgerlichen Gesellschaftslehren nicht als die äußere Gestalt der bestimmten antagonistischen Gesellschaftsverfassung, sondern nur abstrakt reflektiert, was an sich bereits eine Verhüllung der antagonistischen Verfassung der Produktionsweise darstellt. Allerdings sind die Arten dieser Reflexion vielfältig und geschichtlich veränderlich, und es sind hier durchaus grundsätzliche Unterschiede festzustellen, die zugleich Unterschiede der wissenschaftlichen Qualität sind. In der frühbürgerlichen Rechts- und Sozialphilosophie von Hobbes bis Hegel entwickelt sich eine Weise der bestimmenden Reflexion der staatlich gewährleisteten rechtlichen Vermittlung des Tauschzusammenhangs der Warenbesitzer und der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums, welche die realen rechtlich-politischen Bestimmungen der Gestalt bürgerlicher Gesellschaft in ihrem Zusammenhang entwickelt und in einem Modell bürgerlicher Vergesellschaftung zusammenfaßt, welches seine innere Einheit darin hat, daß es die tatsächlich erforderlichen politisch-rechtlichen Formen einer kapitalistischen Erzeugung und Aneignung von Mehrprodukt darstellt; eine Reflexionsweise, welche die gesamte bürgerliche Gesellschaftslehre nach Hegel — von Comte und Spencer bis zu Habermas und Luhmann — nicht mehr leistet.(13) Dies insofern, als der eigentümliche Inhalt bürgerlicher Vergesellschaftung — und sei es auch nur in seiner politisch-rechtlichen Form — nicht mehr aufgenommen wird und der allgemeine Inhalt von Vergesellschaftung überhaupt, als System materieller Produktion, verdrängt wird, so daß die systematisch bestimmende Reflexionsweise der klassischen Rechts- und Sozialphilosophie ersetzt wird durch die einseitige, willkürliche oder äußerliche Reflexion einzelner Bestimmungen der Gestalt des gegebenen gesellschaftlichen Systems und durch die inhaltsleere Reflexion seines Verhaltens.(14) Freilich sind auch hier die vielfältigsten Formen der Reflexion zu unterscheiden. Zwischen den Konzeptionen des Zusammenhangs der gesellschaftlichen Einheiten als Konsens oder als Balance in den positivistischen Gesellschaftslehren des 19. Jahrhunderts oder zwischen diesen Lehren auf der einen Seite und einer empiristischen Kopie jener Zusammenhänge in einer modernen Darstellung gesamtwirtschaftlicher Kreisläufe auf der anderen Seite bestehen erhebliche Unterschiede. Die Spezifik der Luhmannschen Konzeption komplexitätsreduzierender Sinnsysteme besteht zunächst offenbar darin, daß sie jenen Erscheinungs- und Wirkungszusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise, zugleich aber auch einen bestimmten konstitutiven Mechanismus dieser Produktionsweise, von allen inhaltlichen Bestimmungen abstrahierend reflektiert. Diese abstrahierende Reflexion der Verhältnisse abstrakter Arbeit erscheint freilich als ihrem Gegenstand in besonderem Maße angemessen. Die kapitalistische Produktionsweise hat sich offenkundig — seit der Formulierung der positivistischen Gesellschaftslehren in der Zeit des Kapitalismus der nachholenden Industrialisie-

12 Vgl. Heidtmann, a.a.O., S. 30-35.

13 Vgl. hierzu besonders die umfangreiche Untersuchung von B. Tuschling: Die „offene" und die „abstrakte" Gesellschaft, Untersuchungen zur Konzeption von Vergesellschaftung bei Habermas und in der klassisch-bürgerlichen Rechts- und Sozialphilosophie, Manuskript 1977, insbes. Teil 2; auch B. Tuschling: Rechtsstaat und Produktionsverhältnisse, Frankfurt/M., Köln 1976.

14 Vgl. hierzu B. Heidtmann: Systemwissenschaftliche Reflexion und gesellschaftliches Sein. Manuskript 1977, bes. S. 17 ff.

rung bzw. der freien Konkurrenz im 19. Jahrhundert — in einem Maße zur Totalität entwickelt und alle gesellschaftlichen Elemente untergeordnet (15), daß der Abstraktionscharakter kapitalistischer Vergesellschaftung ihre Gestalt beherrscht und in bestimmten Arten ihrer Reflexion bestimmend wird. Dies freilich legt auf den ersten Blick die Frage nahe, ob die Konzeption komplexitätsreduzierender Systeme dann nicht doch mehr sei als bloße ideologische Verhüllung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Trifft nicht, möchte man fragen, die Idee der Reduktion von Komplexität, dem Begriff der Abstraktion vom Gebrauchswert wahlverwandt, geradezu das Wesen kapitalistischer Vergesellschaftung? Die Antwort hierauf ist nicht einfach, weil die Frage nicht umfassend genug gestellt ist. Als erster Schritt muß hervorgehoben werden, daß die Eigenart kapitalistischer Produktion nicht allein in der Verwandlung von konkreter Arbeit in abstrakte und von Gebrauchswert in Tauschwert besteht, sondern in einer eigentümlichen Form der Erzeugung und Aneignung von Mehrprodukt: im Gebrauch von Arbeitskraft oder abstrakter Arbeit zwecks konkreter Verausgabung in der Warenproduktion mit Produktionsmitteln in fremdem Eigentum. Diese Form der Mehrarbeit ist Grundlage der gewaltigen Entfaltung von gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung im Kapitalismus. Die Abstraktion von konkreter Arbeit, konkretem Gebrauchswert und konkreter Gesellschaftlichkeit zugunsten abstrakter Lohnarbeit, abstrakten Wertes und abstrakter Tauschbeziehungen ist also nur ein Mittel der vollen Auspressung der Arbeitskraft, der reibungslosen Aneignung von Mehrprodukt und vor allem der dauernden Steigerung gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung in der Form des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapitalverwertung. Diese Entfaltung von gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung ist zugleich Grundlage der Vervielfachung möglicher gesellschaftlicher Zustände und gesellschaftlichen Geschehens in der sozialistisch organisierten Produktion. Wesen der kapitalistischen Produktionsweise ist mithin, in der Terminologie Luhmanns, nicht lediglich die Reduktion von Komplexität, sondern — in einer noch näher zu bestimmenden Weise — die Produktion von Komplexität mittels Reduktion von Komplexität. Dieser Sachverhalt nun ließe sich trefflich gegen die Vermutung ins Feld führen, Luhmanns These der Reduktion von Komplexität reflektiere etwas vom Wesen des Kapitalismus, wäre Luhmann die Mehrdeutigkeit des Komplexitätsbegriffes und eine gewisse Einseitigkeit des Reduktionsbegriffes nicht schon frühzeitig vorgehalten worden (16) und hätte Luhmann solche Einwände nicht inzwischen geschickt verarbeitet.(17) Nachdem Luhmann zu der Auffassung gelangt ist: „Steigerung durch Reduktion von Komplexität verliert den Anschein einer widersprüchlichen Formulierung, wenn man unter Komplexität etwas nur Mögliches versteht" (18) und zugleich die „Erzeugung von Möglichkeiten ... als strukturabhängige Leistung zu begreifen" versucht (19), kann man nicht umhin anzuerkennen, daß Luhmanns Konzeption von Systemaktivität eine Einheit von reduktiven und produktiven

15 Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 189.
16 Vgl. z.B. K.H. Tjaden: Zur Kritik eines funktional-strukturellen Entwurfs sozialer Systeme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 21, 1969, S. 752-769, hier S. 758-760.
17 Vgl. J. Habermas, N. Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Frankfurt/M. 1971, S. 292-316.
18 Ebenda S. 311.
19 Ebenda S. 315.

Momenten der Systemaktivität (20) abstrakt reflektiert, welche in der Tat typisch für die kapitalistische Produktionsweise ist. Deren Wesen bringt sie gleichwohl nicht zum Ausdruck. Denn die Verhüllung der wirklichen Verhältnisse durch die bürgerlichen Gesellschaftslehren gründet ja in der Vernachlässigung der Eigenart der jeweiligen Gesellschaftsform, und diese Eigenart besteht in der Art und Weise, in der jeweils der materielle Austausch zwischen „Mensch" und „Natur" kollektiv-praktisch bewältigt wird. Die kapitalistische Form der produzierenden Vermittlung zwischen „Mensch" und „Natur", die Leistung und Aneignung von Mehrarbeit im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapitalverwertung, impliziert eine radikale Reduktion der wirklichen Vielfalt des Zusammenhangs gesellschaftlicher Tätigkeiten und seiner einzelnen Teile und Glieder, die zugleich eine enorme Produktion möglicher Geschehnisse und Zustände bedeutet — von der Verwirklichung abgeschnitten allein durch die Struktur der herrschenden Produktionsweise selbst. Die abstrahierende Reflexion der „Systemtheorie" Luhmanns bekommt diese Dialektik von Möglichkeit und Wirklichkeit, weit davon entfernt, sie auszudrücken, nur in äußerlichen Bestimmungen zu fassen, die bar jeden gesellschaftlichen Inhalts sind, weil sie die historische und materialistische Inhaltsbestimmung der Einheit von Reduktivität und Produktivität nicht vollzieht. Inhalt dieser Einheit ist die sich steigernde Erzeugung von Mehrprodukt durch den konkreten Gebrauch abstrakter Arbeit. Indem die Konzeption sinnkonstituierender Systeme genau von diesem Inhalt abstrahiert, fetischisiert sie die gegebene Systemstruktur.(21)

Drittens: welcher Art sind eigentlich die Erkenntnisfortschritte, welche systemwissenschaftlich orientierte sozialwissenschaftliche Forschungen anscheinend — allen Mängeln soziologischer Systemkonzeptionen zum Trotz — erzielen konnten und wodurch sind sie begründet? H. Wagner geht meines Erachtens zu recht davon aus, daß die Verwendung systemtheoretischer Modelle in den Sozialwissenschaften bestimmte Erkenntnisgewinne ermöglicht hat.(22) Es stellt sich dann freilich sogleich die Frage, weshalb solche Erkenntnisse erzielt werden konnten und welcher Art diese Erkenntnisse sind. Diese Frage stellt sich umso mehr, als es sich bei diesen systemtheoretischen Modellen offenkundig nicht um hinreichend begründete und ausgearbeitete Modelle sozialer Systeme handelt (da die Konstruktion spezifischer Modelle sozialer Systeme von der sozialwissenschaftlichen Theorie bislang nicht geleistet wurde), sondern um einen auf gesellschaftliche Erscheinungen hin spezifizierten kategorialen und methodologischen Apparat, der einerseits den Naturwissenschaften und den Technikwissenschaften, andererseits den allgemeinen Systemwissenschaften entstammt und mehr oder minder vollkommen, meist nur bruchstückhaft, in die Sozialwissenschaften übernommen wurde. Es muß zunächst hervorgehoben werden, daß die sozialwissenschaftliche Verwendung von Systemmodellen nicht an die Anwendung strukturell-funktionaler Fragestellungen gebunden ist, so wie sich strukturell-funktionale Fragestellungen durchaus auch unabhängig von der Verwendung systemtheoretischer Modelle verfolgen lassen. Der verbreiteten Annahme, die Konzeption von sozialer Realität als System schließe eine Hypostasierung der gegebenen Struktur ein, ist schon dadurch die Grundlage entzogen.(23) In der Tat betrifft ein nicht unbeträchtlicher Teil der Erkenntnisse, die

20 Vgl. K.H. Tjaden: Soziales System und sozialer Wandel, 2. Aufl., a.a.O., S. 281 f.
21 Vgl. dazu Luhmann in Habermas, Luhmann, a.a.O., S. 315 f.
22 Vgl. Wagner, a.a.O., S. 37.
23 Am Rande sei darauf hingewiesen, daß auch die – zweifellos von einer gegebenen Struktur ausgehende – strukturell-funktionale Verfahrensweise nicht, wie es ein

die Anwendung systemwissenschaftlicher Kategorien auf soziale Phänomene her vorgebracht hat, Vorgänge der Veränderung sozialer Strukturen, meist freilich von Strukturen in Teilbereichen des Erscheinungs- und Wirkungszusammenhangs der jeweiligen Gesellschaft.(24) Vielfältige Beispiele liefert die soziologische Analyse sozialer Organisationen, von Vereinen und Verbänden über Produktions- und Dienstleistungsbetriebe bis zur Behördenorganisation, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen von Veränderungen des gesamtgesellschaftlichen Bedingungskranzes auf die Struktur und auf die Operationen organisatorischer Systeme. Mit diesem Hinweis lassen sich zugleich Art und Grundlage solcher soziologischer Erkenntnisse verdeutlichen. Es handelt sich um Erkenntnisse, die mittels einer Übertragung von systemwissenschaftlichen Kategorien auf ihrerseits systematisch organisierte Phänomene der sozialen Realität gewonnen werden und damit in erster Linie um zusätzliches geordnetes Wissen über beobachtbare Vorgänge, welche ohne die systemwissenschaftlich inspirierte Systematisierung der Anschauungsvielfalt kaum zu beobachten wären. Die Verwendung von Systemmodellen — und zwar, wie die Praxis empirischer Forschung zeigt, die (willkürliche) Verwendung irgendeiner der vielen vorhandenen Arten von Systemmodellen — drängt sich vom Forschungsgegenstand her auf. Hingegen ist zu bezweifeln, daß die — wegen des Fehlens einer theoretischen Begründung und Ausarbeitung von Modellen sozialer Systeme grundsätzlich willkürliche — Nutzung systemwissenschaftlicher Begriffe und Verfahren in der bürgerlichen Sozialwissenschaft über diesen Zuwachs an Beobachtungswissen auch Zuwächse an Gesetzeserkenntnis vermittelt. Die Regelmäßigkeiten im organisatorischen sozialen Geschehen, die im Bereich der systemwissenschaftlich orientierten empirischen Soziologie aufgedeckt werden und ein erster Schritt zur Erkenntnis gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten sein könnten, treten unter gesamtgesellschaftlich gesetzten Bedingungen der Existenz des organisatorischen Systems auf. Solange diese Bedingungen nicht erkannt und begriffen sind, bleiben auch die wirklichen Regelmäßigkeiten des Erscheinungs- und Wirkungszusammenhangs der Gesellschaftsformation unerkannt und unbegriffen. Davon bleibt unberührt, daß die sozialwissenschaftliche Erforschung systemischer Beziehungen in dieser äußeren Gestalt von Vergesellschaftung eine Aufgabe von wachsender Bedeutung ist. Die zunehmende Systematisierung des Zusammenhangs der gesellschaftlichen Produktivkräfte (25), die weiter wachsende Konzentration und Zentralisierung von Kapital und der organisatorische Ausbau des staatlichen Überbaus im gegenwärtigen Kapitalismus vervielfachen die Felder organisatorisch systematisierter Sozialbeziehungen in dieser Produktionsweise. Ihre angemessene Erforschung setzt aber eine weitere Klärung des Verhältnisses von ökonomischer Konstitution und praktischer Realisierung der Verhältnisse und der Entwicklung der Gesellschaftsformation voraus, die insbesondere

immer noch verbreitetes Vorurteil will, die Untersuchung von Veränderungen ausschließt, ganz abgesehen davon, daß sie natürlich in eine Konzeption struktureller Transformationen eingebettet sein kann. Vgl. hierzu: M. Guessous: Probleme der Instabilität sozialer Systeme, in: K.H. Tjaden (Hrsg.): Soziale Systeme. Neuwied, 1971, S. 226-246.

24 Von bestimmten kulturanthropologischen Analysen gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels unter Verwendung systemtheoretischer Kategorien sehe ich hier ab.

25 Vgl. zur Veranschaulichung: G. Ropohl, Systemtechnik – Grundlage und Anwendung. München, Wien 1975.

eine theoretische Begründung und Ausarbeitung von Modellen leisten müßte, welche Systeme empirischer sozialer Aktivität abbilden.(26)

Viertens: Wie ist die Meinung zu beurteilen, daß die Einbettung von Systemtheorie in die historisch-materialistische Gesellschaftstheorie zum besseren Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse beitrage? Alle bislang vorgetragenen Überlegungen können zunächst die Auffassung von H. Wagner bestätigen, daß „eine Systemtheorie ohne explizite Einbettung in den Rahmen einer materialistischen gesamtgesellschaftlichen Theorie selbst keine gesellschaftlichen Analysen ermöglicht, sondern den Zugang zu ihnen verstellt".(27) Hierfür sprechen auch wissenschaftsgeschichtliche Erfahrungen, insbesondere der wenig erfolgreiche Versuch der Übertragung kybernetischer Kategorien auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse von G. Klaus, dem — wenn ich recht sehe — jedenfalls bei der kybernetischen Modellierung der kapitalistischen Produktionsweise keine hinreichende Einsicht in deren antagonistischen Charakter zugrunde lag.(28) Allerdings stellt sich die Frage, ob eine Einbettung systemtheoretischer Modelle und Methoden in die historisch-materialistische Theorie der Gesellschaft umgekehrt zu besserer gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnis verhelfen könnte. Diese scheinbar einleuchtende Auffassung aber wirft mehr Fragen auf, als durch sie erledigt werden. Zu fragen wäre zunächst, welche systemtheoretischen Modelle und Methoden denn in die Gesellschaftslehre einzubetten wären. Sind es Konzeptionen beispielsweise nach dem Muster organischer oder nach dem Muster thermodynamischer Systeme? Kategorien beispielsweise eines stationären oder eines sich entwickelnden Systems? Strategien der Selbstregelung beispielsweise nach dem kybernetischen oder nach dem homöostatischen Prinzip? Methoden beispielsweise der Spieltheorie oder der Entscheidungstheorie? Zu fragen wäre auch, auf welchen Gegenstandsbereich historisch-materialistischer Theorie sich eine Einarbeitung von Systemtheorie vor allem beziehen solle. Geht es um eine systemtheoretische Formulierung des Historischen Materialismus im ganzen, um eine Einbettung von Systemtheorie in die Theorie der Gesellschaftsformationen überhaupt, um eine systemtheoretisch ergänzte gesellschaftstheoretische Bearbeitung der Verfassung und/oder Gestalt einer bestimmten Gesellschaftsformation? Und wenn wir uns auf die Frage beschränken, ob eine Einbettung der Grundbegriffe, Grundannahmen und Grundgedanken einer Systemtheorie im Allgemeinen — also gleichsam des gemeinsamen Erkenntnisgrundbestands aller Systemwissenschaft — in die theoretische Konzeption der ökonomischen Gesellschaftsformation nützlich ist, stellen sich sogleich weitere Fragen ein: ist die theoretische Konzeption der ökonomischen Gesellschaftsformation so unvollkommen, daß sie der Inkorporation von Systemtheorie bedarf? Wenn ja: warum soll gerade Systemtheorie diese Mängel heilen helfen, und wenn sie es kann, sollte man sich dann nicht lieber auf die gesellschaftswissenschaftliche Entwicklung des Systemkonzepts der Systemtheorie konzentrieren? Wenn nein: wenn die theoretische Konzeption der ökonomischen Gesellschaftsformation schon einigemaßen brauchbar ist, warum soll man sich der Mühe unterziehen, Systemtheorie in sie einzubetten, und warum gerade Systemtheorie, welche den Sozialwissenschaften bislang schließlich nur begrenzte Erkenntnisfortschritte vermittelt hat? Ich sehe keine einleuchtenden Gründe, sich von einer Einbet-

26 Vgl. hierzu: K.H. Tjaden: Soziale Systeme und gesellschaftliche Totalität, in: D. Hülst u.a.: Methodenfragen der Gesellschaftsanalyse. Frankfurt/M. 1973, S. 49-72.

27 Wagner, a.a.O., S. 37.

28 Vgl. G. Klaus: Kybernetik und Gesellschaft, Berlin 1964, S. 37 ff.

tung von Systemtheorie in Gesellschaftstheorie besondere Erkenntnisfortschritte zu versprechen. Gleichwohl spielen der Begriff des Systems und die Einsichten, welche die Wissenschaften über Systeme im allgemeinen gewonnen haben, für das Verständnis und für die Weiterentwicklung der historisch-materialistischen Gesellschaftslehre meines Erachtens eine erhebliche Rolle. Grundlage dieser Auffassung ist der Sachverhalt, daß der Gegenstand der historisch-materialistischen Gesellschaftslehre im Allgemeinen, die ökonomische Gesellschaftsformation, bereits als System konzipiert ist. Vergesellschaftung stellt hiernach stets ein System gesellschaftlicher Produktion dar, dessen Funktionen in der kollektiv-praktischen Vermittlung, Regelung und Steuerung des materiellen Austausches zwischen den vergesellschafteten menschlichen Organismen und der vergesellschafteten außermenschlichen Natur bestehen. Aufgabe der Gesellschaftslehre ist es, diese Konzeption gesellschaftlicher Systeme überhaupt in Theorien über die Verfassung und Entwicklung der verschiedenartigen, geschichtlich bestimmten Gesellschaftsformationen umzusetzen. Die historisch-materialistische Gesellschaftstheorie geht somit bereits von der Auffassung des Systemcharakters von Vergesellschaftung aus und bezeichnet vor allem die Eigenart von Systemen gesellschaftlicher Produktion, die sie von anderen materiellen Systemen unterscheidet, sehr genau. Zu meinen, diese Konzeption gesellschaftlicher Formationen durch Inkorporation allgemeiner systemtheoretischer Begriffe verbessern zu können, ist irrig, weil die Kategorien der generalisierenden Systemtheorie ja erklärtermaßen von der Eigenart bestimmter Systeme abstrahieren. Aus demselben Grunde tragen Annahmen und Aussagen der allgemeinen Systemtheorie auch zur Erklärung des spezifischen Verhaltens gesellschaftlicher Systeme nichts bei.(29) Dies spricht indessen nicht gegen, sondern durchaus für die Ausarbeitung des Systemcharakters ökonomischer Gesellschaftsformation durch die historisch-materialistische Theorie. Zunächst hat diese Theorie gegenüber den pseudo-systemtheoretischen Argumentationen in den Sozialwissenschaften offenkundig noch nicht hinreichend deutlich machen können, daß die Theorie ökonomischer Gesellschaftsformationen — und keine andere angebliche soziologische Systemtheorie — im Bereich der Gesellschaftswissenschaften auf dem inzwischen erreichten katagorialen und methodischen Niveau der Realwissenschaften operiert. Zweitens wird die weitere Ausarbeitung des Systemcharakters menschlicher Vergesellschaftung die materialistische Auffassung verdeutlichen helfen, daß menschliche Gesellschaften lediglich die höchstentwickelte Form in der Entwicklungsgeschichte materieller Systeme darstellen. Und drittens wird die Theorie ökonomischer Gesellschaftsformationen dadurch, daß sie ihren Gegenstand als System begreift und darstellt, sich eines strategischen Vorteils in der Theorieentwicklung versichern können, den die bürgerliche Denkweise entbehrt: sie kann Fragestellungen und Einsichten der generalisierenden Systemwissenschaft — deren umstandslose Übertragung oder Einbettung in Gesellschaftstheorie freilich nicht möglich ist — in ihrer eigenen Weiterentwicklung verarbeiten — sei es als Anregung zu eigenständigen Fragen und Antworten, sei es als allgemeine Leitlinie zu entwickelnder Lehrstücke, welche Lücken in der allgemeinen oder in einer besonderen Theorie ökonomischer Gesellschaftsformationen schließt.

Damit kann zum Schluß die Fragestellung „Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie" in etwas bestimmterer Weise behandelt wer-

29 Vgl. L. von Bertalanffy: The History and Status of General Systems Theory, in: G.J. Klir (Hrsg.): Trends in General Systems Theory. New York 1972. S. 21-41, hier S. 31.

den, als das vor dem Durchgang durch die vier erörterten Fragen möglich war. Mit der Fragestellung kann *erstens* kein Gegensatz einer soziologischen Systemtheorie im strengen Sinne zu einer, wie immer gearteten, Gesellschaftstheorie gemeint sein, denn eine soziologische Systemtheorie, die diesen Namen verdiente, gibt es bislang ebensowenig wie eine konsistente und empirisch gehaltvolle Konzeption sozialer Systeme selbst — es sei denn, man will die Theorien ökonomischer Gesellschaftsformationen als soziologische Systemtheorien bezeichnen. Man kann *zweitens* mit guten Gründen behaupten, daß die pseudosystemtheoretischen Konzeptionen eines Gegenstandsbereiches der Soziologie, zumal diejenigen, welche eine Konzeption gesellschaftlicher Systeme zu formulieren vorgeben, in einem genauen Gegensatz zur historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie stehen; und zwar deshalb, weil sie die Einsicht in die Eigenart menschlicher Vergesellschaftung im allgemeinen und in die Eigenart kapitalistischer Vergesellschaftung im besonderen, welche die historisch-materialistische Theorie erarbeitet hat, versperren. Man kann *drittens* davon ausgehen, daß die Verwendung systemwissenschaftlicher Modelle und Methoden in der empirischen Sozialforschung, die zu einer begrenzten Vermehrung des soziologischen Tatbestandswissens insbesondere über organisatorische Sozialphänomene geführt hat, zu einer Vermehrung von Gesetzeswissen über Regelmäßigkeiten des Erscheinungs- und Wirkungszusammenhangs der kapitalistischen Produktionsweise beitragen könnte; dies setzte freilich die gesellschaftstheoretische Erarbeitung von Modellen der verschiedenen Systeme sozialer Aktivitäten voraus, welche die konstitutiven Verhältnisse der Produktionsweise realisieren. *Viertens* muß betont werden, daß soziologische Systemtheorie insofern keinen Gegensatz zur Gesellschaftstheorie in ihrer historisch-materialistischen Ausarbeitung darstellt, als die Theorie ökonomischer Gesellschaftsformationen auf einer Konzeption gesellschaftlicher Systeme — und zwar der derzeit einzig brauchbaren Konzeption gesellschaftlicher Systeme — beruht; die Verdeutlichung und Entfaltung des systemtheoretischen Gehalts der Theorie ökonomischer Gesellschaftsformationen wäre der Selbstdarstellung der historisch-materialistischen Gesellschaftslehre, ihrem Dialog mit anderen Wissenschaften und vor allem der Weiterentwicklung dieser Theorie selbst nur förderlich.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Ausarbeitung des systemtheoretischen Gehalts der historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie noch in den Anfängen steckt und oft durch sehr verschiedenartige Auffassungen grundlegender Sachverhalte gekennzeichnet ist. Bereits die zentrale Frage nach den konstitutiven Elementen und Relationen des Systems „ökonomische Gesellschaftsformation" oder einer Produktionsweise sowie nach dem Charakter seiner konstitutiven Struktur wird in der marxistischen Literatur alles andere als einheitlich beantwortet und bleibt häufig genug im Unklaren.(30) Gleichwohl lassen sich diese Probleme lösen, zumal dann, wenn die Weiterentwicklung der Konzeption der ökonomischen Gesellschaftsformation sich noch stärker als bisher um ein vergleichendes Begreifen verschiedenartiger Gesellschaftsformationen bemüht.(31) Zu den weitgehend unbewältigten Aufgaben gehört auch die genauere Fas-

30 Vgl. z.B. L. Althusser, E. Balibar: Das Kapital lesen. Reinbek 1972, Bd. II, S. 280 ff; M. Godelier: System, Struktur und Widerspruch im „Kapital". Berlin 1970, S. 4 ff; E. Hahn: Soziologische Systemauffassung und soziale Prognose, in: E. Hahn, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie. Köln 1974. S. 253-276, bes. S. 260.

31 Vgl. als Ansatz: K.H. Tjaden: Zur historisch-materialistischen Entwicklungstheorie, in: Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages . Stuttgart 1976, S. 70-77, hier S. 70.

sung des Umweltbezugs gesellschaftlicher Systeme, die mit der Formel „Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft" noch nicht zureichend bewältigt ist.(32) Auszuarbeiten ist ein Begriff gesellschaftlicher Systeme, der die natürlichen — wie immer auch durch gesellschaftliche Praxis geformten — Umwelten solcher Systeme in ihrem gleichsam naturdialektischen Spannungsverhältnis begreift, das in dem zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur vermittelnden System gesellschaftlicher Produktion wiederkehrt und dieses als sich entwickelndes System konstituiert.(33) Schließlich ist die Theorie einer bestimmten Gesellschaftsformation als dynamische Theorie dieses Systems zu konzipieren. Die Herausarbeitung der Entwicklungsgesetzlichkeit, welche eine Formation wie den Kapitalismus kennzeichnet, im Allgemeinen (34) ergibt noch nicht die Theorie der Entwicklung des Systems. Anzustreben ist vor allem eine weitere Ausarbeitung der von K. Marx begründeten Theorie der Entwicklungsabschnitte einer Formation, in der der Übergang zu neuen Stufen der Formationsentwicklung — der Übergang zum Kapitalismus der freien Konkurrenz, die Ablösung des Kapitalismus der freien Konkurrenz beispielsweise — als eine Änderung der Strategie der Reproduktion des Systems zwecks Steigerung seiner Problemlösungskapazität begriffen wird; eine Änderung, welche durch ihrerseits zu erklärende Selbstbeschränkungen der Entwicklungsfähigkeit des Systems im jeweils vorangegangenen Entwicklungsabschnitt erzwungen wird.(35) Begreift man die kapitalistische Produktionsweise vor allem als eine besondere Form der Systeme materieller Produktion, welche entgegengesetzte Naturmomente verschränken und schrittweise Problemlösungskapazität entfalten, während ihre eigene Struktur dieser Vermittlungs- und Entwicklungsfähigkeit Schranken setzt, dann wird man auch zum Verständnis des gegenwärtigen „spätkapitalistischen" Abschnitts der Entwicklung dieser Produktionsweise, zu dem bereits verschiedene theoretische Entwürfe marxistischer Autoren wesentliches beitragen, neue Zugänge gewinnen können. Ich vermute im übrigen, daß eine Ausarbeitung des Systemprinzips, das der Konzeption ökonomischer Gesellschaftsformationen innewohnt, mehr Ähnlichkeiten zwischen dem Verhalten gesellschaftlicher Systeme und dem Verhalten materieller Systeme anderer Art hervortreten lassen wird, als es sich ein in geisteswissenschaftlichen Traditionen befangener Sozialwissenschaftler träumen läßt. An der Notwendigkeit, dieses Verhalten geschichtlich bestimmter gesellschaftlicher Systeme mit spezifisch gesellschaftswissenschaftlichen Kategorien und Theorien zu beschreiben und zu erklären, ändert sich dadurch nichts.

32 Vgl. z.B. E.K. Fjodorow: Die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft. Berlin 1974.

33 Vgl. K.H. Tjaden: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte, in: Das Argument 19, 1977, Nr. 101, S. 8-55, bes. S. 17-35.

34 Vgl. M.M. Rosental: Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx. Berlin 1973, S. 27 ff.

35 Vgl. als Ansatz: H.J. Krysmanski, K.H. Tjaden: Historical-materialistic Theory of Development, in: H. Strasser (Hrsg.): Explaining Social Change, London 1977 (im Erscheinen); Teil 3.3.3.

Wolfgang Lefèvre

ZUR KUHN-DEBATTE

Die nachstehenden Ausführungen sind die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich im Sommer 1976 an der Universität Bielefeld hielt. Ich konnte dort davon ausgehen, *innerhalb* einer in Gang befindlichen Kuhn-Debatte zu Wort zu kommen; entsprechend war dort nicht über die Relevanz des Kuhn-Themas zu sprechen, sondern über Aspekte, die in der bisherigen Debatte nach meiner Meinung zu kurz gekommen waren. Die Veröffentlichung dieses Vortrages in einer Zeitschrift, zu deren thematischen Schwerpunkten die angelsächsische Wissenschaftstheorie aus guten Gründen nicht gehört, macht einige allgemeine Vorbemerkungen über die Bedeutung des Kuhn-Themas notwendig, Vorbemerkungen, die freilich schon wegen der notwendigen Kürze keine „Einführung" in die Kuhn-Debatte sein können (1).

Im Editorial der SOPO Nr. 36 heißt es: „In ihren theoretischen Voraussetzungen — auch dort, wo deren Erörterung nur von fachspezifischem Interesse zu sein scheint —, spiegelt sich die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaften. Grundfragen der Wissenschaften methodisch zu erörtern, heißt aber auch, Aussagen von sozialer und politischer Relevanz zu vertreten, die über theoretische Begründungsinteressen hinausweisen." Dies trifft auf das Kuhn-Thema in doppelter Weise zu. Zum einen signalisiert die Kuhn-Debatte eine tiefe Krise der „kritisch rationalistischen" Wissenschaftsauffassung, die die Grundlagen der in den kapitalistischen Ländern vorherrschenden Wissenschaftstheorie seit Jahrzehnten maßgeblich bestimmt; es handelt sich so um eine Krise des vorherrschenden wissenschaftlichen Selbstverständnisses, und zwar nicht zuletzt um eine Krise der Auffassung der Wissenschaft als einer autonomen, in sich selbst begründeten Sphäre. Zum anderen spiegelt die Resonanz des Kuhnschen Ansatzes „die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaften" direkt wider; die „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" — so der Titel des berühmten, die Debatte auslösenden Buchs von Thomas S. Kuhn — gewinnt besonderes Interesse in einer Zeit, da die Planung wissenschaftlicher Entwicklungen lebensnotwendig geworden ist.

Der Zusammenhang des Kuhnschen Ansatzes mit den Problemen der Wissenschaftsplanung, worin seine gesellschaftliche Bedeutung unmittelbar zu Tage tritt, läßt sich dennoch von den Arbeiten Kuhns her nicht direkt erschließen. Jedoch ist in diesem Hinblick gerade Kuhns genuin wissenschaftshistorischer Ansatz von Interesse, weil er auf eine „Logik" der Naturwüchsigkeit wissenschaftlicher Entwicklungsprozesse hinausläuft und so der vom Kapitalismus bestimmten Situation nur zu genau entspricht, in der Wissenschaft auf der Grundlage nicht-geplanter Produktion geplant werden soll. Die Auseinandersetzung

1 Für eine erste Orientierung über Kuhn und die Kuhn-Debatte empfehle ich neben den Arbeiten Th. S. Kuhn's (vor allem: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M. 1967, und: Postskript – 1969 zur Analyse der Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, in: P. Weingart (Hrsg.): Wissenschaftssoziologie 1, Frankfurt/M. 1972, S. 287-319) den von Werner Diederich herausgegegebenen Sammelband: Theorien der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt/M. 1974, wobei insbesondere auf die dort (S. 43-51) gegebene Bibliografie verwiesen sei.

mit den Grundannahmen und Prämissen, die Kuhn in ihrer Konsequenz zu jener „Logik" der Naturwüchsigkeit führen, ist so nicht die Spezialangelegenheit von Wissenschaftshistorikern; sie gehört vielmehr zur Verständigung über den widersprüchlichen gesellschaftlichen Charakter der Wissenschaften in unserer Gesellschaft.

Dieser Aspekt spielt in der Kuhn-Debatte, die bisher im wesentlichen von bürgerlichen Wissenschaftstheoretikern geführt wird, kaum eine Rolle; in ihr geht es vielmehr vor allem um die angedeutete Krise der „kritisch rationalistischen" Wissenschaftsauffassung. Wenn Kuhn vom „Kritischen Rationalismus" und seinem Umkreis vorgeworfen wird, seine Sicht der „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" führe zu einem Relativismus wissenschaftlicher Erkenntnis, dann drückt sich darin aus, daß Kuhn's Ansatz als Bedrohung eben der Auffassung empfunden wird, nach der die wissenschaftliche Rationalität autonom und in sich selbst begründet ist.

Grob vereinfacht ausgedrückt, wird Kuhn im Kern vorgeworfen, daß er die *Geltung* wissenschaftlicher Theorien nicht von rein rationalen Kriterien, sondern von soziologisch beschreibbaren Prozessen unter den Wissenschaftlern abhängig mache. Nach Kuhn konstituieren sich „scientific communities" über die Anerkennung bzw. Verwerfung eines „Paradigma" genannten, focusartigen Kerns einer Theorie (2), wobei diese Anerkennung bzw. Verwerfung nicht oder wenigstens nicht allein als Resultat eines zwingenden rationalen Diskurses zu begreifen ist; es spielen dabei Faktoren eine Rolle, die von der Warte rein rationaler Konsequenz her gesehen als „irrational" und „außerwissenschaftlich" zu bezeichnen sind. Die vom „Kritischen Rationalismus" geprägte Wissenschaftstheorie hatte ihrerseits den Einfluß solcher „außerwissenschaftlichen", der sog. „externen Faktoren" auf den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß nicht geleugnet, also den Einfluß von biographischen, organisatorischen, gesellschaftlichen Umständen wie die Bedeutung der technischen Mittel, wirtschaftlicher Interessen, weltanschaulicher Strömungen etc.. Aber sie hatte den Einfluß dieser „externen Faktoren" auf den sog. „context of discovery" beschränkt, ihre Bedeutung nur als Umstände der Aufstellung einer Theorie anerkannt. Von dieser auch „außerwissenschaftlich" bestimmten Entstehung einer Theorie unterschied sie streng deren Geltung; es galt als unumstößlich, daß die Geltung einer Theorie durch ihre Genese nicht zu relativieren sei, daß sich diese Geltung allein nach rein rationalen Kriterien bemißt. Indem nun Kuhn aus eigener praktischer Erfahrung wie aufgrund wissenschaftsgeschichtlicher Analysen darlegte, daß im tatsächlichen Wissenschaftsbetrieb die Geltung von Theorien sich keineswegs allein an rein rationalen Kriterien bemißt, sondern von — wieder grob vereinfacht — gruppendynamischen Prozessen innerhalb der „scientific communities" bestimmt ist, schien dem Relativismus in der Tat Tür und Tor geöffnet.

Was Kuhn bestechend macht und was seinen Einfluß zu einem guten Teil erklärt, das ist seine — im Vergleich zur „kritisch rationalistisch" geprägten Wissenschaftstheorie — realistischere Sicht des Wissenschaftsprozesses. Insbesondere scheint durch Kuhn die gesellschaftliche Dimension der Wissenschaft, die als Gegenstand der Wissenschafts-Soziologie departementalisiert und so ignorierbar gemacht war, in die Wissenschaftstheorie wieder eingebracht. Die Kritik an

2 Der Kuhnsche „Paradigma"-Begriff ist außerordentlich komplex und oft gerade in seinen interessantesten Aspekten verkannt; vgl. dazu vor allem: Th. S. Kuhn: Postskript – 1969, a.a.O., und meine Bemerkungen in der folgenden Abhandlung.

der ahistorischen, wissenschaftliche Rationalität in fast objektiv-idealistischer Weise verselbständigenden Wissenschaftstheorie hat so in Kuhn einen starken Gewährsmann; ja, dieser Kritik scheint mit Kuhn erstmals der wirkliche Durchbruch gelungen zu sein. Gerade dies aber macht die Auseinandersetzung mit Kuhn notwendig: Warum gelang gerade ihm das? Liegt es daran, daß seine Argumente überzeugend sind, oder daran, daß sie im Kontext bürgerlicher Theorie akzeptabel sind? Kann man sich seiner Kritik der vorherrschenden bürgerlichen Wissenschaftstheorie anschließen? Von welchem Boden aus erfolgt sie? etc. Die folgenden Ausführungen können natürlich nicht für eine umfassende Auseinandersetzung mit Kuhn und der Kuhn-Debatte gelten. Es sind Bemerkungen zu einigen Aspekten der genannten Probleme, Bemerkungen, die vielleicht dazu beitragen können, ein nicht mehr von der bürgerlichen Wissenschaftstheorie vorwiegend bestimmtes Kapitel der Kuhn-Debatte zu eröffnen.

* * *

Kuhns Buch „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" scheint selbst so etwas wie eine ‚wissenschaftliche Revolution' ausgelöst zu haben. Dafür spricht die inzwischen fast 15jährige Kontroverse über seinen Ansatz nicht minder als die Tatsache, daß Termini wie ‚normale Wissenschaft', ‚vorparadigmatische Wissenschaft', ‚Paradigmenwechsel', ‚wissenschaftliche Gemeinschaft' etc. inflationär im Kurs sind, ohne daß sich ihre jeweiligen Benutzer in jedem Fall tatsächlich auf das Kuhnsche Konzept beziehen müßten.

Es liegt von diesem äußerlichen Befund her nahe, als einen Aspekt der Kuhn-Debatte die Frage aufzugreifen, was die Bedingungen waren und sind, die dem Kuhnschen Ansatz diese Aufmerksamkeit sicherten und Thomas Kuhn selbst den — je nach dem — guten oder schlechten Ruf verschafften, ein Revolutionär zu sein.

Dabei kann es vielleicht nicht schaden, wenn ich gewissermaßen ‚von außen', d.h. weniger als Wissenschafts-Soziologe und weniger als Wissenschafts-Theoretiker, sondern vor allem als Wissenschafts-Historiker an die Kuhn-Debatte herantrete und mich überdies gegenüber der philosophischen Tradition als nicht so vergeßlich erweise wie die angelsächsische Philosophie, der Kuhn entstammt und die sich von ihm angegriffen fühlt.

Die Bemerkung, daß ‚von außen' herangehe, wer Kuhns Ansatz und die über ihn entbrannte Kontroverse vom Standpunkt der Wissenschafts-Historie betrachtet, mag befremdlich klingen, wo doch Kuhn als einer der bedeutendsten Wissenschaftshistoriker der Gegenwart gilt. Zumindest für die Kuhn-*Debatte* wird man jedoch vielleicht konzidieren, daß es in ihr nicht primär um wissenschaftshistorische , sondern um wissenschaftstheoretische Fragen geht. In seinem Vortrag „Wissenschaftsgeschichte als Wissenschaftstheorie" reklamierte Carl-Friedrich von Weizsäcker (3) Kuhn schlankweg als Wissenschaftstheoretiker, dessen Verdienst darin bestehe, daß er der solange — entgegen ihrem eigenen Wissenschaftsbegriff — apriorisch vorgehenden Wissenschaftstheorie den Wandel zur empirischen Wissenschaft eröffnet habe, — ein Verdienst, das die von Kuhn gemachten „Verzichte" hinsichtlich der Wahrheitsfrage

3 C.-F. von Weizsäcker: Wissenschaftsgeschichte als Wissenschaftstheorie – Festvortrag anläßlich der Mitgliederversammlung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft in Berlin 1974, in: Wirtschaft und Wissenschaft, Sonderheft, Essen 1974.

mehr als aufwiege (4). Mehr noch zeigen aber die zumal von Lakatos (5) und Scheffler (6) gegen Kuhn vorgebrachten Vorwürfe des ‚Relativismus' und ‚Irrationalismus', daß sich in erster Linie die Wissenschaftstheorie von Kuhn betroffen fühlt. In der Tat vergeht sich Kuhn am Sanctissimum der kritisch-rationalistischen Wissenschaftstheorie, an der ‚dritten Welt' Poppers, dem objektiven Geist — er wäre besser der autarke oder selbstgenügsame zu nennen —, bei dem die Fäden der wissenschaftlichen Entwicklung zusammenlaufen sollen. Diesen objektiven Geist glaubte man gegenüber den sog. ‚externen Faktoren' der Wissenschaftsentwicklung gesichert, wenn man diesen Faktoren Wirksamkeit allein im — wie es heißt — ‚context of discovery' zugestand. Von dem Versuch, die Wirksamkeit dieser Faktoren auf den ‚context of justification' einer Theorie auszudehnen, mußten sich auch die Wissenschaftstheoretiker im Kern ihrer Anschauungen angegriffen fühlen, die von Sachen wie Poppers ‚dritter Welt' vorsichtig die Finger gelassen hatten; dieser Versuch trifft sie in der Generalprämisse, daß Wissenschaft in ihrer Entwicklung einer autonomen Logik folge. Wenn Kuhns Buch eine ‚wissenschaftliche Revolution' auslöste, dann offenbar zunächst und primär in der Wissenschaftstheorie kritisch-rationalistischer Provenienz. (Daß übrigens auch von anderen als wissenschaftshistorischen Gesichtspunkten her an einer Revision dieser Wissenschaftstheorie gearbeitet wurde und wird, belegt z.B. eine Gestalt wie Paul Feyerabend.)

Auf die Wirkung Kuhns hinsichtlich der Wissenschaftstheorie komme ich noch zurück; zunächst aber etwas Komplementäres zum Bisherigen: Ein Blick auf die Wissenschaftshistorie selbst — und ich rede hier wie überall in diesen Ausführungen von der in der westlichen Welt betriebenen Wissenschaft — vermag vielleicht von der anderen Seite her zu überzeugen, daß die Kuhnsche ‚Revolution' ein in der Wissenschaftstheorie, nicht in der Wissenschaftshistorie stattfindender Vorgang ist.

Die Methode der Wissenschaftshistorie — und für diese, nicht aber für wissenschaftshistorische Einzelfragen müßte Kuhns Ansatz Bedeutung haben — wurde in ihren Momenten während der ersten dreißig Jahre unseres Jahrhunderts exponiert, kontrovers, wie es sich gehört, und zwar so, daß kaum eine Methodendebatte stattfand; von verschiedenen methodischen Ansätzen her und meist auch ohne wechselseitige Kenntnisnahme wurden vielmehr wissenschaftshistorische Forschungen betrieben und Studien verfaßt. Von einer Exposition der Methode kann gleichwohl gesprochen werden, weil all den verschiedenen Richtungen das bis dahin vorherrschende Verfahren fragwürdig geworden war, die Wissenschaftshistorie als Nachvollzug der Akkumulation ‚richtiger' Erkenntnisse und allenfalls noch als Erzählung vom mutigen Kampf der Pioniere gegen Aberglauben, klerikales Dunkelmännertum etc. zu betreiben. Es verfiel die dieser Art Wissenschaftshistorie zugrundeliegende Prämisse dem Mißtrauen, daß Wissenschaftshistorie die Chronik der Phänomenologie der Rationalität aufzuzeichnen habe; damit aber war, gewissermaßen durch das so entstehende Vakuum, der Wissenschaftshistorie ihre Methode zum Problem gemacht. (Dabei bedarf es hier wohl kein Wort darüber, daß die Art, in der im 19. Jahrhundert vorwiegend Wissenschaftshistorie betrieben wurde, sich bis zum heutigen Tag großer Beliebtheit erfreut; das zeigen nicht nur die popularwissenschaftlichen Bücher, sondern auch viele Arbeiten unter der Firma ‚Geschichte der exakten Wissenschaften'.)

4 Ebenda, S. 7 f.

5 Vgl. z.B.: I. Lakatos: Die Geschichte der Wissenschaft und ihre rationalen Rekonstruktionen, z.B. in: W. Diederich (Hrsg.): Theorien der Wissenschaftsgeschichte, a.a.O.

6 Vgl. z.B.: I. Scheffler: Wissenschaft – Wandel und Objektivität, (= Kap. 4 von: ders.: Science and Subjectivity); deutsch z.B. in: W. Diederich (Hrsg.): op.cit.

Die vor diesem Hintergrund entwickelten wissenschaftshistorischen Methoden, die meist — wie gesagt — nicht als solche vorgetragen, sondern in konkreten Arbeiten zur Anwendung kamen, bilden ein breites Spektrum, innerhalb dessen vielen allenfalls der Status eines Moments einer Methode zuerkannt werden kann. Da es Wissenschaftshistorie vermeintlich primär mit schriftlichen Dokumenten zu tun hat, wurden vor allem die im 19. Jahrhundert weit entwickelten *philologischen* Verfahren adaptiert, Verfahren, die bis heute als unumstrittener methodischer Kern der Wissenschaftshistorie gelten und wohl für den größten Teil der professionellen Wissenschaftshistoriker das praktisch einzige methodische Rüstzeug darstellen.Daran hat Kuhns Buch — soweit ich sehe — im wesentlichen nichts geändert, wobei ich freilich hinzufügen muß, daß es nicht ganz fair ist, von diesem Buch in so kurzer Zeit eine solche Wirkung überhaupt zu erwarten. Der wohl wichtigste Grund für die Dominanz dieser für eine Geschichtswissenschaft ja zweifellos nicht unproblematischen philologischen Methode liegt m.E. darin, daß bei einem großen Teil der Wissenschaftshistoriker an die Stelle der Deskription des Siegeszuges der Rationalität die Deskription der Verzweigungen und Interdependenzen von letztinstanzlich gleich irrationalen Geistesströmungen trat, eine Richtung, zu deren Identifizierung hier die Namen Duhem, Koyré und Michalski genannt sein mögen.

Daneben traten *soziologische Ansätze* hervor — ich nenne stellvertretend Max Weber, Mannheim und Zilsel —, die zu jener geistesgeschichtlichen Richtung keineswegs im Gegensatz stehen mußten. Der Unterschied — das zeigt schon Webers Protestantismus-Studie — bestand oft nur darin, daß eine Korrespondenz zwischen letztinstanzlich irrationalen geistigen Orientierungen und ebenso letztinstanzlich irrationalen praktischen Verhaltensorientierungen bestimmter sozialer Gruppen untersucht wurde. (Insofern ist übrigens die Wandlung des Merton, der „Wissenschaft, Technik und Gesellschaft im England des 17. Jahrhunderts" schrieb, zu dem funktionalistischen Wissenschaftssoziologen Merton nicht gar so bemerkenswert, wie man oft glaubt.) Der soziologische Ansatz der Wissenschaftstheorie, der seit den dreißiger Jahren im Grunde nicht fortgeführt wurde, kann m.E. durch Kuhns Buch eine Wiederbelebung erfahren. Dies stellte jedoch eben eine Wiederbelebung, nicht aber eine ‚Revolution' dar, eine Wiederbelebung übrigens, hinsichtlich derer abzuwarten bleibt, ob ihre enge Korrespondenz mit den Problemen der Wissenschaftstheorie eine Erweiterung oder eine Verengung gegenüber den soziologischen Ansätzen der 20er Jahre zum Resultat haben wird.

Wichtiger als dies scheint mir jedoch die an die soziologischen Ansätze der 20er Jahre wie an ihre heutigen Wiederbelebungen zu richtende Frage, ob sie geeignet sind, der Wissenschaftshistorie gerade als *historischer* Wissenschaft eine methodische Orientierung zu geben. Wer Max Webers Versuch kennt, die Sozialwissenschaft von ihren methodischen Aporien durch rigorose Trennung von den, wie es am Anfang dieses Jahrhunderts hieß, ‚Kulturwissenschaften' und den ihnen anhaftenden Problemen historischer Wissenschaft zu befreien, und wer weiß, daß diese Webersche Grenzziehung für die Soziologie im wesentlichen orientierend blieb (7), für den wäre es zumindest keine kleine Überra-

7 Vgl. z.B.: T. Parsons: Wertgebundenheit und Objektivität in den Sozialwissenschaften, in: Max Weber und die Soziologie heute, Tübingen 1965.

schung, wenn die Wissenschaftshistorie als historische Wissenschaft von der Soziologie methodische Abstützung erhielte.

Hinsichtlich der Probleme einer historischen Wissenschaft gewinnt nun ein dritter Ansatz Interesse, der in jener Methoden-Exposition während der ersten drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts auftrat, nämlich der Ansatz, den ich etwas vage als den *‚sozialgeschichtlichen'* bezeichnen möchte und für den B. Hessen, H. Mineur und J.D. Bernal stehen mögen. Für wen *nicht* a limine ausgemacht ist, daß Historie allenfalls Deskription, keinesfalls aber erklärende Wissenschaft sein kann, dem muß es m.E. vielversprechend erscheinen, daß jene ‚sozialgeschichtlichen' Ansätze versuchen, die Wissenschaftsgeschichte als integralen Teil der allgemeinen Geschichte zu untersuchen und im Zusammenhang der Entwicklungsgesetze der allgemeinen Geschichte die der Wissenschaften zu orten. Der reinen Geistesgeschichte wie allen Versuchen, einzelne Erscheinungen der menschlichen Tätigkeit von den anderen isoliert und als autonome Entitäten in ihrer historischen Entwicklung zu verfolgen (8), ist der Hang zur Deskription bzw. zur äußerlichen Korrelation ja nicht zuletzt deswegen eigen, weil die isolierende Abstraktion, mit der sie sich ihren Gegenstand gewinnt, zugleich das Ganze zerschneidet, innerhalb dessen die einzelnen Erscheinungen in Wirklichkeit ihre Entwicklung haben. Die ‚sozialgeschichtlichen' Ansätze, über deren Gelungenheit oder Mängel im einzelnen bei einer anderen Gelegenheit zu reden wäre, haben so gut wie keine Fortsetzung erfahren, sieht man von der Kontunuität im Schaffen einzelner Gelehrter wie Bernal ab. (Ob Sohn-Rethel, dessen Denken bekanntlich ebenfalls in der geistigen Situation der 20er Jahre die entscheidende Ausrichtung erhielt, dieser Feststellung widerspricht, müßte gesondert diskutiert werden.) Damit fand aber auch der Versuch keine Fortsetzung, die Wissenschaftshistorie zu einer erklärenden Geschichtswissenschaft zu entwickeln, worin allein — wie ich meine — auf diesem Gebiet eine ‚wissenschaftliche Revolution' zu sehen wäre.

Die Umstände, die zwischen 1920 und 1935 zu den ‚sozialgeschichtlichen' Ansätzen in der Wissenschaftshistorie führten, werden uns später noch beschäftigen. Zunächst ist wohl ein Rückbezug am Platze. Unser kurzer Ausflug in die Geschichte der Wissenschaftshistorie hatte ja den Zweck, von dieser Seite her zu prüfen, ob es stimmt, daß die Kuhnsche ‚Revolution' in erster Linie die Wissenschaftstheorie, nicht die Wissenschaftshistorie betrifft. Zum Abschluß dessen möchte ich sagen, daß m.E. Kuhns Ansatz auch keine ‚Revolution' im Hinblick auf jene, die Wissenschaftshistorie zu einer erklärenden Geschichtswissenschaft machenden Ansätze darstellt. Dabei spielt für mich nicht einmal in erster Linie der schon oft bemerkte Mangel eine Rolle, daß Kuhn Bildung und Auflösung eines Paradigmas nicht ebenso plausibel zu machen vermag wie das Funktionieren eines einmal bestehenden Paradigmas. Für wichtiger halte ich — oder besser: für den Kern dessen —, daß Kuhn an der der Wissenschaftstheorie eigenen metaphysischen Gegenüberstellung sog. ‚externer' und ‚interner' Faktoren der Wissenschaftsentwicklung festhielt.

Diese Einschätzung verlangt sicherlich schon deswegen einige weitere Ausführungen, weil doch Versuche vorliegen, gerade diese Faktorenunterscheidung für die Wissenschaftshistorie dadurch fruchtbar zu machen, daß man das Verhältnis dieser Faktoren für die ‚vorparadigmatischen' und ‚paradigmatischen'

8 Für diese Richtung sei von den älteren Autoren auf G. Clark verwiesen, von den neueren auf M. Foucault.

Epochen der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen jeweils spezifisch zu bestimmen versucht (Böhme, Daele, Krohn) (9).

Es wäre sicherlich nicht schwer, diese Versuche im einzelnen zu kritisieren, so etwa die Annahme, daß im ‚vorparadigmatischen' Stadium einer wissenschaftlichen Disziplin die ‚externen' Faktoren dominanter wirksam sind als im ‚paradigmatischen', in dem — sieht man von der von Böhme u.a. für die Gegenwart konstatierten sogenannten ‚Finalisierungs'-Tendenz ab — die ‚internen' Faktoren überwiegen. Danach wäre also zu glauben, daß z.B. die aristotelischen Studien über Geologie, Klima, Pflanzen und Tierwelt, die doch nach Kuhns Definition zweifellos ‚vorparadigmatisch' waren, im größeren Maße ‚extern' bestimmt waren als etwa die Geometrie Euklids? Das Gegenteil ließe sich m.E. mit guten Gründen behaupten. Aber um solche Kritik geht es hier nicht; ich führe dieses Beispiel an, weil es vielleicht gut erkennen läßt, daß die Dominanz ‚externer' oder ‚interner' Faktoren der Wissenschaftsentwicklung nicht in erster Linie von den Entwicklungsstadien der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen abhängt, sondern von der Stellung, die die Wissenschaft in der jeweiligen Gesellschaftsformation erhält. Darüber hinaus kommt es aber m.E. darauf an zu sehen, daß die Autonomie der Wissenschaft selbst, auf die mit dem Terminus ‚interne' Faktoren als auf etwas Zeitloses verwiesen wird, keineswegs etwas ist, das der Wissenschaft von Ewigkeit her als Wissenschaft zukäme, sondern der Schein einer historisch bedingten Verselbständigung der Wissenschaft, welche Autonomie also — falls die Bedingungen jener Verselbständigung historisch verändert werden können — zur Disposition steht ohne Gefahr zu laufen, damit die Wissenschaft selbst zu zerstören.

Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen: Damit ist nicht in Abrede gestellt, daß die wissenschaftliche Entwicklung auch immanenten Gesetzmäßigkeiten unterliegt, etwa bestimmten Abfolgen. So ist es beispielsweise für eine empirische Wissenschaft wohl unvorstellbar, daß sie gleich mit experimenteller Empirie beginnen und das Stadium der Materialsammlung und -sichtung sowie der — im Nachhinein immer problematisch erscheinenden — Versuche äußerlicher Klassifikation des Materials überspringen könnte. Das, worum es mir mit der Kritik der Gegenüberstellung der ‚externen' und ‚internen' Faktoren geht, läßt sich unter zwei eng miteinander verbundenen Aspekten aufzeigen.

Der eine betrifft die Undurchführbarkeit dieser Unterscheidung. Als was sind z.B. die wissenschaftlichen Instrumente anzusehen, als ‚externe' oder als ‚interne' Faktoren der Wissenschaftsentwicklung? Man wird nicht ernstlich bestreiten wollen, daß der Gang einer wissenschaftlichen Disziplin von den von ihr benutzten Instrumenten determiniert wird. Man kann weitergehen und sagen, daß es unmöglich ist, die Inhalte einer wissenschaftlichen Disziplin unabhängig von den von ihr benutzten Instrumenten überhaupt zu verstehen; nicht umsonst gehören die Experimentierkurse zur Ausbildung von Naturwissenschaftlern. Die instrumentelle Grundlage einer Disziplin ist insofern unbezweifelbar unter ihre ‚internen' Faktoren zu rechnen. Und dennoch ist es offenkundig, daß die Entwicklung dieser Instrumente weniger von internen wissenschaftlichen Bedürfnissen als vom allgemeinen Entwicklungsstand der Produktivkräfte einer bestimmten Zeit abhängt. Die gleiche Überlegung ließe sich mit dem gleichen Resultat auch hinsichtlich der Gegenstände der Wissenschaften anstellen.

9 Vgl. G. Böhme, W.v.d.Daele, W. Krohn: Die Finalisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 2/1973, Stuttgart.

Man kommt deswegen, wie mir scheint, nicht umhin anzuerkennen, daß es ein künstlicher und konkret nicht durchführbarer Versuch ist, eine ‚Internität' des reinen wissenschaftlichen Geistes aus dem Gang der Wissenschaften herauszusondern zu wollen. Man könnte darüber hinaus fragen, welchen Motiven es entspringt, die Wissenschaften, die sich mit der gegenständlichen Welt befassen, von der diese Welt gegenständlich bearbeitenden Praxis trennen zu wollen, und ebenso, wieso die Dignität der Wissenschaft gefährdet sein soll, wenn man sie in ihren wirklichen Kontext, in den Zusammenhang der notwendigen Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur einstellt. Ihre Rationalität, ihre Wahrheitsorientierung büßt doch dadurch nichts ein. Im Gegenteil: Der Auseinandersetzungsprozeß zwischen Mensch und Natur gehört ja nicht allein selbst zur gegenständlichen Welt wie Erdgestalt und Fauna; darüber hinaus wird uns doch diese Welt als Gegenständliche allein über diesen Prozeß zugänglich. In diesem Prozeß entspringt und bewährt sich deswegen unsere Erkenntnis der Welt.

Hier ist übrigens, gewissermaßen in Klammern, auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der für den logischen Positivismus wie für den kritischen Rationalismus bezeichnend ist. Wenn beide auf eine autonome ‚Logik der Forschung' insistieren, so knüpfen sie damit an eine Hoffnung an, die in der Mathematik nach Hilbert eine Zeitlang eine Rolle spielte und für die B. Russell als Repräsentant genannt sein mag; und zwar knüpfen sie dabei an die Hoffnung an, die von Hilbert inaugurierte formalisierende Axiomatisierung über die Mathematik hinaus für die Fundierung dessen nutzen zu können, was aufgrund solcher Fundierung künftig im strengen Sinn als Wissenschaft gelten kann. Während jedoch den mit diesen Problemen beschäftigten Mathematikern selbst — ich verweise auf die Bourbakigruppe (10) — seit längerem klar ist, daß selbst ihr für Formalisierungen so unvergleichlich geeignetes Gebiet nicht aus einem solchen axiomatischen Formalismus zu ‚deduzieren' ist, bestimmt die philosophischen Nachfahren Russell's noch immer die Idee, für die Wissenschaften einen grundlegenden — um im Bilde zu bleiben — Algorithmus aufzufinden. Nicht zur Kenntnis genommen ist dabei, was in der Mathematik inzwischen eingesehen wurde: die konkreten Wissenschaften — und das gilt selbst für die einzelnen jeweils entwickelten mathematischen Gebiete — können nicht aus einer Logik ‚deduziert' werden, sondern — umgekehrt — aus den offenbar anderen Gesetzen in ihrer Entwicklung folgenden Wissenschaften sind ‚Logiken' ableitbar bzw. entwerfbar, die die Wissenschaften ordnen und ihrer, dem jeweiligen Entwicklungsstand angemessenen Systematisierung dienen. Aber dies nur als eine Randbemerkung.

Zurück zu unserem Gedankengang: Es geht m.E. nicht darum, die ‚externen' Faktoren etwas mehr als bisher zu ihrem Recht kommen zu lassen; das bedeutete nur eine graduelle Modifikation der unverändert starren Gegenüberstellung von ‚extern' und ‚intern'. Es kommt vielmehr darauf an, die verschiedenen Faktoren der wissenschaftlichen Entwicklung als Momente einer widersprüchlichen Einheit zu untersuchen. Kuhns Ansatz scheint mir dagegen auf eben den Vorschlag hinauszulaufen, den ‚externen' Faktoren, die zudem im wesentlichen auf solche der Gruppensoziologie beschränkt sind, ein größeres Gewicht einzuräumen. Bei Kuhn findet sich allerdings ein Gedanke, der vielleicht geeignet ist, jene autonome Logik des wissenschaftlichen Geistes im hier angedeuteten Sinne

10 Vgl. N. Bourbaki (=Pseudonym einer internationalen Mathematiker-Gruppe): Elemente der Mathematik, Göttingen/Zürich 1971 und ders.: Les grands courants de la pensee mathematique, in: Cahiers de Sud, Marseille 1948.

zu überwinden. Ich meine die Bedeutung des ‚Paradigmas' als ‚Musterbeispiel', nämlich als „beispielhafte Arbeitsanleitung" (11), also die Bedeutung des ‚Paradigmas', die für Kuhn offenbar die wichtigste ist und die zugleich — wie er sich im Postskript von 1969 beklagt (12) — den „am wenigsten verstandenen Aspekt" seines Buches darstellt. Kuhn will damit, wenn ich ihn meinerseits richtig verstehe, einen Bestandteil wissenschaftlicher Arbeit kennzeichnen, der diskursiven und nach logischen Regeln operierenden Theorie voraus-, ja zugrundeliegt. Sein Versuch, diesen Bestandteil wahrnehmungstheoretisch zu begründen, ist tatsächlich schwer zu verstehen, — vielleicht, weil die Wahrnehmungstheorie dazu wenig geeignet ist. Weitaus interessanter als diese Begründung scheint es mir zu sein, wie Kuhn auf diesen Bestandteil stieß, nämlich bei der Beobachtung, wie der wissenschaftliche Nachwuchs einer Disziplin sich die sogenannte ‚disziplinäre Matrix' erwirbt. Dabei bemerkte Kuhn, daß die Aneignung von *Verfahrenstechniken* die für die Aneignung der Theorie konstitutive Leistung ist, — daß also die Verfahrenstechnik nicht bloß als Anwendung der jeweiligen Theorie und insofern als ihr Derivat zu begreifen ist, sondern umgekehrt ebenso die Theorie als Explikat des Verfahrens und insofern als dessen Abgeleitetes. Damit bringt Kuhn — falls ich ihn hier nicht meinerseits mißverstehe bzw. überinterpretiere — ins Spiel, was wissenschaftliche Arbeit mit aller anderen Arbeit trotz des spezifischen Unterschieds eint: nämlich daß sie nicht ex nihilo und nicht aufgrund absoluter Souveränität schafft, sondern ausgehend von objektiven Sachverhalten, die auch als Bewußtseinsinhalte es einem abverlangen, von ihnen als unproduzierten auszugehen, um sie gedanklich produzieren zu können; d.h. der Umgang mit diesen Sachverhalten ist von diesen selbst determiniert, weshalb als Ausgangspunkt und Fundament der gedanklichen Reproduktion des jeweiligen Sachverhalts die Aneignung jenes Umgangs als Verfahren erfordert wird. Dieser Gedanke erscheint mir perspektivenreich, und es ist deswegen zu bedauern, daß ihn Kuhn nicht weiter ausgebaut hat, vor allem, daß er das wissenschaftliche Verfahren nach schlechter alter Tradition noch immer nicht systematisch in seiner Bestimmung durch die materiellen Mittel des Verfahrens behandelt.

Der zweite — und für die Wissenschaftshistorie unmittelbarer bedeutende — Aspekt, um den es mir mit meiner Kritik an der Gegenüberstellung ‚interner' und ‚externer' Faktoren geht, betrifft die darin gedankenlos reproduzierte naturwüchsige Arbeitsteilung sowohl unter den Wissenschaften (vor allem zwischen Grundlagen- und angewandten Wissenschaften) wie zwischen den Wissenschaften und den anderen Arbeiten und Betätigungen. Ich sagte bereits, daß die Autonomie der Wissenschaft m.E. zu einem guten Teil der Schein einer realen Verselbständigung der Wissenschaft ist, und zwar einer Verselbständigung, die aus der naturwüchsigen Teilung der Arbeit resultiert, die den auf Privatproduktion beruhenden Gesellschaftsformationen eigen ist. Die Interdependenzen, die unter diesen Bedingungen zwischen den Wissenschaften wie zwischen ihnen und den als ‚externe' Faktoren bezeichneten Erscheinungen bestehen, also zwischen Wissenschaft und Technik, Wissenschaft und Ökonomie, Wissenschaft und gesellschaftlicher Gliederung, Wissenschaft und Politik, Wissenschaft und weltanschaulichen Strömungen etc., — diese Interdependenzen sind unter diesen Bedingungen selbst von der Naturwüchsigkeit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wesentlich bestimmt. Sie sind deswegen weder von der Wissenschaftssoziologie

11 Postskript – 1969, a.a.O., S. 298.
12 Ebenda.

noch von der Wissenschaftshistorie als unveränderliche und ewige Verhältnisse zu erforschen, als quasi Naturverhältnisse. Gerade das aber legt die starre und unhistorische Gegenüberstellung von ‚externen' und ‚internen' Faktoren der Wissenschaftsentwicklung nahe, weshalb ich auch diese Gegenüberstellung als metaphysisch bezeichnete.

Es ist leicht zu sehen, daß diese metaphysische Gegenüberstellung für die Wissenschaftshistorie geradezu tödliche Folgen hätte. Geht die Wissenschaftshistorie nicht daran, die dieser Gegenüberstellung zugrundeliegende reale Verselbständigung der Wissenschaft aus ihren historischen Bedingungen zu erklären und damit zugleich die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen diese Verselbständigung aufzuheben wäre, so erklärt sie nicht die Wissenschaftsgeschichte, sondern vollzieht einfach begriffslos einen bestimmten historischen Entwicklungsstand der Wissenschaften nach und legt ihn als vermeintlich zeitlose Verfassung von Wissenschaft ihren Untersuchungen zugrunde. Damit hätte sie sich selbst die Möglichkeit verbaut, eine erklärende Geschichtswissenschaft zu werden.

Nun mögen diese Überlegungen als Skrupel und Bedenken erscheinen, die in einer fachinternen Debatte unter Wissenschaftshistorikern ihren rechten Ort haben. Daß hierbei allgemeinere Interessen im Spiel sind als die eines Fachs, erweist sich jedoch vielleicht, wenn ich nun endlich auf die Eingangsfrage nach der Resonanz des Kuhnschen Ansatzes eingehe.

Was immer im Falle Kuhns der ‚context of discovery' war, seine Resonanz, der ‚context of justification', ist sicherlich nicht schon damit erklärt, daß der Wissenschaftstheorie aufgrund bestimmter Überlegungen die solange vorherrschende statische Betrachtungsweise problematisch wurde, weshalb sie sich dem realen Prozeß des „growth of knowledge' zuwandte. Dann wäre die Kuhn-Debatte eine interne Kontroverse der Wissenschaftstheoretiker geblieben, dann wäre kein Grund ersichtlich, wieso sich inzwischen fast jeder, der mit Wissenschaft als Philosoph, als Soziologe, als Administrator oder als Planer befaßt ist, mehr oder minder explizit auf Kuhn beruft bzw. von ihm abgrenzt.

Übersehen wir über allen in die Tiefe strebenden Analysen nicht das Nächstliegende: Die Karriere des Kuhnschen Ansatzes fiel gerade in die Zeit, als die vom sog. Sputnik-Schock ausgelösten wissenschaftsreformatorischen Anstrengungen der USA auf den alten Kontinent überzugreifen begannen. Ein Blick auf die Erscheinungsdaten von Arbeiten Kuhns, Alwin Weinbergs oder Radnitzkys in deutscher Übersetzung kann belehren, daß sich darin sogar die spezifische Verspätung, mit der in der BRD die Debatte um die Wissenschaftsplanung geführt wurde, niederschlägt. Das Interesse an der Dynamik von Wissenschaft, am ‚growth of knowledge' läßt dabei handfestere Gründe erkennen als es innere Aporien der Popper-Schule wären. Was immer also die Motive Kuhns und die Motive derer sind, die sich an der kritisch rationalistischen Wissenschaftstheorie orientiert mit Kuhn auseinandersetzen, Kuhns darüber hinausgehende Resonanz verdankt sich sicherlich zum gut Teil der Tatsache, daß mit den Problemen der Planung wissenschaftlicher Entwicklungen die der Geschichte angehörenden ‚wissenschaftlichen Revolutionen' das Interesse deren fanden, die heute ‚wissenschaftliche Revolutionen' zu organisieren haben, — ein vielleicht legitimeres Interesse als das des herkömmlichen Bildungsphilisters übrigens, wenn man an die Finanzmassen denkt, die auf dem heutigen Entwicklungsniveau ‚Research and Development' erfordern.

Nun könnte es wohl als offenkundige Absurdität bezeichnet werden, wenn dieser seitens der Wissenschaftsplanung in die Wissenschaftsgeschichte gerichtete Blick durch eine wissenschaftssoziologische und wissenschaftshistorische Brille erfolgte, die das in der Geschichte beobachtbare naturwüchsige Zusammenspiel der Faktoren der Wissenschaftsentwicklung als die ‚Logik der Sache' darstellt. Denn um die Überwindung eben dieser Naturwüchsigkeit geht es doch bei Planung, wie man meinen sollte; es sei denn — und dafür spricht in der Tat einiges — es geht dabei in Wirklichkeit um den Sisyphos-Versuch, auf der unangetasteten Grundlage naturwüchsiger Arbeitsteilung zu planen; für diesen alle Planung zum Stückwerk verurteilenden Versuch wäre freilich eine ‚Logik der Naturwüchsigkeit' das passende Selbstverständnis.

Von diesem Gesichtspunkt her könnten vielleicht auch die Bedenken, die Kuhn ‚Relativismus' und ‚Irrationalismus' vorhalten, Schärfe und vor allem konkretere Bedeutung gewinnen. Bislang machen sie ja eher den Eindruck kläglicher Monita einer beleidigten Philosophie, wie wenigstens der Reaktion darauf entnommen werden könnte: Kuhns ‚Relativismus' und ‚Irrationalismus' wurde, diese Erfahrung habe wenigstens ich mit Kuhn-Begeisterten wiederholt gemacht, geradezu als befreiende Aufforderung zu einer fast frivol und sakrileglüstern zu nennenden Handanlegung an den Wahrheits- und Rationalitätsanspruch des kritischen Rationalismus aufgegriffen.

Für jemand wie mich, der nicht selbst einmal im Banne Poppers stand, ist schwer das Joch zu verstehen, das da mit Hilfe Kuhns abgeschüttelt wird, und schwerer noch dessen Gewicht, das — nach dem Ausmaß der Frivolität zu urteilen — doch beträchtlich gewesen sein muß. Der Wahrheits- und Rationalitätsanspruch der kritisch-rationalistischen Wissenschaftstheorie war doch ohnehin — ich verwies bereits auf Russell als einen der wichtigsten Vorfahren — auf die metaphysische, d.h. vom Inhalt abgetrennte und verselbständigte Form der Erkenntnis eingeschränkt. Diese Einschränkung entstand am Anfang unseres Jahrhunderts im engsten Zusammenhang mit der Krise der damals ‚Kulturwissenschaften' genannten Nicht-Naturwissenschaften. Zu dieser Einschränkung gehörte und gehört der sich selbst — und oft auf sehr saloppe Art — erteilte Dispens, die der Krise der ‚Kulturwissenschaften' zugrundeliegende historische Zerstörung der über den freien Markt sich regulierenden Gesellschaft zu ignorieren, also den Prozeß nicht zur Kenntnis zu nehmen, der mit den — gewaltlosen Interessenaustrag schlecht und recht garantierenden — Formen der liberalistischen Gesellschaft auch die Grundlage der Wissenschaft gefährdete, die die historisch-gesellschaftlichen Widersprüche in wissenschaftlichen Systemen zu integrieren hofften, indem sie sich auf eine rationale Form dieser Inhalte konzentrierten. Angesichts dieser Situation wäre es wohl angebracht gewesen, die diesen Versuchen implizite Prämisse zu überdenken, daß Inhalte eo ipso etwas Arationales sind. Wenn jedoch Leute wie Dilthey, Simmel und Rickert, und bis zu einem gewissen Grade ist wohl auch Husserl hierherzurücken, an dem Versuch, die Form bestimmter Inhalte rational zu bestimmen, festhielten, so kann man sich trotz des genannten Bedenkens für diese Männer doch eher erwärmen als für die Vorläufer des kritischen Rationalismus, die sich von derlei Problemen durch Rückzug auf eine logische Form der Erkenntnis befreiten, die den mathematischen Formalisierungsversuchen entlehnt war und die — gekoppelt mit einem recht eklektischen Rückgriff auf Hume — bedenkenlos zum Prüfstein dessen herhalten mußte, was von diesen Philosophen künftig überhaupt als Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen sei. Die Resultate dieser Reduktion konnten nicht problemlos sein (ein etwas ungehöriges Bonmot versichert, daß Popper das Falsifikations-Modell entworfen habe, um seine periodischen Revisionen als Fortschritt der Wissenschaft ausgeben zu können). Daß diese re-

duktionistische Theorie einem steuerlos herumtreibenden Schiff zu gleichen droht, an latentem Orientierungsmangel leidet, dokumentiert schlagend der schon oft kritisierte (13) Vorschlag von Lakatos, für die Wissenschaftsauffassung, die die — wie es heißt — ‚rational konstruierte Wissenschaftsgeschichte' voraussetzt, sog. ‚Basiswerturteile' führender Forscher als Maßstab heranzuziehen. Man könnte es freilich ganz angemessen finden, wenn einer Philosophie, die sich auf ihr Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen der philosophischen Tradition, der wirklichen Anstrengungen um das Problem der Theoriebildung, womöglich noch etwas einbildet, diese Tradition in den ‚Basiswerturteilen' führender Forscher unvermeidlich entgegentritt, und zwar als Fremdes und dazu zusammenhanglos und unverdaut, weil diese Forscher beim heutigen Spezialisierungsgrad — und also ohne daß ihnen hier ein Vorwurf gemacht wird — allgemeine theoretische Probleme nur über Assimilation philosophischer Modeströmungen privat und als Laien bearbeiten können.

Angesichts dessen ist nun zweifellos eine Schadenfreude darüber, daß Kuhn die Annahme einer ratio-immanenten Entwicklungslogik der Wissenschaften und damit den von der Wissenschaftstheorie aufrechterhaltenen Anspruch auf objektive Rationalität angeblich ins Mark getroffen habe, ganz und gar nicht angebracht. Im Gegenteil: Es gibt m.E. gute Gründe, die Frage zu stellen, ob Kuhns Ansatz nicht lediglich die in der latenten Orientierungslosigkeit des kritischen Rationalismus wie der Wissenschaftstheorie angelegte relativistische Tendenz verstärkt und zum offenbaren Vorschein gebracht habe. Stegmüllers Versuch, Kuhns Ansatz logifizierend in die Wissenschaftstheorie einzubauen, könnte beispielsweise als ein Anzeichen dafür genommen werden. (14)

Ist so Kuhn seitens der kritisch rationalistischen Wissenschaftstheorie vielleicht nur mit halbem Recht ‚Relativismus' vorzuwerfen, so wohl mit vollem Recht seitens einer Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftshistorie, die nicht gewillt ist, die naturwüchsige Arbeitsteilung, von der die Wissenschaft bisher bestimmt ist, zum unbefragbaren Ausgangspunkt ihrer Untersuchung zu machen; und dies umso weniger, als es sich dabei zu einer Zeit, in der die Planung von Wissenschaft auf der Tagesordnung steht, keineswegs um eine ‚bloß theoretische' Frage handelt.

Unter dem Eindruck des Faschismus mochte es während der 30er und 40er Jahre in Ländern wie den USA und England richtig und vor allem auch noch als realistisch erscheinen, die Produktivität der Wissenschaft darin gewährleistet zu sehen, daß sie vor aller ‚äußeren' Bestimmung bewahrt, oder genauer: durch geeignete institutionelle Vorkehrungen ihre Entwicklung in freier theoretischer Konkurrenz gesichert wird. (Freilich war auch das eine das tatsächliche wissenschaftliche Leben — vor allem die Konzernforschung und die wissenschaftlichen Programme der Kriegsadministrationen — kaum zur Kenntnis nehmende Vorstellung.) Was der Wissenschaft blüht, wenn sie sich heute der Planung entziehen wollte, ist bei Weinberg nachzulesen; dieser rechnet der Grundlagenforschung vor, daß sie entweder als ‚overhead charges' innerhalb der Finanzierung für Projekte angewandter Forschung die notwendigen Mittel erhalten könne oder aber versuchen müßte, von der Gesellschaft als eine Sparte der Kultur, al-

13 Vgl. z.B.: E. McMullin: The History and Philosophy of Science – A Taxonomy, in: Minnesota Studies in the Philosophy of Science V/1970, Minneapolis.

14 W. Stegmüller: Theoriendynamik und logisches Verständnis, in: W. Diederich (Hrsg.): op.cit., S. 167-207.

so wie Oper, Konzert und Museen, unterhalten zu werden. (15) Es geht mithin nicht um die Frage, *ob* die Wissenschaft der Planung, sondern allein um die, *welcher* Planung sie zu unterwerfen ist, um die Frage, unter welchen Bedingungen Planung die Wissenschaft nicht verkümmern läßt.

Es ist zweifellos dieser Frage nicht angemessen, sie im Rahmen dieser Ausführungen gewissermaßen als einen Randaspekt zu erörtern. Aber auf einen zu dieser Frage gehörenden Gesichtspunkt, der von der Wissenschaftshistorie her nahe liegt und der so auch die Bedeutung des Kuhnschen Ansatzes betrifft, möchte ich zum Schluß hinweisen.

Die ‚sozialgeschichtlich' orientierten wissenschaftshistorischen Ansätze der 20er und frühen 30er Jahre, von denen eingangs die Rede war, waren wesentlich auch Ausdruck der Erschütterung über den Beitrag, den die Wissenschaften zum Inferno des Ersten Weltkriegs leisteten. Ihr Mißtrauen gegenüber der anekdotenhaften Erzählung vom wissenschaftlichen Fortschritt, als die — natürlich von Ausnahmen abgesehen — die Wissenschaftshistorie vor Duhem charakterisiert werden kann, war nicht in erster Linie ein methodologisches; es betraf das durchaus mit der angesprochenen Verselbständigung der Wissenschaft zusammenhängende Verständnis der Rationalität als *Selbstzweck*, das als Selbstverständnis der Willfährigkeit erkennbar wurde, wissenschaftliche Rationalität als *Mittel* auch den inhumansten Zwecken verfügbar zu machen. Damit gaben jene ‚sozialgeschichtlich' orientierten Wissenschaftshistoriker nur einer weit verbreiteten Erschütterung des Vertrauens in den solange als Signum der Auserwähltheit Europas geachteten wissenschaftlichen Geist Ausdruck. Es sei hier auf Max Webers Studien über die ‚abendländische Rationalität', Freuds ‚Das Unbehagen in der Kultur', Husserls ‚Krisis'-Vorlesungen, das Unternehmen der ‚Kritischen Theorie' wie auf die Descartes-Kritik Heideggers verwiesen, um die Breite wie auch die Vielfältigkeit dieser Erschütterung in Erinnerung zu rufen. Daß diese Erschütterung nicht allein Philosophen und Kultur-Theoretiker erfaßte, sondern auch in der Wissenschaftshistorie einen Niederschlag fand, kann nicht verwundern; die Frage nach den Gründen dieser gegenüber humanen Zwecken indifferenten wissenschaftlichen Rationalität war ja notwendigerweise immer auch historisch zu stellen, mußte sich für die Umstände der Genese der neuzeitlichen Wissenschaft, d.h. für ihr Verhältnis zur Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft interessieren. Konzidiert man, daß die Probleme, auf die jene Erschütterung reflektierte, keineswegs überwunden sind, daß sie sich im Gegenteil im Zusammenhang mit der heute aktuellen Wissenschaftsplanung potenziert stellen, so wird man der Wissenschaftshistorie wohl vorhalten dürfen, daß sie den von ihr zu erwartenden Beitrag zur Klärung dieser Probleme bislang schuldig blieb. Die in den 20er und frühen 30er Jahren dazu gemachten Ansätze harren ihrer Wiederaufnahme und Weiterentwicklung. Kuhns Konzept — das scheint mir persönlich das Bedauerlichste — führt von dieser notwendigen Wiederaufnahme und Weiterentwicklung aber eher noch weiter weg.

15 A. M. Weinberg: Probleme der Großforschung, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 168 pass.; vgl. auch die Einführung zu diesem Band von G. Radnitzky und G. Andersson, ebenda, S. 45 ff.

Jens Brockmeier

KOPERNIKUS UND DAS SCHATTENBILD EINER EPOCHENSCHWELLE

Zur Kritik der immanentistischen Philosophie- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung Hans Blumenbergs

„Der historische Ideolog ... hat also auf jedem wissenschaftlichen Gebiet einen Stoff, der sich selbständig aus dem Denken früherer Generationen gebildet und im Gehirn dieser einander folgenden Generationen eine selbständige, eigene Entwicklungsreihe durchgemacht hat. Allerdings mögen äußere Tatsachen, die dem eigenen oder anderen Gebieten angehören, mitbestimmend auf diese Entwicklung eingewirkt haben, aber diese Tatsachen sind nach der stillschweigenden Voraussetzung ja selbst wieder bloße Früchte eines Denkprozesses, und so bleiben wir immer noch im Bereich des bloßen Denkens, das selbst die härtesten Tatsachen anscheinend glücklich verdaut hat." –

„Er arbeitet mit bloßem Gedankenmaterial, das er unbesehen als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf seinen entfernteren Ursprung untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken *vermittelt*, auch in letzter Instanz im Denken *begründet* erscheint." (Engels an Franz Mehring; 14.6.1893; MEW Bd. 39, S. 97)

Seitdem im Jahre 1540 Georg Joachim Rhetikus, der einzige Schüler und zeitweilige Mitarbeiter des Kopernikus, mit seiner „Narratio Prima" der staunenden intellektuellen Öffentlichkeit Europas von den Überlegungen des Frauenburger Domherrn zum ersten Male Mitteilung machte, ist der Meinungsstreit über das *kopernikanische Ereignis* nicht mehr abgerissen. Vom Pathos des frühbürgerlichen spekulativen Materialismus eines Giordano Bruno bis zur weltanschaulich genau gegenläufigen Reaktion im Kopernikanismus z. B. eines Friedrich Nietzsche formuliert sich im theoretischen Bezug auf den Denker des frühen 16. Jahrhunderts das Spektrum der neuzeitlichen Geistesgeschichte. Wenngleich seit fast 150 Jahren die letzten Zweifel am wissenschaftlichen Wahrheitsgehalt der mit Kopernikus eingeleiteten heliozentrischen Systemkosmologie ausgeräumt sind, bleibt der historische Bedeutungsgehalt und die weltanschauliche Tragweite jener historischen Neukonzeptionierung der Weltsicht umstritten. Die Kantische Redeweise von der „Kopernikanischen Wende" verhandelt dabei schon nicht mehr den eigentlichen historischen Sachverhalt, sondern

meint in einem verallgemeinerten Sinn eine „Veränderung der Methode der Denkungsart". In einer ähnlichen Bedeutung, als Beispiel und Grundfigur eines „Paradigmenwandels" ist Kopernikus erst in letzter Zeit wieder ausführlich diskutiert und als Beleg für Modelle der theoretischen Rekonstruktion historischer Theorieentwicklung reklamiert worden. (1)

Daneben scheint eine Interpretation durchgängig, die über den metatheoretischen und rein wissenschaftshistorischen Bereich hinaus in der kopernikanischen Wende den theoretischen Gehalt der neuzeitlichen Geistesgeschichte überhaupt konstituiert oder zumindest maßgeblich bestimmt sieht. Hier gilt Kopernikus nicht nur etwas in wissenschaftstheoretischer Perspektive, sondern hier gilt er, als ein zentrales Geschehnis der abendländischen Geistesgeschichte, alles für die Theorie der Neuzeit schlechthin. So geht es hier mit Kopernikus nicht allein um einen Gegenstand der Philosophiegeschichtsschreibung, sondern um das Verhältnis eines wie immer begriffenen theoretischen Gehalts des bürgerlichen Zeitalters. Wer hier eine Aussage über den Ursprung und ein vermeintliches Selbstverständnis dieser Epoche macht, muß über Kopernikus sprechen.

Die Strömung der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung, die nicht nur ihr methodisches und wissenschaftstheoretisches Selbstverständnis, sondern auch ihre philosophische Theorie des geschichtlichen Zusammenhangs der Neuzeit mit Kopernikus zu fundieren sucht, wird durch Hans Blumenberg z. Z. wohl am erfolgreichsten vertreten. (2) In seinen Arbeiten hat sich zunehmend das *kopernikanische Ereignis* als zentraler Bezugs- und Begründungspunkt einer theoretischen Rekonstruktion der Neuzeit herausgebildet und so ist schlüssigerweise sein vorerst letztes Buch „Die Genesis der kopernikanischen Welt" benannt. Es erschien 1975 sozusagen als Pendant zu den Veröffentlichungen der Kopernikus-Komitees der DDR und der VR Polens, anläßlich der 500-Jahrfeier des Geburtstages des Renaissance-Gelehrten 1973, und reflektiert summarisch den wohl neuesten Stand der Blumenbergschen Überlegungen über das Selbstverständnis der Neuzeit. (3)

1 Vgl. dazu E. Stölting: „Das soziale Bild der Wissenschaft und die gesamtgesellschaftliche Reproduktion", in: SOPO 39, 1977/1, sowie spz. zu Thomas S. Kuhn den Beitrag von W. Lefèvre in diesem Heft.

2 Vgl. K. Dienst: „Kopernikanische Wende", Artikel im Historischen Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, Basel/Stuttgart 1976, S. 1094-1099.

3 Diesem Thema widmet sich Blumenberg seit nun schon mehr als 20 Jahren. 1958 erschien der Aufsatz „Epochenschwelle und Rezeption", 1964 „Kopernikus im Selbstverständnis der Neuzeit", 1965 „Die Kopernikanische Wende". 1966 erschien sein wohl bekanntestes Werk „Die Legitimität der Neuzeit", das ebenfalls dem kopernikanischen Thema gewidmet ist.

Die Neuzeit wird ausgebreitet als Inbegriff der durch die Kategorie der ‚Säkularisierung' gefaßten theoretischen Vorgänge, so wie sie in der Rezeption der sie reflektierenden Denker aufzuspüren sind. Blumenberg entwickelt in diesem Buch die Kopernikanische Wende als Resultat einer zweiten ‚Gnosis' am Ende des Mittelalters, die den neuzeitlichen Bewußtseinsprozeß einleitet. Die Dynamik dieses Prozesses wird ausfindig gemacht in der „Bedürftigkeit eines an den großen Fragen und großen Hoffnungen überdehnten und dann enttäuschten Bewußtseins" (nach: Säkularisierung, 1974, S. 103). Die vier überarbeiteten Teile der „Legitimität" erschienen in drei einzelnen Büchern in Neuauflage von 1974-76 unter den Titeln „Säkularisierung und Selbstbehauptung", „Der Prozeß der theoretischen Neugierde" und „Aspekte der Epochenschwelle: Cusaner und Nolaner".

Die etablierte bürgerliche Philosophie sieht sich mit Blumenberg nicht nur „an die letzte große Leistung der Erforschung dieses Themenbereichs innerhalb der deutschen philosophiehistorischen Forschung — an die Arbeiten von Ernst Cassirer erinnert", sondern sieht diese durch die „Kühnheit und die Vielseitigkeit der Aspekte, die Blumenberg behandelt, weit übertroffen" (Hans-Georg Gadamer). An westdeutschen und westberliner Universitäten werden Seminare über Blumenbergs Theorien abgehalten, sein Verlag überschlägt sich mit Neu- und Teilauflagen seiner Bücher. Aber in der gegenwärtigen philosophie- und wissenschaftsgeschichtlichen Landschaft mutet Blumenberg nicht allein wegen des Interesses an seinen Arbeiten und ob ihres voluminösen Umfangs ungewöhnlich an. Auch wegen des heute im Lager der bürgerlichen Philosophiegeschichtsschreibung gemeinhin selten gewordenen Bemühens, in größeren historischen und geistesgeschichtlichen Zusammenhängen zu denken, stellt Blumenbergs Anspruch etwas durchaus Ungewöhnliches dar. (4)

Es geht ihm nämlich um nicht weniger, als um die theoretische Rekonstruktion des „Selbstbewußtseins des neuzeitlichen Menschen" /420/, die er im Nachvollzug der „Hauptlinien der neuzeitlichen Bewußtseinsgeschichte"/337/ zu erklären glaubt. Indem Blumenberg in diesem Bemühen zumindest im Anspruch deutlich über die sonst verbreiteten Erörterungen primär wissenschaftstheoretisch und methodologisch orientierter Fragestellungen hinausreicht, knüpft er, darin ist Gadamer zuzustimmen, an die seriösesten Traditionen der deutschen bürgerlichen *gegenstandsbezogenen* Philosophiegeschichtsschreibungen an, die im Gegensatz zu neopositivistischen Wissenschaftsschemata des *Beschreibens* der Funktionsweise abstrakter Operatoren, ein inhaltlich nachvollziehendes *Verstehen* geistesgeschichtlicher Sachverhalte als ihr wesentliches Anliegen weiß. (5)

1977 brachte der Verlag sie dann erneut in einer Kassette zur „Legitimität" vereint heraus. Im Folgenden wird, wenn nicht anders bezeichnet, nach der „Genesis der Kopernikanischen Welt", Frankfurt/M. 1975, 803 S., zitiert (Seitenangabe in Querbalken).

4 So klagt R. Schostack anhand der Veröffentlichung des Jahresberichts der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) über den internationalen Stand der westdeutschen Geisteswissenschaften: „In dieser (Universitäts-)Atmosphäre gedeihen kaum große Würfe, sondern nur eine hochspezialisierte Detailforschung". Zitiert aus: „Wie gut sind die Geisteswissenschaften? ", Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 45, 23.2.1977, S. 19.

5 Das Verhältnis der modernen Wissenschaftstheorie zur gegenstandsbezogenen und damit historischen Forschung faßt A. Regenbogen in einem Literaturbericht zu diesem Thema in SOPO Nr. 36/1976 zusammen: „ ... sobald Geschichte als zentrales Objekt geisteswissenschaftlicher Forschung aufgegeben wird, bleibt nur noch ihre abstrakte Widerspiegelung in der historiographischen Literatur einer wissenschaftstheoretischen Reflexion übrig." (S. 142).

Auf einen anderen, neueren Ansatz der Ausklammerung der Dimension historischer Entwicklung, *sogar in der eigentlichen Philosophiegeschichtsschreibung* selbst, sei hier nur kurz verwiesen. Die z. Z. im Ullstein-Verlag erscheinende deutsche Ausgabe der auf acht Bände angelegten „Geschichte der Philosophie", herausgegeben von Francois Chatelet, sieht in diesem Verzicht ausdrücklich einen Teil ihrer Programmatik: „Zum anderen hat man darauf verzichtet, eine wie auch immer geartete Lektion zu erteilen und unter anderem vernehmen zu lassen, daß sich hinter der Fülle der Lehren in irgendeiner Weise eine signifikante Evolution abzeichne, ein Fortschritt, eine Wiederholung oder eine Regression" (Die Philosophie der Neuzeit, Bd. III, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1974, S. 9/10).

Blumenberg sieht die Entstehung des neuzeitlichen Bewußtseins als einen *Prozeß* der historischen Autonomisierung des Menschen. Diesen Vorgang versteht er aber nicht im Sinne des *gesellschaftlichen* Herausschälens des Individuums. Für ihn ist damit wesentlich der Verlauf einer theoretischen Emanzipation des Menschen aus einem *theoretischen Naturzusammenhang* gemeint, d. h. präziser benannt, die Befreiung des Menschen von einer Bestimmung seines Selbstbewußtseins durch die, von ihm nicht mehr nachvollziehbar vorgegebene *kosmologische* Naturordnung. Während dem Menschen, beginnend mit den antiken und vor-antiken Ursprüngen der Kosmologie, zugleich mit seiner in den jeweiligen kosmischen Naturbildern gegebenen physischen Lokalisation im Universum auch eine bestimmte metaphysische Selbstvergewisserung sicher schien, wird mit Kopernikus jeder theoretisch-philosophischen Standortbestimmung des Menschen, die sich kosmologisch fundieren will, die theoretische Grundlage genommen. Für Blumenberg bedeutet die Kopernikanische Wende nicht allein nur, daß dem Menschen die „Illusion seiner Stellung im Mittelpunkt des Weltalls und der damit gegebenen anthropozentrischen Naturordnung" /611/ genommen ist, vielmehr fehlt dem Nachkopernikaner überhaupt die Möglichkeit, seine theoretische Selbsterkenntnis aus einer kosmologischen Konzeption abzuleiten. Denn, so lautet die Blumenbergsche Formel: „auf der Negation der Möglichkeit, an der Natur als Schöpfung abzulesen, ob überhaupt eine und welche Rolle ihm in der Realität ‚zugedacht' sei, sollte das Selbstbewußtsein des neuzeitlichen Menschen beruhen" /420/. Damit kann sich die Überlegung systematisch fixieren, daß der Mensch erst im Rückbezug auf die eigene, weltliche Vernunft zu einem Bewußtsein seiner selbst kommt. Dieser Rückbezug markiert die theoretische Dimension der kopernikanischen Reform, denn er bedeutet die Möglichkeit der Durchsetzung solcher neuzeitlichen Vernunftsysteme, wie sie z. B. mit dem deutschen Idealismus gegeben sind.

Die Neuzeit, so sucht Blumenberg in einem — Renaissance, Barock, Aufklärung, Klassik, Romantik sowie 19. und 20. Jahrhundert umfassenden — geistesgeschichtlichen Panorama zu belegen, ist die widersprüchliche Verwirklichung dieses „kopernikanischen Komparativs" /Vierter, Fünfter und Sechster Teil/. Die Durchsicht dieses neuzeitlichen Ideen-Bilderbogens leistet Blumenberg, nimmt man alle seine Arbeiten zusammen, mit einer historischen Kontinuität, die tendenziell die Minutiösität einer Philosophiegeschichte aufweist. Er beginnt mit einer „Typologie der frühen Wirkungen", in der Rhetikus, Osiander, Bruno, Galilei, nebst einer Reihe anderer Zeitgenossen des 16. Jahrhunderts in ihren Reflexionen und Reaktionen auf Kopernikus untersucht werden /Dritter Teil/. Über das Pathos dieser frühen Kopernikaner führt das Auffangen der „kopernikanischen Enttäuschung" über den Verlust der vermeintlichen Vorzugsstellung von Mensch und Erde im Weltall mit dem deutschen Idealismus schließlich zu einer Apotheose der menschlichen Vernunft und zu einer anthropozentrischen Metaphysik /92/. Ausführlich wird der Kantische Kopernikanismus recherchiert/insbesondere 666-715/ und erörtert, wie die „Wende" des 16. Jahrhunderts die „Präfiguration der transzendentalen Wendung" /696/ bedeutet. Der kopernikanischen Optik dieser neuzeitlichen Problemlese entgehen nur wenige Namen der geläufigen Geistesgeschichte, die oft allerdings, wie Blumenberg selbst einräumt, mit nur „anekdotischer Qualität" /730/ Revue passieren.

Das eigentliche Kernstück seiner Arbeit und eine präzise Explikation seines wissenschaftstheoretischen Selbstverständnisses bildet der Zweite Teil seines

Buches, „Eröffnung der Möglichkeit eines Kopernikus", der im wesentlichen schon in Blumenbergs zehn Jahre älterer Veröffentlichung „Die kopernikanische Wende" enthalten ist. Gegenüber den anderen Teilen des Buches, die vornehmlich der *Wirkungsgeschichte* Kopernikus gewidmet sind, handelt es sich hier um die *Vorgeschichte* und in dieser zentral um den „Versuch einer immanenten Entstehungsgeschichte" /272/ der kopernikanischen Theorie. Hier wird deutlich, was Blumenberg darunter versteht, wenn er sein Ziel, die geschichtliche Fixierung der Zäsur einer „Epochenwende" dadurch zu erreichen hoffte, daß er die Faktoren der Unausweichlichkeit eines solchen Umbruchs aus der immanenten „Konsequenz und Verdichtung der geschichtlichen Bewegung" (6), die zu der Wende geführt hat, identifiziert. Verläuft doch die Entwicklung der Wissenschaftsgeschichte in der Gegenwart ohnehin fast ausschließlich gemäß ihrer „inneren Gesetzmäßigkeiten" /159/, da sich das geschichtliche Werden der modernen Naturwissenschaft für Blumenberg als ein zunehmender Interiorisierungsprozeß ihrer Entwicklungsdeterminanten darstellt. Diese Geschichte beginnt zwar mit Kopernikus, für das Verständnis dieses Anfangs selbst müssen aber *äußere Faktoren* berücksichtigt werden. (6a)

Was versteht nun Blumenberg unter diesen „externen Faktoren" der Entstehung der modernen Wissenschaftsgeschichte? An dieser Stelle, so steht zu vermuten, glaubt er wohl das ganze Problem der bürgerlichen „Methodendiskussion" gelöst zu haben, denn es sind für ihn die *inneren Schwächen* des traditionellen theoretischen Systems, die, so seine These, als äußere Faktoren wirkten und die Bedingungen für die Möglichkeit der kopernikanischen Revolution vorgaben. (7)

Er interpretiert die „historische Unausweichlichkeit" der kopernikanischen Wende als Folge der „Funktionsunfähigkeit, Widersprüchlichkeit und Unhandlichkeit der traditionellen Systems" /157/ und tut dies auf dem Hintergrund einer allgemeingültigen Entwicklungstheorie: „ ... die geschichtliche Erfahrung scheint eher dahin zu tendieren, den Selbstzerfall der Systeme an ihrer inneren Widersprüchlichkeit und an ihrer mangelnden Elastizität gegenüber der unbewältigten Wirklichkeit als Vorbedingung" /159/ ihrer historischen Negation entstehen zu lassen. Wenn so auf der einen Seite der objektive Systemmangel der alten Welterklärung konstatiert ist, gilt es den historischen Spielraum zu bestimmen, „innerhalb dessen bestimmte theoretische Handlungen möglich und andere ausgeschlossen sind" /158/.

Der Anspruch dieses Verfahrens geht davon aus, daß es in der historischen Untersuchung nicht allein damit getan ist, bestimmte Ideen und Gedankengebilde in ihrer Entstehung nachzuvollziehen, sondern daß „noch um eine Schicht tiefer anzusetzen (ist), bei der Entstehung des Spielraums, in dem jene neuen Entwürfe überhaupt erst möglich wurden ..." /198/. Blumenberg deklariert als das „aufregende geschichtliche Problem" der Epochenwende Mittelalter/Neuzeit „gerade nicht die Erklärung des *Faktums* der Leistung oder gar die Versi-

6 H. Blumenberg: Aspekte der Epochenschwelle, Frankfurt/M., S. 15.

6a Eine ähnliche Auffassung über den historischen Prozeß der „Entwicklung einer internen Wissenschaftsdynamik" wird in einer jüngst veröffentlichten Arbeit vertreten: Gernot Böhme/Wolfgang van der Daele/Wolfgang Krohn, Experimentelle Philosophie – Ursprünge autonomer Wissenschaftsentwicklung – , Frankfurt/M. 1977.

7 Vgl. zu der angesprochenen Diskussion P. Weingart (Hrsg.): Wissenschaftssoziologie 1, Determinanten wissenschaftlicher Entwicklung, Frankfurt/M. 1974.

cherung von ihrer *Notwendigkeit*, sondern die Begründung ihrer bloßen *Möglichkeit*" /199/.

Diese Erkundung der Möglichkeit einer historischen Gegebenheit, bedeutet für das theoretische Verfahren, daß die innere Inkonsistenz, die das mittelalterliche Weltbild als immanente Sprengkraft selbst freisetzt, systematisch zu recherchieren ist. Dies ist Blumenbergs Hauptanliegen. Folglich sieht er in der Begründung, daß Kopernikus „schon in eine Freiheit eintrat, die sich das ausgehende Mittelalter doch noch selbst in der Konsequenz seiner inneren Auseinandersetzungen ... errungen" /199/ hat, Kopernikus selbst jedoch als mittelalterliches Ereignis ausgeschlossen war /170/, seine Hauptbeweislast. Aus der Untersuchung des ausgehenden Mittelalters scheint sich als Bestätigung zu ergeben, daß es letztlich einer Empfindsamkeit „in der Immanenz seiner Logik, die jede Schwierigkeit zugleich als Widerspruch auftreten lassen mußte" geschuldet war, wenn sein historischer Zerfall mit dem Ausreifen seiner inneren Widersprüche unvermeidlich wurde. Der *theoretische Erkenntnisprozeß*, der weltanschauliche Zusammenhänge zum Umsturz bringt, drückt demnach den historischen Grundverlauf des Blumenbergschen Epochenwechsels in sich selbst aus. (8)

An dieser, wie mir scheint, zentralen Stelle des Blumenbergschen Entwicklungsschemas — der Erklärung des Zustandekommens eines Theorems durch die Identifikation des theoretischen Vakuums, das durch die innere Inkonsistenz des ihm historisch vorgelagerten theoretischen Systems entsteht — werden beispielhaft sowohl die Stärke und Tragweite eines solchen Ansatzes immanentistischer Philosophiegeschichtsschreibung, als auch die objektive Grenze und *immanenten* Mängel der Erklärungsleistung deutlich.

In der Herausarbeitung der Systemschwächen des feudalen Weltbildes hebt sich Blumenberg in seiner — wissenschafts- und technikgeschichtliche Faktoren miteinbeziehenden — Analyse der aristotelischen Naturphilosophie, die für die mittelalterliche Kosmologie grundlegende Bedeutung hatte, klar ab von verbreiteten philosophiegeschichtlichen Ansätzen, die sich stattdessen auf eine Erörterung der begrifflichen Dogmatik der scholastischen Kategoriensysteme beschränken. (9) Die Probleme, denen Blumenberg aber damit nicht entgeht

8 Aspekte der Epochenschwelle, a.a.O., S. 24; eine Verallgemeinerung dieses entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhangs auch S. 16.
Trotz der ähnlich gearteten Erklärung des kopernikanischen Umbruchs, die Kuhn entwickelt hat (vgl. Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M., S. 99), grenzt sich Blumenberg von diesem ab. Für ihn vermag die Theorie der „wissenschaftlichen Revolutionen" zwar zutreffend den Zusammenbruch jeweils herrschender Systeme zu beschreiben, aber für die darauf folgenden „Akte neuer Begründungen", in denen neue Systeme theoretischer Welterklärung konstituiert werden, kann ihm das Kuhnsche Konzept „schlechthin keine Erklärung anbieten". Hier hingegen sieht er das wesentliche Problem und – mit der Lösung dieses Problems – seine eigentliche Leistung über Kuhn hinaus. (vgl. Epochenschwelle, ebenda) Statt der Vorstellung eines „*Paradigmenwechsels*" zieht Blumenberg die einer „*Umbesetzung*" – so lautet sein Gegenbegriff – in einem bestimmten „intakt bleibenden und funktional vorausgesetzten Stellenrahmen" /596/ vor. Die „Genesis der kopernikanischen Welt" steht für die exemplarische Vorführung einer solchen „Umbesetzung".

9 So sei hier beispielhaft für *neuere* Arbeiten nur auf W. Kluxen: „Thomas von Aquin: Das Seiende und seine Prinzipien" (z. B. S. 184) verwiesen; in: Grundprobleme der großen Philosophen – Philosophie des Altertums und des Mittelalters, Göttingen 1972, UTB.

und die trotz dieser wissenschaftlichen Bereicherung der traditionellen Ideengeschichte im Rahmen des theoretischen Immanentismus unausweichlich bleiben, seien kurz erwähnt.

In der aristotelischen Naturtheorie, so wie sie von Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert für das feudal-christliche Weltbild systematisiert wurde, galt der Kosmos als ein *energetisches Zuschußsystem*. Die Struktur der physikalischen Vermittlung war zentripetal, von außen nach innen. Blumenberg zeigt, wie sich der theoretische Spielraum Kopernikus — denn seine Konzeption unterstellt sowohl eine gewisse innerkosmische Homogeneität, wie eine zentrifugal gerichtete Ableitung der Phänomene — mit der allmählichen theoretischen Durchlöcherung „des kosmischen Instanzenwegs göttlichen Willens" /194/ eröffnet. Wesentlich für die physikalische Inkonsistenz des aristotelischen Systems ist dabei der Kausalitätsbegriff /165 ff/, sowie die Ablösung der scholastischen Theorie der *Kontaktkausalität* durch die der *übertragenen Kausalität*. Denn damit war die Möglichkeit der Durchsetzung einer, zumindest partiellen, Autonomie der Weltkräfte in einem Zustand der Immanenz, der nicht der ständigen *creatio continua* jenseitiger Energiezufuhr bedarf, gegeben. An dieser Stelle sieht Blumenberg den naturphilosophischen Bruch Mittelalter/Neuzeit. Hier wurde ein Kopernikus mit seinem astronomischen „Paradigma für die Gewinnung der Immanenz" /166/ denkbar.

Soweit mag nun Blumenberg einen wichtigen naturphilosophischen Bruch der Epochenwende wohl beschrieben haben, aber die Frage nach der historischen Rekonstruktion dieser Theoreme ist damit noch nicht einmal deutlich gestellt. Denn auf die Frage nach dem historischen Grund dieser naturtheoretischen Wandlungen, die einen Kopernikus ermöglicht haben sollen, weiß Blumenberg letztlich nichts anderes anzuführen, als ein historisches Unbefriedigtsein an den beschriebenen inneren Inkonsistenzen. Wer unzufrieden war, und warum, und warum gerade im 14. und 15. Jahrhundert? , das sind Fragen, die in allen Arbeiten Blumenbergs nicht einmal tangiert werden. Was waren die objektiven Triebkräfte, die die Kritik gerade am naturtheoretischen Teil des feudalen Weltbildes seit dem 13. Jahrhundert ständig verschärften? Oder war der Ockhamismus der Pariser Nominalisten des 14. Jahrhunderts, die Überlegungen eines Oresme und Buridan und der verschiedenen naturphilosophischen „Häretikerbewegungen" des Spätmittelalters wirklich nur der Ausdruck des subjektiven Unbefriedigtseins mit der „Unvernunft" der Scholastik?

Blumenbergs Philosophiegeschichtsschreibung ist das Verzeichnis der theoretischen Bedingungen, Voraussetzungen, Reflexionen, Konsequenzen und Folgen bestimmter historischer Ereignisse, die selbst nie ins Blickfeld kommen. Denn die Frage, warum bestimmte theoretische Widersprüche eines Welterklärungssystems über einen Verlauf von Jahrhunderten trotz massiver Verfolgung und Unterdrückung der intellektuellen Opposition im Mittelalter ständig mehr Gegenstand ihrer Kritik werden und ihr naturphilosophischer Zusammenhang zunehmend energischer in Frage gestellt wird, läßt sich mit dem rhetorischen Rückverweis auf offensichtliche, *innere logische Inkonsistenzen* dauerhaft kaum umgehen. Zumal, wenn, wie bei der vorliegenden Fragestellung — so soll an dieser Stelle thesenhaft formuliert werden — , eine sorgfältige Untersuchung des historischen Produktivkraftniveaus könnte erwägen lassen, daß kaum *praktische und produktionstechnische Erfordernisse* zur Reform der naturphilosophischen Grundlagen in Betracht zu ziehen sind. Folglich müßte dem Bezug auf die soziale Dimension, auf *objektiv-geschichtliche Triebkräfte sozialer Interessen* bei der Entstehung bestimmter Theorien, denen schließlich das Weltbild einer

neuen Epoche zu verdanken ist, doch besondere Bedeutung beigemessen werden.

So ist denn auch ein — durchaus im Sinne Blumenbergs begriffenes — *Verständnis* der Kritik des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts an der aristotelisch-ptolemäischen Kosmologie ohne Berücksichtigung der theoretischen Formierung der *frühbürgerlichen Oppositionsbewegung* kaum zu erreichen; hat doch z. B. der offensichtliche Widerspruch zwischen den naturphilosophischen Axiomen des Aristoteles und ihrer astronomisch-mathematischen Umsetzung mit Ptolemäus über ein Jahrtausend lang niemanden, nicht einmal die Praktiker und Seefahrer des 16. Jahrhunderts, gestört.

Das Ausklammern des sozial-historischen Kontextes und des ideologischen Zusammenhangs des Kopernikanismus mit der theoretischen Kritik der antifeudalen Emanzipationsbewegung *beschränkt* Blumenberg darauf, die eigentliche theoretische Genesis der kopernikanischen Reform im Nachvollzug der subjektiven Argumentationsfolge des Frauenburger Domherrn zu versuchen. So erkennt er zwar, daß das eigentliche revolutionäre Theorem der kopernikanischen Konzeption — die Tagesrotation der Erde (*mobilitas terrae*) — erst als logische Konsequenz des ursächlichen Bemühens Kopernikus, zu einer einheitlichen und rationalen Neuordnung des Planetensystems zu gelangen /280 ff/, entstanden ist und die sonst so betonte Alternative Geozentrismus-Heliozentrismus sich erst im nachhinein als beherrschendes Charakteristikum der beiden Weltsysteme erweist. Hingegen fehlt in diesem Untersuchungsbereich die zumindest doch auch ideengeschichtlich evidente Verbindung dieses kopernikanischen Bedürfnisses nach einer rationalen und einheitlichen Erklärung des kosmischen Zusammenhangs mit den naturphilosophischen Theorien der oberitalienischen Pantheisten. (10) Gerade aber die Berücksichtigung dieses Zusammenhangs hätte nolens volens über den theoriegeschichtlichen Immanentismus hinausgeführt, denn wer über den neoplatonistischen Pantheismus des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts spricht, kann kaum umhin, über das oberitalienische Bürgertum der Spätrenaissance und seine theoretischen Auseinandersetzungen mit dem feudalen Weltbild zu reden. (11)

Mit der Verabsolutierung der subjektiv-intentionalen Komponente in der Erklärung der Kopernikanischen Wende erscheint für Blumenberg die ideologische und praktisch-politische Reaktion der römischen Gegenreformation als eine Reaktion auf den vermeintlichen Wahrheitsanspruch des Kopernikus; die „Differenz der Weltsysteme" wird so zu einer „Differenz über den Wahrheitsanspruch des Menschen" /307/. Dabei wird übersehen, daß nicht die Theorie Kopernikus, auch nicht sein subjektiver Wahrheitsanspruch, sondern die

10 Neben den bekannteren Arbeiten, die diesen Zusammenhang unterstreichen (Koyré, F. A. Yates, E. Garin, Borkenau), sei hier noch auf H. Mielke: „Die gesellschaftlichen Bedingungen für das Wirken von Nicolaus Copernicus und die philosophisch-weltanschaulichen Voraussetzungen und Wesenszüge seiner Lehre", in: Nicolaus Copernicus 1473-1973, hrsg. i. A. des Copernicus-Komitees von J. Herrmann, Berlin 1973, insb. S. 127, verwiesen und die materialreiche Arbeit von Ewa Chojecka: „Die Kunsttheorie der Renaissance und das wissenschaftliche Werk des Kopernikus", in: Zeitschrift für Kunstgeschichte, München-Berlin 35/1972, S. 257 ff., erwähnt.

11 Dem neunjährigen Italienaufenthalt Kopernikus und seinem Studium in den Zentren der antiaristotelischen Bewegung widmet schon L. Prowe in seiner Biographie ‚Nicolaus Coppernicus', 2 Theile in 3 Bdn., Berlin 1883/84, mehr als 100 Seiten (I, 1, S. 211-329).

Konsequenzen, die die *Kopernikaner* daraus zogen, eine Gefahr für die feudale Weltanschauung darstellte: Entweder in Form des spekulativen Materialismus des erklärten Streiters gegen das mittelalterliche Feudalsystem, *Giordano Bruno*, oder, in der historisch wirksameren Form, als das Bemühen *Galileis* und seiner Nachfolger, den kopernikanischen Anspruch naturwissenschaftlich zu verifizieren.

Bruno wurde 1600 verbrannt, die Physik Galileis 1616 verboten. Verboten wurde 1616 aber nicht die kopernikanische Theorie, ob mit oder ohne Wahrheitsanspruch, sondern der Kopernikanismus als *physikalisches System*, dessen Ausarbeitung u. a. Teil des naturwissenschaftlichen Programms Galilei-Newton war. Nimmt auch Blumenberg den subjektiven Anspruch des Kopernikus als wesentlichen Beleg für den objektiven Charakter seiner Theorie — was käme für ihn auch sonst in Betracht? — so waren die zeitgenössischen Naturtheoretiker des 16. Jahrhunderts jedoch anderer Meinung. Für sie war das Werk des Kopernikus erst das Programm einer „Astronomie ohne Hypothesen" (12), — der erste Entwurf einer Naturtheorie, die die *materielle Wirklichkeit als einen immanenten Zusammenhang* auffaßte und damit das theoretische Kampfprogramm des frühbürgerlichen Materialismus vorzeichnete.

Der Versuch die historische Entwicklung theoretischer Prozesse *allein* aus ihrer theoretischen Innendynamik zu erklären, legt es nahe, mit dem sozial-historischen Bezugsrahmen auch eine Sicht der *Theoretiker* als gesellschaftlicher Wesen auszuschließen. Folgerichtig ist für Blumenberg der Erläuterungsgegenstand der Genese der Neuzeit das Verhältnis Mensch-Natur, bzw. die „Stellung des Menschen im Kosmus" /665/. Mit dieser Reduktion der Wissenschaftsentwicklung auf einen individuellen intellektuellen Prozeß, werden nun jedoch alle Schwierigkeiten einer historischen Rekonstruktion von Wissenschaftsentstehung nicht nur nicht gelöst, sondern durch eine Vereinseitigung und Beschneidung des Gegenstandes schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen. Mit der Autonomisierung der *Bewußtseinsgeschichte* wird mithin auch die wissenschafts- und technikgeschichtliche Erweiterung für die, wie anfangs erwähnt, Blumenberg sich stark macht, zu nichts anderem, als einem ideengeschichtlichen Interna. So wird denn wohl auch der Anspruch einer wissenschaftsgeschichtlichen Fundierung seiner Theorie von Blumenberg primär ob seines Wohlklangs in der aktuellen Diskussion reklamiert; sein ideengeschichtliches Schattenbild der Epochenschwelle wird ihm jedoch kaum gerecht. (13)

Da jedoch die Neuzeit als reale, und nicht nur theoretische, Gegebenheit schlecht wegzudenken ist, sie also auch als historische Tat vorausgesetzt werden muß, ergibt sich ihm schließlich eine Optik, in der die *Theoretiker als Täter* auftreten, sei es auch nur wieder in der Rezeption anderer Theoretiker /310 ff/. Alle Handlungsattribute werden zu Attributen der Theorie: „wenn

12 Vgl. z. B. die Briefe von Pierre de la Ramée vom 25.8.1563 und von Matthias Lauterwalt vom 17.2.1545 an Rhetikus, ed. bei K. H. Burmeister, Georg Joachim Rhetikus, Bd. III, Briefwechsel, Wiesbaden 1968.

13 Blumenberg nennt an anderem Ort sein Kind selbst beim Namen. Sein Konzept der Bewußtseinsgeschichte, mit dem endlich Thomas Kuhn überholt erscheint, „wird am ehesten ... dort gelingen können, wo das freilich obsolete Ideal einer ‚Geistesgeschichte' zu realisieren ist. Das ist zweifellos dann der Fall, wenn das Thema der Theorie von Geschichte nichts anderes als die Geschichte von Theorie ist – also das, was gegenwärtig ohne Verächtlichkeit ‚Wissenschaftsgeschichte' genannt werden kann." (Epochenschwelle, a.a.O., S. 15).

eine Wirkung mit solcher Penetranz ins Bewußtsein eingreift" — gemeint ist die Wirkung Kopernikus — „kann es nicht bloß der Gedanke, darf es nicht mehr Erleuchtung oder Inspiration, muß es die *theoretische Handlung als Gewalttat* gewesen sein, was sie herzurufen vermocht hatte." /309, Hervorhbg. J. B./ (14).

Diese Bemerkungen sind sicherlich fehlverstanden, wenn sie als eine prinzipielle Verwerfung des ideengeschichtlichen Immanentismus H. Blumenbergs aufgefaßt werden sollten. Über die theoretischen Erklärungsleistungen, auf die ein im klassischen Sinne idealistisches Verständnis historischer Prozesse in der Rekonstruktion philosophiegeschichtlicher Zusammenhänge verweisen kann, ist an anderer, klassisch-materialistischer Stelle Kompetentes gesagt worden. Es sollte aber hier hervorgehoben werden, daß auch und gerade im Fall Blumenbergs eine fruchtbare und weiterführende Lektüre seiner Bücher nur mit dem Bewußtsein der grundsätzlichen Begrenztheit der Sichtungsmöglichkeit komplexer historischer Prozesse, die die immanentistische Philosophiegeschichtsschreibung kennzeichnet, angeraten ist.

Statt des, sicherlich auch ideengeschichtlich überzogenen Anspruchs, eine *Theorie der Genesis der Neuzeit* vorzugeben, wären die Arbeiten Blumenbergs sinnvoller verstanden, als *nützliche Beiträge und interessante Einzelaspekte zu einer Theorie der Genesis der Neuzeit.*

14 Wenn bei Blumenberg die Entstehung eines neuzeitlichen Bewußtseins also unter Ausschluß jeglicher sozial-historischer Faktoren im wesentlichen als Auswirkung der Kopernikanischen Wende auf das *Natur- und Selbstverständnis* des Menschen begründet wird, sei hier wenigstens am Rande eine andersgerichtete Auffassung der philosophiehistorischen Diskussion dieses Themas erwähnt.

In dieser wird zwar deutlich herausgearbeitet, daß die ideologischen Auseinandersetzungen des 16. Jh. ohne den Bezugsrahmen der Auseinandersetzung zweier historischer Gesellschaftsformen nicht zu rekonstruieren sind; jedoch gelten hier oft theoretische Bezüge und gedankliche Zusammenhänge, deren immanente Nachzeichnung selbst noch zu leisten wäre, schon als sozial und politisch realisierte. – Nach Auffassung von G. Vogler („Copernicus in den geistigen Auseinandersetzungen seiner Zeit", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXI, 1973/6, S. 637), der hier stellvertretend für andere Autoren genannt sein mag (so G. Klaus, H. Mielke, z. T. auch Hermann Ley und andere Autoren des Sammelbandes ‚Nicolaus Copernicus 1473-1973', a.a.O.; G. Klaus auch in der Einleitung zur ‚Nicolaus Copernicus: Über die Kreisbewegungen der Himmelskörper', Berlin 1959), „hatte der Gelehrte Copernicus die Axt an die Wurzel des christlichen Weltbildes gelegt" (S. 642) und mit seiner Lehre den Kampf einer „revolutionären Bewegung" fortgesetzt, „die schließlich die Umgestaltung der Gesellschaft als Ziel auf ihre Fahne schrieb" (S. 647). Hier scheint der Theoretiker in einem ganz anderen als dem Blumenbergschen Sinne zum Täter zu werden. Auch wenn der historische Stellenwert Kopernikus im Zusammenhang der frühbürgerlichen Emanzipationsbewegung hier nicht erörtert werden kann, soll jedoch Vogler zumal dort, wo er behauptet, daß das Werk des Kopernikus selbst schon „ ... die Konsequenzen für die Formung von Weltbild und Weltanschauung am Beginn des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus ... *dokumentiert*" (S. 638, Hervorhebung J. B.), direkt widersprochen werden.

Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)

TECHNISCHER FORTSCHRITT, ENTWICKLUNG DER PERSÖNLICHKEIT UND MARXISTISCHE THEORIE (1)

Antwort auf W. Wotschack (SOPO 37/38)*

Inhalt:

Vorbemerkung
I. Zum Nutzen des dialektischen Denkens
II. Der Ertrag des Widerspruchsdenkens: Aufdeckung des Bewegungsgesetzes der gesellschaftlichen Entwicklung
III. Marxens Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums
IV. Die heutige Aufgabe: Anwendung des Marxschen Verfahrens
V. Welche Perspektive bietet der Sozialismus den Individuen?

Vorbemerkung

Eroberung des Weltraums, zunehmende Beseitigung schwerer körperlicher Arbeit auf der einen Seite, Perfektionierung automatischer Waffensysteme und der Rüstungstechnologie überhaupt, zunehmende Verdrängung von Arbeitern durch Automaten auf der anderen Seite — so gegensätzlich erscheint die gleiche Medaille: technische Entwicklung.

Wie sich gegenüber dieser Doppelgesichtigkeit der Technik im Kapitalismus verhalten? Verschiedene Vorschläge liegen vor. Um nur zwei Extreme der Verhaltensangebote zu nennen: Systemverteidiger behaupten, mit der technischen Entwicklung gehörten alle Sorgen und Nöte der arbeitenden Bevölkerung der Vergangenheit an, seien überwunden, um so grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen überflüssig erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite negieren radikale Kapitalismuskritiker mit den menschenfeindlichen Verhältnissen jede Frucht, die von diesen hervorgebracht wird; wahrhaft humane Verhältnisse halten sie nur auf Basis gänzlich neuer Technik für möglich (1), die von dem Makel befreit sein soll, der jeder technischen Entwicklung im Kapitalismus anhaftet, nämlich einer menschenverachtenden Profitgier ihre Entstehung zu verdanken.

Die sozialistische Bewegung muß gegenüber den gegensätzlichen Erscheinungen der Technik eine klare Haltung sich verschaffen und den Weg weisen, der

* W. Wotschack: Automation, Gesellschaftliche Verhältnisse und Persönlichkeit. Zur Kritik eines Beitrages von T. Waldhubel und S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation), in: SOPO 37/38 (Dezember 1976), S. 117-137. Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf diesen Beitrag.

1 Vgl. dazu den Beitrag von R. Nemitz, in: Das Argument 103.

aus dem Dilemma von systembefestigender Technikgläubigkeit und in die Ferne weisender Hoffnung auf das Ganz Andere herausführt. Sie braucht Klarheit in der Frage, welches die Folgen gegenwärtiger technischer Entwicklung für die Arbeitenden sind, ob an ihnen fortschrittliche Momente festzuhalten sind oder nicht, um die Möglichkeiten gesellschaftlicher Reformen, des Ausbaus vorgeschobener Kampfpositionen, das Kampffeld und die Erfolgsaussichten möglichst präzise abzustecken, ohne naheliegenden Illusionen aufzusitzen oder neue, zu entdeckende Kampfchancen zu verspielen.

W. Wotschack (im folgenden:W.) hat mit seiner Kritik unseres Beitrages „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation" (2) erneut auf diese Aufgabe und die Schwierigkeiten ihrer Lösung hingewiesen. Unternehmen wir dort den Versuch, den Zusammenhang zwischen Automationstätigkeit und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus zu skizzieren und die so gewonnenen Einsichten für die Beurteilung der Automation im Kapitalismus fruchtbar zu machen, so erhebt W. dagegen ernste Bedenken, die umso schwerer wiegen, als er wie wir die grundlegenden Einsichten des Marxismus positiv nutzen will. Er entdeckt eine Verwandtschaft zu „sozialreformistischen" Vorstellungen /137/ und damit Ignoranz gegenüber grundsätzlichen gesellschaftlichen Widersprüchen und folglich Aufgabe der Ziele ihrer radikalen Aufhebung; er meint ferner, herausgefunden zu haben, in unserer Analyse würde die Automation „zu der Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung" stilisiert /120/. Angesichts der Menschenfeindlichkeit perfektester Kriegstechnologie, der Risiken noch unbeherrschter Atomtechnik muß es die Kritiker und nach Alternativen suchenden Kämpfer zweifellos schwächen, wenn ausgehend von der marxistischen Gesellschaftstheorie eben diese Technik als „Motor" der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt vorgestellt wird; wenn damit — wie es in einer anderen erst kürzlich erschienen Kritik an den vorliegenden Veröffentlichungen des Projekts Automation und Qualifikation heißt — „nicht mehr der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ... dann zum Motor gesellschaftlicher Prozesse (wird), sondern die Entwicklung der Produktivkräfte ..." (3). Es wäre zweifellos verhängnisvoll, angesichts der kapitalistischen Durchsetzungsweise der Automation, die mit einer Vernichtung von Arbeitsplätzen, mit zunehmender Arbeitslosigkeit einhergeht, auf eine technikimmanente Entwicklung zum Wohle Aller zu hoffen und auf den Kampf gegen diese Erscheinungen zu verzichten.

Worum geht der Streit?

Es ist das Verdienst von W., daß er es nicht einfach bei der Ablehnung unserer vorliegenden Resultate beläßt, sondern danach fragt, wie sie ermittelt wurden, und damit den Streit auf die Ebene der Überprüfung und Diskussion der Angemessenheit der Forschungsinstrumente hebt. Er nimmt die Thesen zur individuellen Entfaltung zum Anlaß, das „theoretische Rüstzeug der Projektgruppe" zu hinterfragen, um „Aufschlüsse ... insbesondere über die Gesellschaftsbezogenheit ihres theoretischen Ansatzes zur Analyse von Automa-

2 Th. Waldhubel, S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation), Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation. Zur Diskussion um die „Sozialistischer Persönlichkeit" und ihre Entwicklung in der DDR, in: SOPO 36 (August 1976), S. 63-85.

3 M. Bach, H. Krugs, W. Mühler, Kapitalistische Rationalisierung und die Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse, in: Konsequent 27 (April 77), S. 70.

tionsprozessen in der bürgerlichen Gesellschaft" zu erlangen /118/ (4). Der zu führende Streit ist somit kein Streit verschiedener Gesellschaftstheorien, kein Streit verschiedener durch diese Theorien begründeter Forschungsansätze: es geht vielmehr um das adäquate Verfahren materialistischer Forschung.

W. kritisiert zunächst, daß von uns (sowohl in Sozialismus wie Kapitalismus) die volle Durchsetzung der Automation unterstellt würde, „statt ihren Durchsetzungsprozeß zu untersuchen" /127/. „Statt den widersprüchlichen Prozeß der Entwicklung zu verfolgen", bestehe unsere Methode darin, „daß ein zukünftiger Entwicklungsgrad der sich sträubenden Realität gegenüber gestellt wird" /134/; dieses Verfahren führe „zu einem Gegeneinander von Realität und utopischem Ideal" /ebd./ (5). In Zweifel gezogen wird also die Möglichkeit, „Fluchtpunkte" der Entwicklung gesellschaftlicher und menschlicher Tatbestände zu erarbeiten und als Maßstab an diese Entwicklung heranzutragen. Somit steht das methodische Problem zur Diskussion, wie Erscheinungen der Realität eingeordnet und bewertet werden können: bedarf man nicht einer — wissenschaftlich zu begründenden — Vorstellung über die Richtung der Bewegung, um vorwärtstreibende von retardierenden Faktoren und Kräften unterscheiden zu können?

W. schlägt vor, die Durchsetzungsform der Technik zu untersuchen, da von ihr „auch erst die gesellschaftlichen Grenzen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten unterscheidbar würden" /122/. Im Klartext heißt dies: nur aus der Betrachtung der kapitalistischen oder sozialistischen Formbestimmtheit technischer Entwicklung lassen sich Bewertungsmaßstäbe gewinnen, werden positive und negative Entwicklungstendenzen präzise bestimmbar.

4 Wenn es also als Verdienst des Verfassers festzuhalten gilt, daß er in seiner Kritik die einzig angemessene Ebene der Auseinandersetzung betritt, so muß es umso unverständlicher erscheinen, daß er, um den Vorwurf der einseitigen Selektion hinsichtlich der DDR-Literatur zu untermauern /121/, selbst wiederum selektiv verfährt: zur Stützung seiner Gegenthesen trifft er nicht nur selbst eine bestimmte Auswahl an Zitaten von Autoren aus sozialistischen Ländern, sondern darüber hinaus versäumt er es auch, von uns angeführte Aussagen von Wissenschaftlern aus sozialistischen Ländern, die seiner Auffassung des Sachverhalts widerstreben, als solche zu kennzeichnen. Er kritisiert z. B. die These, die wissenschaftlich-technische Entwicklung sei die materielle Grundlage für die Annäherung der Klassen und Schichten, von Stadt und Land /119/, ohne darauf zu verweisen, daß diese Thesen von dem DDR-Soziologen Weidig übernommen wurde (SOPO 36, S. 77); oder – an anderer Stelle werde von uns zur Charakterisierung des Prozesses der Veränderung der konkreten Arbeit der polnische Soziologe Widerszpil zitiert, der von dem „Prozeß der Intellektualisierung der produktiven Arbeit" sprach (SOPO 36, S. 78). W. kritisiert diese Formulierung, ohne sie als Zitat kenntlich zu machen /125/. – Solche Kritik scheint uns jedoch wenig weitertreibend. Richten wir die Frage an den Verfasser: Ist es in der wissenschaftlichen Arbeit völlig unüblich, oder unnütz, diejenigen Positionen aufzunehmen, die vom eigenen Forschungsstand aus als die fortgeschrittensten erscheinen, oder ist jedesmal das Zurückfallen anderer hinter schon erreichte Positionen mit anzugeben?

5 Es sei hier angemerkt, daß der Verfasser diese Kritikpunkte als Resultat einer neuartigen Kapitalismustheorie betrachtet. Der Leser mag anhand des inkriminierten Aufsatzes von Nemitz/May (Marxistische Blätter 3/1976) überprüfen, ob diesen Mitgliedern der Projektgruppe das auswegslose Abenteuer gelungen ist, der Marxschen „Kritik der politischen Ökonomie", wie sie auf ca. 2 500 Seiten – die „Theorien über den Mehrwert" und die „Grundrisse" ausgenommen – ausgearbeitet vorliegt, auf einigen Seiten der „Marxistischen Blätter" eine neuartige Theorie entgegenzustellen.

Sonst gerate die besondere Form ... zum Inhalt des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts" /127/, die „technischen Errungenschaften der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft erscheinen als technische Errungenschaften überhaupt" /ebd./. Die praktische Konsequenz einer solchermaßen vermuteten unzulässigen Vernachlässigung der ökonomischen Formbestimmtheit, der Produktionsverhältnisse scheint offensichtlich: Unterschätzung oder gar Negation des aktiven Kampfes der Arbeiterklasse gegen diese Verhältnisse. An die Stelle der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der ihren Kampf organisierenden Verbände, trete in unserer Theorie — so wird gefolgert — die Automation als die Geschichte bewegendes Subjekt, ein „Mechanismus der gesellschaftsverändernden Einwirkung der Produktivkraftentwicklung" /120/.

Nun lag es uns fern, die historische Rolle der Arbeiterklasse theoretisch zu negieren; im Gegenteil war und ist es unser Interesse, einen Beitrag zur aktuellen Analyse und Begründung der gegenwärtigen Kampfbedingungen, -möglichkeiten und -notwendigkeiten zu leisten, von deren Kenntnis ein erfolgreiches Handeln mit abhängig ist (6). Ausgangspunkt unserer Untersuchung war der Anspruch, eine offensichtlich bislang in der marxistisch orientierten Sozialwissenschaft vernachlässigte Seite der widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung, die Produktivkräfte, empirisch zu erforschen, um den jedem mit marxistischer Theorie Vertrauten bekannten Satz von dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu konkretisieren mit dem Ziel konkreter Handlungsvorschläge.

Nun hält W. uns entgegen, der kapitalistische Produktionsprozeß sei als „Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß" /136/ zu betrachten. (Sicherlich ist von dem Verfasser eine „widersprüchliche Einheit" gemeint. Oder verbirgt sich vielleicht hinter dem Versäumnis, das kleine Wort „widersprüchlich" hinzusetzen, ein nicht zufälliger methodischer Fehler mit weiterreichenden Konsequenzen?) Andere Autoren verweisen auf die Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (7), die von uns vernachlässigt würde. Nun scheint eine bloße Kenntnisnahme des Satzes von der „Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen" nicht ausreichend Handhabe zu bieten, sich in diesem Widerspruch zurechtzufinden. Wo ein Widerspruch existiert, streiten Kräfte miteinander, bewirken Veränderungen und führen zu neuen Bewegungsformen. Die Marxsche Erkenntnis muß konkretisiert werden: Was bedeutet die oft hervorgehobene Zuspitzung der Widersprüche?

Diesem Unterfangen sich stellend taucht eine weitere Schwierigkeit auf; Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte bilden eine wirkliche Einheit. Beide Faktoren können in ihrem Widerspruchsverhältnis nur erfaßt werden, wenn sie gedanklich und begrifflich voneinander getrennt werden, auch wenn sie in der Realität unmittelbar zusammen auftreten. Diese gedankliche, sprachliche und dann auch darstellungsmäßige Trennung aber verlangt „Geduld beim Durchlaufen der gegensätzlichen Momente" (8), denn: „Die Wahrheit scheint im einzelnen Moment verloren zu gehen." (9) Um also die

6 entfällt.

7 M. Bach u.a., a.a.O., S. 75.

8 W. F. Haug, Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital', Nachwort zur zweiten Auflage, Köln 1976, S. 10.

9 ebenda – Die Autoren M. Bach u.a. scheinen besonders wenig Geduld aufbringen zu wollen. Zitieren sie bspw. „die neue Produktionsweise verlangt gebieterisch nach Änderungen im Bildungssystem" (s. S. 73), so mag dieser Halbsatz aus dem

marxistische Einsicht in das Widerspruchsverhältnis der gesellschaftlichen Produktion konkretisieren zu können, erscheint es nicht nur erforderlich, das methodische Verfahren nachzuvollziehen, welches zu dieser Einsicht führte, sondern sich auch das erforderliche Denken in Widersprüchen anzueignen. Zu diesem Zwecke erfolgt zunächst (Abschnitt I) eine Skizze zur menschheitsgeschichtlich umwälzenden Herausbildung des Widerspruchsdenkens.

Aus der ersten Sichtung der Streitpunkte wurde erkennbar, daß methodische Fragen materialistischer Sozialforschung geklärt werden müssen. Die aufgeworfenen Fragen werden anhand der Darstellung des Marxschen Verfahrens beantwortet werden müssen, um dies Verfahren für die Erforschung heutiger gesellschaftlicher Erscheinungen nutzbar machen zu können. Methodische Fragen mögen den praktisch und politisch orientierten Leser eher langweilen bzw. wenig nutzbringend für die eigene Praxis erscheinen. Jede Praxis stellt einen Eingriff in die gesellschaftliche Entwicklung dar. Ist dieser Eingriff nicht effektiver, je genauer durchdacht er den Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht und die vorwärtsdrängenden Kräfte dieser Entwicklung nutzt und verstärkt? Nicht nur die Effektivität wird durch dieses Wissen gesteigert, Leben oder Tod kann von der Richtigkeit der Bestimmung der Eingriffsmöglichkeiten und -bedingungen abhängen — dies lehrt die Geschichte menschlicher Befreiungsbewegungen. Fragen des methodischen Herangehens an die Wirklichkeit werden somit letztlich zu Fragen der adäquaten Bestimmung politischen Handelns. Klarheit in ersteren kann Vereinheitlichung in gemeinsamer gesellschaftsverändernder Praxis fördern. So scheint es uns sinnvoll, zur Verständigung über das offenbar entscheidende methodische Vorgehen zunächst noch einmal die Anwendung des dialektischen Denkens durch Marx nachzuvollziehen (Abschnitt II und III), um schließlich das Marx'sche Verfahren für die Analyse heutiger Wirklichkeit fruchtbar zu machen (Abschnitt IV).

I. Zum Nutzen des dialektischen Denkens

„Daß das weiche Wasser in Bewegung mit der Zeit den mächtigen Stein besiegt. Du verstehst, das Harte unterliegt." (10)

Das war die Lehre des Laotse, die für den Zöllner in Flickjoppe und ohne Schuhe, dessen „Stirn eine einzige Falte", der also „kein Sieger" war, von Be-

Zusammenhang gerissen durchaus den Vorwurf der Vernachlässigung der kapitalistischen Verhältnisse stützen. Aber auf den Zusammenhang kommt es an: die betreffenden Gedanken beleuchten gerade die Widersprüchlichkeit: z. B. „In einer auf Privatbesitz gegründeten Gesellschaft vollzieht sich Bildungsplanung in einer durch und durch widersprüchlichen Bewegung." (Projektgruppe Automation und Qualifikation, Automation in der BRD (Argument-Sonderbände AS 7) Berlin (West) 1976, S. 23) – Weiter wurde von uns dort ausgeführt: „Die beiden Hauptaufgaben von Ausbildung im Kapitalismus, Qualifizierung der Arbeitskraft und Integration in das System, geraten aufgrund der Anforderungen von Automation in zunehmenden Konflikt. Die genauere Analyse der damit ins Werk gesetzten Dialektik soll in einer späteren Untersuchung vorgenommen werden. Es ist jedoch von vornherein klar, daß die hier entfesselte Dialektik nicht schon von sich aus zur Befreiung der Gesellschaft aus den Fesseln des Privatbesitzes führen wird. ..." (ebd., S. 24).

10 B. Brecht, Gesammelte Werke Bd. 9, Frankfurt 1967, S. 661.

lang war: „Wer wen besiegt, das interessiert auch mich" (11). In der „Legende von der Entstehung des Buches Taoteking auf dem Wege des Laotse in die Emigration" umriß Brecht in solcher Weise knapp und unzweideutig den Nutzen der Dialektik.

Die Dialektik als grundlegende Denkweise des Marxismus ist bekanntlich keineswegs sein spezifisches neuartiges Resultat, ist historisches Produkt der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur (12) und ihrer theoretischen philosophischen Verarbeitung, ist „ein historisches Produkt der Entwicklung des philosophischen Denkens und als solches eine theoretische Verallgemeinerung wesentlicher Errungenschaften der Natur- und Gesellschaftswissenschaften sowie grundlegender historischer Erfahrungen der menschlichen Gesellschaft." (13)

Der Nutzen der dialektischen Denkweise für die gesellschaftliche Lebenspraxis war von vornherein ausmachbar — auch in der Entwicklung des philosophischen Denkens: bereits bei Hegel, durch den „die bisher herausgearbeiteten Elemente der dialektischen Denkweise und Methode eine systematische Zusammenfassung" fanden (14), lassen sich die Fortschritte — trotz der idealistischen Verkehrung der Dialektik — gegenüber anderen gedanklichen Zugängen zu Wirklichkeit auf verschiedenen Ebenen verfolgen. Ein wesentlicher Vorzug des objektiven Idealismus gegenüber jeder Form des subjektiven Idealismus bestand darin, daß er die Dinge dieser Welt und die Erscheinungen der Wirklichkeit nicht als aus subjektivem Fühlen und Wollen geborene, sondern als objektiv gegebene, unabhängig vom Individuum gesetzte begriff. Die Dialektik als objektiv bestimmte war für Hegel „ ‚Bewegung des Begriffs selbst' und daher die allgemeine, schlechthin unendliche Kraft, welcher kein Objekt Widerstand leisten kann". (15)

Wurde von Hegel als Erfordernis des wissenschaftlichen Erkennens „sich dem Leben des Gegenstands zu übergeben oder, was dasselbe ist, die innere Notwendigkeit desselben vor sich zu haben und auszusprechen" (16) formuliert, wurde so die objektive Realität als außerhalb subjektiver Bestimmung gegebene, sich unabhängig vom individuellen Wollen sich ereignende gefaßt, so bedeutete dies keineswegs eine Einschränkung menschlicher Größe: indem Hegel auch die Entwicklung der objektiven Realität zu verfolgen, ihre Gesetzmäßigkeiten aufzuspüren beanspruchte, suchte er nach der Entwicklungslogik (von den idealistischen Beschränkungen und ihren Folgen sei hier abgesehen) (17): so erschien „die Geschichte der Menschheit nicht mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten ... , sondern als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, dessen allmählichen Stufengang durch alle Irr-

11 Ebd., S. 662.
12 Vgl. dazu F. Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 320 u.a.
13 Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von G. Klaus und M. Buhr, Reinbek 1972, S. 239.
14 Phil. Wörterbuch, a.a.O., S. 242.
15 Phil. Wörterbuch, ebd.
16 Hegel, Phänomenologie des Geistes, Leipzig 1921, S. 36/37. Zit. nach J. Zeleny, Die Wissenschaftslogik bei Marx und ‚Das Kapital', Frankfurt 1970, S. 99.
17 Vgl. dazu Zeleny, a.a.O.,S. 101: „ ... daß also Hegel einerseits durch seinen Idealismus die Rolle des Denkens (eines objektivierten und hypostasierten) übertreibt und vergrößert, aber andererseits nicht ausreichend dessen Rolle, Aktivität, Selbständigkeit, die Spezifik der Bewegungsformen des menschlichen wissenschaftlichen Denkens sieht, das vor der Aufgabe steht, die Wirklichkeit mit ihrer dialektischen ontologischen Struktur richtig zu erkennen und es herabsetzt."

wege zu verfolgen, und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen, jetzt die Aufgabe des Denkens wurde." (18)

Mit der Analyse des inneren Zusammenhangs in der Bewegung und Entwicklung mußten auch die wirkenden Triebkräfte zu Tage gefördert werden — zu ihrer Erfassung rückte die Kategorie des Widerspruchs in den Mittelpunkt, laut Marx „die Springquelle aller Dialektik" (19). Die Realität wurde von Hegel als in Widersprüchen ablaufende gefaßt, der Widerspruch war für ihn „die Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit, nur insofern etwas in sich selbst einen Widerspruch hat, bewegt es sich, hat Trieb und Tätigkeit" (20). Damit wurde die Geschichte als Weiter-, Höherentwicklung begreifbar; konnten Auffassungen, die die Entwicklung nur als rein quantitative Veränderungen bereits fertiger Qualitäten betrachteten, dabei eine Richtung der Bewegung nicht ausmachen konnten, hilflos waren gegenüber in der Natur und in der gesellschaftlichen Wirklichkeit konstatierbaren sprunghaften Veränderungen, überwunden werden. Hegel selbst setzte sich in klärender Weise mit solchen Auffassungen auseinander: „So fest in der Meinung der Gegensatz des Wahren und Falschen wird, so pflegt sie auch entweder Beistimmung oder Widerspruch gegen ein vorhandenes philosophisches System zu erwarten und in einer Erklärung über ein solches nun entweder das eine oder das andere zu sehen. Sie begreift die Verschiedenheit philosophischer Systeme nicht so sehr als fortschreitende Entwicklung der Wahrheit, als sie in der Verschiedenheit nur den Widerspruch sieht. Die Knospe verschwindet in dem Hervorbrechen der Blüte, und man könnte sagen, daß jene von dieser widerlegt wird, ebenso wird durch die Frucht die Blüte für ein falsches Dasein der Pflanze erklärt, und als ihre Wahrheit tritt jene an die Stelle von dieser. Diese Formen unterscheiden sich nicht nur, sondern verdrängen sich auch als unverträglich miteinander. Aber ihre flüssige Natur macht sie zugleich zu Momenten der organischen Einheit, worin sie sich nicht nur widerstreiten, sondern eins so notwendig wie das andere ist ..." (21)

Hegel benennt damit das Erfordernis an das Denken, Widersprüche aushalten zu können — auszuhalten, daß eine Sache in der Bewegung nicht entweder das eine oder das andere ist, sondern sehr wohl widersprüchliche, gegensätzliche Bestimmungen in sich tragen kann; ein solches Denken erlaubt es, Entwicklung unter dem Aspekt des Eingreifens zu betrachten, insofern als es ermöglicht, Altes und Neues im Widerstreit zu unterscheiden.

Resümieren wir: Das Gefangensein, das Eingeschlossensein zwischen Mauern, deren Überwindung scheinbar weder möglich noch denkbar, kann beendet werden, wenn die Risse, auch die feinsten, erkannt werden, an denen angesetzt werden kann. Risse an der äußeren Fassade verweisen auf widerstreitende Kräfte und eine sich anbahnende Aufhebung des Kräftegleichgewichts; mit dem richtig angesetzten Hebel kann der schon vorhandene, zunächst noch statisch erscheinende Gegensatz zum Ausbrechen gebracht werden. So ließe sich die Widerspruchslehre schreiben: als Kunde, Haarrisse an der Oberfläche als Ausdruck eines mächtigen, die Entwicklung potentiell beschleunigenden Gegensatzes im

18 J. Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, München 1973, S. 48.
19 MEW 23, S. 623.
20 Hegel, Logik II, 1,2; zitiert nach Phil. Wörterbuch, a.a.O., S. 243.
21 Hegel, Phänomenologie des Geistes, Leipzig 1921, S. 4. Zit. nach Zeleny, a.a.O., S. 97.

Kern zu erkennen, und schließlich — praktisch gewendet — als Kunde, den Hebel richtig anzusetzen.

Um diese Kunde zu nutzen, galt es allerdings, die Dialektik vom Kopf auf die Füße zu stellen, um sie „zu einem brauchbaren Instrument der wissenschaftlichen Forschung und des praktischen Kampfes" (22) zu machen. Nahm Hegel den Ausgangspunkt von der Dialektik der Begriffe, „geriet (er) ... auf die Illusion, das Reale als Resultat des in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden und aus sich bewegenden Denkens zu fassen" (23), so ging es für Marx darum, die wirkliche Bewegung selbst zu untersuchen. Die materialistische Dialektik als Entwicklungslehre stellt „keineswegs Prinzipien dar, die unabhängig vom historischen Prozeß in sich selbst gegründet sind und die man dann auf diesen Prozeß äußerlich anwendet; ... die damit eine Art von metaphysischen Universalia des Weltgeschehens wären." (24) — „ ... die Dialektik (formuliert) weder selbständige ‚Erkenntnisse', deren Geltung zu begründen wäre, noch (stellt sie) ein Beweisverfahren dar ... , durch welches der Erkenntnischarakter von Aussagen belegt werden könnte. Materialistische Dialektik ist ... allgemeinste ‚Entwicklungslehre', sowohl Resultat wie umfassendstes methodisches Regulativ des Sich-Anmessens menschlichen Denkens an die wesentlichen Züge des wirklichen Gangs historischer Progression ..." (25).

Mit diesem Erkenntnisverfahren konnte die Realisierungsmöglichkeit eines alten Traums der Menschheit nach einer Gesellschaft aufgewiesen werden, in welcher die Entfaltung des Individuums nicht mehr auf Kosten anderer Gesellschaftsmitglieder verlaufen muß. Um die weiterentwickelte Wirklichkeit, die neu entstandenen, scheinbar undurchschaubaren, unüberwindbaren „Fassaden" zu begreifen, wird es weiterhin notwendig sein, die Marxsche Nutzung der Dialektik nachzuvollziehen, um für die Bewältigung der gegenwärtigen Wirklichkeit zu lernen.

II. Der Ertrag des Widerspruchsdenkens: Aufdeckung des Bewegungsgesetzes der gesellschaftlichen Entwicklung

Vergegenwärtigen wir uns die Zeiten, in denen Marx die Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung legte, so sehen wir auf Seiten der Bevölkerung massenhaftes Elend, Hunger und Not in unwürdigen Behausungen, Verschleiß ganzer Generationen von Kindern in Tag- und Nachtarbeit, von ihren Kindern fortgerissene Mütter und mit Berufskrankheiten geschlagene Männer. Armut und Not herrschten auch in früheren Zeiten, aber: „Nicht so sehr die altgewohnte Armut war es, die beunruhigte, als vielmehr die neu entstehende, nicht das Elend des flachen Landes, sondern das der wachsenden Industriezentren, nicht die begreifliche Not der herkömmlichen unergiebigen Wirtschaftsweise, sondern die unbegreifliche einer Wirtschaft mit wachsender Produktionskraft!" (26) In diesen blutigen und elendigen Erscheinungen der kapitalistischen Überwindung feudaler Zustände sollten

22 Phil. Wörterbuch, a.a.O., S. 243.
23 K. Marx, Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 22.
24 K. Holzkamp, Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff, in: Das Argument 84, S. 59.
25 Ebd., S. 61.
26 W. Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1970, S. 10.

sich Elemente einer zukünftigen, von Not und Unterdrückung befreiten Gesellschaft finden lassen? Lag es nicht näher, die Verurteilung der „wachsenden Produktionskraft" in Gestalt der Maschinen und die Rückkehr zu vergangenen goldenen Zeiten handwerklicher Arbeit zu predigen, wie dies die Romantiker taten? Lag es nicht näher, die Errungenschaften der Aufklärung, die menschliche Vernunft, einzusetzen und eine vernünftige Gesellschaft zu konstruieren, die alle Fehler der gegenwärtigen vermeidet und ausmerzt? Bekanntlich beansprucht der Materialismus alles andere als eine bloß moralische Kapitalismuskritik zu führen, die sich eine ersehnte Welt konstruiert und im Namen dieser Vorstellung die Gegenwärtige verwirft. Wie also ist die wissenschaftliche Kritik zu wenden, die den Weg zur Erfüllung der alten Menschheitsträume und -sehnsüchte aufweist?

Nach der zentralen Einsicht materialistischer Geschichtsauffassung befragt wird jeder, der als politisch Handelnder in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß eingreifen will, — sei er auch nur mit oberflächlicher Kenntnis dieser Geschichtsauffassung ausgestattet — das Gesetz der notwendigen Übereinstimmung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften anführen. Bedeutet aber „Übereinstimmung" nicht das genaue Gegenteil von Entwicklungskräften, nämlich spannungslose Stagnation? Wie erinnerlich formulierte Marx in dem berühmten Vorwort der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie" dies allgemeine Gesetz: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, von ihren Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Stufe der materiellen Produktivkräfte entsprechen ... Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt eine Epoche sozialer Revolution ein." (27) Es ist also gerade die Nicht-Übereinstimmung der beiden Seiten der gesellschaftlichen Produktion, welche die Weiterentwicklung und Überwindung überholter Produktionsverhältnisse möglich und notwendig macht. Das Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ist ein widersprüchliches, aber kein Verhältnis äußerlicher, direkt sichtbarer und unterschiedener Gegensätze; gerade ihr einheitliches Zusammenwirken in der gesellschaftlichen Produktion treibt die innere Widersprüchlichkeit in der Einheit hervor. Daraus entspringt die Schwierigkeit, die Entwicklungskräfte des Zukünftigen in dem Gegenwärtigen aufzuspüren und die wirkliche Entwicklung der Gesellschaftsformationen als Entwicklung und Zuspitzung des Widerspruchs, der zu einer Lösung drängt, aufzuschlüsseln.

Mit der bürgerlichen Gesellschaft entstanden die ersten Vorstellungen aus dem Vernunft-Anspruch der Aufklärung heraus, wie der „aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsende Antagonismus" (28) zu überwinden sei. Engels charakterisiert diese Vorstellungen als soziale Utopien: „Die Gesellschaft bot nur Mißstände; sie zu beseitigen war Aufgabe der denkenden Vernunft. Es handelte sich darum, ein neues vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroyieren. Diese neuen sozialen Systeme waren von

27 MEW 13, S. 9.
28 MEW 13, S. 9.

vornherein zur Utopie verdammt". (29) Trotz aufhebenswerter Zielvorstellungen konnte der utopische Sozialismus den Weg der Verwirklichung dieser Ziele nicht angeben, er blieb der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber in seiner Kritik äußerlich; er „kritisierte zwar" — wie Engels hervorhebt — „die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; er konnte sie einfach nur als schlecht verwerfen". (30) Die Art, in der Engels die Kritik gegenüber dem utopischen Sozialismus führt, zeigt seine Überwindbarkeit: die kritikwürdige Gesellschaft ist in ihren Wirkungszusammenhängen, die das zu Kritisierende hervorbringen, zu erklären. Die Tatsache, daß zunehmend Einsicht in die Kritikwürdigkeit der bürgerlichen Gesellschaft entstehe, weise darauf hin, daß Veränderungen in der gesellschaftlichen Produktion stattfänden, die eine Kritik überhaupt ermöglichen. „Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopf zu *erfinden*, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu *entdecken*". (31) Indem der Sozialismus derart auf einen realen Boden gestellt werde, könne aus ihm eine Wissenschaft gemacht werden. (32) Diese Programmatik des wissenschaftlichen Sozialismus, der Übergang von einer utopischen Gesellschaftskonstruktion zur materialistischen Wissenschaft, erfordert die Aufdeckung der Umwälzungsfermente in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Marxsche Analyse der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion muß daher den Schlüssel liefern, um das konkrete Wirken des allgemeinen Gesetzes der notwendigen Übereinstimmung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der bürgerlichen Gesellschaft aufspüren zu können. (33) Zu fragen ist daher nicht nur nach den Resultaten der empirischen Forschung, sondern vor allem nach dem *Wie* des Forschungsprozesses, nach dem wissenschaftlichen Verfahren, um es für die politisch notwendige Erforschung der sich entwickelnden gesellschaftlichen Wirklichkeit nutzbar machen zu können. Welche Art des Entwicklungsdenkens wird erforderlich?

Das Gesetz der Entstehung des Mehrwerts wurde von Marx als *das* ökonomische Grundgesetz der kapitalistischen Produktion enthüllt: der dem Kapital innewohnende Zwang zur beständigen Verwertung des Werts. Ist mit die-

29 MEW 20, S. 241.
30 MEW 20, S. 19.
31 MEW 20, S. 249.
32 MEW 20, S. 19.
33 Marx selbst bemerkt in dem bereits erwähnten Vorwort, daß es sich bei diesem Gesetz um ein „allgemeines Resultat" handle, welches seinen „Studien zum Leitfaden" gedient habe. Die Kenntnis des Gesetzes kann die Kenntnisnahme und Erforschung der sich entwickelnden Wirklichkeit nicht ersetzen. Das Gesetz ließ sich als „allgemeinstes Resultat ... aus der Betrachtung der historischen Entwicklung der Menschen abstrahieren" (MEW 3, S. 27). Wurde dies Gesetz aus der Untersuchung des empirischen Materials gewonnen, so handelt es sich bei der abstrahierenden Formulierung um eine „verständige Abstraktion" (Grundrisse, S. 7); allein „diese Abstraktionen haben für sich, getrennt von der wirklichen Geschichte, durchaus keinen Wert" (MEW 3, S. 27). Sie könnten nur dazu dienen, die Ordnung des geschichtlichen Materials zu erleichtern, die Reihenfolge seiner einzelnen Schichten anzudeuten, schränken Marx und Engels ein. (Zur Bedeutung der dialektischen Grundgesetzmäßigkeiten bei der wissenschaftlichen Erkenntnis siehe auch K. Holzkamp, in: Das Argument 84, S. 57 ff.).

sem Bewegungsgesetz nun die Ursache der realen gesellschaftlichen Entwicklung in der bürgerlichen Gesellschaft bekannt, die zu einer notwendigen Nichtübereinstimmung von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften führt? An anderer Stelle spricht Marx von dem historischen Beruf der Bourgeoisie, die Produktivkräfte als gesellschaftliche zu entwickeln und stetig zu revolutionieren. Wie gelangt Marx zu einer solchen Wertung der kapitalistischen Produktionsweise? Offensichtlich wird an dem Gegenstand materielle Produktion eine abstrahierende Trennung vollzogen. Diese gedankliche Trennung erweist sich als notwendig, um das treibende Motiv der gesellschaftlichen Produktion, das ökonomische Bewegungsgesetz, und die dadurch vorangetriebenen materiellen Produktivkräfte unterscheiden zu können als zwei Seiten einer sich entwickelnden *widersprüchlichen* Einheit.(34)

Ein zweiter Anlauf belehrt, daß die alleinige gedankliche Trennung beider Seiten der gesellschaftlichen Produktion zur Begründung der Marxschen Wertung der kapitalistischen Produktionsweise nicht ausreichend sein kann. Die historische Rolle der Bourgeoisie in der von ihr zwanghaft betriebenen unerbittlichen Voranpeitschung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu sehen, bedeutet, das Fortschrittliche, die neuartige Art und Weise der Auseinandersetzung von Mensch und Natur in der Arbeit und mittels ihrer, als Überwindung unzureichender und beschränkter Produktionsweisen der Feudalgesellschaft zu sehen und festzuhalten. (35) Die besondere gesellschaftliche Form, kapitalistische Produktionsverhältnisse, werden von dem Standpunkt aus betrachtet, inwieweit sie bessere und effektivere Mittel zur Leistung des Lebensnotwendigen bereitstellen und entwickeln. Dieser Standpunkt schließt eine historische bzw. historisierende Sichtweise der besonderen Form der gesellschaftlichen Produktion ein bzw. führt zu ihr wie auch umgekehrt; von einem „historischen Existenzrecht" (36) zu sprechen, bedeutet, andere gesellschaftliche Formen der menschlichen Arbeit mit der besonderen Form des Kapitalismus in den Vergleich zu bringen, das ihnen alle gemeinsame, die menschliche Arbeit, festzuhalten und von diesem Standpunkt aus den Fortschritt in der Art der Bewältigung des Lebensnotwendigen zu bestimmen. Im Spiegel dieses Allgemeinen erscheint die bürgerliche Gesellschaft als eine besondere, historisch entstandene gesellschaftliche Form der Bewältigung des Allgemeinen. Wird durch diese „transsoziale Relativierung" (37) allein eine historische Bewertung ermöglicht?

34 Bei der Analyse der ökonomischen Formen des Kapitalismus spielt die gedankliche Trennung der gebrauchswertschaffenden Arbeit von der gesellschaftlichen Form dieser Arbeit eine zentrale Rolle: „Vor allem in der Analyse der Doppelbestimmung des kapitalistischen Produktionsprozesses ... als Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß wird entscheidend auf die Einsicht in den Doppelcharakter der Arbeit aufgebaut. Und was hängt hier davon ab? Nichts weniger als der neue, für die Analyse des Kapitalismus zentrale Formbegriff des Mehrwerts ..." (F.W. Haug, Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital', Köln 1976, S. 188). Innerhalb der Gesellschaftswissenschaften stellt die gedankliche Abstraktion das zentrale Mittel dar, um die unbegriffenen Erscheinungen eines Gegenstandes in der Analyse seiner Eigengesetzlichkeiten in die Bestimmungen des konkreten, begriffenen Gegenstandes zu überführen. Exemplarisch siehe dazu U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, Bd. 1, Frankfurt/M., New York 1976, S. 45 ff.

35 Vgl. MEW 23, S. 198.

36 Ebd., S. 618.

37 W. F. Haug, Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in: Das Argument 74, S. 565: Die „transsoziale Relativierung ... erlaubt es, die zunächst dunkle Funktionsweise einer bestimmten Gesellschaftsform dadurch aufzuhellen, daß sie als besondere Organisationsform einer allen Gesellschaften gemeinsamen Funktion dargestellt wird. Als allgemeine Gesellschaftsform fungiert dabei die sozialistische, indem ihr das allen Gesellschaften inhaltlich Gemeine unmittelbar die Form bestimmt. Sie hat heuristische Funktion für die Gesellschaftswissenschaft, insbesondere für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise."

Der Übergang vom utopischen zum wissenschaftlichen Sozialismus wird vollzogen, wie Engels eindrücklich bemerkte, wenn „die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ... in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion" (38) entdeckt werden. Als bisherige methodische Analyseinstrumente wurden die Einnahme des Standpunktes des Allgemeinen, sowie die von diesem Standpunkt aus erfolgende bestimmte Negation des Besonderen gegenüber dem Allgemeinen aufgewiesen und zur Anwendung empfohlen. Die Rede von dem historischen Existenzrecht weist darauf hin, daß die Methode der bestimmten Negation eingesetzt wird, um mit Blick auf das Zukünftige die Elemente dieser Zukunft in dem Gegenwärtigen aufzudecken (39). Vom Standpunkt des Allgemeinen, der lebensnotwendigen Arbeit, werden die besonderen Formen dieses Allgemeinen identifizierbar, der überhistorische Vergleich läßt den Gedanken plausibel erscheinen, die gesellschaftliche Arbeit auf vernünftige Art zu bewerkstelligen; der Sozialismus als Form der gesellschaftlichen Arbeit, die mit ihrem Inhalt, dem Allgemeinen, übereinstimmt, erscheint als lohnende und naheliegende Perspektive: „Warum das Bewußtgemachte nicht bewußt machen"? (40) Diese denkbare Perspektive wird zur realen Perspektive, wenn sie in der Entwicklung der gesellschaftlichen Wirklichkeit aufgespürt werden kann. Besteht die historische Existenzberechtigung der Bourgeoisie in der Vorantreibung der Produktivkräfte, so ist nach dem Charakter dieser materiellen Mittel der Bewältigung des Lebensnotwendigen, der gesellschaftlichen Arbeit, zu fragen. Das Kapital treibt in privater Form die Entwicklung von Produktivkräften voran, die ihrem Umfang und ihrer Qualität nach nur in gesellschaftlicher Arbeit zu beherrschen sind, also unmittelbar gesellschaftlichen Charakter besitzen, und entwickelt mit innerer Notwendigkeit die Mittel seiner eigenen Überwindung, indem es die materiellen Grundlagen einer unmittelbar gesellschaftlichen Produktion schafft (41). Die Umwälzungsfermente und Keime des Neuen werden also durch das Kapital selbst hervorgebracht in Gestalt der materiellen Produktivkräfte: „Die Produktivkräfte, in ihrem dialektischen Verhältnis der Wechselwirkung mit den Produktionsverhältnissen, bilden das beweglichere, raschen Veränderungen unterworfene, revolutionierende und letztlich entscheidende Moment in der geschichtlichen Entwicklung". (42)

Für die Arbeiterbewegung, dem Subjekt der praktischen Negation der privaten Interessen des Kapitals, bedeutet der Übergang von dem utopischen zum wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur der wissenschaftliche Aufweis der eigenen Zukunft, sondern ist unbedingt erforderlich zur Vermeidung lebensbedrohender Irrtümer. Dies zeigt sich beispielsweise an dem histori-

38 MEW 20, S. 249.

39 Vgl. W. F. Haug, Die Bedeutung ..., a.a.O., S. 581.

40 W.F. Haug, Vorlesungen ..., a.a.O., S. 140.

41 Siehe auch z. B. Grundrisse, S. 314/15 oder S. 231.

42 J. Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, München 1973, S. 70.

schen Phänomen des ‚Maschinenstürmens': „Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt" (45).
Die mit dieser Erfahrung vollzogene Überwindung der abstrakten Negation orientiert die Arbeiterbewegung auf ihren „geschichtlichen Beruf", die „weltbefreiende Tat (der) ... Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft" (46). Liefert die wissenschaftliche Analyse des Zukünftigen in dem Gegenwärtigen die zukunftweisende Orientierung für die praktisch werdende Negierung des Alten durch die Arbeiterbewegung, so stellt sich für den „theoretischen Ausdruck der proletarischen Bewegung, den wissenschaftlichen Sozialismus" die Aufgabe, „ihre (der weltbefreienden Tat, d. V.) geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zu Bewußtsein zu bringen" (47).

III. Marxens Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums

Besteht einerseits ein breites Einverständnis darüber, daß der Kapitalismus die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus schafft, so gibt es andererseits große Zweifel darüber, ob und in welcher Weise mit den objektiven Produktivkräften auch die subjektiven Voraussetzungen innerhalb des Kapitalismus sich bereits keimhaft entwickeln können. Bestenfalls kann man sich darüber einigen, daß der Kapitalismus mit der Arbeiterklasse selbst, ihrer fabrikmäßigen Organisierung, das Subjekt der Überwindung geschaffen hat. Aber warum soll es notwendig sein, auf der Ebene des arbeitenden Individuums als eines Teils der Klasse weitere Bestimmungen aufzuspüren und entsprechende Untersuchungen anzustellen; wie soll es mit der Marxschen Methode vereinbar sein, innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses bereits keimhafte

43 entfällt.
44 entfällt.
45 MEW 23, S. 452.
46 MEW 20, S. 136.
47 Ebd. – Indem Engels die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus bestimmt, unterscheidet er erneut zwischen den „geschichtlichen Bedingungen" der Umwälzung und dem Subjekt dieser Umwälzung. – „Die entscheidende Bedeutung des Klassenkampfes für die weitere Entwicklung gerät hier zu einem Randproblem" (M. Bach u.a., a.a.)., S. 67) – so lautet eine Kritik an dem Vorgehen der Projektgruppe Automation und Qualifikation. Verlangt wird offenbar, von den materiellen Voraussetzungen und dem historischen Subjekt zugleich zu sprechen. Statt mit der Untersuchung der Auswirkungen der Automation die neu heranwachsenden Voraussetzungen der politischen Befreiung zu bestimmen, empfiehlt das Autorenkollektiv, die Frage zu stellen: „Für wen, im Interesse welcher Klasse wird die neue Technik entwickelt; wozu, im Interesse welcher Klasse werden neue Technologien angewendet? " (ebd., S. 71). Mit der Frage ist die Antwort bekannt: im Interesse des Kapitals. Nur: was ist mit dieser Feststellung gewonnen? Als wesentlicher Bestandteil der wissenschaftlichen Fundierung des Sozialismus konnte die gedankliche Trennung der beiden Seiten der realen Einheit materielle Produktion aufgewiesen werden. Mit dieser Trennung wird erst entscheidbar, in welcher Weise welche wissenschaftlich-technische Entwicklungen – obwohl sie im Interesse des Kapitals hervorgebracht und angewandt – der Vorbereitung des Sozialismus dienen, die Widersprüche zur privaten Form ihrer Nutzung zuspitzen.

Elemente einer Persönlichkeit, die nur im Sozialismus in Gänze durchsetzbar sein wird, zu suchen? (48) Prüfen wir, wie Marx selbst sich zu dieser Frage verhalten hat.

Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von einem Humanismus, dessen Hauptaugenmerk der Würde und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gilt, einerseits und dem Marxismus andererseits, sind so alt wie der Marxismus selbst. Immer wieder wurde dem Marxismus als der Theorie, die ihr Hauptaugenmerk auf die materiellen Bedingungen menschlichen Lebens richtete, das Individuum streitig gemacht: nicht zuletzt deshalb, weil sie sich gegen das Postulat einer allgemein, gleichsam überhistorisch gültigen menschlichen Individualität wandte; weil sie gegenüber Auffassungen menschlicher Geschichte als von „großen Individuen" gemachter herausarbeitete, daß die Geschichte in Wirklichkeit als Geschichte von Klassenkämpfen zu begreifen sei u. ä. mehr.

Wenn nun von Marxisten in Abwehr solcher Vorstellungen eines „abstrakten Menschen", einer abstrakten Individualität immer wieder hervorgehoben wurde, daß der Mensch von gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt ist, daß sein Handeln und Denken von seiner Klassenzugehörigkeit abhängig ist, so bedeutete dies nicht, daß das Individuum dem Marxismus gleichgültig war oder ist. Im Gegenteil ging es ihm um die gesellschaftliche Begründung einer Theorie des Individuums, um die wissenschaftliche Erforschung der materiellen Bestimmtheit der Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen in der Gesellschaft.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen Marxens stand stets die Frage nach der Entwicklung und Entwicklungsmöglichkeit der Menschen — von seinen ersten Studien, den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" bis hin zum „Kapital" (49); präziser: die jeweiligen materiellen Bedingungen wurden jeweils daran gemessen, welche Möglichkeiten der Entfaltung aller menschlichen Anlagen und Fähigkeiten, der Aneignung des von der Gattung Mensch jeweils historisch Errungenen durch das Individuum gegeben waren.

Der französische Philosoph Lucien Sève hält — in Widerrede zu „spekulativ-humanistischer" Deutung einerseits und der „theoretisch-antihumanistischen" Deutung des Marxismus (50) andererseits eine Qualifizierung des Marxis-

48 entfällt.
49 Darauf hat auch erneut F. Tomberg in seiner Auseinandersetzung mit Althusser, dessen Charakterisierung des Marxschen Verfahrens im Kapital als „theoretischen Antihumanismus", hingewiesen: Es gebe „tatsächlich so etwas wie einen Einschnitt in der Marxschen Methode ... Er besteht darin, daß Marx vom unmittelbaren Gegenstand der empirischen Forschung, den konkreten Individuen, abstrahiert, um die von diesen Individuen eingegangenen und permanent aufrechterhaltenen Produktionsverhältnisse, die selbst nicht mehr sinnlich wahrnehmbar sind, in einer spezifischen Form, nämlich der kapitalistischen, zum Ausgangspunkt einer detaillierten theoretischen Rekonstruktion ihres geschichtlichen Prozesses zu machen. Nach wie vor bleiben aber die Individuen, so wie sie in bestimmten und sie bestimmenden Verhältnissen miteinander leben, Gegenstand der Forschung. Die Abstraktion, wie sie das ‚Kapital' vornimmt, geschieht nur um dessentwillen." F. Tomberg, Louis Althussers antihumanistische Kapital-Lektüre, in: SOPO 39, S. 140.
50 L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/M. 1972, S. 136. – Der „theoretisch-antihumanistischen" Deutung zufolge sei der Marxismus das Gegenteil des Humanismus, „da er behaupte, daß der existierende Mensch ... keine reale, selbständige Substanz sei und auch keine wirklich unabhängige Geschichte habe ..."

mus als „wissenschaftlichen Humanismus" für gerechtfertigt: „Er ist es als Theorie der geschichtlichen Widersprüche und Entfaltungsbedingungen der Individuen, der notwendigen Entstehung des, wie Marx sagt, total entwickelten Individuums der kommunistischen Gesellschaft." (51) Die ganze Geschichte könne „sehr zu Recht auch als Geschichte der progressiven Entfaltung der menschlichen Individuen betrachtet werden. Dies sagte Marx in seinem Brief an Annenkow: ‚Die soziale Geschichte der Menschen ist stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklungen, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht.' In diesem Punkt hat Marx nie geschwankt; er wird in seinem späteren ganzen Werk und besonders im Kapital ausgebaut, wo die ganze Entwicklungskurve des gesellschaftlichen Individuums skizziert wird — von den ursprünglichen Gesellschaften mit der für sie charakteristischen ‚Unreife des individuellen Menschen' bis hin zum Kommunismus, in dem sich das ‚total entwickelte Individuum' entfalten wird." (52) So läßt sich folgern, daß die Emanzipation der Klasse der Arbeiter und Emanzipation des Individuums — und folglich der Menschheit überhaupt — in der Marxschen Theorie in keiner Weise in einem gegensätzlichen, oder gar sich ausschließenden Verhältnis stehen, sondern sich vielmehr gegenseitig bedingen; dies fand seinen prägnantesten Ausdruck wohl in dem Postulat einer Gesellschaft, in der die Entwicklung des einzelnen Individuums Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft sein müsse. (53)

Geht es also um die Perspektive des „total entwickelten Individuums", so ist genauer danach zu fragen, wie dieses beschaffen sein soll: Wir finden bei Marx Bestimmungen wie „Allseitigkeit", „Vielseitigkeit", Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte („einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen") (54), Einheit von körperlicher und geistiger Arbeit, Aneignung des von der menschlichen Gattung insgesamt erarbeiteten Erbes an Wissen und Fähigkeiten durch das Individuum: Unschwer lassen sich darin Vorstellungen wiederfinden, die spätestens seit der griechischen Antike die Ideale entwickelter Persönlichkeiten bestimmten. War aber das Ideal der allseitigen Bildung des Menschen — wie es in der griechischen Antike ausgeprägt oder im Humanismus weiterentwickelt wurde — zunächst nur als Gegenbild zur materiellen Produktion formuliert worden, war also seine Realisierung nur für die Nicht-Materiell-Arbeitenden denkbar (55), so klagte im Gegensatz hierzu Marx — und mit ihm die gesamte sozialistische Bewegung des 19. Jahrhunderts — die Verwirklichung dieses Ideals der Allseitigkeit für alle ein, gerade für die in der materiellen Produktion Tätigen. Ziel war eine Aufhebung des Gegensatzes von lebensnotwendiger Arbeit und allseitiger Entfaltung.

An solchen Zielbestimmungen maß Marx schließlich die Bedingungen in der Manufaktur und in der Großen Industrie, d. h. auch in der Analyse der Entwicklungsbedingungen des Individuums in der Arbeit setzte Marx das bereits oben (in Kapitel II) dargelegte methodische Verfahren ein, die empirisch

51 Ebd., S. 141.
52 Ebd., S. 142.
53 Marx/Engels: Manifest der Kommunist. Partei, Berlin/DDR 1945, S. 68. Ferner: MEW 23, S. 618. – Vgl. hierzu auch U. Holzkamp-Osterkamp, Motivationsforschung I, a.a.O., S. 304 ff.
54 MEW 23, S. 381.
55 Dies wurde von uns bereits umrissen in „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialist. Persönlichkeit", in: SOPO 36, S. 64 f.

vorfindbare Wirklichkeit unter der Perpektive des in den Sozialismus hinein Verallgemeinerbaren zu sichten und aufzuschlüsseln (56).

Wird hier nun aber nicht einfach ein utopisches Ideal der schlechten Wirklichkeit gegenübergestellt, oder anders formuliert: ist die postulierte Entwicklung eines allseitig gebildeten Menschen — als Teilbestimmung der sozialistischen Perspektive nicht einfach mehr nur utopische Wunschvorstellung, so müssen in der empirischen Wirklichkeit von Marx bereits Entwicklungsfermente aufgespürt und freigelegt worden sein (57), die in Widerspruch geraten zur Form der kapitalistischen Produktion.

Marx selbst stellt die These auf, daß die Entwicklung der Produktionskräfte die Entfaltung von Konsumtion und Produktion fördere: Das Kapital schaffe „die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als Konsumtion ist" (58). Marx hat einerseits keinen Zweifel gelassen an der Kritikwürdigkeit solcher Verhältnisse, in denen die Entwicklung des menschlichen Gattungsvermögens, der gesamtgesellschaftlichen Potenzen, auf dem Rücken des arbeitenden Individuums sich vollzieht — und dies ist für die Vorgeschichte des und für den Kapitalismus selbst gleichermaßen charakteristisch —, gelassen, dennoch hat er andererseits aufgewiesen, daß diese Entwicklung historisch notwendig war — gerade unter der Perspektive des „total entwickelten Individuums". So heißt es an einer Stelle in zugespitzter Formulierung: „Daß diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, daß also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkauft wird, worin die Individuen geopfert werden." (60)

Auch bei der Kritik des kapitalistischen Produktionsprozesses stellte Marx die transitorische Notwendigkeit der kapitalistischen Industrie in Rechnung: er kritisierte den Scheidungsprozeß der geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses von den unmittelbar materiell Arbeitenden und betonte gleichzeitig die dadurch ermöglichte ungeheure Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte (der wissenschaftlichen Durchdringung des Produktions-

56 Die oben angeführten Zielbestimmungen entwickelter Individuen lassen sich so auch entnehmen aus der Kritik der Verhältnisse in den kapitalistischen Betrieben der Manufakturperiode oder der Großen Industrie; Marxens Erfassungskategorien lassen sich als Negativ- oder Gegenbegriffe charakterisieren: so z. B. „Einseitigkeit", „Teilarbeiter", „Detailgeschick", „inhaltsleere Arbeit". Vgl. MEW 23, S. 381 f., 370, 359, 672 u.a. – Zur grundsätzlichen Bedeutung der sozialistischen Perspektive in der Marxschen Analyse vgl. W. F. Haug, Die Bedeutung von Standpunkt ..., a.a.O.
57 Offensichtlich stellt auch Marx hier einen „zukünftige(n) Entwicklungsgrad der sich sträubenden Realität" gegenüber, wie W. unsere Methode kennzeichnen zu müssen glaubt und als kritikwürdig darstellt. U. E. reicht eine solche Feststellung zur Kritik – oder gar zum Aufweis eines utopischen, unwissenschaftlichen Verfahrens – keineswegs aus; müßte es doch vielmehr darum gehen, zu überprüfen, inwieweit in dem empirischen, dem „widersprüchlichen Prozeß der Entwicklung" /134/ die Begründungselemente für den „zukünftigen Entwicklungsgrad aufgedeckt werden können.
58 K. Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 231.
59 entfällt.
60 MEW 26, S. 111.

prozesses) (61): „Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital. Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen." (62) Dieser Prozeß vollende sich in der großen Industrie, „welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt." (63)

Marx arbeitete heraus, worin der historische Fortschritt der Großen Industrie gegenüber Manufaktur, und vor allem auch gegenüber handwerklicher Produktion lag; er tat dies, indem er das in der Großen Industrie sich an die Stelle des Alten der vorangehenden Produktionsweisen setzende Neue unter der Perspektive des in sozialistische Verhältnisse hinein Verallgemeinerbaren und Aufhebbaren bestimmt negierte. Dabei beschränkte er sich keineswegs auf die materiellen Produktivkräfte, auch der Entwicklung der subjektiven Produktivkräfte, der arbeitenden Individuen wurde auf diese Weise nachgegangen.

So wies Marx z. B. auf die Folgen der Vergesellschaftung der Arbeit, der Notwendigkeit der Kooperation auf die arbeitenden Individuen hin (64), ferner arbeitete er heraus, wie durch die Entwicklung der Großen Industrie die Aufhebung der Fesselung der Individuen an Teilaufgaben möglich wurde, und damit eine Entwicklung zur Vielseitigkeit vorbereitet wurde. Somit können wir zur Eingangsfrage zurückkehren, wie Marx die Perspektive der allseitigen Entwicklung des Individuums in der wirklichen Entwicklung begründete und welche Präzisierungen wiederum er schließlich umgekehrt aus dieser Begründung gewann.

Zur Präzisierung der Perspektive der Entwicklung des Individuums, wie sie in der von Marx vorgefundenen Empirie angelegt war, liegen folgende Aussagen vor: es werde durch die revolutionäre technische Basis der Großen Industrie notwendig und möglich, das „Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind" zu ersetzen; notwendig werde der Wechsel der Arbeiten und daher „möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz" (65).

Allseitigkeit scheint also möglich durch Wechsel der Tätigkeiten, dieser wiederum möglich durch die Aufhebung der Notwendigkeit des Detailgeschicks. Was als weitere Bestimmung des entwickelten Individuums von Marx selbst genannt wurde — wie Vereinigung von Hand- und Kopfarbeit, Aneignung des Gattungsvermögens durch das Individuum — war offenbar in der materiellen Tätigkeit zunächst nicht auffindbar. So wird es erklärbar, daß die von Marx angegebene präzisierte Perpektivbestimmung nach wie vor unpräzise, insofern als unentschieden und unklar bleibt, wie die Verwirklichung der Allseitigkeit konkret denkbar ist. Ein Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung in der Arbeit war offenbar auf dem Stand der Entwicklung der technischen Basis, wie Marx sie vorfand, noch nicht als empirisch begründbarer einholbar, das heißt noch nicht als Entwicklungstendenz (die auf Verallgemeinerung drängte — im Widerspruch zur kapitalistischen Form der Arbeit) freizulegen.

Seit Marxens Analyse wurden nun aber vom Kapital aus dem fortwirkenden Zwang zur Verwertung des Werts die materiellen Produktivkräfte in einem ungeheuren Ausmaße weiterentwickelt, so daß die Frage naheliegt, ob nicht durch neuere Entwicklungen neue Möglichkeiten geschaffen wurden zur Einsicht in die konkreten Perspektiven individueller Entwicklung, ob nicht in der weiter entwickelten Empirie reale Perspektiven der umfassenderen Verwirklichung allseitiger Entwicklung der Individuen — konkreter als dies zu Marxens Zeiten möglich war — ausmachbar sind. Diese Fragen bedürfen der empirischen Überprüfung — mit den von Marx entwickelten methodischen Instrumentarien —, werfen doch, wie bereits Seve formulierte, „die politischen Kampfaktionen selbst die Grundprobleme der Psychologie der Persönlichkeit, die Theorie des Individuums (auf). Die Rückkehr der Theorie zum Problem der menschlichen Individuen gehört also zu den Kernfragen des Marxismus." (66) So soll es im folgenden darum gehen, den Weg zur Lösung dieser Aufgabe zu diskutieren.

(Teil IV und V folgen in SOPO 41)

61 MEW 23, S. 386.
62 MEW 23, S. 382.
63 Ebd.
64 (So z. B. MEW 23, S. 354.) – Bei Marx finden sich mehrere derartige Hinweise verstreut im „Kapital" und „Grundrissen", die zur systematischen Erforschung herausfordern (so z. B. Grundrisse ..., a.a.O., S. 231). Allerdings haben weder Marx noch die marxistische Wissenschaft nach ihm die Konsequenzen dieser Umwälzungsfaktoren für die Entwicklung der arbeitenden Individuen, ihre Haltungen und Fähigkeiten systematisch untersucht. Dieses folgenreiche Desiderat zu beheben, hat sich das Projekt Automation und Qualifikatio u.a. zur Aufgabe gemacht, – lassen sich doch auch erst auf der Grundlage einer Geschichte der Arbeit die Konsequenzen gegenwärtiger technischer Entwicklungen auf die Entfaltung der Individuen umfassend bestimmen. – Vgl. dazu: Automationsarbeit I (Methode), erscheint demnächst als Argument Sonderband AS 19.
65 MEW 23, S. 512.
66 L. Sève a.a.O., S. 140. – Bereits Lenin hat mehrfach auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich für den Aufbau des Sozialismus in der SU aus der Rückständigkeit der Produktivkräfte, der materiellen und subjektiven, ergaben: „Barbarei", Analphabetentum, wie sie in dem industriell unterentwickelten Rußland von der herrschenden Klasse selbst nicht hatten überwunden werden müssen, hatten sich nach der Oktoberrevolution immer wieder als beschleunigt zu überwindendes Hemmnis für den sozialistischen Aufbau herausgestellt. Konfrontiert mit den konkreten Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus einerseits und den kulturellen Hinterlassenschaften des russischen Kapitalismus andererseits, hat Lenin wiederholt auf die Notwendigkeit der Bildung der Menschen, die die neue Gesellschaft gestalten sollten, hingewiesen: Bekannt sind seine Ausführungen über die Unabdingbarkeit der Propaganda gegen „Barbarei" und ..solche Geschwüre wie die Bestechlichkeit", gegen die „drei Hauptfeinde", den „kommunistischen Hochmut", das Analphabetentum und die Bestechlichkeit. („Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für Politisch-Kulturelle Aufklärung", in: Lenin-Werke, Bd. 33, S. 57 ff.). So liegt auf der Hand, daß es Lenin hier um die Ausstattung der die Durchsetzung des Sozialismus vorantreibenden Individuen ging. – Vergegenwärtigt man sich, daß in den kapitalistischen Industrieländern z. B. der Kampf gegen Analphabetismus von der herrschenden Klasse selbst geführt wurde – indem sie den Anforderungen der industriellen Produktion Rechnung tragen mußte – sie insofern ein anderes Erbe hinterlassen hat, bzw. hinterlassen wird, als die russische Bourgeoisie, stellen sich gerade unter der Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen neue Aufgaben für die sozialistische Bewegung, die zugleich auch Aufgaben für die marxistische Forschung darstellen, nämlich die Untersuchung der konkreten Beschaffenheit der Individuen, die zum Kampf um die Veränderung der sozialen Verhältnisse gewonnen werden sollen.

Christoph Kievenheim

„EUROKOMMUNISMUS" UND „REALER SOZIALISMUS"

Thesen zu einer auch bei uns notwendigen Diskussion

„Der Gipfel von Madrid hat gezeigt, daß der Eurokommunismus eine Realität ist. Drei Parteien, die zu den wichtigsten der kapitalistischen Welt zählen, vertreten dieses Konzept und haben seine wesentlichen Züge in einem gemeinsamen Dokument umrissen. Es geht darum, mit einer Ausweitung und Entwicklung der Freiheiten und Menschenrechte, welche eine unverzichtbare Eroberung sind, auf den Sozialismus zuzugehen." (Santiago Carillo, zit. n. Berliner Extradienst 18. März 1977)

I.

Die Diskussion um den Eurokommunismus hat auch in der Bundesrepublik längst begonnen. Für die einen ist er bloß eine „Erfindung der Bourgeoisie", für andere Perspektive eines „dritten Weges" zwischen Sozialdemokratie und „Stalinismus". Die meinungsbildenden Medien schwanken zwischen Skepsis und Hoffnung auf das neue Schisma der kommunistischen Bewegung. In deren Reihen wird die Auseinandersetzung mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung in das Spannungsfeld zwischen „allgemeinen Gesetzen" der Transformation und „proletarischem Internationalismus" einerseits, „nationalen Besonderheiten" und Eigenständigkeiten andererseits gestellt. Theoretisch bleibt die Abgrenzung häufig unscharf, weil strukturelle Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung mit „empirischen Verallgemeinerungen" historischer Erfahrung vermischt werden. Bisweilen scheint vergessen, was gerade die Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" konkretisiert: die historische Entfaltung der strukturellen Gesetze. Die Transformation setzt nicht an beliebigen Voraussetzungen an — diese sind vielmehr strukturell historisch zu bestimmen. Eine weitere Barriere liegt in der Schwierigkeit, die existierenden Gesellschaften sozialistischer Eigentumsverhältnisse in ihrer *spezifischen* historischen Gewordenheit zu begreifen, sie als *Sonder*entwicklung zu verstehen, mit der Phasen ökonomischer Entwicklung, wie auch die Herausbildung von Klassenbewußtsein, übersprungen wurden. Dieses Theorie-Defizit kann hier nicht aufgeholt werden — fragmentarisch sollen nur Aspekte aufgezeigt werden, die vielleicht Ansatzpunkte für die weitere Diskussion liefern. In ihr sollten insbesondere die von mir hier vernachlässigten *subjektiven Umsetzungs*bedingungen der neuen Konstellation konkretisiert werden.

II.

Die objektive Grundlage der Marxschen Theorie gesellschaftlicher Transformation bildet das Bewegungsgesetz von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die alte Gesellschaft entwickelt ihre Produktivkräfte bis zu einem

Stadium, in dem ihre Formen immer mehr in Fesseln der weiteren Entfaltung umschlagen. „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind." (MEW 13, S. 8/9) Die Bedingungen der Umwandlung der alten verbinden sich hier mit denen des Aufbaus der neuen Gesellschaft, wobei zu den ökonomischen Voraussetzungen die Entwicklung des Proletariats zur Mehrheitsklasse und — in der Auseinandersetzung mit dem Kapital und den von ihm gesetzten Reproduktionsbedingungen — zur Klasse „für sich" tritt. Auch dies ist eine wesentliche Bedingung für die Gestaltung einer Gesellschaft, deren Verkehr auf dem bewußten Handeln der Individuen als Teile des gesellschaftlichen Gesamtkörpers beruhen soll. Lenin hat später auf der Grundlage seiner Imperialismusanalyse und der Bestimmung der Rolle Rußlands im internationalen Kontext sowie der inneren Entwicklungsprobleme des russischen Kapitalismus und der Bourgeoisie eine Modifikation der Theorie vorgenommen, mit der die Kontinuität der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse begründet wurde. Gleichwohl stand mit der Oktoberrevolution die Aufgabe , das Entwicklungsdefizit in der alten Gesellschaft unter den neuen Verhältnissen aufzuholen. In der Periode dieses Einholens sowohl objektiver als auch subjektiver Sozialismusbedingungen haben sich Formen des politischen Überbaus herausgebildet, die diese Defizite in spezifischer Weise kompensieren und zugleich aufheben sollten. Sie waren wie alle Formen der Macht nicht nur grundlegend bestimmt durch die Formen der Aneignung, sondern auch durch die Entwicklung der objektiven und subjektiven Klassenverhältnisse. Letztere setzten sich insbesondere durch eine historische Diskrepanz zwischen (objektiven) Interessen und (subjektivem) Mehrheitswillen durch, deren Verbindung Olivier Lenoir zu Recht als wesentliches Moment der (euro-) kommunistischen Demokratiekonzeption postulieren konnte. (Vgl. SOPO 37/38, S. 66 ff.) Die Transformationsbedingungen für einen Sozialismus in Westeuropa haben indessen die Marxschen Voraussetzungen nicht nur eingeholt, sie haben sich in gewissem Sinne bereits über sie hinaus entwickelt. Die Vertreter der Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" haben dies ebenso erkannt wie die moderne marxistische Klassenanalyse. Unter diesen Bedingungen erscheint die strategische Neuorientierung des westeuropäischen Marxismus, die an bereits entwickelten Konzepten der „antimonopolistischen Demokratie" u.a. anknüpft, weniger ein methodisch-theoretischer Revisionismus gegen Marx als gegenüber der politischen Praxis in den existierenden sozialistischen Gesellschaften und deren theoretischer Reflektion zu sein.

III.

So wie für Marx und Engels die Entfaltung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen die historische Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft begründete und zugleich die materiellen Voraussetzungen der neuen Gesellschaft herausbilden sollten, waren die *Formen* dieses Übergangs u.a. bestimmt durch den objektiven und subjektiven Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sowie durch die politischen Formen, welche die Herrschaft der Bourgeoisklasse angenommen hatte. So schreibt Engels, daß über eine demokratische Staatsverfassung „direkt ... die politische Herrschaft des Proletariats her(zu)stellen" sei,

„wo die Proletarier schon die Majorität des Volks ausmachen." (MEW 4, S. 372) Oder: „Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, ... wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volks hinter sich hat: in demokratischen Republiken, wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie in England ..." (22, S. 234) Diese Fragen hängen schließlich ab vom Entwicklungsstand der Arbeiterklasse. Die Möglichkeit gegenrevolutionärer Gewalt war damit nicht außer acht gelassen. (MEW 22, S. 509 ff.) Gleichzeitig ist der Begriff der Diktatur des Proletariats — als Bezeichnung einer Übergangsherrschaft — bei Marx und Engels nicht nur primär inhaltlicher Begriff (auf der Grundlage der Auffassung, daß alle Staaten letztlich Klassenstaaten sind) und nicht Formbegriff (im Sinne spezifischer Macht- und Regierungsformen einer Klasse), sondern auch untrennbar verbunden mit der Auffassung des Proletariats als der einzig revolutionären Klasse, der einzigen Klasse, „die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig" ist (MEW 17, S. 344). Dies in Absetzung zu den Mittelklassen, die als Repräsentanten vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse zwischen der politischen Subsumtion unter die eine oder andere Hauptklasse schwanken.

IV.

Wenn oben betont wurde, daß sich die Transformationsbedingungen heute über den *spezifisch historischen Kontext* der Marxschen Analyse herausentwickelt haben, kann zunächst auf den Entwicklungsstand der Sozialstruktur verwiesen werden. Auch bei Berücksichtigung aller nationalen Differenzierungen bilden die am Sozialismus potentiell interessierten lohnarbeitenden Klassen und Schichten in den industriell entwickelten Ländern heute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Die für die Arbeiterklasse primär relevanten Bündnisschichten teilen mit dieser nicht nur die grundlegende sozialökonomische Form der Arbeit — gemeinsam ist ihnen zugleich auch ihre Beziehung zu den Entwicklungsperspektiven der Produktivkräfte. Nach der „stofflichen" Seite ihrer Arbeit antizipiert etwa die „wissenschaftlich-technische Intelligenz" Elemente von Tätigkeiten, die auf einem höheren Entwicklungsstand alle Arbeitstätigkeiten zunehmend durchdringen werden: Elemente der geistigen Arbeit. Diese gemeinsame sozio-ökonomische Form und Perspektive bezeichnet den qualitativen Unterschied zu den „traditionellen Mittelschichten", also den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Warenproduzenten. Gemeinsame antikapitalistische Interessen standen hier der perspektivischen Notwendigkeit des radikalen Bruchs mit der alten Produktionsweise spätestens im Aufbau des Sozialismus gegenüber. Die Spannung zwischen Ausgang und Perspektive bestimmte die Beziehung von Kontinuität und Bruch der Koalition. Die einheitliche gemeinsame Perspektive begründet die heutige Möglichkeit des langfristigen kontinuierlichen Bündnisses, des pluralistischen Austragens differenzierter Interessenstandpunkte unter Führung — nicht unter *Vor*herrschaft — einer Klasse.

Kapitaleigenschaft" hat die Kapitalistenklasse längst genötigt, „mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln" (MEW 20, S. 258). Ich will den wachsenden Staatsinterventionismus als *objektiv* transzendierendes Moment des Kapitalverhältnisses (der freilich dies nicht abschafft, sondern seine Widersprüche nur auf eine neue Stufe hebt) hier nicht weiter behandeln. (Damit auch nicht die neuen Bedingungen der Transformation von Staats*funktionen*).

Aber dieser Staatsinterventionismus schafft — indem er die Lohnarbeiter letztlich auf die Ebene der gesamtgesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen zwingt — auch subjektive Voraussetzungen neuer gesellschaftlicher Praxis und damit für die Entstehung politischen Bewußtseins. Auch unterhalb der Ebene des Staates drängt die Abhängigkeit der individuellen Reproduktionsbedingungen der Lohnarbeit von immer größeren und komplexeren ökonomischen Einheiten zu höheren Formen kollektiver Organisation und Interessenvertretung. Im Kampf für demokratische Mitbestimmung und Kontrolle vermag sich die Diskrepanz zwischen bloß „trade-unionistischem" Bewußtsein und gesellschaftlichem Klassenbewußtsein vielfältig zu vermitteln. In dem Maße, wie um Positionen ökonomischer und politischer Kontrolle, um institutionalisierte betriebliche und gesellschaftliche Einflußnahme gekämpft wird, werden aber auch für den Sozialismus relevante Erfahrungen sich entwickeln können und zugleich das Bewußtsein über den Gebrauchswert demokratischer Freiheiten wachsen. In diesen Kämpfen können die Lohnarbeiter erkennen, daß die formalen Freiheiten der politischen Sphäre nicht nur erweitert werden müssen, sondern daß erstere auch unabdingbare Voraussetzung für die Erweiterung sind. Der Widerspruch zwischen individueller und kollektiver Freiheit, zwischen formalen Rechten und ihrer inhaltlichen Bestimmung, in dessen Spannungsfeld die Lohnarbeiter bereits im Kapitalismus kämpfen — wird sich auch für die sozialistische Perspektive nicht einfach zum Dualismus von „bürgerlichen Freiheiten" und Klassenherrschaft verkehren lassen.

Es läßt sich schließlich ein Transformationsprozeß auf friedlichem Wege — wie er wohl von allen kommunistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder angestrebt und nicht zuletzt durch neue internationale Kräfteverhältnisse möglich wird — nur als ein Prozeß schrittweiser Transformation, als Veränderung der ökonomischen und politischen Kräftekonstellationen im Kampf um kontruktive Reformalternativen gegenüber monopolistischer Ökonomie und Politik denken. Ein solcher friedlicher Übergang muß sich zu jedem Zeitpunkt auf eine Übereinstimmung von objektiven Interessen und subjektivem Willen der Mehrheit stützen, eine konsensuale Hegemonie, die in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um konkrete Ziele jeweils zu erringen ist und sich auch parlamentarisch legitimiert. Die Herstellung dieser Übereinstimmung ist umso eher möglich, wie auf Basis eines hochentwickelten Produktivkraftniveaus und des real erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums die materielle Rationalität real vergesellschafteter Produktion nicht mehr nur als Zukunftsvision erscheint, sondern diese bereits in früheren Entwicklungsetappen im materiellen Lebensniveau zum Tragen kommen. Die Schere zwischen aktuellen und perspektivischen, zwischen Einzel- und Gesamtinteressen ist geringer geworden.

V.

In den heute existierenden Gesellschaften mit sozialistischer Eigentumsverfassung erfolgte (mit Ausnahme der CSR und des östlichen Deutschland, wo aber infolge der Teilung eines ehemals einheitlichen nationalen und wirtschaftlichen Raums, der historischen Traditionen des Faschismus etc. unterentwickelte Sozialismusbedingungen vorherrschten) die Ablösung der alten politischen Herrschaftsformen zu einem Zeitpunkt, zu dem die materiellen und sozialstrukturellen Voraussetzungen des Aufbaus einer neuen Gesellschaft noch keineswegs herangereift waren. Die Schwäche der alten Ordnungen war wesentlich durch die Entwicklungsschwierigkeiten des nationalen Kapitalismus innerhalb des imperia-

listischen Gesamtsystems und durch die Widersprüche der inneren Herrschaftsstruktur bedingt. Die wirtschaftlichen und politischen Systeme Mittel- und Südosteuropas stürzten infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse, die „volksdemokratischen Ordnungen" verdankten ihre Existenz in entscheidendem Maße der Tatsache, daß ihre politischen Machtstrukturen durch die Präsenz der sowjetischen Armee abgesichert wurden (bzw. ihrer Intervention bei späteren politischen Krisenprozessen). Aber selbst dort, wo der Übergang zu einer neuen Ordnung für einen größeren Teil der Bevölkerung die auch subjektiv wahrgenommene Konsequenz des Kampfes gegen den Faschismus war, mußte die materielle Basis der neuen Gesellschaft erst *nachträglich* geschaffen werden, waren sozialistische Eigentumsverhältnisse an den Hauptproduktionsmitteln (wie sie ja bereits in den Stadien der „antifaschistisch-demokratischen Ordnungen" durchgesetzt waren) zunächst *Formen*, die erst real ausgefüllt werden mußten, brauchte es längere Zeiträume, bis die Vorteile einer vergesellschafteten Produktion voll wirksam und für die Bevölkerung erfahrbar werden konnten.

In den meisten Ländern verfügte die Arbeiterklasse weder über eine sozialstrukturelle Mehrheit noch über derart fortgeschrittene, massenhafte Kampferfahrungen, in denen die für einen demokratischen und sozialistischen Aufbau unverzichtbaren Bewußtseinsmomente breit angelegt sein konnten. Die Bedingungen des sozialistischen Aufbaus wurden darüber hinaus in Rußland durch die Intervention und langjährige internationale Isolierung und in den „volksdemokratischen" Gesellschaften Osteuropas durch den „Kalten Krieg" bestimmt.

Dies sind einige Voraussetzungen dafür, daß der politische Wille einer „Avantgarde" sich zwar auf die wissenschaftliche Analyse der perspektivischen Interessen einer Bevölkerungsmehrheit stützen mochte, nicht aber unbedingt auf den subjektiven Mehrheitswillen bzw. dessen aktiver Wahrnehmung in der politischen Aktion. Diese Diskrepanz zwischen subjektivem Mehrheitswillen und mehrheitlichen Interessen — die in verschiedenen Phasen des Prozesses unterschiedliche Ausmaße annahm — führte bei Erhaltung und Weiterentwicklung des Systems zu einer Einschränkung der politischen Willensbildung auf diejenigen, die subjektiv willens waren, die als objektiv erkannten Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung zu vertreten und durchzusetzen. Die Entwicklung der proletarischen Avantgarde-Partei zum institutionalisierten Zentrum politischer Macht, das Konzeptionen gesellschaftlicher Entwicklung und konkreter Entwicklungsschritte nicht mehr in Formen *politischer* Mehrheitswillensbildung im Wettbewerb mit politischen Alternativen legitimierte, ist ein Ausdruck dieser Konstellation.

VI.

Lenin hatte bereits in einer Polemik gegen Plechanow formuliert, daß „wir auch ohne Diktatur sehr gut auskämen", „wüßten wir wirklich *positiv*, daß das Kleinbürgertum das Proletariat unterstützen wird, wenn das Proletariat seine, die proletarische Revolution, vollbringt." (LW 6, S. 37) „Diktatur des Proletariats" war hier noch in einem allgemeinen, den Klasseninhalt der Macht bezeichnenden Sinn gemeint. Angesichts der Bedingungen der russischen Revolution entwickelt sich seine Diktatur-Konzeption schließlich zu einem sehr konkreten Konzept — der *Form* politischer Macht, das er selbst nur in beschränkter Weise für verallgemeinerbar hielt. Vor dem Hintergrund der russischen Bedingungen weist er es allerdings auch in der internationalen Diskussion als eine Illusion zurück, „zu verlangen, daß diese Avantgarde (d. h. die

revolutionäre Avantgarde des Proletariats, C. K.) *im voraus die Mehrheit des Volkes* durch Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten" ... gewinnen könne. (LW 30, S. 330) Mochte für den Sturz des Zarismus eine solche Mehrheit noch mobilisierbar gewesen sein, spätestens mit dem Beginn des Aufbaus mußten sich zwischen den bisherigen Bündnispartnern für die neue Ordnung existenzbedrohende Widersprüche auftun. Die inneren und die „äußeren Schwächen" (Bürgerkrieg, Intervention und die Folgen) führten sowohl zur Liquidierung der anderen Parteien als auch zur Entfunktionalisierung der rätedemokratischen Ordnung, schließlich zur Ausübung der Diktatur durch eine Partei. Die Quasi-Institutionalisierung der Kommunistischen Parteien der volksdemokratischen Länder Osteuropas zu herrschenden Parteien sind nicht einfach einer willkürlichen Übertragung des politischen Systems der UdSSR geschuldet, sondern beruht auf vergleichbaren strukturellen Bedingungen. Zugleich scheint mir das Machtmonopol einer Partei auch in seiner *Möglichkeit* nur erklärbar durch eine historische Schwäche der Arbeiterbewegung, in der sich divergierende sozialistische Strömungen keinen Legalitätsspielraum mehr erhalten konnten. Wenn man schließlich die Deformation dieses politischen Systems im „Stalinismus" analysiert, ist dies nur auf der Basis der Berücksichtigung der Schwäche der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung möglich. Die Erklärung des „stalinistischen Phänomens" liegt schließlich nicht in den moralischen Qualitäten einer Person oder eines „Führungszirkels". Zu analysieren sind vielmehr die Hindernisse, diese demokratisch zu kontrollieren, also die Strukturen des Staates und der Partei, der Zustand und der reale Einfluß der Massen. Die Deformationen dieses Systems waren insofern als Möglichkeit in deren Unterentwickeltheit angelegt. Vermittlungsglieder waren auf der politischen Ebene neben dem Machtmonopol der Partei die Liquidierung einer demokratisch-pluralistischen *politischen* Öffentlichkeit und schließlich die Einschränkung der Demokratie in der Partei selbst.

Es ist freilich unbestreitbar, daß dieses politische System in einem bestimmten Stadium der Produktionsentwicklung nicht nur die erweiterte Reproduktion der ökonomischen Basis mitvorangetrieben hat, sondern unter den geschaffenen objektiven und sozialstrukturellen Voraussetzungen auch Korrekturen des gesellschaftlichen Machtmechanismus möglich waren, ohne daß die auftretenden Krisenprozesse seine politische Grundstruktur in Frage stellten. Fortschritte in der Einbeziehung qualifizierter Masseninitiative in den ökonomischen Entscheidungsprozeß sind unverkennbar. Sie sind besonders in dem Maße zu verzeichnen, wie sich die Schere zwischen der Entwicklung der Akkumulation und des Konsumtionsniveaus der Massen schließt, die Werktätigen unmittelbarer die Früchte zunehmend geistig-wissenschaftlicher Produktionsanstrengungen „ernten" können. Freilich verändern sich auch die Anforderungen an qualifizierter Initiative, die Entwicklung von Produzentenpersönlichkeiten, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen aktiv in den Prozeß der Willensbildung und Umsetzung eingreifen. Und es ist hier die Frage zu stellen, inwieweit das bisherige Ausmaß des Demokratisierungsprozesses hinreicht, um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig muß es — auch durch die äußere Stabilisierung des sozialistischen Staatensystems — vom Standpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung immer uneinsichtiger werden, wieso elementare *politische* Rechte und Freiheiten als Voraussetzungen politischer Willensbildung nach wie vor aus dem Demokratisierungsprozeß ausgespart bleiben und das Austragen der auch im Sozialismus vorhandenen gesellschaftlichen Interessen- und Positionsdifferenzen in einem weiten Bereich in die Sphä-

re der Illegalität gedrängt wird. Damit besteht immer wieder die Gefahr, daß ein legal nur eingeschränkt kontrollierbarer Exekutiv- und Verwaltungsapparat auch als hemmender Faktor der gesellschaftlichen Weiterentwicklung auftritt. Mögen die heutigen „Bürgerrechtsbewegungen" in den sozialistisch verfaßten Gesellschaften dies auch primär vom „individuellen" Standpunkt der Betroffenheit formulieren: die Notwendigkeit der weiteren politischen Demokratisierung stellt sich objektiv unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Weiterentwicklung insgesamt.

VII.

Unter heutigen und absehbaren Bedingungen in Westeuropa den Sozialismus durch die Mehrheit zu erkämpfen und aufzubauen, wird bedeuten, vorhandene heterogene Strömungen dieser Mehrheit in den Prozeß einzubeziehen. In Frankreich, Italien und anderen westeuropäischen Ländern weisen die absehbaren Merheiten für demokratische Umgestaltungen eine solche heterogene politische Struktur auf. Der Prozeß kann nur durch die praktische Dialektik von Auseinandersetzung und Einigung dieser verschiedenen politischen Strömungen vorangetrieben werden. Dazu bedarf es — auch unter den Bedingungen der „antimonopolistischen Demokratie" und der durchgesetzten sozialistischen Produktionsverhältnisse — unabdingbar der institutionellen Garantien und Vermittlungsformen auf staatlicher Ebene. Das schließt — sofern verschiedene Parteien als Ausdruck differenzierter Interessen und Auffassungen vorhanden sind — die *institutionalisierte* Vorherrschaft einer Partei auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene aus. Die Garantie der individuellen Meinungs- und Organisationsfreiheit ist hier nicht als bloßes Zugeständnis an historische Traditionen und Bündnispartner zu verstehen, mit denen man gemeinsam das politische Terrain erobert hat. Sie ist vielmehr eine Form der Partizipation der Massen am politischen Willensbildungsprozeß. Die Garantie kann sich nun aber nicht auf die Sicherung der Rechte der jeweils bündnisbereiten Kräfte beschränken. Die Legalität der politischen Willensbildung verlangt nach einer allgemeinen Form. Das schließt ein, daß nicht mehr in den Schutz dieser Garantien kommt, wer sich gewaltsam außerhalb der Legalität stellt. Aber innerhalb dieser Legalität müssen sie jedem gesichert sein.

Es geht m. E. den westeuropäischen Marxisten um die Bewahrung und Weiterentwicklung von Formen repräsentativer Demokratie auf der Basis der Beseitigung des Widerspruchs zwischen formaler politischer Gleichheit und Freiheit einerseits und der — durch das Kapitalverhältnis bedingten — ökonomischen Ungleichheit und Abhängigkeit andererseits. Erweiterung bedeutet hier freilich dann auch die Entwicklung von Formen demokratischer Willensbildung im ökonomischen Bereich und der unmittelbaren Einbeziehung der Bevölkerung in alle gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse.

VIII.

Die *Formulierung* strategischer Neuorientierungen im westeuropäischen Marxismus — die historisch keineswegs so spektakulär einsetzte, wie es unsere Presse etwa nach dem 22. Parteitag der KPF oder dem Hervortreten der spanischen Kommunisten vermeldete, ist untrennbar mit den Fortschritten der Arbeiterbewegung, der Erweiterung ihrer Massenbeziehungen, der Konkretisierung der Bündnisse und Transformationsperspektiven verbunden. Der Rückstand in der westdeutschen und westberliner Diskussion kann deshalb

keinesfalls vordergründig allein als ein Produkt der spezifischen Verquicktheit marxistischer Theorie- und Praxisentwicklung mit den existierenden sozialistisch verfaßten Gesellschaften erklärt werden. Die marxistische Rezeption hierzulande befände sich andererseits in einem Irrtum, wenn sie glaubte, die aufgeworfenen Fragen hätten wegen der hiesigen Unterentwickeltheit der praktischen Bewegung nur eine „außenpolitische" oder visionär-perspektivische Bedeutung. Gerade die sehr viel unmittelbarere Einwirkung existierender sozialistischer Gesellschaften auf die hiesigen Politikmöglichkeiten, die Erfahrung der deutschen Sozialdemokratie mit einer bestimmten Form von Aktionseinheits- und Vereinigungspolitik verlangen nach Klärungen der historischen Umstände und der gewollten Perspektiven. Die Erkenntnis der strukturell-historischen Dimension der Debatte stellt die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit der strategischen Konsequenzen über „nationale Besonderheiten" hinaus. Diese Diskussion hat bereits keimhaft sowohl auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie als auch innerhalb der Kommunistischen Parteien begonnen. Sie wird sich dauerhaft auch hier nur in Vermittlung mit konkreter politischer Praxis weiterentwickeln können. Auf dem Standpunkt entwickelter Verhältnisse (wie sie uns heute zumindest durch die Situation in einigen westeuropäischen Ländern auch subjektiv vorgezeichnet sind,) kann die Frage nach Spaltung und Einheit der Arbeiterbewegung nicht allein theoretisch-historisch neu gestellt werden. Jenseits von Spekulation und moralisierender Kritik hat materialistische Wissenschaft für diese Diskussion Material bereitzustellen.

Bernhard Heidtmann

„EUROKOMMUNISMUS" ALS IDEOLOGIE?

Über theoretisch-politische Voraussetzungen der Sozialismus-Frage*

> „Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird).Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 35)

Wieweit sich die Sozialismusdiskussion derzeit noch im Vorfeld einer Klärung ihrer theoretischen Voraussetzungen bewegt, beweisen besonders diejenigen Beiträge, welche den *strategischen Erörterungen* gegenüber *theoretischer Analyse* der gesellschaftlichen Bedingungen sozialistischer Politik den Vorrang geben. Ein Ungleichgewicht von ideologisch-politischer Meinungsbildung über den Gegenstand der Diskussion auf der einen Seite und der theoretisch-methodischen Reflexion der objektiven historischen Umstände, unter denen die Sozialismusfrage gestellt ist andererseits, ist u.a. aus den folgenden, zunächst allgemein zu skizzierenden Gründen auch in Chr. Kievenheims Thesen angelegt.

In den Thesen werden mehr oder weniger direkt theoretisch und politisch bedeutsame Problemstellungen der marxistischen Arbeiterbewegung aufgegriffen: die Rolle der *Mehrheiten in der Bündnisfrage*, die Bedeutung der *Diktatur des Proletariats in der Organisationsfrage*, die Unterscheidung von *sozialistischer* und *bürgerlicher Demokratie* usw. Diese Fragen wurden besonders auch nach dem XXII. Parteitag Themen der politischen Diskussion innerhalb der FKP — gegenüber kurzfristigen Lösungsangeboten bleiben sie aber substantieller und weiter zu entwickelnder Bestandteil des wissenschaftlichen Sozialismus. Die folgenden kritischen Bemerkungen zielen jedoch nicht auf die Positionen, die innerhalb der FKP debattiert wurden (z. Teil von der SOPO in den Heften 36 und 37/8 dokumentiert). Es geht vielmehr u. a. darum, die *Art und Weise* von *Verallgemeinerungen* gewisser Bestandteile aus der französischen (und italienischen) Diskussion zu *Bestimmungsgründen* sozialistischer Strategie in Westeuropa zu kennzeichnen, die u. a. auch in Kievenheims Thesen zu beobachten ist. Denn mit diesen Verallgemeinerungen ist wohl auch unterstellt, daß die französische Linke, die durchaus kontroversen Ergebnisse ihrer Diskussion (vgl. dazu E. Balibar gegenüber L. Sève u.a. zum Problem der Diktatur des Proletariats, in: SOPO 37/8) als einen verbindlichen Kanon von Orientierungspunkten für die gesamteuropäische sozialistische Politik verstünde — ein Gesichtspunkt, den etwa Berlinguer (Dokumente der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Bln (DDR) 1976) deutlich in Abrede gestellt hat. Problematisch in dieser Unterstellung ist aber vor allem dies: die Thesen

* Der folgende Beitrag bezieht sich auf Christoph Kievenheims Thesen, die in diesem Heft der SOPO veröffentlicht sind (Seitenangaben in Klammern).

abstrahieren von einem empirisch entscheidenden Moment, den unterschiedlichen ökonomischen und politischen Verhältnissen in den Ausgangsbedingungen sozialistischer Politik im Bereich der westeuropäischen Länder selbst; *Unterschiede* (beispielsweise in der politischen Struktur der Linkskoalition sowie der ökonomischen Verhältnisse der westeuropäischen Länder) und *Gemeinsamkeiten* (hinsichtlich ihres objektiv ökonomischen Verhältnisses zur EG und zu den USA) werden nicht beim Namen genannt, geschweige denn Gegenstand der Analyse. Dagegen ist bei K. der *„Eurokommunismus"* oder ein *„westeuropäischer Marxismus"* Orientierungsbegriff einer Verallgemeinerung spezieller Auffassungen, die durch Abstraktion gerade von empirischen Verhältnissen gekennzeichnet ist. Wird an die Thesen die Frage gerichtet, wessen Interesse und welche Auffassungen durch die Verwendung des Terminus „Eurokommunismus" ausgedrückt sein sollen, so kann festgestellt werden, daß „Eurokommunismus" und „westeuropäischer Marxismus" hier für eine Orientierung stehen, die sich deutlich zu einer Auffassung in Gegensatz befindet, welche von den wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus ausgeht und in der Sozialismusfrage deren grundsätzlich internationalen Charakter in der allgemeinen Analyse der ökonomischen Gesellschaftsformationen anerkennt und darstellt.

1. Die theoretische Konstruktion

Wie die bürgerliche Systemtheorie (Luhmann) und die kritische Gesellschaftstheorie (Habermas) geht auch Kievenheim in seiner Erörterung der Sozialismusfrage davon aus, daß die Marxsche Theorie der sozialistischen Revolution schon deshalb nur beschränkt Gültigkeit besitze, weil die „Transformationsbedingungen für einen Sozialismus in Westeuropa ... indessen die Marxschen Voraussetzungen nicht nur eingeholt, ... (sondern diese sich in gewissem Sinne bereits über sie hinausentwickelt" hätten (101). Die Frage ist nun: Aufgrund welcher theoretischer Voraussetzungen kommt man zu dieser Aussage, nach der die historischen Bedingungen der Marxschen Theorie zugleich die Grenzen ihrer Gültigkeit markieren? Sollte K. paradoxerweise eine *Revision des Marxismus mit Marx* selber beabsichtigen, will er Veränderungen konstatieren auf Grundlage einer Theorie, die diese Veränderungen nicht mehr im Blick haben konnte? Die Unklarheit darüber, welche Theorie nun gelten soll, erzeugt theoretische Inkonsistenz u. a. dort, wo es in den Thesen um die Einschätzung von historischen Voraussetzungen und Folgen der sozialistischen Oktoberrevolution und der Entwicklung des realen Sozialismus geht.

K. erklärt: Weil die Ausgangsbedingungen der Revolution und so auch des Aufbaus des Sozialismus „unterentwickelte" gewesen seien (105), stünde im Zentrum des Aufbaus die Aufgabe, „Entwicklungsdefizite", die die alte Gesellschaft hinterlassen habe, „unter den neuen Verhältnissen aufzuholen" (101). Die theoretische Voraussetzung aber, auf die man sich einlassen muß, soll diese Argumentation verständlich werden, besteht in einer vom Standpunkt des historischen Materialismus schwer nachvollziehbaren *Verkehrung* in der theoretischen Aneignung und Verarbeitung eines tatsächlich großen Problems des realen Sozialismus. K. sagt nämlich, es sei für die Aufbauphase des Sozialismus kennzeichnend, daß die „materielle Basis der neuen Gesellschaft erst *nachträglich* geschaffen werden (mußte)", weil die „sozialistische(n) Eigentumsverhältnisse an den Hauptproduktionsmitteln ... zunächst *Formen* (waren), die erst real ausgefüllt werden mußten". Der Sozialismus habe die materiellen histo-

rischen Bedingungen seiner Existenz durch Einsatz politischer Macht im nachhinein zu schaffen (104). In dieser Verkehrung von Form und Inhalt des Sozialismus kann das wirkliche Problem nur angedeutet werden und zu problematischen Schlußfolgerungen führen. Es ist doch historische Tatsache, daß in den sozialistischen Ländern *nicht sofort* sozialistische Eigentumsverhältnisse gesetzt worden sind. Beispielsweise handelte es sich in der sowjetischen Besatzungszone zunächst nur um Enteignung der Monopole, ferner in einer langen Phase der DDR-Entwicklung nur um Beschneidung der Akkumulation, schließlich wurden, den existierenden Klassenverhältnissen entsprechend, auch unterschiedliche Eigentumsformen z. B. über die Bodenreform entwickelt. Diese existierten und existieren noch u.a. in den LPG, in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks, in gemischten staatlichen und privaten Betrieben. Was aber gewinnt K., wenn er diese Entwicklungen und Übergangsphasen des sozialistischen Eigentums aus dem Gesichtspunkt einer Verkehrung des historischen Verlaufs betrachtet, demzufolge Eigentumsverhältnisse (und damit auch Klassenverhältnisse) im Sozialismus *erst* als bloße Formen bestehen, deren materieller Inhalt *dann* nachträglich geschaffen würde?

Die Schlußfolgerung, um derentwillen K. diese Verkehrung von Form und Inhalt (d.h. von Politik und Ökonomie) konstruiert zu haben scheint, liegt in der Behauptung einer fundamentalen Unterschiedlichkeit in den „strukturellen" Voraussetzungen des real existierenden Sozialismus gegenüber den — unter kapitalistischen Verhältnissen entwickelteren — Sozialismusbedingungen in Westeuropa. (102) Die von K. postulierte „Neuorientierung des westeuropäischen Marxismus" hat neben der These über die Revisionsbedürftigkeit der Marxschen Theorie in entschiedener Distanzierung von der „politischen Praxis in den existierenden sozialistischen Gesellschaften und deren theoretischer Reflexion" ihre Ausgangspunkte (101).

K. beabsichtigt „Klärung der historischen Umstände und der gewollten Perspektiven" des Sozialismus. Dabei wären die „strukturell-historische Bestimmtheit der nationalen Besonderheiten und ihre Verallgemeinerungen hinsichtlich gemeinsamer Strategien der westeuropäischen Länder durch Erkenntnis der „historischen Entfaltung der strukturellen Gesetze" förderlich. (100) Versucht man durch Rekonstruktion des *theoretischen* Standorts des Verfassers der Thesen über die *politische* Relevanz seiner im Zusammenhang der Sozialismusdiskussion aufgestellten Forderungen Klarheit zu gewinnen, so ergibt sich — dies sei der Beweisführung vorangestellt —, daß die Thesen weniger auf empirische Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und historischen Voraussetzungen des Sozialismus angelegt sind, als daß ein *normativer*, tendenziell dogmatischer *Standard* in der Beurteilung von Voraussetzungen und Bedingungen bestehender Gesellschaftsformationen leitend ist.

2. „Voraussetzungen" und „Bedingungen" des Sozialismus

Wenn Kievenheim in vordergründiger Übereinstimmung mit der *Konzeption der antimonopolistischen Demokratie* (welche er allerdings im Gegensatz zu der in der IKP und FKP geführten Diskussion nicht als eine Konzeption der *Vorbereitungsstufe* des Sozialismus sondern der *Revolutionierung* des Kapitalismus durch Reform versteht), von den ökonomischen Bedingungen („Sozialismusbedingungen" im allgemeinen, „Transformationsbedingungen" für denAufbau des Sozialismus in Westeuropa im besonderen) spricht, diese aber nicht im Zusammenhang einer Analyse der tatsächlich *widersprüchlichen Bewegung des Klas-*

senkampfes untersucht, erscheinen jene Bedingungen (unter Absehung von ihren in den Klassenverhältnissen liegenden Voraussetzungen) als Bedingungen einer objektiven *Möglichkeit* des Sozialismus insofern, als diese wie eine reale Gegebenheit im Bewußtsein der am Sozialismus" interessierten Klassen und Schichten" widergespiegelt erscheinen. Den Beweis für die *Realität* dieses so vorgestellten, als ideell antizipierbar gedachten *Zustands* führt K. dadurch, daß er bestimmte politische Erscheinungen in den kapitalistischen Gesellschaften (realisierte Bündnisse, mögliche Mehrheiten usw.) zu Bedingungen einer „Transformation" des Kapitalismus erklärt und darüber hinaus „Entwicklungsdefizite", strukturelle Ungleichheiten in der Entwicklung des realen Sozialismus, sowie Gemeinsamkeiten in der Sozialstruktur des „entwickelten Kapitalismus" feststellt. Wenn nun aber klar ist, daß man den *Strukturbegriff* sinnvollerweise in Bezug auf *definitive Systeme* anwendet, folgt, daß so die Trennung der über ihre jeweilige Sozialstruktur zu unterscheidenden Systeme des realen Sozialismus und der Bedingungen des westeuropäischen Sozialismus bereits vollzogen wurde. Was als *Resultat* einer Analyse der konkreten Natur des Sozialismus bzw. seiner Ausgangsbedingungen erst ausgewiesen werden müßte, ist mit der Feststellung ihrer prinzipiellen Differenz als *methodischer Ausgangspunkt* fixiert. Dann ist es natürlich unmöglich — und unerheblich? — das Verhältnis von besonderen und allgemeinen Bedingungen des Sozialismus, das Verhältnis von nationalen Besonderheiten und Internationalität in der Sozialismusfrage im Interesse einer konkreten Analyse *dialektisch* zu fassen.

Außerdem: Was ist der Sinn einer Ersetzung des Terminus sozialistische *Revolution* durch sozialistische „Tranformation"? Kann als „Transformation" *der Inhalt* sozialistischer Revolution begriffen werden, die zunächst einmal Revolution in den gegenständlichen Eigentumsverhältnissen bedeutet? Diese ist unabdingbar für jede sozialistische Revolution. Sieht man näher, wie im Verlauf der Thesen der Begriff der Transformation in Anwendung kommt, dann fällt ins Auge, daß mit ihr die Abstraktion vom ökonomischen Inhalt der sozialistischen Revolution und weiter die Abstraktion von der Klassen- und Staatstheorie des Marxismus, den Klassenverhältnissen im Kapitalismus und im realen Sozialismus vollzogen wurde. Infolgedessen wird unter dem Titel der Transformation die *sozialistische Revolution ausschließlich als politisches Problem* behandelt, woraus sich die Frage ergibt, ob K. unter den existierenden Verhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit E. Dühring und der klassischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft meint, die neue Gesellschaft, den westeuropäischen Sozialismus politisch *konstituieren* zu können?

Die Einwände betreffen aber auch das weitere methodische Problem, daß zwar die dialektisch-materialistische Methode für die Untersuchung von Verhältnissen zwischen allgemeinen und besonderen Bedingungen, subjektiven und objektiven Faktoren in der sozialistischen Bewegung gelegentlich zitiert wird, aber keinen methodisch bestimmenden Einfluß auf eine eher der System- und Strukturtheorie nahestehende Verfahrensweise hat. Getrennt von der Dialektik ist dann auch nicht — mit Marx („Kritik des Hegelschen Staatsrechts") die „eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes" zu entwickeln; es ist vielmehr das Bedürfnis, bestimmte Entwicklungen und empirische Sachverhalte der allgemeinen politischen Vorstellung, der theoretischen Norm, eines westeuropäischen Sozialismus anzupassen und daraus politische Schlußfolgerungen zu ziehen, wodurch *Modelldenken* und Subsumtionslogik in die theoretische Diskussion eingebracht werden.

So können von K. z. B. diejenigen *Widersprüche*, welche für den realen So-

zialismus charakteristisch sind (so das Verhältnis von Intensivierung und Extensivierung in der sozialistischen Ökonomie), und die Bestandteile des ökonomischen Inhalts des Sozialismus darstellen als solche und in ihrem wesentlichen Unterschied zu *den* Widersprüchen, die für den Monopolkapitalismus bezeichnend sind, nicht auf den Begriff gebracht werden. Was die westeuropäischen Marxisten mit K. zu interessieren scheint, sind demgegenüber nur *allgemeine Erscheinungen*, die u.a. durch *Reduktion* des Kapitalismus auf *einige säkulare Tendenzen* (Höherqualifikation und Wachstum der Arbeiterklasse), die gewonnen werden, die für sich betrachtet ebenso selbstverständlich wie auch die Quantität des Entwicklungsgrades der Vergesellschaftung der Produktion im Kapitalismus ihre eigentümliche und nicht zu übersehende Bedeutung haben. Werden aber, wie das bei Kievenheim der Fall ist, *quantitative Erscheinungen* und *säkulare Tendenzen* als Sozialismusbedingungen *qualifiziert*, ist fälschlicherweise beansprucht, über die Feststellung dieser Erscheinungen und Tendenzen, die methodische Entwicklung ihres *Wesens*, d. h. hier von Widersprüchen und *Gesetzmäßigkeiten*, welche sich als Erscheinungen und Tendenzen *äußern*, geleistet zu haben. So kann von den „heutigen und absehbaren Bedingungen in Westeuropa" auch schon deshalb nicht umstandslos die Rede sein, weil sich hinsichtlich ihrer ökonomischen und politischen *Voraussetzungen* beispielsweise Spanien, Frankreich und die BRD deutlicher voneinander unterscheiden als Rußland und Preußen im 19. Jahrhundert.

Wie bestimmt demgegenüber die marxistische Theorie die Dialektik von Voraussetzungen und Bedingungen, welche für die Theorie der sozialistischen Revolutionierung des Kapitalismus gilt? Engels z. B. konstatiert Vergesellschaftung der Produktion im Kapitalismus (Trusts/Monopole) immer nur in der Absicht zu zeigen, daß in ihr die *Voraussetzungen* zu sehen wären, unter denen die historische Nähe und Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus sichtbar wird. Diese Voraussetzungen bilden keineswegs auch schon die sozialökonomischen *Bedingungen* als solche; sie sind vielmehr Ausdruck der Notwendigkeit des Übergangs, welche grundsätzlich nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse erkannt werden kann. Als *notwendige* Bedingung haben wir gemäß der marxistischen Theorie bereits die vom Kapital entwickelte Maschinerie und große Industrie anzusehen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als *hinreichende* Bedingung. Die Realisierung des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der kapitalistischen Produktion ist dabei zugleich subjektiv ausgedrückt in der Selbstorganisation der Arbeiterklasse, durch Bildung ihrer Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen.

3. Gesetzmäßigkeiten und Inhalt des Sozialismus

Kievenheim gibt zu bedenken, daß in der Sozialismusdiskussion die Frage „der historischen Entfaltung der strukturellen Gesetze" nicht genügend konkretisiert worden sei; man gehe oft von „beliebigen Voraussetzungen" aus, weil diese nicht als „strukturell historisch(e)" und so erst als gesetzlich bestimmt worden seien (100). Wie aber wird dieser Forderung in den Thesen entsprochen? Erinnern wir uns, daß die von K. herangezogenen sozialstrukturellen Voraussetzungen und Bedingungen so zueinander in Kombination treten, daß daraus ein normativer Standard — ein Modell — zur Erklärung von „entwickelten", kapitalistischen und „defizitären", sozialistischen Voraussetzungen wurde. In dem Versuch, die Verknüpfung jener Bedingungen und Voraussetzungen anzustellen, um so historische Entwicklungen zu erklären, argumentiert K. in kausalmechanischer Denkweise, auf die Lenins Kritik des Opportunismus und des Reformismus (Kautsky/Bernstein) zielte: *Erst* sei die materielle Basis herzustellen, *dann* wäre Vergesellschaftung der Produktivkräfte die Folge; *würde* in Westeuropa die sozialistische Revolution stattfinden, *dann* würden die Massen die „für den Sozialismus relevanten Erfahrungen" machen (103). Umgekehrt: unter den unterentwickelten sozialstrukturellen Bedingungen des existierenden Sozialismus wären — wie wir bereits gesehen haben — die sozialistischen Eigentumsverhältnisse *erst* bloße „Formen", die „nachträglich" real ausgefüllt werden müßten. Diese der Vorstellungswelt des *Ökonomismus* entspringende kausalmechanische Auffassung von Gesetzmäßigkeiten sagt: Immer dann, wenn bestimmte Eigenschaften oder Funktionen eines Systems (in den Thesen die durch Abstraktion ermittelten *Bedingungen* des westeuropäischen Sozialismus) gegeben sind, wäre zwischen ihnen ein Zusammenhang herzustellen, welcher in den Farben eines westeuropäischen Sozialismus aufleuchtet. Wird nun diese Auffassung der Bestimmung sozialistischer Strategie zugrunde gelegt, ergibt sich, daß z.B. die Intervention imperialistischer Staaten (man denke an das Beispiel der chilenischen Konterrevolution) keinerlei Irritationen eines als „friedlich" behaupteten (ebd.), jedoch als Automatismus konstruierten Übergangs, hervorrufen kann. Diese politische Ungereimtheit liegt in der theoretischen Voraussetzung, daß nicht wie mit der Dialektik die Historizität eines Systems in ihrem Entwicklungszusammenhang Gegenstand der Untersuchung wurde.

Wie andererseits mit der dialektischen Gesetzesauffassung der Übergang historisch verstanden werden kann, mag folgendermaßen verdeutlicht werden: Die Gesetzmäßigkeit der Aufhebung des Kapitalismus äußert sich für Marx darin, daß im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung der wirkliche Versuch der Bestandserhaltung des Kapitalismus sich so darstellt, daß genau diejenigen materiellen Bedingungen geändert werden, unter denen er als die adäquate gesellschaftliche Organisation der Produktivkräfte historisch auftritt. So sind Privateigentum und Privatarbeit einander bedingend Umstände. Die Verteidigung des Privateigentums muß nun gerade dadurch erreicht werden, daß unmittelbare Privatarbeit aufgehoben und in gesellschaftliche Produktion verwandelt wird.

Entsprechend dieser Argumentation ist dann, wie in den sozialistischen Ländern der Fall, der Inhalt des Sozialismus nichts anderes als die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums für die bereits bestehende gesellschaftliche Produktion. Die Entwicklung der *Produktivkräfte* der Arbeit heißt dann die Entwicklung der *Vergesellschaftung* der Arbeit. Die Entwicklung der Vergesellschaftung der Arbeit ist aber die Verwirklichung sozialistischer *Demokratie*. Diese zeichnet sich somit dadurch aus, daß in ihr die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit auch bereits auf einem niedrigeren Niveau der Arbeitsproduktivität entwickelt werden kann und materielle Grundrechte, z. B. dasjenige auf Arbeit, verwirklicht wurden.

Seinem Ansatz entsprechend muß K. zu grundsätzlich anderen Schlußfolgerungen bezüglich des *Inhalts* des Sozialismus kommen. Er spricht nicht nur gern und häufig von den unterentwickelten Bedingungen und konstatiert Entwicklungsdefizite, welche für die Rückständigkeit der Arbeiterbewegung charakteristisch gewesen seien (105), und es berechtigt erscheinen lassen, den westeuropäischen Horizont in der Sozialismusfrage nicht zu überschreiten. Die Folge ist abstrakte Betrachtungsweise realgeschichtlicher Entwicklung auch dort, wo K. von der „Deformation" des Sozialismus im „Stalinismus"

spricht (ebd.). Weil man aber sinnvollerweise von „Deformation" nur dann redet, wenn eine *ideale Formation* vorausgesetzt wird, in bezug auf die Deformation festgestellt werden kann, hilft die methodische Orientierung, die K. vorschlägt wenig, wenn es um die Diskussion der realen Tragweite von Voraussetzungen des „Stalinismus" in der Aufbauphase des Sozialismus und um seine historischen und ideologischen Konsequenzen geht. Zu fragen ist hier doch, spricht man in dem bezeichneten Sinne von *Deformation*, oder gilt es *besondere Erscheinungsweisen* im Vorgang des sozialistischen Aufbaus zum Gegenstand historischer Analyse zu machen? Hier ist sicher ein Bezugspunkt in bereits vorliegenden Untersuchungen zur Geschichte der UdSSR und der KPDSU zu sehen, die auf Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus eingehen und die sich daher auch mit Verstößen gegen die sozialistische Demokratie, die Prinzipien der sozialistischen Staatlichkeit, mit Fragen des Personenkults und den damit zusammenhängenden Problemen beschäftigen.

4. Formen der Diktatur

Worum es in der Diskussion um die Diktatur des Proletariats der Sache nach geht, ist, daß man im Sinne der Marxschen Theorie Diktatur des Proletariats als die Ablösung der bürgerlichen Diktatur verstehen muß. Diese kann sich in Formen einer parlamentarischen Demokratie oder auch in Formen einer konstitutionellen Monarchie ausweisen. So wurde die parlamentarische Demokratie als eine Form der Diktatur als besonderes historisches Instrument gegen den Feudalismus entwickelt, als eine *diktatorische Form der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft* bzw. des Kapitalismus. Sie realisierte sich aber auch als Diktatur beispielsweise des englischen Bürgertums gegenüber der sozialreformerischen Chartistenbewegung. Ebenso gibt es selbstverständlich verschiedene *Realisationsformen der Diktatur des Proletariats.* Sie ist einerseits Sicherung des Sozialismus gegen militärische Intervention nach außen (d. h. der friedlichen Koexistenz) und sie gewährleistet Entwicklung des Sozialismus bei Berücksichtigung seiner unterschiedlichen gesellschaftlichen Formen nach innen. Darüber hinaus ist die Diktatur des Proletariats in Rücksicht auf die nationalen Besonderheiten, die unterschiedlichen Traditionen der sozialistischen Länder *politisch* differenziert zu betrachten. Die Diktatur des Proletariats stellt sich z. B. in der SU anders dar als in der DDR, die ebenso wie Polen und die CSSR ein Mehrparteiensystem der Diktatur des Proletariats entwickelt hat. Die Frage nach dem Konzept der Diktatur des Proletariats stellt sich aber nicht in erster Linie so, daß jeweils die spezifische, nationale, besondere historisch konkrete Form, die jeweils aktuelle *politische* Realisierung ihres allgemeinen Inhalts betrachtet wird. Vielmehr ist die Diktatur des Proletariats in ihren nationalen Besonderheiten jeweils Erscheinungsform ihres wesentlichen *ökonomischen* Inhalts. Es handelt sich bei K. demnach um eine Abstraktion, die vom allgemeinen ökonomischen Inhalt in dieser Frage absieht, wenn er das *Mehrheitsproblem* zu *dem* Kriterium einer Theorie der adäquaten Machtausübung der Arbeiterklasse erklärt.

In seiner Mehrheitsauffassung sieht K. systematisch von den ökonomischen Voraussetzungen ab, unter denen z. B. in Frankreich und Italien ganz anders als in der BRD und in England ein weit höherer prozentualer Bevölkerungsanteil an Kleinproduzenten und Bauern eine *der* Bedingungen darstellt, unter denen die Mehrheitsfrage in diesen Ländern erst ihr spezifisches Gewicht gewinnt. Wie erklärt — nebenbei bemerkt — K. auf der anderen Seite das Entstehen der

Mehrheiten, auf die sich der deutsche Faschismus stützen konnte? Wie unterscheidet er diesen Vorgang von dem, der den Sozialismus herbeiführen soll? Man kann natürlich mit K. den Versuch unternehmen, diese Frage „neu" zu stellen, muß dann aber nicht nur von ihrem *ökonomischen Inhalt*, sondern auch von *historischen Erfahrungen* abstrahieren. Z. B. von der Erfahrung, daß die Arbeiterklasse Rußlands eine objektive *Minderheit* bildete (mindestens 80 % der arbeitenden Bevölkerung waren Bauern), weshalb die marxistisch-leninistische Partei Rußlands vor und nach der Oktoberrevolution nur ca. 100 000 Mitglieder zählte. Sieht man das aber nicht nur quantitativ und daher formal, sondern unter dem historisch-qualitativen Gesichtspunkt der Herausbildung des Proletariats als „Klasse für sich", dann würde sich bei genauerer Untersuchung ergeben, daß erst *auf der Basis des Bündnisses* von Arbeitern und Bauern die marxistisch-leninistische Partei *eine führende Rolle* im Prozeß der Revolutionierung Rußlands einnehmen konnte.

Für K. ist es wohl sozialistisches Prinzip, das freilich nicht auf die tatsächliche Stürzung der Macht durch die Mehrheit bezogen wird, daß die sozialistische Umwälzung unmittelbar als ein Vorgang der *Integration* „verschiedener heterogene(r) Strömungen" breit gestreuter „Interessen" und „Auffassungen" verstanden wird (106). Das ist formell natürlich unbestritten. Verschiedene Auffassungen und Interessen sind selbstredend Bestandteil sozialistischer Politik, die allerdings im Zusammenhang der Bündnisfrage ihre politische Bedeutung gewinnen, wenn sie im *Klassenverhältnis* ihren *qualitativen* Bezugspunkt haben und nicht durch Integration nur *formell* vereinheitlicht sind. Wenn K. darüber hinaus — ungeachtet der bestehenden nationalen und internationalen imperialistischen Gewaltverhältnisse — die sozialistische Revolutionierung kapitalistischer Länder (er möge doch einmal die USA in diesem Fall mit in Betracht ziehen) als „schrittweise Veränderung der ökonomischen und politischen Kräftekonstellationen im Kampf um Reformalternativen gegenüber monopolistischer Ökonomie und Politik" vorstellt (103), dabei aber die *Organisationsfrage* sozialistischer Klasseninteressen seitens der kommunistischen Parteien *in der Bündnispolitik* entweder außer acht läßt oder aus dem Gesichtspunkt des Verdachts auf „Vorherrschaft" betrachtet, verschwindet die Konzeption der Revolutionierung in einer abstrakten Alternative: kollektive Willensbildung durch — wie auch immer geartete — Integration einerseits, Usurpation der sozialistischen Bündnisse durch „Hegemonie" der kommunistischen Parteien andererseits.

5. Mehrheiten-Pluralismus oder Klassenverhältnis?

Kievenheim will im Sozialismus diejenige Koalition, die ihn herbeigeführt hat, *nachher* erhalten wissen (102). Es sei Ausdruck der „Schwäche" der Arbeiterklasse vor und nach der Oktoberrevolution in Rußland gewesen, daß sie ihre Herrschaft als Diktatur des Proletariats nach innen und außen errichtete. Will — nebenbei bemerkt — K. damit sagen, daß es sich um einen Ausdruck der Schwäche der Arbeiterklasse der S.U. gehandelt habe, daß es ihr gelang, den Faschismus erfolgreich zu bekämpfen? War es ein Ausdruck der Schwäche der Arbeiterbewegung, daß es ihr mit dem Instrument der sozialistischen Industrialisierung gelang, große Teile der Naturkräfte und -ressourcen Sibiriens in weniger als einer Generation anzueignen und 60 Universitäten einzurichten? Soll in der Bündnisfrage nicht die historische Tatsache anerkannt werden, daß nach 1917 zunächst ein *Mehrparteiensystem* in Rußland existierte, welches *nach*

dem Putsch der Sozialrevolutionäre durch ein *Einparteiensystem* ersetzt wurde, weil eben Teile des Bündnisses nach der Revolution objektiv auf die Seite der Reaktion übergegangen waren? Sieht man aber von dieser historischen Erörterung ab, und versucht das von K. aufgestellte Problem prinzipiell zu verstehen, so handelt es sich doch darum, daß die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie die Auflösung aller Klassen in Arbeiter des sozialistischen Gemeinwesens bedeutet. Diese Sicht ist nun für K. schon dadurch verloren und verzerrt, daß er einen merkwürdigen Begriff der Arbeiterklasse zur Debatte stellt. Er spricht von den „am Sozialismus potentiell interessierten lohnarbeitenden Klassen und Schichten, (die) in den industriell entwickelten Ländern heute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung" bilden (ebd.). Wird damit Engels' Definition der Arbeiterklasse als eine Klasse derer, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft (Deutsche Ideologie) ungültig? Selbstverständlich ist die Arbeiterklasse in sich geschichtet. Die unter anderem doch unterschiedliche Qualifikation bewirkte Schichtung hat unterschiedliche Ausprägung der revolutionären Potenz zur Folge. In diesem Sinne spricht auch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Zusammenhang der Bündnisfrage von den „antimonopolistischen Schichten". Die Entwicklung der Arbeiterklasse ist hiermit als ein Prozeß verstanden, welcher auf stets neuer Stufenleiter deshalb stattfindet, weil die Widersprüche, die Formen des kapitalistischen Drucks auf die Arbeiterklasse sich gerade auch im Zusammenhang der Höherentwicklung der Produktivkräfte verändern. Wenn aber K. in gewisser terminologischer Übereinstimmung mit dieser Konzeption die theoretische Orientierung seines Klassenbegriffs am *Grundwiderspruch* des Kapitalismus aufgibt und deshalb die *Organisationsfrage* nicht als *integralen* Bestandteil der Herausbildung des Proletariats zur Klasse anerkennt, sondern nur beiläufig erwähnt, zeichnen sich große Beeinträchtigungen auch *der* Möglichkeit ab, das Verhältnis von politischer Form und ökonomischem Inhalt in der Frage der Diktatur des Proletariats angemessen zur Diskussion zu stellen.

Das kommt dann zum Ausdruck, wenn K. mit einem voluntaristischen Begriff der Arbeiterklasse, demnach sich objektive Bedingungen in subjektives Klassenbewußtsein nahezu automatisch umsetzen, operiert oder mit einem Verständnis, nach dem sich wohl ein Teil der westeuropäischen Intellektuellen als Teil der Arbeiterklasse begreift. Dies geschieht, indem die Arbeiterklasse intellektualisiert wird: „Nach der ‚stofflichen' Seite ihrer Arbeit antizipiert etwa die ‚wissenschaftlich-technische Intelligenz' Elemente von Tätigkeiten, die auf einem höheren Entwicklungsstand alle Arbeitstätigkeiten zunehmend durchdringen werden: Elemente der geistigen Arbeit" (ebd.). Abgesehen davon, daß die „weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung an der wissenschaftlichen Produktion nahezu unbeteiligt (ist)" (H.J. Sandkühler, Über die logische Basis des Kommunismus, SOPO 39, S. 10), werden die komplizierten und widersprüchlichen Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen im Zusammenhang des Klassenproblems bei K. nicht behandelt. Diese Wirkungen bestehen u.a. aber darin, daß einerseits zwar partielle Qualifizierung und Autonomisierung z.B. der Industriearbeit für Teilgruppen stattfindet, daß aber auf der anderen Seite weitreichende Dequalifizierungsprozesse ablaufen, restriktive Arbeitsformen erhalten und sogar verstärkt werden. Kann man allen Ernstes unter diesen Voraussetzungen davon sprechen, daß in wissenschaftlich-technischer Arbeit ein „höherer Entwicklungsstand" *aller* Arbeitstätigkeiten im Kapitalismus angelegt sei? Darüber hinaus: Wie bezieht K. nun diejenigen Teile des Proletariats in seinen

Klassenbegriff ein, deren Arbeitskraft durch Vernichtung von Arbeitsplätzen im Zuge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung im Kapitalismus brachgelegt wird? Will K. insgesamt unterstellen, daß die Realisierbarkeit gegebener Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts — so die Entwicklung des wissenschaftlichen Charakters der gesellschaftlichen Arbeit —, die unter sozialistischen Bedingungen *reale* Perspektive ist, unter kapitalistischen Bedingungen *antizipiert* werden könnte?

Unter diesen u.a. Voraussetzungen geht es K. mit „den westeuropäischen Marxisten um die Bewahrung und Weiterentwicklung von Formen repräsentativer Demokratie" (106), der Übergang zum Sozialismus „muß sich zu jedem Zeitpunkt auf eine Übereinstimmung von objektiven Interessen und subjektiven Willen der Mehrheit stützen, eine Mehrheit, die in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um konkrete Ziele jeweils zu erringen ist und sich auch parlamentarisch legitimiert." (103) So gestellt ist die Frage formell natürlich nicht problematisch; sie wird es nur in dem Kontext, in dem K. sie stellt; und zwar dann, wenn man nach dem *Inhalt* der Mehrheit fragt. Was ist mit dem Inhalt der Mehrheit gemeint? Es zeigt sich, daß K. vom inhaltlichen qualitativen Mehrheitsbegriff (wie er beispielsweise in Rousseaus politischer Philosophie in seiner Widersprüchlichkeit reflektiert ist) absieht zugunsten einer quantitativen Definition der Mehrheit, deren Inhalt wohl ein antimonopolistischer Konsens bzw. ein unbestimmtes Sozialismusinteresse genannt werden muß.

Weil das Problem des Inhalts nicht reflektiert wird, bleibt eine *arithmetische Mehrheitsauffassung* übrig. So aber ist der Unterschied und der Ablösungsprozeß der bürgerlichen Demokratie durch die sozialistische nicht zu bestimmen. In diesem Ablösungsprozeß geht es vielmehr um die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die sozialistische. Im Sozialismus ist die Frage unter der *ökonomischen Voraussetzung* gestellt, daß das gesellschaftliche Eigentum, entwickelt auf verschiedenen Stufen als Volkseigentum, Kollektiveigentum usw., realisiert ist. Unter dieser Voraussetzung ist dann auch die sozialistische Demokratie etwas völlig anderes als die bürgerliche Demokratie unter der Voraussetzung des Kapitalismus. Die sozialistische Demokratie ist — mit Marx — wesentlich *ökonomisch*, während die bürgerliche Demokratie wesentlich *politisch* ist. Denjenigen Linken, die sich nun ausschließlich an der politischen Fragestellung erwärmen, muß dann allerdings — infolge der Abstraktion vom ökonomischen Inhalt — der Entwicklungsprozeß der sozialistischen Demokratie farblos erscheinen. Entsprechend diesem Inhalt sind dann aber auch die politischen Formen der Realisierung des ökonomischen Inhalts der sozialistischen Demokratie völlig andere. So wie K. das Problem stellt, beinhaltet es konsequenterweise eine doppelte Abstraktion: sowohl von der bürgerlichen Gesellschaft als auch von der sozialistischen Demokratie. Folge ist, daß für die theoretische Diskussion dieser Frage eine falsche Alternative aufgestellt wird: entweder sozialistische Demokratie *oder* Bewahrung und Weiterentwicklung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie.

6. Die formale Freiheit und Gleichheit

Kievenheims These über die Verwirklichung des Sozialismus durch ein einfaches Erlangen der Mehrheit, welche bereits von Marx und Engels in der Analyse der Erfahrungen der Commune zurückgewiesen wurde, aber auch Problem in der deutschen, englischen (McDonald) und französischen (Jaurès) Sozialde-

mokratie war, wird verbunden mit der Forderung nach einer „Beseitigung des Widerspruchs politischer Freiheit und Gleichheit ... und der durch das Kapitalverhältnis bedingten ökonomischen Ungleichheit und Abhängigkeit" (106). Die theoretischen Voraussetzungen dieser Forderung wären somit in einer fundamentalen Verwendung der bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsvorstellung zu sehen? Im Zusammenhang der Frage des Linksbündnisses, der Organisationsdebatte, der Rolle der kommunistischen Parteien und seines Vergleichs des realen und des westeuropäischen Sozialismus fordert K. „Garantie der *individuellen* Meinungs- und Organisationsfreiheit", in das Linksbündnis will er *alle* irgendwie am Sozialismus interessierten Klassen und Schichten einbezogen wissen; eine Koalition der Linkskräfte stellt sich dar als „Partizipation der Massen am *politischen* Willensbildungsprozeß" (ebd., Hervorheb. d. Verf.).

Ich möchte nun behaupten, daß K. so wie er das Problem der Freiheit und Gleichheit gestellt sieht, erstens nicht vom *gesamt*gesellschaftlichen, sondern vom Standpunkt der *bürgerlichen* Gesellschaft ausgeht, daß er zweitens in der Behandlung dieses Problems eine eigentümliche Mischung *sozialdemokratischer* und *utopischer Orientierung* vertritt. Es ist die Vorstellung der inhaltlichen gesellschaftlichen Möglichkeit von Freiheit und Gleichheit im Sozialismus, der ihrerseits die Annahme der Möglichkeit des freien und gerechten Tausches, der Emanzipation aller Mitglieder eines Gemeinwesens als einer *Emanzipation der Summe aller einzelnen* zugrunde liegt.

Die sozialdemokratische Orientierung, von der hier die Rede ist, geht aus von der Vorstellung, die Arbeiter individuell zu emanzipieren. Sie fordert, daß die Vorstellung der Gleichberechtigung des Arbeiters zum Kapitalisten (von „Kapital und Arbeit") durch „Umverteilung", „Volksaktien", „breite Streuung" des Privateigentums zu realisieren wäre. Zweifellos liegt die auch für Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz suggestive ideologische Macht dieser Orientierung in der Erfahrung, daß es im Kapitalismus für den einzelnen möglich ist, sich in den Privateigentümer zu verwandeln. (Hier ist das Privateigentum „an sich" gemeint, nicht etwa die Fähigkeit, Kapitalist zu werden). Stellen wir nun aber die Frage der Emanzipation der Arbeiterklasse in dem Sinne, wie sie in der von Marx und Engels in der Deutschen Ideologie, der Judenfrage, der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie usw. dargelegt wurde, dann ergibt sich ganz offensichtlich folgende Alternative (wenn anders man nicht von der Emanzipation des Menschen zum „wahren" Menschen, der bürgerlichen Gesellschaft zum „wahren Sozialismus" reden will): Befreiung des *Individuums* oder der *Klassen* als *Grundbedingungen der sozialistischen Emanzipation der Arbeiter*. Aus der Voraussetzung allerdings — welche bei K. angelegt zu sein scheint —, daß man meint, die Verwirklichung der Freiheit des Individuums sei der Inhalt der historischen Umwälzung, folgt, daß ein gesellschaftlicher Zustand in Aussicht gestellt wird, in dem *alle* Privateigentümer sind, d. h. eine Gesellschaft des freien und gerechten Tausches. Dies aber war, wie man von Marx' Kritik weiß, auch die Vorstellung des utopischen Sozialismus Proudhons. Es handelt sich um eine theoretisch falsche und politisch absurde Forderung deshalb, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, daß *in der Emanzipation aller Einzelner die Emanzipation der Arbeiterklasse ausgeschlossen* wird. Das ergibt sich mit der marxistischen Theorie aus folgender Überlegung:

Der Austausch als die soziale Basis von Freiheit und Gleichheit, der jedenfalls, die K. vor Augen zu haben scheint, setzt immer die *Ungleichheit* von konkreter *Arbeit* voraus. Deshalb ist die Ungleichheit die Voraussetzung der sozialen Vergleichshandlung durch den Austausch, der Anerkennung der Privateigentümer als freie und gleiche. Indem die Gleichheit über die Ungleichheit mit sich selbst vermittelt ist, hat — mit Hegel gesprochen — die Gleichheit ihren Gegensatz, das Moment der Ungleichheit, an sich. Und diese Bedingung besteht — entsprechend der marxistischen Theorie — für *jede* Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie ist Grundbedingung des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs. Daher ist der jeweilige gesellschaftliche Zusammenhang erst hinreichend bestimmt, sei es als Sozialismus, sei es als bürgerliche Gesellschaft, wenn die bestehenden Austausch- und Kommunikationsverhältnisse, Rechtsverhältnisse etc. auf die ihnen vorausgesetzen spezifischen Bedingungen, i. e. die spezifische Ungleichheit, zurückgeführt sind.

Betrachtet man das vom Standpunkt der Zirkulationssphäre, den Marx einnahm, um Freiheit und Gleichheit als Ideen der bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren, und vom Standpunkt der Produktionssphäre, den Marx einnahm, um den materiellen Inhalt dieser Ideen auf den Begriff zu bringen, dann stellt sich das Verhältnis von Gleichheit und Ungleichheit unter kapitalistischen Voraussetzungen als ein das *Klassenverhältnis* ausdrückender *Widerspruch* dar. Marx zeigt, daß der für das Kapitalverhältnis wesentliche Mehrwert gerade deshalb nicht in der Sphäre der Zirkulation seinen Grund oder Ursprung haben kann, weil diese Sphäre die des Äquivalententauschs ist, während doch die Mehrwertbildung den Widerspruch voraussetzt, daß Nicht-Äquivalente ausgetauscht werden. Das Resultat ist bekannt: Marx findet die Quelle des Mehrwerts und damit die materielle Ursache oder Voraussetzung des Kapitalverhältnisses einschließlich der sozialen Gleichheits-/Ungleichheitsverhältnisse im Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, die unter der *Voraussetzung der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln*, d. h. unter der *Voraussetzung des Klassenverhältnisses*, mehr an Wert produziert, als ihrem Tauschwert entspricht, und so die Voraussetzung des nicht äquivalenten Tausches erfüllt.

Wird nun wie bei K. der strategischen Perspektive eines mehrheitlich zu erringenden Sozialismus der formale Freiheits- und Gleichheitsbegriff zugrunde gelegt, steht dies im Gegensatz zur dialektisch-materialistischen Auffassung der formalen Freiheit und Gleichheit, deren Moment die Ungleichheit, unter kapitalistischen Voraussetzungen der Widerspruch ist. Das Ausgehen von der abstrakten Gleichheitsforderung unterstellt nach Marx den Begriff *der* Freiheit, welcher die Privateigentümer im Verhältnis zu anderen Privateigentümern von sich haben. *Theoretisch* geht man dann nicht vom Widerspruch, sondern vom *ausgeschlossenen Widerspruch*, in der *Politik* nicht von den Bedingungen des Klassenkampfs, sondern vom *ausgeschlossenen Klassenverhältnis* aus (vgl. zu diesem Ausschluß des Widerspruchs P. Ruben, Wissenschaft als allgemeine Arbeit, in SOPO 36). So wird auch in der Art, wie Kievenheim die Möglichkeit des demokratischen oder friedlichen Weges zum Sozialismus diskutiert, kontradiktorisch gegenübergestellt und damit für seine Perspektive ausgeschlossen, daß — man denke an Lenins Untersuchungen dieses Sachverhaltes — im Klassenkampf die Emanzipation der Klasse die Voraussetzung bildet zur realen und nicht nur formellen Emanzipation der Individuen eines Gemeinwesens. Wenn aber die Emanzipation der Arbeiterklasse die Voraussetzung für die Befreiung „aller" der im Mehrheitsbündnis vereinigten demokratischen und sozialistischen Kräfte bildet, dann ist die *Realisation der Klasse als Subjekt* des politischen Handelns einschließlich der gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationsformen dieses Subjekts

eine fundamentale *Bedingung* auch *für die Emanzipation aller einzelnen.* Im Sinne des Kommunistischen Manifestes erscheint unter den gegebenen Voraussetzungen die Realisierung der Klasse als Subjekt der Emanzipation oder der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in der Existenz der kommunistischen Parteien *ebenso* wie in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse.

Die Tendenz, durch welche der „Eurokommunismus" oder der „westeuropäische Marxismus" zum Begriff einer abstrakt ideologischen Sozialismusperspektive wird, ist nun auch dadurch nicht korrigiert, daß K. in den Thesen die Auffassung durchscheinen läßt, sie seien Ausdruck eines Konsenses, dessen Träger eine neue Generation von Angehörigen der linken Intelligenz, die „westeuropäischen Marxisten" wären. Denn auch westeuropäische Marxisten werden sich in weiterer Auseinandersetzung mit der durch K. vorgegebenen Perspektive bald vor die Frage gestellt sehen, ob die Diskussion über politische Selbstverständigung von Angehörigen der Intelligenz hinaus allgemeine Bedeutung gewinnt, wenn diese Diskussion (gerade auch in ihren theoretischen Voraussetzungen) durch Indifferenz gegenüber den wirklichen Verhältnissen des Klassenkampfs sowie der Realität des historisch vorhandenen Sozialismus gekennzeichnet bleibt.

REZENSIONEN

Friedrich/Hennig: Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß, Berlin (DDR) 1975.

Verfasser dieses Werkes sind vorwiegend Mitarbeiter des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, die — in Auswertung eigener konkreter sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeit — einen Beitrag zum wissenschaftlichen Meinungsstreit um methodische und methodologische Probleme der empirischen Sozialforschung leisten wollen. Sie knüpfen an eine 1970 erschienene Publikation „Methoden der marxistisch-leninistischen Sozialforschung" an, die von einem z. T. identischen Autorenkollektiv erarbeitet wurde und inzwischen auch bei den westdeutschen Methodikern vor allem in der Lehre verwandt wird.

Inwieweit die Autoren und Herausgeber ihrem Ziel — Beitrag zum wissenschaftlichen Meinungsstreit — gerecht werden, soll einerseits durch eine kurze Einordnung des Buches in die Methodendiskussion in der DDR verdeutlicht werden. Zum anderen ergibt sich die Beantwortung der Frage aus einer kritischen Auseinandersetzung mit der Konzeption des Buches.

Zur Einordnung in die Methodendiskussion in der DDR

Nicht nur die Diskussion um die Methoden empirischer Sozialforschung, sondern auch die Anwendung dieser Methoden entwickelte sich in der DDR erst in den 60er Jahren. (1) Zumindest in der Soziologie ist dieser Prozeß verbunden mit der Entstehung der Soziologie als Einzelwissenschaft. Wurde bisher unter Soziologie entweder — explizit — die Kritik bürgerlicher Soziologie verstanden, oder — implizit — allein die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie (historischer Materialismus; Politische Ökonomie; etc.), so entsteht jetzt zunächst das Bedürfnis nach Ergebnissen empirischer Sozialforschung einzelner gesellschaftlicher Teilbereiche. Die Einzelwissenschaft Soziologie entsteht über konkrete empirische Forschungen. Ende der 60er Jahre versucht man, das durch ein solches Vorgehen entstehende Theoriedefizit sowohl durch die Entwicklung spezieller soziologischer Theorien (2) als auch durch die Diskussion wissenschaftstheoretischer und methodologischer Probleme des soziologischen Forschungsprozesses einzuholen (vgl. z. B. E. Hahn: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie). In dieser Diskussion standen auch generelle Probleme des Verhältnisses empirischer und theoretischer Forschung und des Forschungsprozesses zur Debatte, die sich auf das Vorgehen aller Sozialwissenschaften beziehen. Das betrifft solche Fragen wie:

— Verhältnis historischer Materialismus — als allgemeiner Gesellschaftstheorie — zu den gesellschaftswissenschaftlichen Einzelwissenschaften, insbesondere zur Soziologie;

— Bestimmung des Zueinanders und der Abgrenzung der Erkenntnisetappen Empirie und Theorie;

— die methodologischen Schritte des empirischen Forschungsprozesses

1 Einfachster empirischer Beleg: siehe Herausgabezeiten der im Literaturverzeichnis angegebenen Literatur zu diesem Komplex.

2 Siehe z. B. „Schriftenreihe ‚Soziologie' ", die seit der Zeit vom Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschungen in der DDR herausgegeben wird.

(Problem; Hypothese; Begriffsbildung; Operationalisierung; empirische Überprüfung; statistische und theoretische Auswertung; praktische Umsetzung).

Die Konzeption des Buches „Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß" ist von den Ergebnissen dieser Diskussion geprägt — auch wenn sie diese z. T. verkürzt aufnimmt. Im Gegensatz zu dem hoch formulierten Anspruch des älteren Buches, der dort in keiner Weise eingehalten werden konnte, werden jetzt auch wissenschaftstheoretische Probleme der empirischen Sozialforschung aufgegriffen. Die Konzeption orientiert sich an den methodologischen Schritten des Forschungsprozesses, angefangen von der Problemstellung bis hin zur theoretischen Auswertung und praktischen Umsetzung der Ergebnisse in die gesellschaftliche Praxis.

Durch die umfassende Darstellung verschiedener Techniken und Verfahren der empirischen Sozialforschung erhält das Buch fast den Charakter eines Handbuches, zumindest aber den eines Lehrbuches. Darin besteht wohl auch sein besonderer Stellenwert innerhalb der Methodenliteratur der DDR. Durch die Orientierung der Darstellung der empirischen Verfahren und methodologischen und forschungspraktischen Schritte an den Etappen des Forschungsprozesses erhält es sowohl gegenüber seinem oben genannten Vorgänger als auch gegenüber rein methodologischen Darstellungen des Forschungsprozesses (vgl. z.B. Berger/Jetzschmann: Der soziologische Forschungsprozeß) eine neue Qualität.

Die Auseinandersetzung mit der Durchführung dieser Konzeption soll Leitfaden der weiteren Darstellung und Kritik des Buches sein. Mit der Konzentration auf die wissenschaftstheoretischen Probleme erfolgt notwendig eine Einschränkung auf einen der vielen Aspekte des Buches. Allerdings ist der wissenschaftstheoretische ein für das Buch ganz zentraler Punkt. Es zeichnet sich gegenüber vielen anderen Lehrbüchern gerade dadurch aus, daß wissenschaftstheoretische Gesichtspunkte der Darstellung als Orientierungsrahmen dienen.

Bedeutenden Stellenwert haben allerdings auch Probleme der Persönlichkeitsforschung. Entsprechend ihrer Funktion als Jugendforscher versuchen die Autoren die Methodologie der empirischen Forschung auch vom Forschungsgegenstand, besonders der Psychologie, Pädagogik, her zu bestimmen. Das kommt einmal in einem einleitenden Artikel zur Persönlichkeitsforschung zum Ausdruck; vor allen Dingen aber auch in der starken Betonung der Psychodiagnostik (Kapitel über „Einstellungstests" und „Intelligenz-, Kreativitäts- und Schulleistungstests"). Auf diesen Aspekt soll aber zugunsten einer — durch das vielfältige Material ohnehin schon gefährdeten — geschlossenen Darstellung verzichtet werden. Zuvor ist es aber noch notwendig, einiges zur sogenannten „Übernahmeproblematik" zu sagen. Damit ist folgendes gemeint: Im Zusammenhang mit der Methodendiskussion, die sich aus der antiautoritären Studentenbewegung, Frankfurter Schule etc. entwickelte, wurde die Frage gestellt, inwieweit die Methoden der bürgerlichen empirischen Sozialforschung im Interesse einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft noch verwendet werden könnten, oder ob mit der Kritik der bürgerlichen Theorie nicht auch eine Veränderung der Methoden herbeigeführt werden müsse. Diese Diskussion wurde in der BRD und Westberlin allerdings bisher nicht zu Ende geführt.

Nun ist aber bemerkenswert, daß sich in den sozialistischen Ländern die empirische Forschung mit nahezu den gleichen Verfahren, wie sie auch die ‚bürgerliche' empirische Sozialforschung betreibt, entwickelte. Probleme der Übernahme der Verfahren wurden eigentlich kaum diskutiert. Das schlägt sich auch in dem hier behandelten Buch nieder. Die sich direkt auf bestimmte Methoden beziehenden Artikel unterscheiden sich kaum von der Darstellung in westlichen Büchern. Unterschiede scheinen sich allerdings abzuzeichnen in dem unter sozialistischen Bedingungen veränderten Verhältnis von Forscher und ‚Erforschtem', das sich aus der stärkeren Eingebundenheit der empirischen Forschung in die gesellschaftliche Praxis ergibt.

Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß

Die Konzeption.

Die Darstellung der Methoden und methodologischen Besonderheiten der empirischen Sozialforschung orientiert sich an der Struktur des sozialwissenschaftlichen Forschungsprozesses. Gemeint ist damit immer der empirische Forschungsprozeß und die in diesem sich logisch und zeitlich aufeinander aufbauenden Schritte. Der Forschungsprozeß wird in drei Hauptetappen gegliedert: 1. Projektierung der Forschung (theoretische und organisatorische Vorplanung bis hin zur Entwicklung der Erhebungsinstrumente); 2. Empirische Analyse und Experiment (Erhebung der Daten; Durchführung von Experimenten); 3. Auswertung der empirischen Daten (statistisch und theoretisch; Umsetzung in die Praxis).

Dieser Prozeß wird als ein Kreislaufprozeß verstanden, beginnend in der gesellschaftlichen Praxis, die der Wissenschaft Probleme stellt; und — auf qualitativ höherem Niveau — wieder endend in der Praxis, indem die im Forschungsprozeß gewonnenen neuen Erkenntnisse praktisch umgesetzt werden. (3) Die Darstellung anhand des Forschungsprozesses geht dabei davon aus, daß der Ablauf einerseits als Gesamtprozeß im Auge behalten werden muß. Zum anderen ist es notwendig, die methodologischen Besonderheiten jeder einzelnen Etappe herauszuarbeiten.

Daß die genannten Phasen sich allerdings allein am „praktischen Verlauf" /30/ orientieren, ist unzutreffend. Sicherlich kommt in ihnen auch der zeitliche und forschungspraktische Aspekt zum Ausdruck. Das soll ja auch so sein, wenn das Ziel des Buches die Vermittlung methodischer und methodologischer Kenntnisse der empirischen Sozialforschung ist. Die Struktur des empirischen Forschungsprozesses spiegelt aber auch zugleich die innere Logik eines *spezifischen Erkenntnisprozesses* wider. Die Spezifik liegt darin begründet, daß hier *zielgerichtete Beobachtungsdaten* gewonnen werden sollen. (4)

Zielgerichtete und damit im weitesten Sinne theoriegeleitete Beobachtung läuft natürlich auch im Alltag ab, muß an dieser Stelle also mehr bedeuten. Dieses Mehr liegt darin begründet, daß die Beobachtung im Rahmen einer wissenschaftlichen Fragestellung erfolgt. Sie gliedert sich ein in das theoretische Gesamtkonzept einer Einzelwissenschaft, die ihre Problemstellung aus der Wechselwirkung von gesellschaftlichen Anforderungen und ihrer eigenen inneren Dynamik von Fragestellungen erhält. In diesem zusätzlichen Sinne hat die Beobachtung also eine theoretische Seite. Ohne diese ist sie gar nicht möglich.

3 Die Orientierung am Forschungsprozeß kommt nicht nur im Titel des Buches zum Ausdruck, sondern auch im Titelblatt, auf dem der Forschungsprozeß als Kreislauf mit verschiedenen Etappen dargestellt ist.

4 Gemeint sind Beobachtungsdaten in dem weiteren Sinne von empirischen Erfahrungstatsachen, also nicht die Daten, die sich aus der sozialwissenschaftlichen Erhebungsmethode der „Beobachtung" ergeben.

Die einzelwissenschaftliche Theorie leitet die Forschung in allen Stufen des Forschungsprozesses an, angefangen von der Formulierung von Hypothesen, die nur möglich sind aufgrund bisheriger Kenntnisse über den Gegenstand, bis hin zu der Auswertung und Interpretation der empirischen Ergebnisse. Die Besonderheit der Darstellung des Forschungsprozesses in seinem aufeinander aufbauenden methodischen Schritten liegt also in dem zugrunde liegenden Theorie-Empirie-Verhältnis begründet. Der Forschungsprozeß ist selbst *Methode* der empirischen Forschung. Dabei geht es in den Forschungsetappen nicht allein um praktische Fragen, sondern um grundlegende methodologische Fragen der Erkenntnisgewinnung.

Historisch hat sich die Methodologie des empirischen Forschungsprozesses entwickelt aus der wissenschaftstheoretischen Verallgemeinerung der im Zuge empirisch sozialwissenschaftlicher Untersuchungen auftretenden forschungspraktischen Schritte. Sie ist also entstanden auf der Grundlage eines speziellen Forschungsprozesses, der sich beispielsweise von einem historischen Vorgehen unterscheidet, welches durch Aufarbeitung theoretischen und empirischen Wissens wesentliche Zusammenhänge herausarbeitet. Auf diesem Hintergrund scheint die Apostrophierung des empirischen Forschungsprozesses als die „verläßlichste Methode" fragwürdig:

„Der hier dargestellte sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß ist natürlich nicht der einzige Weg der Gewinnung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse. Dazu stehen verschiedene Erkenntnismethoden zur Verfügung, deren Spezifik durch den Gegenstandsbereich oder durch das historisch sich herausgebildete wissenschaftliche Herangehen bestimmter gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen, wie z.B. Philosophie, Geschichte, Literaturwissenschaft usw., bedingt ist. Das ist allgemein bekannt. Es dürfte aber ebenso kein Zweifel daran bestehen, daß der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß die *verläßlichste* Methode zur Gewinnung *neuer, wissenschaftlich begründeter, an der gesellschaftlichen Praxis geprüfter* Erkenntnisse im Bereich solcher Disziplinen wie Persönlichkeits- und Sozialpsychologie, Soziologie, Pädagogik und solcher Forschungsrichtungen wie Jugendforschung, Familienforschung, Frauenforschung, Freizeitforschung, Kriminologie usw. ist. Andere Wissenschaften müssen eventuell andere Akzente setzen." /25 f./

Daß die sozialwissenschaftliche Forschung sich stützen muß auf empirisches Wissen — ob systematisch oder unsystematisch, mit Alltagserfahrung durchsetzt, erlangt — ist sicher Konsens. Das fordert schon die materialistische Beantwortung der Frage nach dem erkenntnistheoretischen Primat im Verhältnis von Theorie und Empirie. Die Empirie geht der Theorie voraus, als erste, vorläufige Stufe der Erkenntnis. Sie bildet die Grundlage für theoretische Verallgemeinerungen. Dabei ist die systematische empirische Erkenntnisgewinnung zuverlässiger als die bloße, oft zufällige und subjektiv verzerrte Alltagserfahrung. Wird die empirische Forschung aber als die im Endeffekt einzig wissenschaftliche dargestellt, so läuft das auf einen glatten Empirismus hinaus: Reduktion der Erkenntnis auf empirische Erfahrungstatsachen. Dagegen gilt es meiner Meinung nach, die anderen Erkenntnismethoden herauszuarbeiten und in ihrem Erkenntniswert gegenüber dem empirischen Forschungsprozeß abzugrenzen. Dabei muß man sich auch die Frage stellen, ob es nicht noch andere *empirische* Methoden gibt als die bekannten Methoden empirischer Untersuchungen. Dies wird besonders auf dem Hintergrund zum Problem, daß — sieht man sich die verschiedenen empirischen Untersuchungen an — das, was an wirklich neuen Erkenntnissen gewonnen wurde, oft nur minimal ist und über den Rahmen des in den Hypothesen formulierten und z. T. schon vorher abgesicherten Wissens nicht hinaus kommt. Der Fortschritt in den Sozialwissenschaften ist historisch zumindest nicht aus ihren empirischen Untersuchungen ableitbar.

Wie eine Reihe anderer Methodiker der DDR und Sowjetunion vertritt auch Friedrich die Position, daß der empirische Forschungsprozeß in den Phasen: Entwicklung eines Systems von Forschungshypothesen und Ableitung empirisch prüfbarer Folgerungen mit der Marxschen Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten gleichzusetzen sei.

„Die Forschungshypothesen ... sollten ein in verschiedene Allgemeinheitsstufen gegliedertes Hypothesensystem bilden. Aus Hypothesen mit hohem Allgemeinheitsgrad sollten (eventuell über mehrere Zwischenstufen) solche mit geringerer Allgemeinheit gebildet werden. Daraus sind *empirisch prüfbare* Folgerungen abzuleiten. Hier ist eine wichtige theoretisch-synthetische Arbeit zu leisten, die im Sinne von Marx als Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten charakterisiert werden kann." /31/

In einem späteren Artikel (Jadow: Über die Rolle der Methodologie ...) heißt es sogar noch extremer:

„Die Berücksichtigung der Bewegung vom Abstrakten (das heißt von der Einheit der begrifflich fixierten Vielfalt) zum Konkreten (d.h. zu dem unmittelbar in der Wahrnehmung Gegebenen — zu den realen Fakten des Lebens) ist das A und O der dialektischen Auffassungen von der Wechselwirkung der theoretischen und empirischen Erkenntnisstufe. Darin besteht eben der Hauptunterschied zwischen der marxistischen und der positivistischen Methodologie der empirischen Sozialforschung." (5)

Die auch hier von den sowjetischen Soziologen vertretene Ansicht, daß der Prozeß des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten aufzuspalten sei in Theorie — das Abstrakte — einerseits und Empirie, die unmittelbaren Beobachtungen — das Konkrete — andererseits, geht noch weit über Friedrich hinaus, der diese Methoden wenigstens noch im Bereich der theoretischen Vorarbeit beläßt.

Von Friedrich wird der gesamte Prozeß der theoretischen Vorstrukturierung, angefangen von der Entwicklung von Hypothesen aus der Theorie des Gegenstands heraus bis hin zur Operationalisierung als Prozeß des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten begriffen. Sehen wir einmal davon ab, daß das, was hier mit Aufsteigen bezeichnet wird, eher als ein Prozeß des Absteigens erscheint. Denn: wo liegt im Prozeß des Ableitens spezieller Hypothesen aus allgemeinen und der Ableitung empirischer Operationen aus den speziellen Hypothesen das vorwärtsweisende, neue Erkenntnismoment? Ist das Ergebnis einer empirischen Untersuchung nicht damit schon immer — wenn auch erst im Allgemeinen — vorgegeben, empirische Forschung also nur: Bestätigung theoretischer Begrifflichkeit? Das hier vertretene deduktive Modell des Ableitens spezieller Aussagen aus allgemeinen ist sicher unzureichend, da es Erkenntnisfortschritt nicht erklären kann. Im Zusammenhang der Klärung der Frage nach dem Erkenntniswert der empirischen Forschung wäre also dem Problem nachzugehen, wie die Methode der Hypothesenbildung auszusehen hat, die den Erkenntnisfortschritt erklärt.

Das ist aber nicht das Hauptargument gegen die Gleichsetzung des Forschungsprozesses mit der Marxschen Methode. In der „Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie" stellt Marx die Methode der politischen Ökonomie

5 S. 61. Vgl. auch: Der Mensch und seine Arbeit (Autorenkollektiv), Berlin 1971: „Der Weg von der theoretischen Analyse eines Problems zu seiner konkreten soziologischen Untersuchung ist das, was Marx das Aufsteigen vom in den Begriffen und Definitionen gegebenen Abstrakten zum in der unmittelbaren Beobachtung gegebenen Konkreten nennt. Die Bewegung von der wissenschaftlichen Abstraktion zur Empirie ist die einzig wissenschaftliche Methode, mit der man aus dem Chaos vielfältiger Prozesse das Wesentliche und Konstante, das allgemein Soziale ermitteln kann." (S. 28)

dar. Er zeigt wie die Erkenntnis ausgeht von dem Realen und Konkreten, von der „chaotischen Vorstellung des Ganzen" und durch die Analyse der einzelnen Beziehungen und Bestimmungen in diesem Ganzen zu immer dünneren Abstrakta, zu den einfachsten Bestimmungen gelangt. In der politischen Ökonomie gelangt er auf analytischem Wege zu der einfachsten Bestimmung, der Ware. Dieser Prozeß wird bezeichnet als das Aufsteigen vom Konkreten zum Abstrakten. Aber dies kennzeichnet noch nicht die wissenschaftliche Methode. Von diesen Abstrakta aus ist nun wieder der Weg zum Konkreten zurückzugehen,

„diesmal aber nicht als ... einer chaotischen Vorstellung des Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von Bestimmungen und Beziehungen ... Das letzte ist offenbar die wissenschaftlich richtige Methode. Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens." (6)

Das Konkrete als real Konkretes, als die Wirklichkeit, so wie sie sich in der Anschauung darbietet, ist also nicht gleich dem begrifflich Konkreten, dem Konkreten im Denken, das in logischer Form die konkrete historische Entwicklung widerspiegelt. Es ist also nicht der „Entstehungsprozeß des Konkreten selbst", sondern seine geistige Reproduktion im Denken. Der Prozeß des Aufsteigens vom Konkreten zum Abstrakten wird auch als Forschungsweise bezeichnet, der umgekehrte Weg vom Abstrakten zum Konkreten als Darstellungsweise, als die Entwicklung der Theorie.

Worin liegt der Fehler der oben genannten Position? Der Prozeß der Entwicklung empirischer Folgerungen aus theoretischen Hypothesen hat gar nichts zu tun mit der Marxschen Methode. Letztere ist der Prozeß der logischen Entwicklung einer Theorie, indem die wesentlichen Bestimmungen und Triebkräfte des gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensprozesses, ihr inneres Band, aufgespürt werden. Es ist damit ein *theoretischer* Prozeß. Der Forschungsprozeß, von dem hier die Rede ist, ist dagegen ein *empirischer*. Er ist zwar in allen seinen Phasen theoriegeleitet, aber sein Ziel kann nicht primär die Aufdekkung der inneren Logik eines Gesamtprozesses sein, sondern es geht zunächst um die Aufdeckung empirischer Erscheinungsformen und von Zusammenhängen zwischen diesen. Die Ableitung empirischer Operationen ist zwar ein theoretischer Prozeß, aber nicht ein Prozeß, der die Zusammenhänge *erklärt*, wie etwa die politische Ökonomie die Krise als Ausdruck der antagonistischen Klassenverhältnisse, sondern es ist ein Prozeß, der diese Zusammenhänge lediglich *beobachtbar* macht. Der empirische Forschungsprozeß wäre einzuordnen in den Gesamtprozeß des Aufsteigens vom Konkreten zum Abstrakten. Er ist *ein* Mittel der Analyse der Wirklichkeit unter einer Reihe anderer.

Gegenüber Friedrich nehmen die sowjetischen Soziologen noch einen weitaus extremeren Standpunkt ein. Ein grundlegender Fehler ihrer Auffassung liegt darin begründet, daß sie nicht unterscheiden zwischen dem realen Konkreten, der Wirklichkeit in ihren vielfältigen Beziehungen, und dem begrifflichen Konkreten. Nur so kann es kommen, daß der empirische Forschungsprozeß als Prozeß des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten begriffen wird und nicht als ein Prozeß, der ein Mittel oder auch nur Voraussetzung der Ana-

6 K. Marx: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1968. S. 247 ff.

lyse der Wirklichkeit ist und deshalb eher einzuordnen wäre in den Gesamtprozeß des Aufsteigens vom Konkreten zum Abstrakten. So wird bei Marx niemals das begriffliche Konkrete als das „in der unmittelbaren Beobachtung gegebene" bezeichnet und der Prozeß des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten nicht als „Bewegung von den wissenschaftlichen Abstraktionen zur Empirie". Daraus, daß in der empirischen Forschung der Ausgangspunkt abstrakte Begriffe in Form einer Hypothese sind und von dort aus zur Empirie, zu den konkreten Daten übergegangen wird. ist nicht zu schließen, daß damit ein Übergang zum Konkreten vollzogen würde.

Die von Friedrich und anderen vertretene Position ist deshalb besonders bedauerlich, da sie darauf schließen läßt, daß von den Autoren die wissenschaftstheoretische Diskussion um das Verhältnis von Theorie und Empirie offensichtlich nicht aufgearbeitet wurde. Das wird auch im folgenden Abschnitt an einigen Punkten deutlich werden. Einige Jahre vor Erscheinen des besprochenen Buches schreibt E. Hahn nämlich:

„Diese Methode darf keinesfalls auf die Weise mit der Bewegung von der Empirie zur Theorie in Zusammenhang gebracht werden, daß die Bewegung von der Empirie zur Theorie mit dem ‚Abschnitt' des Aufsteigens vom Konkreten zum Abstrakten und die Bewegung innerhalb der Theorie mit dem Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten gleichgesetzt wird. Die Zergliederung und Analyse des real Konkreten in abstrakte Bestimmungen ist ebenso eine theoretische Methode wie das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten. Wobei wir der Tatsache eingedenk sind, daß der erstere Prozeß nur im Zusammenhang mit dem zweiten, entgegengesetzten, in der Lage ist, die eigentliche Funktion dieser Methode zu erfüllen. Die empirische Etappe der Erkenntnis dient der Vorbereitung der Methode, um die es hier geht insgesamt." (Hahn, a.a.O., S. 199 f.)

Der wissenschaftstheoretische Standort

Der wissenschaftstheoretische Standort des Buches ist natürlich in wesentlichen Zügen schon im vorigen Abschnitt an der Konzeption des Forschungsprozesses deutlich geworden. An dieser Stelle sollen aber noch einige Gesichtspunkte hinzukommen, die sich aus den wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Abschnitten im ersten Teil des Buches ergeben. Es handelt sich dabei um einen Aufsatz von Wittich (Sektion Philosophie der Universität Leipzig) zur marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie, einen Aufsatz von Noak (ZIJ) zur Begriffsbildung und von Jadow (Institut für konkrete Sozialforschung, Moskau) zur Methodologie des Forschungsprozesses.

Wittich reißt in seinem einführenden Artikel einige grundlegende Punkte der Erkenntnistheorie an wie: Rolle der Praxis als Ziel und Triebkraft des Erkennens, der Erkenntnisprozeß als Widerspiegelungsprozeß und einige — allerdings zu kurz gegriffene — Bemerkungen zum Neopositivismus. Da sich diese Punkte mehr auf eine allgemeinere Diskussion innerhalb der marxistischen Philosophie beziehen, aber nicht auf den Forschungsprozeß im engeren Sinne, soll auf einige kritische Anmerkungen, die an dieser Stelle zu machen wären, verzichtet werden.

Jadow geht in seinem Aufsatz auf methodologische Probleme des empirischen Forschungsprozesses ein. Das sind hier Fragen nach dem Verhältnis empirischer und theoretischer Erkenntnis und einige Gedanken zur Funktion der empirischen Erhebungsverfahren. Auf einen Gesichtspunkt des Aufsatzes möchte ich vor allem eingehen: nämlich auf das dargestellte Verhältnis von allgemei-

nen und speziellen soziologischen Theorien. (7) Ich greife diesen Punkt heraus, weil er meines Erachtens Rückschlüsse darauf zuläßt, wie der Autor des Artikels das Theorie-Empirie-Verhältnis versteht, d. h. wie er die Frage beantwortet, wie allgemeintheoretische Konzeptionen sich in der Empirie als erster Stufe der Erkenntnis begründen.

Jadow führt ganz richtig aus, daß die Entwicklung spezieller soziologischer Theorien „aus der Notwendigkeit einer detaillierten Untersuchung der sozialen Erscheinungen (erfolgt), was nicht zuletzt von großer Bedeutung für die Praxis ist." /64/ Dabei bilden die speziellen soziologischen Theorien nicht ein zerstükkeltes System einzelner theoretischer Aspekte, sondern durch die Fundierung der soziologischen Theorie im historischen Materialismus — der allgemeinen soziologischen Theorie — stellen sie ein ganzheitliches wissenschaftliches System dar. Allerdings sei „zu beachten, daß die speziellen Theorien nicht der Ausgangspunkt für den Aufbau der allgemeinen soziologischen Theorie sind, sondern sich im Gegenteil auf diese als auf ihre allgemeintheoretische Prämisse stützen." /ebd./ Dies scheint mir allerdings ein dogmatischer Standpunkt zu sein: In der allgemeinen Theorie — im historischen Materialismus — ist die Wirklichkeit schon erkannt, zumindest ihr „Allgemeines". Soziologische Erforschung des jeweils konkret-historischen Entwicklungsstandes einer Gesellschaft ist nur noch „Ausfüllung des Allgemeinen". Damit bleibt die Frage unbeantwortet, wie denn die „allgemeine Erkenntnis" — hier die allgemeine Erkenntnistheorie — sich weiterentwickelt, ja, wie sie überhaupt erst entstanden ist, wenn nicht auf der Grundlage der Erforschung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Der Erkenntnisprozeß wird hier einseitig gesehen als deduktiver Prozeß von der Theorie zur Empirie: allgemeine soziologische Theorie — spezielle soziologische Theorie — empirische Forschung; und vielleicht noch rückwärts: empirische Forschung — spezielle soziologische Theorie.

Leider erfüllt der folgende Artikel zur Begriffsbildung nicht die Hoffnungen, die sich der Leser vielleicht zu Beginn der Lektüre gemacht hat. Noak geht lediglich auf wissenschaftslogische — sprich: formal-logische — Aspekte der Begriffsbildung ein. Besonders enttäuschend ist der Artikel deshalb, weil es sich um eine — meines Erachtens kritiklose — Reproduktion sprachanalytischer Konzeptionen der neopositivistischen Wissenschaftslogik handelt. Die für die historisch-materialistische Erkenntnistheorie relevanten Gesichtspunkte der Widerspiegelungsfunktion der Begriffe, ihr historischer Charakter, Beziehungen zwischen theoretischer und empirischer Begrifflichkeit stehen gar nicht erst zur Debatte. Die Begriffsbildung wird als Definitionsproblem gesehen. Diese umfaßt nach Noak aber nicht die Beziehung Begriff-Gegenstand, sondern ist ein terminologisches Problem.

„Auf der Grundlage festsetzender Definitionen können in der jeweiligen Terminologie Aussagen gebildet werden, die sich zwar auf den Gegenstandsbereich der Theorie beziehen, die jedoch allein aufgrund der terminologischen Festsetzung als wahr betrachtet werden müssen, d. h. *zu ihrer Begründung ist eine Berufung auf Erfahrungen über den Gegenstandbereich der Theorie weder notwendig noch sinnvoll.*" /82/ (Hervorhebung – U.S.)

Generell läßt sich zu den wissenschaftstheoretischen Einführungsartikeln sagen, daß sie hinter dem Stand der Diskussion um das Verhältnis Theorie-

7 Jadow bezieht sich hier auf die Soziologie. Das von ihm dargestellte Verhältnis läßt sich aber auch auf die anderen Gesellschaftswissenschaften, die sich alle auf den historischen Materialismus als allgemeiner Gesellschaftstheorie gründen, beziehen.

Empirie in der DDR zurückbleiben. Auch der schon etliche Zeit zurückliegende Redaktionsschluß des Buches (Vorwort von Juni 1972) erklärt dieses Manko nicht. Die besonders auch von E. Hahn (Historischer Materialismus und marxistische Soziologie) schon 1967 in die Debatte getragenen weiterführenden Gedanken lassen sich in diesem Buch nicht auffinden. Dabei wäre eine Auseinandersetzung mit Hahn und eine Konkretisierung der von ihm vertretenen wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Konzepte auf den empirischen Forschungsprozeß in den Sozialwissenschaften sicherlich fruchtbar gewesen. Die Diskussion um diese Fragen scheint aber in der DDR generell z. Zt. zu stagnieren. Auch das 1973 erschienene Bändchen „Der soziologische Forschungsprozeß" (Berger/Jetzschmann) bringt keine grundlegend neuen wissenschaftstheoretischen Gesichtspunkte in die Diskussion. Im Gegensatz zu Friedrich/Hennig formulieren sie allerdings einen einheitlichen — sich an Hahn orientierenden — wissenschaftstheoretischen Standpunkt.

In dem von Friedrich herausgegebenen Buch klafft hier eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das anfangs formulierte Ziel, einen Beitrag zum wissenschaftlichen Meinungsstreit zu leisten, kann nicht erreicht werden, wenn die Auseinandersetzung mit den bestehenden Positionen gar nicht erfolgt, sondern lediglich einige wissenschaftstheoretische Artikel unverbunden nebeneinander gestellt werden. Die Frage nach dem wissenschaftstheoretischen Standort des Buches ist also schwierig zu beantworten. Zwar bekennen sich die Autoren zur marxistisch-leninistischen Wissenschafts- und Erkenntnistheorie und stellen an sich selbst die Forderung, ihre eigene empirische Forschungstätigkeit an diesen Prinzipien zu orientieren. Das kommt auch deutlich an ihrer Konzeption des Forschungsprozesses und der damit verbundenen Rolle der theoretischen Konzipierung, der Orientierung auf die Praxis, etc. zum Ausdruck. Andererseits sind, wie gezeigt werden konnte, grundlegende Probleme des Verhältnisses von theoretischer und empirischer Forschung noch nicht genügend durchdacht. Dabei stehen sich innerhalb der Konzeption widersprüchliche Argumente gegenüber: einerseits eine starke Bewertung der empirischen Forschung (8), wie es in der Kennzeichnung des empirischen Forschungsprozesses als „verläßlichste Methode" zum Ausdruck kam; andererseits die „dogmatische" Postulierung allgemeiner Theorie als Primat über alle konkrete Forschung.

Die Hauptetappen der empirischen Forschung

Theoretische Konzipierung

Orientiert am Forschungsprozeß gliedert sich das Buch in drei Hauptetappen. Die erste Phase umfaßt alle Aspekte der theoretischen Vorbereitung der Untersuchung. Daran schließt sich die Erhebungsphase an. Am Ende des Forschungsprozesses steht die Phase der Auswertung. Die Darstellung der Aufgaben der ersten Phase nehmen den größten Raum des Buches ein, denn hierunter fallen nicht nur die Stufen der Problemformulierung und Hypothesenbildung, sondern auch sämtliche Meß- und Erhebungsmethoden der empirischen Sozialforschung. Die Entwicklung eines Fragebogens oder eines Tests sind eben-

8 Diese starke Bewertung wird auch deutlich an dem Umfang, den die Artikel zur Messung und Quantifizierung gesellschaftlicher, besonders psychologischer Phänomene einnehmen.

so Teil der theoretischen Konzipierung wie die Entscheidung für das Auswahlverfahren zur Erhebung der Stichprobe oder die Aufarbeitung bisheriger theoretischer und empirischer Arbeiten des von mir untersuchten Problems. Insgesamt zeichnet sich die Darstellung dieser Phase durch eine stärkere innere Konsistenz und Geschlossenheit aus als das im ersten, wissenschaftstheoretischen Teil der Fall ist. Das bezieht sich besonders auf die Phasen: Problem, Hypothesen, Forschungsorganisation. Die ausführliche Darstellung der methodologischen und forschungspraktischen Probleme bei der Konzipierung empirischer Untersuchungen ist vor allem für Studenten, aber auch für diejenigen, die zum ersten Mal selbst eine empirische Untersuchung durchführen wollen, hilfreich und richtungweisend. (9)

Zu den einzelnen Etappen: Dem Problem wird im Forschungsprozeß eine entscheidende Funktion zugeschrieben. Das Forschungsproblem entsteht mit dem Bewußtwerden einer Problemsituation, d. h. dem Bewußtwerden des Widerspruchs zwischen bisherigem Erkenntnisstand über einen Prozeß und den objektiven Anforderungen dieses Prozesses, die die Erweiterung des Kenntnisstandes notwendig machen. (10)

Die Bildung von Forschungshypothesen ist ein Schritt im Prozeß der Problemlösung. Die Hypothesen sind „begründete Vermutungen" über Zusammenhänge und Prozesse, die Wahrscheinlichkeitscharakter tragen, d. h. sie sind noch nicht bewiesen. Im empirischen Forschungsprozeß geben sie die theoretische Orientierung ab. Um sie hier empirisch prüfbar zu machen, müssen Folgerungen aus ihnen abgeleitet werden. Gerade theoretisch grundlegende Forschungshypothesen haben einen weniger engen empirischen Bezug, sind also nicht *direkt* empirisch prüfbar. Die empirische Prüfung erfolgt erst über verschiedene Vermittlungsebenen, indem aus den allgemeinen Hypothesen speziellere abgeleitet werden, die eine empirische Überprüfung zulassen. Hierin, in der *Operationalisierung*, besteht ein Kernproblem empirischer Forschung. Der Übergang von theoretischen zu empirischen Aussagen ist ein komplizierter Prozeß. Bisher gibt es kaum allgemeinere methodologische Überlegungen über die Struktur und die wissenschaftstheoretische „Rechtfertigung" dieses Prozesses. Geht man von dem qualitativen Unterschied theoretischer und empirischer Aussagen aus, so fragt es sich, ob denn die theoretischen Aussagen überhaupt in empirisch beobachtbare Einzelphänomene transponiert werden können. Seltsamerweise schweigt sich die Methodenliteratur über dieses Problem, das in jeder empirischen Untersuchung dem Forscher die größten Probleme bereitet, aus. Die Autoren heben zwar die Bedeutung dieser Phase hervor, sie sprechen von dem „entscheidenden Kettenglied der Theorie-Empirie-Dialektik" /183/, aber eine Weiterführung des Problems fällt auch ihnen schwer.

Auf den nächsten 400 Seiten des Buches erfolgt die Darstellung zahlreicher Methoden und Verfahren der empirischen Forschung. Dabei ist ein größerer Teil aus dem älteren Buch (Methoden der marxistisch-leninistischen Sozialforschung) entnommen und teilweise überarbeitet und erweitert worden. Das trifft besonders für die meßtheoretischen Kapitel: Gütekriterien; Skalierungsprobleme; Schätzskalen zu. Inhaltlich wurden sie z. T. im Hinblick auf innere Unstimmigkeiten überarbeitet. Das Skalierungskapitel wurde vor allem auch didaktisch verbessert. Neu bzw. stark erweitert, sind die Testkapitel (Einstellungstests; Intelligenz-, Kreativitäts- und Schulleistungstests). In ihnen spiegelt sich die pädagogisch-psychologische Ausrichtung des Buches wider.

9 Die forschungsorganisatorischen Aspekte beziehen sich allerdings z. T. konkret auf die DDR, sind also nur bedingt auf unsere Verhältnisse übertragbar.

10 Z. B. ein experimentelles Ergebnis, daß der bisherigen Theorie widerspricht. Oder: Die bisher zur Anwendung gebrachten Maßnahmeprogramme zur Verhinderung der Fluktuation der Arbeitskräfte erweisen sich als unzureichend.

Empirische Analyse

„Die empirische Analyse ist jene Etappe des Forschungsprozesses, in der der *Forscher mit dem Forschungsobjekt praktisch-sinnlich in Beziehung tritt*, um seine Hypothesen zu prüfen. Durch diesen gezielten praktisch-sinnlichen Kontakt erhält er Informationen über bestimmte Zustände des Forschungsobjekts, Daten der empirischen Analyse. Somit stellt die empirische Analyse ein entscheidendes Kettenglied im Prozeß der Hypothesenüberprüfung dar." /588/ (Hervorhebung – U.S.)

Es geht hier also um die Phase des „Ins-Feld-Gehens", der empirischen Datenerhebung. Die gesamte theoretische Konzipierung diente der Vorbereitung dieser Phase. Der Abschnitt zur „Empirischen Analyse" wird hauptsächlich von Artikeln über Experiment und experimentelle Forschung bestimmt. Der Vorteil gegenüber den sonst üblichen Methodenbüchern ist hier, daß nicht nur allgemein methodische und methodologische Aspekte des Experiments (hier ein grundlegender methodologischer Artikel zum Experiment; ein kurzes Kapitel zur Versuchsplanung), sondern auch konkrete Anwendungsbereiche experimenteller Forschung dargestellt werden.

Nicht ganz verständlich ist mir der Ort des Experiment-Kapitels innerhalb des Buches. Sämtliche Erhebungs- und Meßmethoden der empirischen Forschung wurden im Zusammenhang mit der Etappe „Projektierung" dargestellt. Das ist auch sinnvoll, denn die Entwicklung der Verfahren und Vorbereitung der Erhebung hat hier ihren Ort. Aber auch die experimentelle Forschung muß vorbereitet werden; die Anlage der Untersuchung ist auch hier eine theoretische und planerische Vorbereitungsarbeit.

Allerdings ist es richtig, das Experiment in gewisser Weise von den anderen Erhebungsmethoden abzugrenzen. Es handelt sich hier nämlich nicht lediglich um ein Verfahren, Daten zu erheben oder zu messen, sondern das Experiment ist eine Forschungs*strategie*. Ziel der experimentellen Forschung ist der Nachweis spezifischer Kausalzusammenhänge zwischen zwei oder mehr Variablen. Dieser Zusammenhang wird bewiesen durch bewußte Setzung der unabhängigen Variablen — experimenteller Stimulus — und Ausschaltung bzw. Kontrolle der neben den interessierenden Variablen wirkenden Störfaktoren. Zwar ist es auch das Ziel, mit Hilfe sozialempirischer Methoden wie Beobachtung, Befragung kausale Zusammenhänge zu erkennen, aber bei diesen Feldforschungsmethoden ist in der Regel keine Kontrolle und Ausschaltung „störender" Bedingungen möglich. Im Gegensatz zum Experiment erfassen sie ein *komplexes* Bedingungsgefüge verschiedenster Variablen und Zusammenhänge; eine *eindeutige* Rückführung von Phänomenen auf bestimmte Variablen ist aber nicht möglich. Dies ist dagegen der *Erkenntnisanspruch* des experimentellen Vorgehens. Das Experiment ist also nicht primär ein Instrument, um Daten aus der Realität zu gewinnen, sondern eine Strategie zur Veränderung der Realität unter einem bestimmten Erkenntnisinteresse. Dies werden vielleicht die Überlegungen der Autoren gewesen sein, aus denen heraus sie das Experiment von den Erhebungsinstrumenten auch rein räumlich abheben.

Um die von den Autoren zum Experiment bezogene Position deutlich zu machen, will ich kurz einiges zum Standort der experimentellen Forschung in den Sozialwissenschaften sagen. In den westlichen Sozialwissenschaften besitzt die experimentelle Forschung eigentlich nur in der Psychologie eine besondere Relevanz. Quasiexperimentelle Untersuchungen und Feldexperimente gibt es z. T. in der Pädagogik. In der Soziologie sind mir keine experimentellen Forschungen bekannt (wenn man von sozialreformerischen Experimenten à la Owen absieht). Die Relevanz des Experiments für die Psychologie ist allerdings erheblich. Da die Psychologie im Spannungsfeld zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaft steht, lag es besonders für die am positivistischen Prinzip der empirischen Überprüfbarkeit orientierte Psychologie nahe, die als exakt geltenden Methoden der Naturwissenschaften auch für die Psychologie zu übernehmen. So entwickelte sich die psychologische Theorie über die experimentelle Forschung. Ziel der Erkenntnis waren — bzw. sind — allgemeine, historisch nicht gebundene Gesetzesaussagen, die im Experiment empirisch bestätigt werden. Die methodisch immer ausgefeilteren Experimente, in denen — möglichst in Laborsituationen — alle wirkenden Variablen kontrolliert bzw. die Störfaktoren ausgeschaltet werden können (interne Validität), führen zur Künstlichkeit der im Experiment hergestellten Situation, d. h. die experimentellen Ergebnisse können nicht mehr auf natürliche Situationen übertragen werden (externe Validität). Ein solches — eng empiristisches Vorgehen — führte in der Tendenz zu einer Verkürzung der theoretischen — besonders der gesellschaftswissenschaftlichen — Grundlagen der Psychologie. Es ist fraglich, ob mit der experimentellen Methode überhaupt Entwicklungsprozesse, also historische Momente, erfaßt werden können.

An diesen Punkten setzt auch die kritische Psychologie (Holzkamp) in ihrer Auseinandersetzung mit der bürgerlichen empirischen Forschung an und kommt zur — vorläufigen? — Ablehnung des Experiments als Forschungsmethode in der Psychologie. Sie setzt dagegen die Notwendigkeit des historischen Herangehens. Nach einer längeren theoretischen Phase der kritischen Psychologie stellt sich nun aber generell die Frage nach dem empirischen Vorgehen wieder neu, und damit auch die Frage nach dem Erkenntniswert des Experiments. Diese Diskussion ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

In der DDR spielt das Experiment in der Psychologie ziemlich die gleiche Rolle wie in der bürgerlichen Psychologie. In Forschung und Lehre nimmt es einen zentralen Stellenwert ein. Allerdings scheint die Methode relativ unkritisch aus der bürgerlichen Psychologie übernommen worden zu sein. Holzkamps Beiträge zur kritischen Psychologie wurden kaum diskutiert.

Außer in der Psychologie gibt es experimentelle Forschung in der DDR auch in der Pädagogik und vor allem auch in der Soziologie. Dabei geht es hier meist um die Überprüfung der Wirksamkeit bestimmter Maßnahmeprogramme, d. h. organisatorischer und praktischer Maßnahmen der Leitung und Erziehung in Schule und Betrieb. (11) Es geht um die bewußte Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Experimente dieser Art dienen also nicht allein Forschungszwecken, sondern Forschung und Umsetzung bestimmter Planungsziele hängen eng zusammen. Durchgeführt werden diese Experimente dementsprechend nicht lediglich von Wissenschaftlern, sondern in gemeinsamer Arbeit dieser mit den Leitern und Erziehern. Dieses Vor-

11 Siehe auch die von Friedrich dargestellten Beispiele „Maßnahmeprogramme der Leitung und Erziehung im Betrieb" und „Maßnahmeprogramme in der Schule".

gehen hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Handlungsforschung. Auch dort werden z. B. neue Erziehungs- und Ausbildungskonzeptionen von Forschungen begleitet, die die Bedingungen der Umsetzung und die Wirksamkeit der Konzeptionen überprüfen.

Auch Friedrich ist ein starker Befürworter des Experiments. Er kritisiert Positionen, die die experimentelle Forschung ablehnen. Die relativ späte Übernahme der experimentellen Methode aus den Natur- in die Gesellschaftswissenschaften beruhe auf bürgerlichen Anschauungen von Individuum und Gesellschaft wie:

— psychische und soziale Prozesse seien so komplex, daß sie nicht experimentell erfaßbar seien; sie seien einmalige, unwiederholbare Prozesse;

— psychische Prozesse seien nicht meßbar.

Diese Position hat es allerdings in der Entwicklung der Psychologie gegeben, scheint mir aber nicht die *repräsentative* Anschauung der derzeitigen bürgerlichen Psychologie zu sein. Repräsentativ ist doch wohl eher die unumschränkte Befürwortung der experimentellen Forschung durch die bürgerliche Psychologie. Eine solche unumschränkte Befürwortung gibt auch Friedrich. Er beklagt sich geradezu, daß in Pädagogik und Soziologie, aber auch in einigen psychologischen Teilbereichen zu wenig experimentelle Forschung betrieben wird.

Meines Erachtens wird bei Friedrich die Problematik des Verhältnisses von externer und interner Validität unterbewertet. Zwar fordert er einerseits, „einen möglichst hohen Ähnlichkeitsgrad zwischen dem experimentellen und dem natürlichen Bedingungssystem herbeizuführen" /622/. Unvermittelt daneben steht die Forderung nach guter Steuerbarkeit der Bedingungen in der experimentellen Situation. Friedrich geht kaum darauf ein, daß im Wechselspiel dieser beiden Momente eben ein Teil der Problematik des Experiments liegt. Die Verbesserung der inneren Steuerbarkeit führt ja gerade oft zur Künstlichkeit und damit zur mangelnden Übertragbarkeit auf natürliche Situationen. Friedrich versucht das Problem zu lösen, indem er die Gültigkeit der Laborexperimente, die ja gerade aus der Anforderung der Steuerbarkeit entstanden sind, einschränkt. Sie sollen mit Feldexperimenten und anderen Forschungen gekoppelt bzw. verglichen werden — das ist eine sinnvolle Anforderung. Weniger sinnvoll ist allerdings die allgemeine Forderung nach der Zurückdrängung des künstlichen Charakters des Experiments, denn — das „wie? " ist ja gerade das Problem! Darauf hätten die Autoren etwas mehr eingehen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle die Auseinandersetzung mit dem Experiment-Abschnitt abbrechen und im folgenden noch kurz auf die letzte Hauptetappe eingehen.

Auswertung

Die Etappe der Auswertung untergliedert sich wieder in drei Schritte: die statistische und die theoretische Auswertung und die praktische Umsetzung der Forschungsergebnisse. Auf den statistischen Teil braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden. Es ist eine sehr kurze und vereinfachte Darstellung einiger statistischer Verfahren und Strategien. Ziel des Kapitels ist sicher nicht, eine Einführung in die Statistik zu geben, sondern es ist wohl eher für den Praktiker der empirischen Sozialforschung gedacht, der schnell noch einmal eine Formel oder Entscheidungsstrategie nachsehen will.

Die Phase der statistischen Auswertung ist der erste Schritt zur Verallgemeinerung des vielfältigen und unüberschaubaren Datenmaterials. Sofern in der Untersuchung quantifizierbare Daten gewonnen wurden, bilden die durch statistische Verarbeitung gewonnenen Sekundärdaten die Ausgangsbasis für die theoretische Verallgemeinerung. Von diesem Fall gehen die Autoren aus. Die Phase der theoretischen Verallgemeinerung ist eine entscheidende Frage im Übergang von Theorie und Empirie. Einerseits sollen die empirischen Daten der möglichst genauen Beschreibung eines Phänomens dienen, andererseits soll über sie hinaus eine Erklärung des Phänomens erreicht werden. Es handelt sich also um das Problem, wie aus empirischen Daten theoretische Gesetze entstehen /750/. Der Prozeß des Übergangs von den empirischen Daten zur Theorie erfolgt durch „Subsumtion der Daten unter eine Theorie" (in Anlehnung an Stoff: Modellierung und Philosophie). Weiter oben heißt es noch etwas drastischer: „ ... wobei das, was diese empirischen Daten bestätigen sollen, zuvor theoretisch entwikkelt oder zumindest der Möglichkeit nach in der Theorie angelegt sein" muß /751/. Als Beschreibung der sozialempirischen Forschungspraxis mag dieser Prozeß weitgehend zutreffen, obwohl in größer angelegten Untersuchungen häufig Fakten auftauchen, die zunächst nicht auf dem Hintergrund der Hypothesen interpretierbar sind. Es taucht auch an dieser Stelle wieder die Frage nach dem Erkenntnisfortschritt auf. Die Position der Autoren spricht der Theorie das Primat zu, sie ordnet und interpretiert die Daten. Unklar bleibt auch hier, wie die Theorie sich selbst auf den Gegenstand rückbezieht, d. h. wie sie als Widerspiegelung der Wirklichkeit entsteht.

Hauptsächlich werden in dem Kapitel zur theoretischen Auswertung die Phasen des Auswertungsprozesses beschrieben. In den beiden ersten Phasen erfolgt die Gruppierung und statistische Konzentration (Mittelwerte, etc.) und Vergleich (Korrelation, etc.) der Daten. Um die empirischen Ergebnisse letztlich in ein theoretisches System einordnen zu können, müssen „mit Hilfe der Abstraktion die *wesentlichen, notwendigen und allgemeinen* Beziehungen und Eigenschaften (Gesetzmäßigkeiten) des Forschungsobjekts aus dem vorliegenden Untersuchungsmaterial" /766/ herausgesondert werden. Schließlich und endlich sollen dann die im Forschungsprozeß gewonnenen Ergebnisse in die gesellschaftliche Praxis umgesetzt werden. Dieser Prozeß scheint in den sozialistischen Ländern doch anders zu verlaufen als in den westlichen. Das liegt in dem direkten Zusammenhang von wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung begründet. Wissenschaft wird direkt eingesetzt zur Leitung und Planung beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Empirische Untersuchungen gliedern sich in die in den Forschungsplänen für die Gesellschaftswissenschaften festgelegten Arbeitsschwerpunkte ein. Ihre Relevanz für die Praxis erhalten sie somit über die Bedeutung der Forschungsschwerpunkte für die gesellschaftliche Entwicklung. Auf diesem Hintergrund stellen die Autoren die Forderung nach enger Kooperation von Forschern und Vertretern der gesellschaftlichen Praxis — staatliche und gesellschaftliche Leitungen — bei der Überleitung der Ergebnisse in die Praxis.

Sollen die Ergebnisse direkt praktisch umgesetzt werden, so müssen an den Forschungsbericht bestimmte Anforderungen gestellt werden, damit die Leitungsorgane die im Forschungsbericht niedergelegten Empfehlungen und Folgerungen ohne zusätzlichen Aufwand umsetzen können (z. B. einfache Sprache; kurze Fassung des Berichtes; nicht zu viel statistisches Material). Es wird darüber hinaus ein verändertes Verhältnis des Forschers zu den Personen seiner Untersuchung vorausgesetzt. Ist sowohl die Nutzung als auch z. T. die

Erhebung der empirischen Ergebnisse gemeinsame Arbeit von Forscher, Leiter und Werktätigen, so setzt dies auf Seiten des Forschers „Lebensnähe, Praxisverbundenheit und Bereitschaft zur unmittelbaren Zusammenarbeit mit den Leitern und Werktätigen" /784/ voraus. In der sozialistischen Gesellschaft entwickelt sich offensichtlich ein neues Verhältnis zwischen dem Forscher und seinen Forschungs„objekten". (12)

Schluß

Zum Schluß will ich versuchen, eine zusammenfassende Einschätzung des Buches zu geben. Das ist besonders wichtig auf dem Hintergrund einer doch oft recht heftigen Kritik an den wissenschaftstheoretischen Positionen der Autoren, die ich an dem Buch angebracht habe. Behielte man aber nur diese Punkte im Blickfeld, so wäre das eine verzerrte Einschätzung des gesamten Werkes. Innerhalb der DDR-Literatur zeichnet sich das Buch dadurch aus, daß es das umfassendste Methodenbuch ist, das auf der Grundlage eigener empirischer Forschungstätigkeit entstanden ist. Konkrete Erfahrungen, die bei empirischen Untersuchungen gewonnen wurden, sind mit in die Darstellung eingeflossen. Daß hier so viele praktische Probleme angesprochen und Lösungswege für sie aufgezeigt werden, unterscheidet das Buch von vielen anderen Methodenbüchern.

Der wichtigste Gesichtspunkt ist aber, daß die Methoden im Rahmen des Forschungsprozesses dargestellt werden. Das macht das Buch auch so attraktiv innerhalb der westlichen Methodenliteratur. Wer sich's leisten kann — das Buch kostet hier in West-Berlin leider 39,— DM — sollte sich den „Sozialwissenschaftlichen Forschungsprozeß" als grundlegendes Empiriebuch zulegen. Es ist in der Tat wesentlich besser als fast alle sonstigen westlichen Methodenbücher und sicherlich in der Lage, dem gängigen „Mayntz-Holm-Hübner-Methodenbuch" den Rang abzulaufen.

12 Siehe auch U. Koch: Zum Ideologiegehalt soziologischer Forschungsmethoden. SOPO 31, Dezember 1974.

Ulrike Schneider

Franz Dick: Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften, Sendler, Heidelberg 1974

Vorab: der Titel von Dicks Arbeit täuscht — es handelt sich dabei nicht um eine Kritik der Sozialwissenschaften, sondern um eine Kritik der Psychologie, ihrer experimentellen Methodik, der Struktur und Entwicklungsdynamik der so methodisch fundierten inhaltlichen Theorien und der zugeordneten wissenschaftstheoretischen Deutungsversuche.

Dicks Ausgangspunkt, Methode und Ziel

Der Ausgangspunkt ist — wie schon bei Aronson & Carlsmith (1968), Brunswik (1947, 1949, 1955), Sargent (1965) und vor allem dann bei Holzkamp (1964, 1967, 1972) — ein Unbehagen gegenüber der traditionellen Psychologie: sie würde ihrem Anspruch nicht gerecht, ihren Gegenstand so zu analysieren, daß die daraus abgeleiteten Beschreibungen, Erklärungen, Prognosen naturwissenschaftlichen Maßstäben hinsichtlich Objektivität, Präzision und Stabilität (Reliabilität), und Qualität (Validität) genügten.

Stattdessen biete die psychologische Forschung bei oberflächlicher Betrachtung folgenden Anblick: „Die unverbundene Vielfalt der Theorie; die unterschiedlichen einzelnen Methoden; die immer weiter sich aufdifferenzierende Methodik und Methodologie; die Entfernung der Empirie aus der alltäglichen Wirklichkeit ins Labor; die enorme Widersprüchlichkeit der empirischen Ergebnisse in der Überprüfung einer einzelnen Hypothese; die immer weiter ansteigende Spezifizierung von Hypothesen; die Entfernung der Wissenschaftstheorie von der Forschungspraxis; usw." /21/

Diesen unbefriedigenden Zustand der traditionellen — von ihm als „bürgerlich" und „empirisch" apostrophierten — Psychologie will Dick analysieren; aber nicht forschungs-transzendent bzw. wissenschafts-soziologisch, -ethisch, etc. — also von Entstehung, Voraussetzung, Anwendung, Moral her —, sondern forschungs-immanent — von den inneren Widersprüchen des Forschungsprozesses selbst her.

In den Ausführungen über seine Methode weist Dick vorhandene Ansätze — z. B. Holzkamp ; Psychologie der sozialistischen Länder — als bürgerliches Denken zurück. Er beansprucht dagegen für sich die Anwendung der Marxschen Methode aus dem ‚Kapital' auf den Gegenstand der Psychologie. Dicks zentraler und originellster Beitrag besteht dabei in der Analyse des Theorie/Empirie-Verhältnisses in der nomothetisch verfahrenden Psychologie, speziell im Modell der „abstrahierenden Induktion".

Dicks chaotisches Weltbild, oder: der Kult des Konkreten

„Für mich selbst schälte sich die Übertragbarkeit einiger politisch-ökonomischer Kategorien erst im Verlauf der Untersuchung nach und nach heraus." (Anmerkung, /26/). Leider ist die Verarbeitung der Lesefrüchte aus positivistischen, kritisch-theoretischen, und marxistischen Werken zu einer konsistenten Auffassung nicht gelungen.

So sagt Dick einerseits: „Es bliebe eine chaotische Vielfalt von Erscheinungen, wenn die Untersuchung bei ihnen stehenbliebe und nicht nach dem Gemeinsamen verschiedener Besonderheiten fragen würde. Es kann als wesentliches Moment hinter den Erscheinungsformen verborgen sein." /22/ Dem widerspricht er andrerseits gleich-zweifach: das Millsche Weltbild — und in seinem Gefolge die „empiristisch"-sozialwissenschaftliche Theorie — „nimmt an, daß eine abstrakte Struktur von allgemeinen Gesetzen, ein Raster bloßer Notwendigkeiten, gleichsam „hinter" der konkreten Wirklichkeit existiert und von hier aus bestimmt, was in der konkreten Wirklichkeit vorgeht. Dies ist eine idealistische Annahme." /267/ Und zugleich leugnet er die Möglichkeit, daß eine allgemeine Hypothese Wesentliches aussage: „Wesentliches kann man nur von etwas konkret Existierendem behaupten, weil es nur in etwas konkret Existierendem Wesentliches und Unwesentliches gibt." /110/

Die Annahme von Gesetzmäßigkeit und Ordnung hinter und unter der verwirrenden oberflächlichen Vielfalt wird also einmal als idealistisch diffamiert, ein andermal lobend als Beispiel für materialistisches Vorgehen angeführt. Und wichtiger: er stilisiert den Einzelfall, das ‚konkrete Faktum', zu absoluter Einzigartigkeit hoch, womit die Möglichkeit schwindet, Verallgemeinerungen zu treffen, Gesetze zu formulieren: „ein Faktum kann beherrscht sein von Gesetzmäßigkeiten" /84/, muß es aber nicht. „Das historische Faktum ist nicht bloß Schnittpunkt verschiedener allgemeiner Züge ... Wenn die allgemeinen Züge nur dadurch existieren, daß sie in einzelnen Besonderheiten verkörpert sind, und wenn diese Verkörperungen und Verbindungen verschiedener allgemeiner Züge historisch einmalig sind, dann bedeutet dies, daß jedes einzelne historische Faktum nicht einfach Schnittpunkt von verschiedenen allgemeinen Zügen sein kann." /84 f./ Die sorgfältige Rekonstruktion des Arguments beweist seine Unlogik. Konsequenterweise lehnt Dick daher auch das Millsche Weltbild ab, das trotz der mit Dick geteilten Auffassung, die Realität biete ein chaotisches Bild, eine Ordnung hinter dem Chaos annimmt — welcher Auffassung Dick nach letzterem nur schwerlich zustimmen könnte.

Dick macht also widersprüchliche Aussagen zur Gesetzmäßigkeit des Realen und zur Methode der möglichen Aufdeckung solcher Gesetzmäßigkeiten. Seiner Abweichung vom traditionellen wissenschaftstheoretischen Denken liegt zugrunde einmal eine Tendenz zum Indeterminismus — so sagt er über Mill: „In einer solchen determinierten Welt gibt es für bewußtes Handeln keinen Platz" /367/ — , und zum anderen eine m. E. falsche oder naive Rezeption der marxistischen Begriffe Erscheinung/Wesen, Zufall/Notwendigkeit, Möglichkeit/Wirklichkeit, Gesetz. Er identifiziert Gesetzmäßigkeit im marxistischen Sinn mit Determiniertheit überhaupt und kommt aus Anschauung der widersprüchlichen Befunde der Experimental-Psychologie zu der Auffassung, menschliches Handeln unterliege nicht total Gesetzmäßigkeiten, sondern enthalte eine „Unbestimmtheitsstelle", phänomenal gleichgesetzt mit dem Freiheitsspielraum, der Spanne zwischen Möglichem und Wirklichem. Hier wirke, je nachdem, der „Zufall" oder — an andrer Stelle — das „menschliche Bewußtsein". — Aber: die marxistische Unterscheidung des Zufalls von der Notwendigkeit impliziert kein Zugeständnis an irgendeine Form des Indeterminismus. Ausgehend vom Prinzip der universellen Determiniertheit sind vielmehr als Gesetze nur solche determinierenden Einflüsse aus der Gesamtheit der Determinanten hervorgehoben, die bestimmten qualitativen und quantitativen Kriterien genügen, nämlich die wesentliche, allgemeine und notwendige Einflüsse darstellen — was im Anwendungsfall zu konkretisieren wäre. Auch der ‚Zufall', auch das ‚menschliche Bewußtsein' sind nach dieser Auffassung determiniert.

Der angedeutete Fehler Dicks ist bedeutungsvoll für die weitere Argumentation: die für seine Arbeit zentrale Behandlung der Theorie/Empirie-Problematik

geht aus von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der Konkretheit des Einzelfalls und der Abstraktheit des Gesetzes, bzw.: zwischen der Konkretheit der Empirie und der Abstraktheit der Theorie.

Die Realität ist nach Dick nicht nur konkret, sprich: letztlich einzigartig und einmalig, sondern auch widersprüchlich. Womit dann erklärt wird, warum experimentelle Ergebnisse in der Psychologie sich nicht wiederholen ließen: „Je kontrollierter die Experimente zu einer identischen Hypothese, umso mehr müssen die Ergebnisse dieser Experimente für die jeweiligen sehr kontrollierten Bedingungen spezifisch sein. Dies bedeutet, daß die Bestätigung und Widerlegung von Hypothesen mit der methodischen Perfektion ihrer Überprüfung widersprüchlicher und uneinheitlicher werden muß." /223/ Für ein zentrales methodisches Problem der experimentellen Psychologie wird damit eine Scheinerklärung angeboten, die nicht einmal logischen Anforderungen genügt — Kontrolle der Bedingungen vereinheitlicht diese; damit müßten auch die Ergebnisse konvergieren —, geschweige denn inhaltlichen. Konsequenz: Rückzug aus der Methode, statt ihre Verbesserung unter genauer Analyse des Gegenstands.

Dicks Absage an die Wissenschaftlichkeit, oder: der Kult des ‚Alltagsdenkens'

Dicks Kritik bezieht sich auf dreierlei: die „empiristische" Wissenschaftstheorie, Methodologie und Forschungspraxis. Dabei faßt er die „empiristische" Wissenschaftstheorie als gesellschaftlich notwendig falsches Bewußtsein der Methodologie und Forschungspraxis auf; ebenso die „empiristische" Methodologie als gesellschaftlich notwendig falsches Bewußtsein der Forschungspraxis. Dabei wird die Falschheit jeweils hinreichend belegt — Wissenschaftstheorie ist eine falsche Widerspiegelung der Methodologie, da erstere keinen Begriff für Störbedingungen hat, die die behauptete allgemeine Gesetzmäßigkeit im Einzelfall „stören", d. h.: überdecken, überlagern; Methodologie ist eine falsche Widerspiegelung der Forschungspraxis, da erstere keinen Begriff für Rahmenbedingungen hat, d. h.: konstante reale Bedingungen, unter denen die Forschung abläuft und die die Ergebnisse beeinflussen, die aber weder untersucht, noch nachträglich als überlagernde Effekte einkalkuliert werden —, nicht aber der angeblich gesellschaftlich notwendige Charakter dieser Falschheit.

Ebenso sei die Forschungspraxis falsch — inhaltlich, weil sie Objektives subjektiviere; methodisch, weil sie Konkretes in seiner Einmaligkeit, Widersprüchlichkeit und unerschöpflichen Reichhaltigkeit unter einige wenige allgemeine Begriffe zwinge. Beleg für die Falschheit der Forschungspraxis sei ihr Mißerfolg. Aber: obwohl Dicks Mißerfolgsdiagnose teilweise zuzustimmen ist, bietet sein Kult des Konkreten, aus dem zwangsläufig der Kult des dem Konkreten verhafteten „Alltagsdenkens" folgt, keinen Ausweg.

Doch zunächst Dick: „Alltagsdenken" setzt am konkreten Faktum an, das dann einer ersten begrifflichen Abbildung unterzogen wird:

(a) in der Beschreibung werden die Sachverhalte in ihrem Neben- und Nacheinander dargestellt, noch nicht in ihrem inneren Zusammenhang; entsprechend wird nicht zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem unterschieden;

(b) in der Interpretation wird der innere Zusammenhang benannt, zwischen notwendigen und zufälligen Bestimmungen unterschieden.

Dabei wird ein einzelner Zusammenhang zwar herausgegriffen, aber nicht isoliert, abgelöst von seinem Wirkungshintergrund betrachtet. Nach Dick sind

Beschreibung und Interpretation absolut verschieden von der allgemeinen Hypothese, die der „Empirist" daraus ableitet: das „Alltagsdenken" konstatiert sowohl Koinzidenzen wie Widersprüche, gesteht dem Zufall eine bedeutende Rolle zu, und unterscheidet deshalb Möglichkeit und Wirklichkeit, Zufall und Notwendigkeit, akzeptiert einen Handlungsspielraum.

Anders die „empiristischen" Wissenschaften: Aus dem konkreten Faktum wird der Zufall weggesäubert, damit auch Möglichkeit und Handlungsspielraum; es verbleibt nur eine streng notwendige Wirklichkeit, die sich aus ganz wenigen determinierenden Elementen aufbaut.

Im Fortschreiten vom „Alltagsdenken" zum „empiristisch"-wissenschaftlichen Denken sieht Dick nun den methodologischen Sündenfall, der die traditionelle Psychologie zum Mißerfolg verdammt. Aber:

(a) Dicks Kritik des traditionellen psychologischen Forschungsprozesses beruht auf der Tatsache, daß sich dessen Ergebnisse kaum wiederholen lassen. Empirische, logische und forschungs-psychologische Argumente sprechen jedoch dagegen, daß das ‚Alltagsdenken' konsistentere Ergebnisse liefert;

(b) das ‚Alltagsdenken' — nach Dick — stellt Vermutungen über Kausalbeziehungen an, benennt bestimmte Bedingungen als wesentlich, notwendig, etc., ohne diese Behauptungen zu überprüfen. Genau dies versucht aber die ‚empiristisch' experimentelle Psychologie — wenn auch meist mit unzulänglicher Methodik und inhaltlicher Theorie. Der Erkenntniswert des ‚Alltagsdenkens' ist demnach eher geringer;

(c) hinterfragt Dick nicht, warum eigentlich der Schritt vom ‚Alltagsdenken' zum wissenschaftlichen Denken vollzogen wurde und immer wieder wird. Eine historisch-materialistische Analyse, die den Namen verdient, müßte hier die — historisch sicherlich immer relative — Fortschrittlichkeit und historische Notwendigkeit der Entwicklung herausstellen, und nicht Rückschrittlichkeit und Willkürlichkeit suggerieren.

(d) ist zu fragen, ob das von Dick beschriebene ‚Alltagsdenken' mit seiner prinzipiellen Offenheit für alle Erklärungsversuche überhaupt real existiert;

(e) drückt sich im Kult des ‚Alltagsdenkens', damit im Kult des an der Oberfläche haftenden, intuitiv-spekulativen und unüberprüften Denkens eine Absage an die Wissenschaftlichkeit aus. Sicherlich ist Dicks Kritik am häufig oberflächlichen, spekulativen Charakter psychologischer Theorienbildung großteils berechtigt — die Alternative kann aber nicht im Rückzug auf vorwissenschaftliches Denken bestehen. Ebensowenig ist Dicks Konzeption der ‚materialistischen Methode' — z. T. ununterscheidbar vom ‚Alltagsdenken' — ein Ausweg, da ihre Darstellung bisher keine Anwendung ermöglicht. Dicks (antiautoritärer) Protest gegen die Nomothetik bleibt steril.

Die „abstrahierende Induktion", oder: der vorgeblich nomothetisch nicht überbrückbare Gegensatz von Theorie und Empirie

Die Ausführungen zur „abstrahierenden Induktion" sind m. E. das Kernstück von Dicks Argumentation. Die Theorie ist abstrakt, die Realität dagegen konkret. „Die Empirie bewegt sich in diesem Spannungsfeld. Sie muß einerseits konkret sein, da sie Begegnung mit der Wirklichkeit ist, und andrerseits

abstrakt, da sie Medium der Entstehung und Geltungsbegründung der Theorie ist." /75/ — Aus diesem Spannungsverhältnis entwickelt Dick seine Kritik.

Die „empiristischen" Sozialwissenschaften knüpfen induktiv an die Besonderheiten der konkreten Wirklichkeit an — wobei diese Besonderheiten immer eine Einheit von Besondrem und Allgemeinem, Zufall und Notwendigkeit bilden. Die abstrahierend-induktive Methode der Theorienbildung und -überprüfung ist nun dadurch gekennzeichnet, „daß die Theorie sich aber nicht auf die historisch-konkreten Bestandteile der Wirklichkeit bezieht. Vielmehr wird das Konkret-Historische darauf reduziert, bloßer Träger des Allgemeinen zu sein ... Die auf diese Weise entstandene Hypothese behauptet, daß das, was in dem besondren historischen Fall nebeneinander oder nacheinander aufgetreten ist und sich eventuell dabei kausal verursacht hat, immer wieder in gleicher Weise nebeneinander oder nacheinander auftritt." /80 f./ Die so gewonnene Hypothese muß sich dabei in andrem Konkret-Historischem bewähren, das Träger derselben Allgemeinheit bezüglich der Bestandteile der Hypothese ist — der abstrahierenden Induktion folgt daher die „konkretisierende Realisation".

Dicks Kult des Konkreten führt dazu, daß die hypothetische Verallgemeinerung in unüberbrückbarem Gegensatz zu den konkreten Fakten gesehen wird, von denen sie ausging.

Für Beschreibung und Interpretation zählt das konkrete Faktum als besondrer Träger allgemeiner Züge. Für die Hypothese zählt das konkrete Faktum dagegen nur als Träger allgemeiner Züge, und zwar derjenigen, die in der Hypothese selbst benannt sind — also als abstraktes Faktum. Bausteine des abstrakten Faktums sind nur die wenigen, in der Hypothese angesprochenen allgemeinen Züge: Randbedingung(en), Individuenbereich, Ereignis.

Die Beziehung zwischen konkreten Fakten und abstrakten Fakten ist dabei völlig beliebig: Ein konkretes Faktum kann Träger beliebig vieler abstrakter Fakten sein, und umgekehrt. Fazit: Gegenüber der abstrahierenden Induktion sind die allgemeinen Züge in einem konkreten Faktum zufällig.

Üblicherweise wird der Psychologe das Auftreten eines entsprechenden konkreten Faktums nicht abwarten, sondern es herstellen: „Realisation".

Aber: Er muß sozusagen durch eine reelle Handlung die Abstraktion rückgängig machen, die er in seiner ideellen Handlung vollzogen hat ... Der Wissenschaftler sieht sich von seiner Wissenschaft selbst ganz verlassen und ganz seiner subjektiven Intuition überlassen." /123/ Zusammenfassend: Ausgangspunkt der abstrahierenden Induktion ist ein konkretes Faktum, das aber nur als abstraktes Faktum zählt, nämlich als bloßer Träger allgemeiner Bestimmungen. Überprüfungsinstanz der abstrahierenden Induktion ist wiederum ein konkretes Faktum, aber ein anderes konkretes Faktum, das jedoch als gleiches abstraktes Faktum interpretiert wird. Die Unterscheidung von konkretem und abstraktem Faktum, von „Sein" und „Gezählt-Werden-Als" scheint selbst Dick zu verwirren, worauf offensichtliche Widersprüche auf den Seiten 137 bis 140 schließen lassen!)

Dick greift in dieser Darstellung der Beziehung von Theorie/Empirie ein Problem auf, das dem Sozialwissenschaftler auf der methodologischen Ebene immer schon vertraut ist unter den Stichworten: Operationalisierung, Indikatorenbildung, Validität, Repräsentanz. Methodologische Lösungsversuche — wenn auch noch sehr unbefriedigender Art — liegen vor, beispielsweise im Konzept der Konstruktvalidität.

Dicks Darstellung ist jedoch wissenschaftstheoretischer Art: die Empirie

ist konkret, sprich: eine einmalige Verknüpfung von Besondrem und Allgemeinem, Zufall und Notwendigkeit; die Theorie dagegen ist abstrakt, bar jeder Besonderheit, Ausdruck nur weniger, nicht unbedingt relevanter, allgemeiner Züge: „Für die abstrahierende Induktion ist es gleichgültig, ... ob es wirklich wesentliche Zusammenhänge sind, die sie von dem besondren konkreten Faktum löst und denen sie die Allgemeinheit zuspricht." /108/

Dick konstruiert hier einen erklärtermaßen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Theorie und Empirie — nur in der materialistischen Methode ist dieser Gegensatz wunderbarerweise verschwunden. Die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes von Theorie und Empirie müßte Dick logisch ableiten aus seiner Behauptung, das konkrete Faktum sei nicht bloßer Schnittpunkt allgemeiner Züge; wenn die Theorie aber nur solche allgemeinen Züge formuliert, ist der Gegensatz existent. — An entsprechender Stelle wurde aber schon nachgewiesen, daß diese Konstruktion (a) sich fälschlich auf marxistisches Denken beruft, und (b) mit Hilfe des Indeterminismus argumentiert — was sie m. E. als unwissenschaftlich erweist. Also gegen Dick: das konkrete Faktum ist von denselben allgemeinen Zügen, Gesetzmäßigkeiten beherrscht, die in der Theorie potentiell ausgedrückt sind; ein ‚logischer', ‚prinzipieller' und damit unüberbrückbarer Gegensatz von Theorie und Empirie besteht nicht.

Trotzdem: Dicks Ausführungen zur abstrahierenden Induktion, obwohl wissenschaftstheoretisch falsch fundiert, rufen dennoch Interesse und Zustimmung hervor, weil sie, wo sie nur beschreiben, zumindest die ‚bürgerliche' Forschungstätigkeit gut abbilden. Tatsächlich besteht eine relativ beliebige Beziehung zwischen Beobachtung (konkretem Faktum)/theoretischer Verallgemeinerung (abstraktem Faktum)/Experiment (konkretem Faktum). — Allerdings: Diese Beziehung ist keinesfalls völlig beliebig, wie unterstellt; die partiellen Erfolge der Sozialwissenschaften gegen die ‚Widerständigkeit der Realität' sind m. E. ein Beweis dafür.

Dicks Verdienst besteht hier in einer durch Überspitzung zwar falschen, aber zugleich sehr prägnanten, transparenten Verdeutlichung des Dilemmas zwischen Konkretheit und Empirie und Abstraktheit der Theorie; und einer daraus ableitbaren Erklärung der tatsächlich recht verschlungenen Pfade der psychologischen Theorienbildung. Die Schädlichkeit seiner diesbezüglichen Ausführungen besteht wiederum in ihrer Sterilität: (a) werden die methodologischen Bemühungen um eine Überwindung des Dilemmas kommentarlos übergangen und damit faktisch diskriminiert; (b) wird eine tatsächlich nicht bestehende, völlige Zufälligkeit, Beliebigkeit in der Beziehung Theorie/Empirie unterstellt, womit die Entstehung von Theorie zum Zufallsprodukt wird, was selbst den weitgehend gesellschaftlich anarchischen Prozeß der Theorienproduktion in der Psychologie der kapitalistischen Länder nicht — vor allem: nicht mehr — trifft; womit weiterhin die Möglichkeit entfällt, zwar undeutliche, aber dennoch vorhandene Theorieentwicklungen zu erklären; (c) wird durch die suggerierte Beziehungslosigkeit von Theorie/Empirie der Schluß nahegelegt, traditionelle Sozialwissenschaft — enger: Psychologie — müsse erfolglos bleiben — was wiederum mit den Tatsachen nur bedingt übereinstimmt.

Der vorgeblich zirkuläre Charakter der Bestätigung der Theorie durch die Empirie

„Der Wissenschaftler kann Individuen so auswählen, daß sie der abstrakten Bestimmung der Hypothese genügen; er kann konkrete Bedingungen herstellen, die dem Be-

dingungsteil der Hypothese entsprechen. Darüber, daß das konkrete Ereignis sich der Hypothese einfügt, hat der Wissenschaftler keine Gewalt, und er darf solche auch nicht haben. Hätte er sie, so könnte die Geltung der Hypothese sich gar nicht auf äußere Empirie stützen, sondern nur auf die dem Handeln des Wissenschaftlers immanente Struktur; die Realisation wäre dann keine empirische Untersuchung, keine Verifikation der Hypothese in konkreter Wirklichkeit, sondern ein Artefakt, eine methodische Tautologie." /120 f/

Trotz dieser vorgängigen klaren Absage an Tendenzen, das Vorgehen der empirischen Sozialwissenschaften als zirkulär darzustellen, folgt Dick im weiteren Verlauf seiner Argumentation doch genau dieser populären Kritik. Er argumentiert etwa folgendermaßen: Bezogen auf die wenn-dann-Struktur der Hypothese kann der Forscher nur den wenn-Teil, also die Bedingungen, festlegen, nicht den dann-Teil, also das von diesen Bedingungen abhängige Ereignis. — Aber: Die Hypothese, das abstrakte Faktum, schreibt nicht vor, wie die konkrete Wirklichkeit beschaffen sein muß, an der sie überprüft wird, wie also das konkrete Faktum beschaffen sein muß. Das Experiment wird nun durchgeführt, d. h.: dem abstrakten wenn- und dann-Teil der Hypothese werden konkrete Wirklichkeitstatbestände zugeordnet. Tritt der dann-Teil, das Ereignis, in vorhergesagter Form auf, so gilt die abstrakte Hypothese als durch die konkrete Wirklichkeit bestätigt oder bestärkt. — Aber: Es ist nicht die Wirklichkeit selbst, sondern „es ist die Hypothese, welche den einzelnen Ausschnitten aus dem konkreten Bedingungsgefüge ihren methodischen Stellenwert zuweist, welche darüber bestimmt, ob etwas UV, AV, oder störende Bedingungen ist." /127/ Das komplexe Bedingungsgesamt der konkreten Wirklichkeit, das tendenziell auch immer in der Überprüfungssituation, dem Experiment, vorhanden ist, wird also durch die Hypothese, und durch die Interpretation des Ereignisses in Begriffen der Hypothese, radikal auf ganz wenige Bestandteile reduziert; die Hypothese entwirft gewissermaßen ein außerordentlich vereinfachtes Modell der Wirklichkeit.

Konsequenz: „Es ist diese Hypothese, die bestimmt, welche Züge der konkreten Wirklichkeit als sie selbst stützend herausgehoben werden. Die Beziehung zwischen der Theorie auf der einen Seite und der Empirie auf der andren Seite ist also hoffnungslos zirkulär." /140/

Hier wird also das schon bekannte Argument vom unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Theorie und Empirie wieder aufgenommen und weitergeführt. Erstens ist die Beziehung zwischen den abstrakten Begriffen der Hypothese und den ihnen zugeordneten konkreten Wirklichkeitstatbeständen des Experiments höchst problematisch. Zweitens ist die Entsprechung zwischen der in der Hypothese unterstellten Kausalstruktur und der im Experiment wirkenden tatsächlichen Kausalstruktur ebenfalls höchst problematisch. Soweit ist Dick zuzustimmen und für seine Verdeutlichung zu danken. — Aber Fehler liegen m. E. in der obigen Behauptung vor, es sei die „Hypothese, die bestimmt, welche Züge der konkreten Wirklichkeit als sie selbst stützend herausgehoben werden." /140/ Nämlich:

(a) besteht die Hypothese vor dem sie überprüfenden Experiment und bleibt hinsichtlich der Überprüfungsentscheidung ungeachtet des Ausgangs des Experiments — im Idealfall — unverändert bestehen, paßt sich also nicht, wie suggeriert, opportunistisch der Realität an. Realität und Hypothese konvergieren also nicht im Entscheidungsfall, weil sich die Hypothese auf die Realität zubewegte;

(b) Hypothese und Realität konvergieren aber ebenso nicht, weil sich die Realität auf die Hypothese zubewegte — denn auch Dick gibt im obigen Zitat /120/ zu, daß die Realität von der Hypothese unabhängig ist, kein methodisches Artefakt darstellt, die Hypothese also nicht stützen muß;

(c) bleibt als Fazit festzuhalten, daß Hypothese und Realität unabhängig voneinander bestehen und keinen Zirkel bilden.

Vermutlich unter Berücksichtigung ähnlicher Einwände kommt Dick zu einer Relativierung seines Vorwurfs der Zirkularität des „empiristischen" Forschungsprozesses, die m. E. die Unklarheit jedoch eher erhöht: „Gleichwohl erschöpft sich die Beziehung zwischen Theorie und Empirie nicht darin, ein formaler Zirkel zu sein. Nur eine Seite der Empirie ist Bestandteil dieses Zirkels; die andre – die konkrete – ist Bestandteil der konkreten Wirklichkeit und ist in dieser selbst angesiedelt. Die Bewegungen in dieser konkreten Wirklichkeit bedingen, daß die Empirie immer wieder in Widerspruch zu der Theorie treten kann." /140/

Das treibende Moment der Erkenntnisgewinnung wird hier also allein in den „Bewegungen in dieser konkreten Wirklichkeit" gesehen, nicht in der relativen Autonomie von Theorie und Empirie und der damit gegebenen Möglichkeit ihrer echten Konfrontation — m. E. ein falscher Ansatz.

Die vorgeblich zirkuläre Beziehung zwischen Theorie und Empirie — Dick: „empiristischer Zirkel" — wird noch anders zu belegen versucht: „Damit eine positive Aussage über die Geltung einer Hypothese gemacht werden kann, ist vorausgesetzt, daß die in der Hypothese benannten Rahmenbedingungen nicht in Interaktion mit weiteren Bedingungen stehen. Damit über den Einfluß einer einzelnen Bedingung oder einer Bedingungskonstellation eine Aussage gemacht werden kann, muß der Einfluß der weiteren Bedingungen immer schon bekannt sein ... Dies ist zu verallgemeinern: die Bestätigung des einzelnen vermuteten Zusammenhangs setzt die Bekanntheit des ganzen Systems von Verknüpfungen voraus. Da im nomothetischen Verständnis das ganze System der Verknüpfungen aber nichts andres sein kann als die Summe (oder Multiplikation) aller einzelnen Verknüpfungen, setzt umgekehrt die Kenntnis des ganzen Gefüges die Kenntnis aller einzelnen Verknüpfungen voraus." /232/

Hier vergißt Dick seinen materialistischen Anspruch und die von daher geforderte Unterscheidung von Wesen und Erscheinung, Zufall und Notwendigkeit und argumentiert ganz im Sinne des Konditionalismus, d. h. der Theorie, die jedes Ereignis auf eine unendliche Anzahl prinzipiell gleichrangiger Bedingungen zurückführt — in einer derart strukturierten Wirklichkeit wäre Dicks Kritik berechtigt. Aber: Nimmt man dagegen an — wofür viel spricht —, die Wirklichkeit unterliege nicht unzähligen gleichrangigen Einflüssen, sondern besitze eine hierarchische und begrenzt komplexe Kausalstruktur mit der Unterscheidbarkeit von wesentlichen und unwesentlichen Determinanten, dann entlarvt sich Dicks vergeblicher Zirkel als praktisch-methodisch zwar schwer angehbares, aber dennoch prinzipiell bloßes Scheinproblem. Seine Lösung, die der Methodik der erfolgreichen Wissenschaften entspricht: Bestimmung der wesentlichsten Determinanten eines Phänomens; Untersuchung ihres Einflusses mit dem Ergebnis der Formulierung einer vorläufigen, unpräzisen, vielfältig abhängigen Prognose; Bestimmung der nächst-wesentlichsten Determinante; Einbeziehung ihres Einflusses auf das untersuchte Phänomen und Korrektur der ersten Prognose in Richtung höhere Präzisierung und Ausschaltung einer Abhängigkeit; Bestimmung der nächst-wesentlichsten Determinante ...

Fazit: Dicks Vorwurf der Zirkularität der Theorie/Empirie-Beziehung in den „empiristischen" Sozialwissenschaften ist zurückzuweisen. Ausgangspunkt und Grund für die scheinbare Plausibilität ist das Faktum, daß verschiedene Theoretiker(schulen) die ihrer Theorie entsprechenden empirischen Ergebnisse produzieren — ebenso die konkurrierenden Theoretiker(schulen). Dies bedeutet

aber weder, daß die Realität als Korrekturinstanz prinzipiell versagt, noch daß ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Theorie und Empirie besteht — sondern schlicht, daß das Problem der Beziehung von Theorie und Empirie noch nicht zureichend gelöst ist. Dick beschreibt auch hier reale Probleme, analysiert sie aber falsch.

Dicks widersprüchliche Stellungnahme zur empirischen Sozialforschung und seine Vortäuschung einer methodologischen Alternative, oder: der Kult des Wesentlichen

„In der Sowjetunion und der DDR haben sich Psychologie und Soziologie in einer Weise entwickelt, die sich ihrer Methode nach und auch schon in den einzelnen Theorien nicht oder kaum von den empiristischen Sozialwissenschaften in den westlichen kapitalistischen Ländern unterscheiden. Dem praktisch-methodischen Vorgehen der Forschung in der DDR und der Sowjetunion zog zunächst die Methodologie nach, schließlich der abstrakt-wissenschaftstheoretische Überbau." /33 f./

Nach solcher Kritik interessiert natürlich, was Dick als Alternative zu den Problemen der Psychologie, Methodologie und Wissenschaftstheorie der sozialistischen Länder selbst anzubieten hat.

Dick kennzeichnet die „materialistische" Methode folgendermaßen: „Es ist gerade wesentliches Kennzeichen wissenschaftlicher Erkenntnis, daß sie durch die oberflächlich sichtbare (empirisch erkennbare) Oberfläche der Erscheinungen hindurchdringt zum Wesen der Dinge. Die wissenschaftliche Erkenntnis muß das Allgemeine eines konkreten Gegenstandes erst in den vielfältigen oberflächlichen Besonderheiten aufspüren." /269/ Und: „Die materialistische Methode ist also auch induktiv: sie geht aus von der Empirie und kehrt zur Empirie zurück. Aber die Empirie ist in ihrer konkreten Gestalt Ausgangspunkt und Punkt der Rückkehr der materialistischen Methode." /270/

Zunächst fällt auf, daß man mit diesen Aussagen in praxi nichts anfangen kann — nicht weil sie so allgemein wären, sondern weil hier (und auch überall sonst bei Dick) Kriterien und Methoden zur Unterscheidung von Wesen und Erscheinung fehlen. Die Beliebigkeit der Etikettierung psychologischer Phänomene als Wesen oder Erscheinung ist in keiner Weise eingeschränkt, womit die Anwendung der Unterscheidung nutzlos, wenn nicht sogar gefährlich wird. — Weiterhin: Die von Dick angegriffene Wissenschaftstheorie der sozialistischen Länder war Anfang der 50er Jahre tatsächlich auf dem Stand, den Dick heute noch einnimmt; siehe, z. B. Rosental, Smirnov, etc. Seitdem hat man sich aber dort bemüht, über derart abstrakte und undifferenzierte — und daher nicht umsetzbare — Aussagen hinauszugelangen — mit Erfolg: siehe z. B. Hahns „historischer Materialismus und marxistische Soziologie" (1968). Dort wird — auf der Basis der Gesellschaftstheorie des historischen Materialismus — die Theorie/Empirie-Problematik der Sozialwissenschaften analysiert und die Konsequenz für die sozialwissenschaftliche Forschung angedeutet. Statt also Dicks Verdikt der „positivistischen Wende" der Wissenschaftstheorie, Methodologie und Psychologie der sozialistischen Länder zuzustimmen, muß man dort vielmehr eine sinnvolle Weiterentwicklung, Differenzierung und Konkretisierung konstatieren. Dick dagegen ist ein „platter" Marxismus vorzuwerfen.

Dicks Unkenntnis oder Ignorierung der Entwicklung marxistischen Denkens zeigt sich auch an seiner Behandlung der Praxis als Wahrheitskriterium: „Die marxistische Erkenntnistheorie verweist auf die Praxis als letztes Kriterium der Wahrheit von Theorien. Praxis heißt eingreifender Umgang mit den konkreten Bedingungen, denen in der Interpretation ein Stellenwert für das Zustandekommen des konkreten Ereignisses in dem konkreten Faktum zugewiesen wird ... Das praktische Eingreifen kann überprüfen, ob die Interpretation den einzelnen Bedingungen aus dem konkreten Bedingungsgefüge den Stellenwert zugewiesen hat, den diese wirklich haben. Die Praxis kann dies nur deswegen, weil sie sich notwendig in diesem Gefüge selbst abspielen muß." /94/

— Der „empiristischen" Sozialwissenschaft wirft Dick dann anschließend vor, sie kenne das praktische Eingreifen als Form der Überprüfung nicht — und dies einer Wissenschaft wie der Psychologie, die ihr Selbstverständnis z. T. aus einer bestimmten Methode eingreifenden Handelns, nämlich dem Experiment, bezieht.

Hier fällt wieder folgendes auf:

(a) Dicks Vernachlässigung der marxistischen Diskussion, die das Experiment als eine Form der Praxis auffaßt (übrigens schon bei dem wohl nicht revisionismus-verdächtigen Engels!);

(b) Dicks Kritiklosigkeit gegenüber seinen ‚marxistischen' Auffassungen, im Vergleich mit seiner oft bohrenden und anregenden Kritik ‚bürgerlicher' Positionen. Beispiel: Im Zusammenhang des letzten Zitats wird nicht problematisiert, wie — und ob richtig — der Stellenwert den Bedingungen in der Interpretation zugewiesen wird; ob die Praxis (und damit auch das Experiment) nicht mehr relevante Bedingungen enthält als die Interpretation kennt; ob ein mit der Interpretation bzw. Prognose übereinstimmendes Ergebnis der praktischen Überprüfung sicheres Indiz für die Richtigkeit der Interpretation ist; etc.

Trotz der meist sehr ablehnenden Äußerungen Dicks bezüglich der traditionellen empirischen Sozialforschung ist seine Haltung letztlich zwiespältig und in sich widersprüchlich.

Einerseits Aufforderung zur Suche nach dem Wesen hinter den Erscheinungen, andrerseits Rehabilitierung der Untersuchung der Erscheinungsebene — bei gleichzeitiger Warnung vor der abstrahierenden Induktion. Diese Entgegensetzung ist nur solange möglich, wie Dick dem Leser die genaue und konkretisierte Darstellung der Anwendung der „materialistischen" Methode auf den Gegenstand der Psychologie vorenthält. — Weiterhin: Gemäß Dicks induktionistischer Auffassung sind offensichtlich „einfach empirische" Beobachtung, Fragebogen, Interview etc. theoriefrei oder zumindest frei von den „Fehlern der Theorie" — was m. E. einen Rückfall in nun wirklich zu Recht „empiristisch" genanntes Denken bedeutet. Alle Erkenntnisse über die notwendige Selektivität und Theoriegeladenheit von Problemen, Begriffen, Methoden werden vernachlässigt.

Dick glaubt, mit seiner „materialistischen" Methode auch ein zentrales Problem der „bürgerlichen" psychologischen Forschung zu lösen, nämlich: die mangelnde Wiederholbarkeit experimenteller Ergebnisse und die damit mangelnde Basis für theoretische Verallgemeinerungen. „Weil die Theorie die jeweils allgemeinste Widerspiegelung der konkreten Realität ist (und nicht einfach einzelnen Besonderheiten theoretisch die Form der Allgemeinheit gibt wie in der empiristischen Empirie), kann die Empirie die Theorie exakt ‚repräsentieren' und exakt überprüfen. Die exakte Wiederholbarkeit eines Experiments und die identische Wiederholung seiner Ergebnisse sind dann möglich." /281/

Hierzu zweierlei: Erstens ist auch in der „bürgerlichen" Psychologie eine exakte Wiederholung eines Experiments möglich, sofern die ursprüngliche Versuchsanordnung nur hinreichend genau beschrieben und dann im Überprü-

fungsversuch kopiert wird. Dies ist ein empirisches Faktum, aber auch eine logische Trivialität (Prinzip des Determinismus: gleiche Ursachen — gleiche Wirkungen). — Zweitens ist dies aber nicht das „Problem der Wiederholbarkeit experimenteller Ergebnisse"; das Problem stellt sich vielmehr erst dann, wenn Experimente wiederholt werden, indem bei gleicher Beziehung der untersuchten Variablen die Versuchsanordnungen dennoch in nicht-untersuchten — und angenommenermaßen: nicht-relevanten — Variablen variieren. Um hier ähnlich exakte Replizierbarkeit zu erzielen, wie sie beispielsweise der Physiker bei der Untersuchung des freien Falls im Vakuum erzielt — vorausgesetzt, dies gelingt dem Physiker überhaupt —, muß man eine ähnlich einfache (in qualitativer und quantitativer Hinsicht) und auch bekannte Kausalstruktur im Gegenstandsbereich annehmen. Dies ist fraglich schon in komplexeren Problemfeldern der Naturwissenschaften — siehe Biologie, Meteorologie etc. —, mit der Konsequenz geringeren Erfolgs, also: geringerer Replizierbarkeit von Ergebnissen, und damit geringerer Erklärungs- und Prognosepotenz.

Ganz besonders strittig ist eine so simple Verursachung aber im sozialwissenschaftlichen Gegenstandsbereich: hier scheint eher eine Struktur von offensichtlich zahlreichen, besonders im psychologischen Gegenstandsbereich oft wenig „durchschlagenden" und in komplizierten Abhängigkeiten stehenden Kausalketten vorzuliegen. Reduziert man diese tatsächliche Struktur auf eine gemäß der Selektivität der Theorie abgewandelte „Einfachstruktur", so lassen sich Ergebnisse nur begrenzt replizieren, in Abhängigkeit davon, ob „wesentliche", d. h.: durchschlagende Determinanten ins Bedingungsmodell aufgenommen wurden (und in Abhängigkeit von den Präzisionsstandards). — Es ist nicht einzusehen, daß das geschilderte Problem für von Dick als „materialistisch" anerkannte Forschung nicht gelten soll.

Positive Aspekte in Dicks Arbeit

Die bisherige Darstellung hat nur solche Aspekte der Arbeit Dicks herausgestellt, die von mir als, gelinde ausgedrückt, problematisch angesehen werden — dies deshalb, weil Dick mit dem Anspruch auftritt, die bisherige ‚empiristische' Psychologie radikal der Falschheit überführen und zugleich als Alternative eine ‚materialistische' Methodologie anbieten zu können. Ich hoffe nachgewiesen zu haben, daß dieser Anspruch Dicks in beiden Hinsichten ungerechtfertigt ist.

Andrerseits muß gesagt werden, daß Dicks Arbeit eine Fülle positiver Aspekte enthält. Diese Qualitäten liegen meist in der Verdeutlichung bestimmter Phänomene, seltener in ihrer Erklärung; auch sind diese Erkenntnisse Dicks oft nur Weiterführungen schon bekannter Argumentationen, insbesondere Holzkamps. Doch sollen hier zugunsten einer zumindest etwas ausgewogeneren Würdigung von Dicks Beitrag einzelne dieser Aspekte erwähnt werden.

Dick arbeitet in einer außerordentlich klaren Darstellung die Struktur der sozialwissenschaftlichen Hypothese heraus. Er verdeutlicht dabei auch die unterschiedliche methodologische Funktion von in der Hypothese benannten „Randbedingungen", von zur Erklärung des Mißerfolgs nachträglich hinzugezogenen „Störbedingungen" und von üblicherweise nicht berücksichtigten — da konstanten —, das Ergebnis aber stets beeinflussenden „Rahmenbedingungen". Dabei kann er plausibel machen, daß alle bisherigen sozialwissenschaftlichen Resultate aufgrund der Vernachlässigung von wesentlichen Rahmenbedingungen immer nur relative Gültigkeit besitzen, und zwar bezogen auf bestimmte Konstellationen von Rahmenbedingungen. Resultat: ein Anstoß zur grundlegenden Reflexion des methodologischen Ansatzes der Sozialwissenschaften.

Dick ergänzt Holzkamps Lehre von der „Exhaustion" — d h.: Wegerklärung von Mißerfolgen bei der Hypothesenüberprüfung durch Verweis auf „störende Bedingungen" — durch die Lehre von der „Spezifizierung": Bei gleicher Ausgangslage — Mißerfolg der Hypothese — läßt sich dieser Mißerfolg vertuschen durch Abänderung der Hypothese; dabei gibt Dick eine ganze Anzahl möglicher und gebräuchlicher Varianten solcher Retuschen an Hypothesen an.

Von daher gelangt Dick auch zu einer differenzierteren Version von „Hypothesen-Biographie": während Holzkamp der Popperschen Auffassung — der Mißerfolg einer Hypothese falsifiziere diese — widersprach und stattdessen auf Strategien der Wegerklärung des Mißerfolgs durch Einbeziehung von Störbedingungen verwies, macht Dick Wissenschaftstheoretiker und Methodologen auf das noch viel reichhaltigere Instrumentarium konventionalistischer Strategien via Spezifizierung aufmerksam (übrigens auch so von Poppers Schüler Lakatos konstatiert). Poppers Alles-oder-Nichts-Schema der Hypothesenüberprüfung, von Holzkamp modifiziert zum Modell der sukzessiven, gewissermaßen linearen Aufblähung von Hypothesen durch Einbeziehung von Störbedingungen, wird von Dick schließlich abgeändert zum Modell eines vielfältig verzweigten Entscheidungsbaums: Für jedes Ergebnis bei der Überprüfung seiner Hypothese stehen dem Forscher nicht nur eine, sondern viele Möglichkeiten zur Verfügung, sein unerwartetes Ergebnis dennoch mit der durch die Hypothese festgelegten Erwartung konventionalistisch „in Einklang" zu bringen — was dem tatsächlichen Forschungsalltag besser zu entsprechen scheint als die Modelle Poppers und Holzkamps.

Entgegen dem mechanistischen Menschenbild des Behaviorismus betont Dick die Rolle des Bewußtseins und den damit gegebenen Verhaltensspielraum des Menschen. Wie auch Holzkamp (1972) macht er diese Überlegungen fruchtbar für seine Behandlung des Experiments. Aber nicht, indem er auf den „Verabredungscharakter" der Vp-Rolle verweist und die dadurch bedingten Verzerrungen in den Ergebnissen — Verzicht auf Einsicht, geduldete Einschränkung des Verhaltensspielraums; Holzkamp: „organismische Anthropologie" —, sondern indem er zeigt, wie von der mechanistischen Konzeption des Menschen her das Denken der Vp — und sogar des Vl — Störeffekte darstellen und daher durch Täuschung über die wahren Ziele des Experiments ausgeschaltet werden sollen — was aber nie vollständig gelingt: „Vp-Hypothesen", „Rosenthal-Effekt", „self-fulfilling prophecy", „suicidal prophecy".

Dick verdeutlicht, daß die besondere Behandlung des Bewußtseins in der Methodologie — nicht nur bloße Konstanthaltung wie bei andren „Störbedingungen", sondern Versuch der aktiven Ausschaltung, Neutralisierung — das mechanistische Menschenbild selbst ad absurdum führt; ebenso aber eine vom mechanistischen Menschenbild ausgehende nomothetische Theorienbildung: „Das in einer Hypothese vorhergesagte Ereignis wird ja als die notwendige Folge der in der Hypothese benannten Bedingungen dargestellt, also nicht als eine Folge der Bedingungen und Prognose, und nicht als ein Ereignis, dessen Eintreten durch die Prognose verhindert wird." /364/

Gesamteinschätzung

Die Arbeit Dicks ist inhaltsreich, sehr anregend und zeugt von einer weitreichenden Vertrautheit mit den Problemen der „bürgerlichen", sprich: traditionellen Psychologie.

Dick konstatiert aber nicht nur wissenschaftstheoretische, methodologische und inhaltliche Probleme, die zwar faktisch existieren, aber auch — mit bisher unterschiedlichem Erfolg — angegangen werden, sondern konstruiert pauschalisierend prinzipielle Unverträglichkeiten: der „unüberbrückbare" Gegensatz von Gesetz und Einzelfall, Wesen und Erscheinung, Theorie und Empirie; das „gesellschaftlich notwendige" Auseinanderfallen von Wissenschaftstheorie, Methodologie und Forschungsprozeß; die „unvermeidliche" Subjektivierung objektiver Sachverhalte; der Zwang zur Negierung der Rolle des Bewußtseins; u. dgl. m. Alle diese Mängel sollen durch seine „materialistische" Forschungsmethode behoben werden — dabei bietet er aber als Alternative nur einen dünnen Aufguß längt weiterentwickelter marxistischer philosophischer Auffassungen der 50er Jahre.

Das grundsätzlich Falsche an seiner Kritik ist ihre Undifferenziertheit und die Unterschlagung positiver Weiterentwicklungen — bezogen auf die „bürgerliche" Psychologie — und ihre Sterilität — bezogen auf die „materialistische" Psychologie. Dick suggeriert — belegt nicht — den „gesellschaftlich notwendigen" Charakter einer schlechten psychologischen Forschungspraxis, wie sie tatsächlich vielerorts anzutreffen ist. Er enthält seinem Leser aber zukunftsträchtige, positive inhaltliche und methodologische Entwicklungen vor oder diffamiert sie kurzerhand als „reformistische Illusionen".

Werner Maschewsky

Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek: Kritik der politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1975

Politische Wissenschaft, Politikwissenschaft, Politologie — genau weiß zwar keiner, was das ist, aber ungefähr: Es geht um Analysen von politischer Macht, von öffentlicher Herrschaft, besonders im Staat, um politische Willensbildung, um politische Theorien und Ideologien. Existentiell wichtig ist die exakte Gegenstandsbestimmung aber nicht, denn als Wissenschaft ist die Politologie hierzulande inzwischen ebenso etabliert wie andere Wissenschaften mit einem weiten und vagen Themenbereich, etwa die Soziologie. Es gibt zahlreiche Einführungen in die Politische Wissenschaft, auch vom wissenschaftlichen Sozialismus beeinflußte wie die von Wolfgang Abendroth und Kurt Lenk (München 1968). Es ist jetzt auch eine Kritik der Politischen Wissenschaft vorgelegt worden, in der es zwar nicht um Politologie geht, diese aber einen wesentlichen Platz einnimmt. Die Autoren — zum Zeitpunkt der Abfassung des Buches sämtlich Assistenten am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin — haben ihre Studie in drei Teile gegliedert: *Erstens*, Herausbildung und Entwicklung der Politologie als Universitätsdisziplin in Deutschland; *zweitens*, Theorien zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft; sowie *drittens*, Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie. In einem Schlußteil versuchen die Verfasser dann Ansatzpunkte einer materialistischen Staatstheorie zu formulieren. Obwohl sie die Entwicklung wissenschaftlicher Politikanalyse als Ausdruck realer Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft verfolgen wollen, fühlen sie sich durch diesen Anspruch überfordert und erklären einleitend, vielfach nur wissenschaftsimmanent verfahren zu können.

Dennoch gelingt es im ersten Teil, gesellschaftliche Hintergründe wissenschaftlicher Entwicklungen anzudeuten. Hans Kastendiek hat diesen Abschnitt „Desintegration einer Integrationswissenschaft" überschrieben, womit er zwei Vorstellungen von „Integrationswissenschaft" verbindet: Zum einen den von Ernst Fraenkel geprägten Begriff der „integrierenden Sammelwissenschaft", (1),der sich auf Gegenstände wie Methoden und das Verhältnis Theorie/Empirie bezieht, zum anderen aber auf die Integration der Politologie in das Staats- und Gesellschaftsgefüge der BRD. Mit „Desintegration" meint er die derzeit bestehenden grundsätzlichen Unterschiede zwischen der etablierten Politologie und einer gesellschaftskritischen, z. T. marxistischen Politikwissenschaft; Unterschiede, die manche Wissenschaftler von „Zerreißproben" oder vom „Zerfall" dieser Wissenschaft schreiben lassen /vgl. 27/. Kastendiek betrachtet zunächst die deutsche Politikwissenschaft vor 1945, deren Beginn er mit etwa 1920 angibt. Er schildert Lehre und Forschung an der Berliner Hochschule für Politik, zeigt ihre Entwicklung von einer volkshochschulartigen Einrichtung zu einer Institution mit wissenschaftlicher Intention und Leistung. Besonders sozialdemokratische Dozenten der DHfP bemühten sich in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren um die wissenschaftliche Propagierung der Republik und des Parlamentarismus, ein Bemühen, das sich daraus ergab, daß weder der Verfassungspolitik der SPD noch ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik theoretisch ausgewiesene Konzeptionen zugrundelagen. Da konnten dann Hermann Heller oder Franz Neumann der SPD helfen. Auch

1 E. Fraenkel/Dietrich Bracher (Hrsg.): Staat und Politik, Frankfurt/Main 1962, S. 16.

bei der Konstituierung der westdeutschen Politologie nach 1945 spielten sozialdemokratische Wissenschaftler und die SPD eine große Rolle, diesmal freilich entsprechend der neuen Lage unterstützt und angeleitet durch die US-Besatzungsmacht, die zum einen auf amerikanische Erfahrungen der Political Science, zum anderen auf die Zielstellung der re-education zurückgriff, als es um die Etablierung der Politologie als „Demokratiewissenschaft" ging. Hatten direkt nach dem Krieg zunächst noch manche Politikwissenschaftler Pläne für ein Deutschland „jenseits des Kapitalismus" (2), so wurden sie doch unter dem Einfluß des „Kalten Krieges" weitgehend zu anderen Fragestellungen veranlaßt. Schwerpunkte politologischer Forschung wurden nun die Demokratie (i. S. einer Propagierung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie) und die Auseinandersetzung mit dem „Totalitarismus" vornehmlich des Ostens. Diese Schwerpunktsetzung zeigt, daß ein verengter Politikbegriff verwendet wurde, der soziale Bezüge nach Möglichkeit ignorierte oder zu „Aspekten" degradierte. In dieser Zeit erfuhr die junge deutsche Politologie rasche Förderung: 1948 wurde die Berliner Hochschule für Politik wiedergegründet (später Otto-Suhr-Institut, noch später Fachbereich Politische Wissenschaft der FU), 1950 das Institut für politische Wissenschaft ebenfalls in West-Berlin eingerichtet, das ein Zentrum der damals noch nicht so genannten DDR-Forschung wurde. 1951 bildete sich dann die heutige Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, und im Lauf der fünfziger und sechziger Jahre wurden in der ganzen Bundesrepublik politologische Lehrstühle geschaffen. Zu dieser Zeit war der Ausbau der Politologie ein Anliegen aller tonangebenden Gruppen der BRD geworden. Bestimmend für das damalige Politologie-Verständnis waren auf der einen Seite Fraenkel und seine Pluralismus-Theorie, auf der anderen Seite die „Freiburger Schule" um Arnold Bergstraesser. Gemeinsam war beiden, daß die Politologie ihres Erachtens von normativen Grundpositionen auszugehen hatte, bei Fraenkel von den Grundideen westlicher Regierungssysteme, bei den „Freiburgern" von der antiken Ethik. Einer solchen Politikwissenschaft wurde nun auch kaum noch die Skepsis entgegengebracht, die Konservative in den ersten Nachkriegsjahren an den Tag gelegt hatten. Vielmehr wurde der Einfluß der Politologie auf die politische Bildung erweitert und ihr die Ausbildung von Lehrern für das Fach Gemeinschaftskunde übertragen.

Dann aber kam die „Desintegration". Damit meint Kastendiek zunächst gar kein Vordringen marxistischer Politologie, sondern nur die Forderungen nach „moderner Sozialwissenschaft", die allmähliche Übernahme amerikanischer Sozialtechnologien und empirischer Techniken, die Rezeption der Political Science (3) und von Poppers Kritischem Rationalismus. Gesellschaftlicher Bezug dieser Strömungen scheint ihm eine neo-keynesianische Politik der verstärkten Staatseingriffe und Steuerungsversuche. Durch die Protestbewegung von 1968 und die von ihr ausgelöste Hochschulreform wurde dann die dritte, die „gesellschaftskritische Politologie", möglich. Vorher gab es eigentlich nur „Wolfgang Abendroth und Werner Hofmann, die ‚einzelkämpferisch' an Grundpositionen marxistischer Analyse festhielten." /112/ Dieser Satz scheint mir so

2 Vgl. P. Sering (= R. Löwenthal): Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf 1946.

3 Vgl. E. Krippendorf (Hrsg.): Political Science. Amerikanische Beiträge zur Politikwissenschaft, Tübingen 1966.

nicht richtig. Werner Hofmann war ein kluger und kritischer Denker, aber „marxistische Grundposition"? Hofmann hatte immerhin gravierende Einwände gegen die Werttheorie von Marx. Aber — und das ist wichtiger — auch die eigentliche Aussage des Satzes stimmt nicht. Denn lange vor der APO legten Marburger Wissenschaftler kritische und gut gearbeitete Studien vor (4). Man könnte auch andere nennen, z. B. Ossip K. Flechtheim, der zwar selbst kein Marxist ist, jedoch marxistische Assistenten förderte.

Trotzdem hat Kastendiek natürlich darin recht, daß kritische und marxistische Positionen vor 1968-70 viel weniger vertreten worden sind als später.

Wirklich unnütz scheint mir dagegen seine Einteilung der heutigen gesellschaftskritischen Politologie, selbst wenn man akzeptiert, daß Außenpolitik, Vergleichende Lehre und Regionalstudien ohnehin nicht behandelt werden. Er gliedert in Politikanalysen im Anschluß an die Kritische Theorie, im Anschluß an Wolfgang Abendroth und schließlich im Rahmen einer „Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie", wobei er seine Mitautoren und sich zu den Rekonstrukteuren zählt. Die beiden letzten Punkte sind schlecht einsehbar. Wo will er denn die marxistischen Autoren unterbringen, die nicht von Abendroth herkommen? Und wo die Wissenschaftler, die zwar keine Marxisten sind, aber (manchmal großen) Teilen der bundesdeutschen Politik kritisch gegenüberstehen, wie Fetscher, Flechtheim, Grebing, Krockow, Narr u.v.a.? Und die „Rekonstruktion" — er stellt sich gar nicht die Frage, ob die Serie der „Kapital"-Nacherzählungen nicht der Enttäuschung über das Versacken der Jugendbewegung entsprungen sein könnte und inhaltlich mit juveniler Arroganz u. a. die Arbeit von drei Generationen marxistischer Theoretiker ignorierte. Stattdessen versichert er: „Der Anspruch, auch gegenwärtige politische Verhältnisse als Ausdruck des Kapitalverhältnisses zu analysieren, wird in den letzten Jahren jedoch zunehmend eingelöst."/122/ Und damit meint er die Tätigkeit der „Rekonstrukteure"! — Diese Einwände sollen jedoch nicht verdecken, daß es Kastendiek gelungen ist, die Geschichte der westdeutschen Politologie anschaulich und knapp darzustellen, Markierungspunkte anzugeben und die affirmativen Züge dieser Wissenschaft deutlich herauszuarbeiten.

Leider sind die restlichen Abschnitte des Buches oft weniger verständlich. Der von Bernhard Blanke verfaßte Teil „Theorien zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft" geht von Hobbes über Locke zu Rousseau und zur deutschen Staatstheorie im 19. Jahrhundert — wobei Blanke von Oertzens Dissertation (5) tüchtig zu Rate zieht. Es folgen Carl Schmitt, Hermann Heller und schließlich die Politologen der BRD. Unermüdlich betont Blanke, daß den diversen bürgerlichen Wissenschaftlern nicht klar sei, was „kapitalistische Klassengesellschaft" sei. Er referiert Kritik an bürgerlichen Theorien oder kritisiert diese selber mit weitverbreiteten Argumenten. Ärgerlich fand ich dieses Verfahren beim Abschnitt über Pluralismus. Blanke gibt hier zunächst die bekannten Pluralismus-Thesen wieder und läßt anschließend eine kurze Inhaltsangabe der pluralismuskritischen Schrift von Johannes Agnoli über die Transforma-

4 Die „Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft" erscheinen seit 1964. In den fünfziger Jahren kamen die Veröffentlichungen des Marburger Instituts für wissenschaftliche Politik in einer Schriftenreihe bei der Norddeutschen Verlagsanstalt in Hannover heraus.

5 Vgl. P. von Oertzen: Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, Frankfurt/Main 1974.

tion der Demokratie in ein autoritäres System (6) folgen. Er ist ganz begeistert von dessen schönen Worten, obwohl Agnoli in der Schrift eine politisch-ökonomische Analyse, wie sie den „Rekonstrukteuren" am Herzen liegt, völlig vermissen läßt und zudem mit der These von der „Geschlossenheit" des Manipulations-Systems an die vom Autoren-Trio sonst gerupfte „Frankfurter Schule" erinnert.

Auch der Beitrag von Ulrich Jürgens zum Verhältnis von Politik und Ökonomie wirkt nicht sehr überzeugend. Man weiß bei der vorgebrachten Kritik an den Theorien bürgerlicher Ökonomen und Soziologen gar nicht, wozu es gut sein soll, wenn man z. B. erfährt, daß Luhmann „ganz und gar dem Geldfetisch" verfallen sei /385/. Oder ist dies die „Rekonstruktion".— ? Eigenartig ist es in diesem Abschnitt beim Thema „ ‚Staatsmonopolistische Theorie' (?) des Spätkapitalismus." /402/ So nennt Jürgens die „Stamokap"-Theorie, behauptet, die Vertreter dieser Theorie betrachteten die Moskauer Erklärung von 1960 für sich „verbindlich", und insinuiert „Immunisierungsstrategien", wenn Textstellen nicht seiner Kritik entsprechen. Er fragt „natürlich" nicht, ob die „Stamokap"-Theorien die Wirklichkeit adäquat untersuchen, sondern urteilt z.B., die These von der wachsenden Bedeutung des Staates für die Wirtschaft führe zu — „einem theoretischen Subjektivismus". /411/

Im Schlußteil zeigen die Autoren dann, wie man's besser macht als Bürger, Frankfurter und Stamokaps: Man leitet ab. Dabei kommen sie unter Anzug einiger „Kapital"-Zitate zum Höhepunkt der Studie, der Systemgrenze. Sie unterscheiden eine Systemgrenze *im weiteren Sinne*, die „letztlich von jenem sozialen Verhältnis, das zugleich funktionelle Form des Kapitals ist, gebildet wird: dem sozialen Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Produktionsmittel, zwischen lebendiger und vergegenständlichter toter Arbeit in der Produktion." /435/ Damit ist gemeint, daß der Schutz des Privateigentums staatlicher Tätigkeit eine Grenze setzt, die freilich ständig überschritten wird. Die Systemgrenze *im engeren Sinne* ist ihnen die funktionelle Kapitalform der Produktion und die ‚materielle Metamorphose' des Kapitals im Unterschied zu den bloß formellen Metamorphosen der Zirkulation."/435/ Damit haben sie einen ganzen Juso-Bundeskongreß verwirrt (7)! Gemeint ist, daß der Staat die Verwertungsfreiheit von Kapital besser nicht antasten soll, weil er sonst Kapitalflucht, Investitionsboykott usw. riskiert. Zusätzlich zu den Systemgrenzen sprechen Blanke u.a. noch von den „Tätigkeitsgrenzen", worunter sie die jeweils konkrete Begrenzung der Staatstätigkeit z. B. durch das Arbeitsrecht verstehen. Mir will nicht einleuchten, wozu diese Begriffe eigentlich taugen, denn die empirische Analyse solcher Probleme ist auch ohne sie möglich; und für die theoretische Auseinandersetzung bringen sie nichts, was nicht schon im Begriffspaar Reform/Revolution enthalten wäre.

Daß der Gesamteindruck von diesem Buch so zwiespältig ausfällt, liegt sicher mit daran, daß es sich hier um einen ersten Versuch handelt. Die Autoren haben viele berechtigte Fragen aufgeworfen, denen weiter nachgegangen werden muß, z. B. zu dem hier nur en passant angesprochenen Pro-

6 Vgl. J. Agnoli/P. Brückner: Die Transformation der Demokratie, Berlin (West) 1967.

7 Vgl. H. Schumacher: „ ‚Ideeller Gesamtkapitalist' und ‚Systemgrenze' ", in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 3/1975; F. Wollner: „Handlungsgrenze und Handlungschance", in: ebenda; B. Blanke/U. Jürgens/H. Kastendiek: „Systemgrenze des Staates – Grenze der Theoriediskussion", in: ebenda, Nr. 8/1975.

blem der Beziehung Politikwissenschaft und Sozialkunde-Ausbildung. Zudem muß betont werden, daß die Studien eine Fülle von Informationen und theoretischen Anregungen enthalten, die das Buch trotz seiner Schwächen für Politikwissenschaftler nützlich und manchmal unentbehrlich machen. Dem politologischen „Laien" bietet besonders der erste Teil eine übersichtliche Einführung ins Thema.

Volker Gransow

Jenö Kurucz: Industriephysiker und Industrieherren. Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriephysiker, im Selbstverlag des Autors, Saarbrücken 1975, 125 Seiten.

ZUR BERUFLICHEN SOZIALISATION DER TECHNISCH-WISSENSCHAFTLICHEN INTELLIGENZ oder:

Wie die chemische Industrie mit der Soziologie Schlitten fährt

I.

Im Zuge der seit den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Industriegesellschaften platzgreifenden wissenschaftlich-technischen Revolution kam es neben allgemeinen Strukturveränderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses auch zu bedeutsamen Differenzierungsprozessen im Bereich der Arbeiterklasse wie des produktiven Gesamtarbeiters insgesamt. Solange die kapitalistische Produktionsweise noch nicht zur vollen Entfaltung ihrer lebendigen Potenzen im Bereich der Ware Arbeitskraft gelangt war, blieben wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung über lange Zeit hinweg Epiphänomene des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses: Die Funktion von Wissenschaft als — zunächst indirekter — Produktivkraft erfuhr durchweg ihre Begrenzung durch die Vorherrschaft der körperlichen Arbeit im Kernbereich der materiellen Produktion. Der letztlich private, meist zufällige Charakter der Forschung spiegelte sich unter anderem auch in der Tatsache, daß die „Erfinder" bis Mitte des 19. Jahrhunderts meist nicht einmal als Wissenschaftler im strengen Wortsinn auftraten, sondern überwiegend branchenfremde, experimentierende Handwerker waren. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die im Frankreich der Jahrhundertwende noch gültige semantische Unterscheidung zwischen ‚inventeur' und ‚ingenieur'. (Vgl. Andre Garcet: Les ingenieurs, in: ESPRIT 52, Jhg. 1937, S. 537-561, 543 und 558 f.)

„In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig ... von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder ... abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion". (Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Rohentwurf, Berlin 1974, S. 592.)

Mit zunehmender Verwissenschaftlichung der Produktion, der kontinuierlich voranschreitenden Delegation ehemals vom Privatkapitalisten personifizierter industrieller Leitungsfunktionen an die „industriellen Ober- und Unteroffiziere" des Kapitals (MEW Bd. 23, S. 351) sowie mit dem der kapitalistischen Produktionsweise logisch und historisch immanenten Zwang zur permanenten Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Zunahme des konstanten Kapitals bei gleichzeitigem relativem Rückgang des variablen Kapitals) wuchs in den letzten Jahrzehnten Zahl und Bedeutung derjenigen Angehörigen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, die noch zu Marx' Zeiten „ein numerisch unbedeutendes Personal (darstellten), das mit der Kontrolle der gesamten Maschinerie und ihrer beständigen Reparatur beschäftigt ist, wie Ingenieure, Mechaniker ... Es ist eine höhere, teils wissenschaftlich gebildete, teils handwerkliche Arbeiterklasse, außerhalb des Kreises der Fabrikarbeiter und ihnen nur aggregiert. Diese Teilung der Arbeit ist rein technisch." (MEW Bd. 23, S. 443) Diese von Marx angedeutete Entwicklungsrichtung wird offenkundig, wenn man den relativen Rückgang des Anteils der unmittelbaren Produktionsarbeiter und das komplementär dazu sich vollziehende Wachstum der Gruppe der kaufmännisch-technisch-wissenschaftlichen Angestellten vor, neben und hinter dem Produktionsprozeß (H. Steiner) ins Auge faßt: So stieg beispielsweise die Zahl der höheren Leitungsangestellten in Frankreich von 1962-1968 um 19 %, nach Schätzungen von 1968 bis 1975 sogar um 30 %. Für die Ingenieure werden 38 % bzw. 46 % genannt, für die Techniker beide Male 55 %. Der Anteil der selbständigen Unternehmer hingegen ging von 1954-1968 um 15 % zurück. (Für Frankreich vgl. ausführlich: Peter Hinrichs und Ingo Kolboom: Kleinbürgertum oder neue Arbeiterklasse? Zur Geschichte und Ideologie der ‚cadres' in Frankreich, in: LENDEMAINS. Zeitschrift für Frankreichforschung, 1. Jhg 1976, H. 3, S. 90-114)

Waren diese neuen Schichten bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts — als ‚ehrwürdige' Ingenieure zumeist ohnehin rechte Hand des Eigentümerunternehmers — in ihrer großen Mehrzahl relativ privilegierte Angehörige bzw. Alliierte der Bourgeoisie, so verschärften sich jedoch mit zunehmender kapitalistischer Vergesellschaftung des industriellen Leitungsprozesses und dem numerischen Anwachsen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz um die Jahrhundertwende zusehends auch die Widersprüche, die in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von geistiger und körperlicher Arbeit begründet lagen. Über lange Zeiträume hinweg konnte die nun einsetzende reale soziale Deklassierung der großen Mehrzahl der technischen Leitungsangestellten auf der subjektiven Ebene der Betroffenen teils durch Überidentifikation mit dem Abglanz (und den Interessen) des Kapitals als Klasse, teils aber auch in der Ideologie der „dritten Kraft" kompensiert werden. Politisch befand sich die technisch-wissenschaftliche Intelligenz zusammen mit den Angehörigen der traditionell ‚freien' Berufe gleichsam als „Bindegewebe der Nation" (Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1967, S. 31 ff.) mehrheitlich im Einzugsbereich sozial-konservativer bis reaktionärer Parteien, auch wenn die von ihren Wortführern (in Deutschland besonders das Direktoriumsmitglied des Vereins deutscher Ingenieure, von Rieppel) vertretenen Positionen die soziale Selbsteinschätzung eher auf die ‚neutrale' Kraft der voranschreitenden Technik orientierten. Auf die soziale Zwitterstellung, und die daraus resultierende politische Unzuverlässigkeit, aber auch auf die wachsende Bedeutung der technischen Kader im Klassenkampf hatte schon F. Engels hingewiesen, wenn er bemerkte: „Um die Produktionsmittel in Besitz und Betrieb zu nehmen, brauchen wir Leute, die technisch vorgebildet sind, und zwar in Massen (...) Kommen wir dagegen durch einen Krieg vorzeitig ans Ruder, so sind die Techniker unsere prinzipiellen Gegner, betrügen und verraten uns, wo sie können; wir müssen den Schrecken gegen sie anwenden und werden doch beschissen." (August Bebel: Briefwechsel mit Friedrich Engels, Den Haag 1965, S. 465; hier zit. nach: Franz J. T. Lee: Technische Intelligenz und Klassenkampf, Frankfurt/M. 1974, S. 12)

II.

In jüngster Zeit ist die in der Geschichte der Arbeiterbewegung oft gestellte Frage nach gesellschaftlichem Bewußtsein und Bündnisfähigkeit der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz erneut zum Gegenstand der Auseinandersetzung geworden. In dem Maße, wie die Angehörigen wissenschaftlicher und techni-

scher Berufe durch die Bewegungsgesetze des Kapitals auf den sozialen Status von produktiven bzw. indirekt produktiven Lohnarbeitern gedrängt worden sind und damit mehrheitlich zu objektiven Mehrwertproduzenten des Kapitals wurden (vgl. Autorenkollektiv der FU Berlin: Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter, Frankfurt/M. 1973, S. 95 ff.), sind auch auf der subjektiven Ebene der Betroffenen qualitative Bewußtseinsänderungen zu beobachten, wenn auch zunächst noch in ausgesprochen embryonaler Form: So haben beispielsweise während des Massenstreiks im französischen Mai 1968 und den sich daran anknüpfenden Klassenkämpfen (Renault, Lip, Rateau) erstmalig große Teile der Ingenieure, Wissenschaftler und Techniker an den gewerkschaftlichen und politischen Aktionen der Arbeiterklasse teilgenommen und damit traditionelle Denkschemata zumindest ansatzweise destruiert. Auch von der Sozialwissenschaft wurde die technische Intelligenz neu ‚entdeckt': So erhielt die seit Anfang der sechziger Jahre in Frankreich von Serge Mallet formulierte Theorie der ‚neuen Arbeiterklasse' (Serge Mallet: La nouvelle classe ouvriere, Paris (seuil)[2] 1969; dt. Ausgabe: Die neue Arbeiterklasse, Neuwied u. Berlin 1973), welche die technisch-wissenschaftlichen Leitungskader u.a. als neue revolutionäre Avantgarde im Klassenkampf emporstilisierte, durch die Mai-Ereignisse eine aktuell-politische Dimension.

In Auseinandersetzung mit den teilweise falschen Prämissen der Malletschen Theorie und den daraus resultierenden falschen politischen Schlußfolgerungen für die Arbeiterbewegung (Zur Kritik Mallets vgl. Peter Hinrichs/Ingo Kolboom, a.a.O., S. 103 ff., ferner Hellmuth Lange: Wissenschaftlich-technische Intelligenz. Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse? , Köln 1972) ist auch innerhalb der westdeutschen Sozialwissenschaft mittlerweile eine umfangreiche Literatur zu Sein und Bewußtsein der technischen Lohnarbeiter entstanden. Sind diese Arbeiten fast durchgängig theoretischer Natur, so besteht umgekehrt bislang ein erhebliches Defizit an empirischen Untersuchungen, die geeignet wären, die relative ‚Kopflastigkeit' der Diskussion durch quantitative Ergebnisse und Daten nach der einen oder anderen Seite hin zu korrigieren bzw. zu ergänzen.

III.

Die Arbeit des Saarbrücker Soziologen Jenö Kurucz ist nicht allein deshalb von Interesse, weil sie das beklagte Defizit abzubauen bemüht ist, sondern sie illustriert gleichermaßen, wenn auch indirekt, ein Stück Forschungsalltag in der Bundesrepublik, indem sie das Dilemma des Einzelwissenschaftlers angesichts einer *ausschließlich* auf empirischer Basis nicht einzulösenden Aufgabe deutlich macht. Gleichzeitig wirft die hier besprochene Arbeit ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Skrupellosigkeit der chemischen Großindustrie in der BRD, wenn es darum geht, mit der Soziologie Schlitten zu fahren.

Die von Kurucz im Alleingang, das heißt ohne jegliche personelle Hilfe und nur mit unzureichenden finanziellen Mitteln betriebene Untersuchung über das Verhältnis von „Industriephysikern und Industrieherren" versteht sich thematisch als Fortsetzung einer bereits 1972 von Kurucz et. al. veröffentlichten, bislang nur wenig beachteten Enquête über Teilaspekte des gesellschaftlichen Bewußtseins von promovierten Industrietechnikern in der Bundesrepublik. (Jenö Kurucz et al.: Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern in der Industrie. Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriechemiker, Verlag Chemie, Weinheim 1972; vgl. auch DAS ARGUMENT 82, S. 839 f.) Bereits in dieser

Untersuchung wurde vom Autor als Arbeitshypothese postuliert, „daß die zu erzielenden Ergebnisse paradigmatisch, d. h. mutatis mutandis auch für andere Teilgruppen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz gelten dürften." (Kurucz: Das Selbstverständnis ..., a.a.O., S. 5) Die nun vorliegende Physikeruntersuchung ist — wie auch bereits die Chemikerenquête — als nicht-repräsentative, will sagen qualitative Leitfadenstudie angelegt. Befragt wurden insgesamt 105 Industriephysiker aus mehreren Industriezweigen, verschiedenen Produktionsbereichen sowie aus verschiedenen Ebenen der innerbetrieblichen Leitungshierarchie. Das erkenntnisleitende Interesse des Autors zielte weniger auf die Bestimmung der objektiven Soziallage der Industriephysiker, sondern fast ausschließlich auf die empirische Erfassung verschiedener Komponenten von „Bewußtseins- und Persönlichkeitsstrukturen" /5/ dieser Gruppe, wie sie sich in der Alltagserfahrung des kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozesses der Naturwissenschaftler herausbilden. Postuliert und durch die Erhebung auch weitgehend verifiziert wird (wie auch in der Chemikeruntersuchung) das rigide Auseinanderklaffen von „wissenschaftlichen" und „wirtschaftlichen" (sic!) Leistungsansprüchen an die Physiker, sobald diese die Sphäre der Universität mit dem kapitalistischen Lohnverhältnis eingetauscht haben. Als Fazit konstatiert Kurucz, „daß die Leistung in der Industrie anders definiert ist als auf der wissenschaftlichen Hochschule, wo promovierte Industriephysiker die erste entscheidende Prägung ihrer Persönlichkeit erfahren haben ... Junge Industriephysiker, die die Normen der Wissenschaft in höchstem Grade verinnerlicht haben, machen in den ersten Berufsjahren die Erfahrung, daß sie ihre Berufsaufgaben nicht bewältigen können, wenn sie Verstöße gegen die Normen der Wissenschaft konsequent vermeiden wollen. Sie geraten in einen anomischen Zustand." /25/ Aufgrund der von Kurucz konstatierten Asymmetrie zwischen kapitalistischer (der Autor spricht naiverweise von „wirtschaftlicher") und genuin-naturwissenschaftlicher Logik gelangt die Untersuchung zu dem Schluß, daß angesichts der faktischen Auslesemechanismen im kapitalistischen Industriebetrieb das auf rein naturwissenschaftlicher Fachqualifikation der technischen Intelligenz beruhende Leistungsprinzip in zunehmendem Maße erfolgsindifferent für die Physiker wird /45-59/. Dies nun führt — so Kurucz — auf der subjektiven Ebene der Betroffenen zu einer „Krise des Leistungsbewußtseins" /90/. Im Gegensatz zu den Chemikern, die immerhin auf der Ebene „virulenter Gruppenerlebnisse" /78/ ihrer relativen Ohnmacht zu ansatzweiser Solidarisierung neigen (vgl. Das Selbstverständnis ..., a.a.O., S. 51), führt — nach den Ergebnissen der Untersuchung — die Erfahrung von Kapitalwillkür, moralischem Verschleiß der Ware Arbeitskraft und potentiellem sozialem Abstieg (downgrading) bei den Industriephysikern nicht eindeutig zur Konstituierung eines homogenen „Gruppenbewußtseins" /60/. Kurucz: „Welche Konsequenzen werden nun aus den unterschiedlichen Bestandsaufnahmen für das jeweilige Verhalten und Handeln gezogen? Urteile über den Ist-Zustand, im vorliegenden Falle: Über die betriebliche Realität, setzen sich nicht unvermittelt in Handlungsimpulse ... um. Es gibt keinen nahtlosen Übergang von der Bestandsaufnahme zur Verhaltensbestimmung" /67/. Als subjektives Korrelat zum realen Alltag der Physiker macht Kurucz dann auch ein breitgebündeltes Spektrum („betriebliches Mittelstandsbewußtsein", „quasi-Arbeitnehmerbewußtsein", „quasi-Arbeitgeberbewußtsein") von sozialen Selbsteinschätzungen der Befragten aus, das in der Diffusität der Verhaltensmuster („Individualismus", „ständische Solidarität", „Arbeitnehmersolidarität") seine ebenso amorphe Entsprechung findet.

Nun sind die Ergebnisse der Kurucz'schen Untersuchung in ihrer Mehrheit nicht unbedingt als neu und überraschend zu bezeichnen. Eine Fülle von marxistischen Analysen zu Sein und Bewußtsein der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz dokumentiert mittlerweile einen Forschungsstand, an dem gemessen die Auskünfte der Physikeruntersuchung nachgerade als bescheiden zu bezeichnen sind. Dennoch finden sich — wenn auch teilweise in archaisch anmutender Naivität und oft in verschrobener Terminologie nur fragmentarisch auf den Begriff gebracht — in dem gewonnenen Datenmaterial einige wichtige empirische Belege und Hinweise zur Kritik jener ‚geschlossenen' Theorieansätze, die aus der Hypostasierung des technischen Fortschritts heraus unvermittelt die Existenz einer ‚neuen' herrschenden (bzw. potentiell herrschenden) Klasse ableiten wollen. So widerspiegelt die von Kurucz ausgemachte „Krise des Leistungsbewußtseins" bei den professionalisierten Wissenschaftlern die bereits von Kern/Schumann (Horst Kern/Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt/M. 1970, 2 Bde.) belegte Tendenz zur höchst uneinheitlich sich vollziehenden Qualifizierung der Ware Arbeitskraft, die auch unter den Bedingungen des Spätkapitalismus eben *nicht* linear verläuft (wie Serge Mallet fälschlicherweise suggeriert), sondern lediglich einer minoritären Funktionselite, mitnichten aber allen Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zugestanden wird. Desgleichen sind die zahlreich aufgeführten Gesprächsprotokolle von Bedeutung, dokumentieren sie doch in eindrucksvoller Weise eine Qualität des gesellschaftlichen Bewußtseins der befragten Physiker, die in mehr oder minder deutlicher Form den genuin-kleinbürgerlichen Aspekt dieses Bewußtseins unterstreichen (woran die Anlage und theoretische Qualität der Untersuchung sowie die spezifische Form der Datengewinnung — es handelte sich um ein mixtum compositum aus Experteninterview und einem Legespiel — freilich nicht ganz unschuldig sind). Des weiteren ist kritisch anzumerken, daß die Kurucz'sche Arbeit in ihrer primär naiv-empirischen Forschungsstrategie durch eine stärkere theoretische Durchdringung nur an Qualität gewinnen könnte. In typisch Comtescher ‚hygiène cérébralé', d. h. ohne die gegenwärtige theoretische Diskussion auch nur zur Kenntnis zu nehmen, gelingt Kurucz in etwas altväterlicher Manier allemal nur der (mühsame) Aufstieg zu den schwankenden Wipfeln der Durkheimschen Anomietheorie, deren beschreibende Kategorien spätestens bei der Frage nach der Qualifizierung des alltäglichen Lagebewußtseins der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz ihren Geist aufgeben müssen. Diese gerade heute so wichtige Frage wird dann konsequenterweise vom Autor auch gar nicht mehr thematisiert, sondern, unter Verweis auf den Weberschen Wertfreiheitsbegriff, als irrelevant eskamotiert.

Wichtiger indes als die eigentlichen Forschungs*ergebnisse* der Arbeit sind allerdings die Forschungs*umstände*, unter denen die Untersuchung stattgefunden hat und deren Kenntnis zu einem Gutteil die methodologischen und methodischen Defizite und Schwächen, an denen die Arbeit leidet, ‚verständlicher' erscheinen läßt. Was auf den ersten Blick wie ein schlechtes Schmierenstück aus den Zeiten hochkapitalistischer Despotie anmutet, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Paradebeispiel konsequenter Einflußnahme des Kapitals auf die Freiheit sozialwissenschaftlicher Forschung, unterstützt von denjenigen Kräften, denen die „Freiheit der Wissenschaft" allemal nur noch als Kampfbegriff zur Durchsetzung konservativ-reaktionärer Lehr- und Forschungsinhalte Lippendienste leistet. Im Gegensatz nämlich zu Autoren wie Friedrich Fürstenberg, dessen 1969 veröffentlichte Untersuchung über „Die Soziallage der Chemiearbeiter" (Friedrich Fürstenberg: Die Soziallage der Chemiearbeiter,

Neuwied u. Berlin 1969; zur Kritik daran vgl. Frank Deppe u. Hellmuth Lange: Wissenschaft im Dienste der Unternehmer, Informationsbericht Nr. 5, vom Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. 1970) bereits im methodischen Ansatz den ideologischen Geist seiner Auftraggeber (es handelte sich um den Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie) atmet, hat sich Kurucz mit seiner Chemiker-Untersuchung von Anfang an als persona non grata der frostigen Ablehnung seitens des Managements der Konzerne ausgesetzt, in denen die Untersuchung durchgeführt worden ist (BASF, Bayer, Hoechst). War bereits während der Felduntersuchung alles getan worden, um Kurucz und seine damaligen Mitarbeiter von den zu befragenden Chemikern fernzuhalten, so sollte es dabei allein nicht bleiben: Kaum war 1972 in den „Nachrichten aus Chemie und Technik" von Kurucz eine Vorbesprechung der Ergebnisse seiner Arbeit erschienen, als sich — nach Auskunft des Autors — „eine ... im Untergrund abspielende, feindselige Auseinandersetzung zwischen den Herren der drei großen Chemiekonzerne und dem Verfasser" entwickelte /6/. Aufgeschreckt über die zentrale Aussage des Buches („Krise des Leistungsbewußtseins" bei den Chemikern), versuchte das Management, die endgültige Publikation des Buches (erschienen im Verlag Chemie!) zu verhindern, was freilich an den bereits geschlossenen Verträgen scheitern sollte. War auch die Publikation nicht mehr zu sabotieren, so wurde in der Folgezeit durch Limitierung des Versandes das Buch mehr oder weniger totgeschwiegen. Über den weiteren Verlauf der Dinge schrieb „Der Saarländische Arbeitnehmer": „Als Begleitmaßnahme gab die Gesellschaft Deutscher Chemiker (Mehrheitseigner des Verlags Chemie und Vorsitzender: der damalige Bayer-Chef Prof. Kurt Hansen) ein Geheimgutachten beim Geschäftsführer des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Prof. Erwin K. Scheuch, in Auftrag. Scheuch beschäftigte sich allerdings weniger mit Wissenschaft, noch weniger mit der Freiheit derselben — er empfahl unterschwellig ganz schlicht das Einstampfen der Arbeit des Saarbrücker Kollegen. Als auch das nicht gelang, hielt man sich an die Kleinsten: im Verlag Chemie wurden einige Mitarbeiter gemaßregelt. Kurucz — zeitweise an den Auseinandersetzungen schwer erkrankt — ließ sich jedoch nicht entmutigen und machte sich an die zweite Untersuchung ... die Erfahrungen, die er dabei sammelte, waren ebenfalls entsprechend: Firmentüren blieben zu, Interview-Partner bekamen Redeverbot, PR-Spezialisten wurden ihm zur ‚Betreuung' angedient. Und zu allem mußte er bei der Universität des Saarlandes, wo er einen ordentlichen Lehrstuhl innehat, um jede einzelne Mark kämpfen ..." (Arbeitskammer des Saarlandes (Hg.): Der Saarländische Arbeitnehmer, H. 11, November 1975, S. 380)

„Industriephysiker und Industrieherren" dürfte, da im Selbstverlag des Autors erschienen (warum eigentlich?), kaum im Buchhandel zu erhalten sein. Da auch die Chemiker-Untersuchung aufgrund der o.g. repressiven Maßnahmen nur schwer zugänglich ist, sei für Interessierte hier die Adresse Jenö Kurucz' genannt: Parkweg 14, 6601 Scheidt.

Peter Hinrichs

das erste 3.WELT MAGAZIN in der BRD

Ihr background zu Fragen der internationalen Entwicklung

Wir versuchen nicht nur im Konflikt zwischen Industriestaaten und sogenannten Entwicklungsländern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten Stellung zu beziehen, sondern die Abläufe imperialistischer Unterdrückung dokumentarisch nachzuweisen.

So werden im Heft Nr. 3/4 die ANC (African National Congress of South Africa) Dokumente zusammengefaßt und analytisch verarbeitet, auf denen alle Presseberichte über die nucleare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika beruhen.

Das Magazin erscheint jeden Monat. Authentischer Background und aktuelle Informationen werden übersichtlich vermittelt. Dazu gehören Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmbesprechungen und vieles mehr. Für ein weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Informations-Block entwickelt: Wichtige Themen werden auf 20-30 Seiten breiter behandelt und dokumentiert (auch einzeln erhältlich). Also die Möglichkeit, einen kurzen Überblick zu Fragen der internationalen Entwicklung zu finden, ebenso wie Grundlagen für eine tiefergreifende Auseinandersetzung.

Sonderdrucke:

- DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA
  Befreiungskampf und internationale Einflüsse
  32 Seiten Dokumentation; DM 3,00
- GHASSAN KANAFANI
  Palästinensische Kultur und nationale Befreiung
  32 Seiten Kulturbeilage; DM 3,00
- NUKLEARE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESREPUBLIK UND SÜDAFRIKA
  Dokumentation des African National Congress of South Africa 20 Seiten; (vergriffen)
- ISRAEL-SÜDAFRIKA: KOOPERATION IMPERIALISTISCHER VORPOSTEN
  32 Seiten; DM 3,00
- LIBANON-KRIEG: POLITISCHE UND SOZIALE HINTERGRÜNDE
  32 Seiten; DM 3,00
- INDONESIEN
  Subimperialistisches Zentrum auf Zeit?
  24 Seiten; DM 2,00
- TUNESIEN-DOKUMENTATION
  Verfolgung und Widerstand der Sozialisten
  44 Seiten; DM 3,00
- OMAN: REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION
  32 Seiten; DM 3,00

Jahresabonnement DM 48,--, Studenten/ZDL/WDL DM 32,--.

pdw progress dritte welt **verlag · verleih · agentur**

PROGRESS DRITTE WELT VERLAG – BUSCHSTRASSE 20, 5300 BONN 1, POSTFACH 1528, TEL 21 34 64

Heinrich Vogeler, Mitbegründer der Worpsweder Künstlerkolonie, einer der bekanntesten Jugendstilmaler Deutschlands, Illustrator, Designer und Achritekt, versetzte seine Liebhaber in Erstaunen, als er nach dem 1. Weltkrieg die Barkenhoff-Kommune gründete und später als überzeugter Kommunist in die Sowjetunion ging. Bis heute wird der politische Vogeler unterschlagen oder verleumdet.
In dieser "dokumentarischen Biografie" wird erstmals auch authentisch über Vogelers Todesumstände berichtet.
100 Seiten, 4 farb. Umschlag 9,80 DM

Wolfgang Bittner (Hg.)
Astel Böll Degenhardt
Drewitz Fried
Halbritter Hannover Kittner
Mechtel Ostermeyer
Parnass Schütt Spoo
Staeck Ulrichs
Volland Wallraff Zahl
Zingerl Zwerenz

Strafjustiz

Ein bundesdeutsches Lesebuch

VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS

Vorgänge, die Anlaß zu ernster Besorgnis geben: Abhöraffären von staatlichen Geheimnisträgern, polizeiliche Gewaltaktionen, Selbstmorde in Gefängniszellen, fragwürdige Verbrechensermittlung, Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe - statt Strafrechtsreform.
Mehr als 80 Fachleute, Schriftsteller, Grafiker oder Betroffene nehmen und beziehen in diesem 2. "bundesdeutschen Lesebuch" (nach BERUFSVERBOT) Stellung.
288 Seiten, Umschlag chromolux silber mit 2 farb. Siebdruck
Paperback 17,60 DM
gebundenene Ausgabe 24,80 DM

ATELIER IM BAUERNHAUS
2802 FISCHERHUDE

REIHE TECHNIK + BILDUNG

Technikunterricht - Alternativen zur Arbeitserziehung in der BRD 216 S. 15,-

Technische Bildung als Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung

BAND 1
Analysen der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen, der pädagogischen Ziele, Versuch einer theoretischen Grundlegung.
166 S. 15,-

BAND 2
Unterrichtsbeispiele aus Sachunterricht, Arbeitslehre, Technikunterricht, Berufsgrundbildung und gewerkschaftlicher Jugendarbeit.
184 S. 18,-

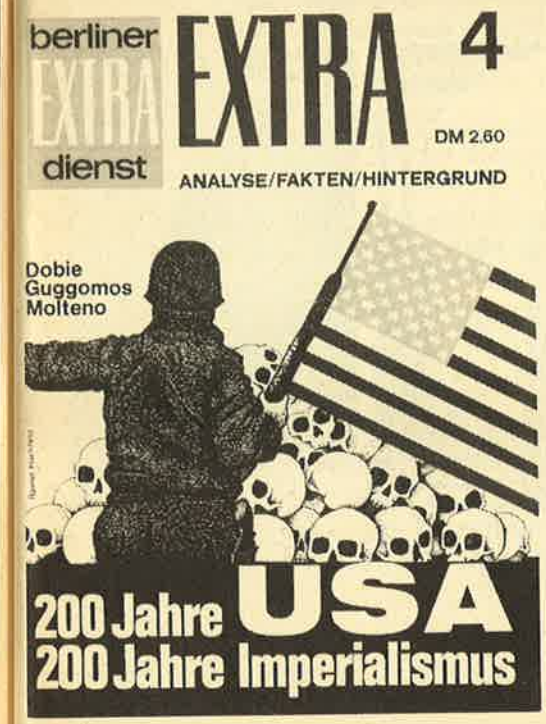
BAND 3
Darstellung der Arbeitswelt in Technikunterricht und Arbeitslehre
160 S. 15,-

Dokumentationen zum 5. Werkpädagogischen Kongress mit Beiträgen von

Helmut BENJES Wolfgang BIESTER Ludwig von FRIEDEBURG Dieter GÖRS Horst HENSEL Christian KNEIFEL Johannes KOCH Gerd KÖHLER Michael MENDE Dieter MÜTZELBURG Helmut NÖLKER Gert REICH Ernst REUTER Hartmut SELLIN Werner TOBIAS Heinz ULLRICH Ekkehard WEBER Gerd WEGHORN Fritz WILKENING und anderen

ROTA

Britzer Verlag-Druck-&Vertriebs GmbH
1000 Berlin 47 (Britz) Scheveninger Str. 16
Tel. 030/6 06 23 78



ANALYSEN – FAKTEN – HINTERGRUND

Das liefert der EXTRA-Dienst zweimal in der Woche seinen 7 200 Abonnenten per Post ins Haus (monatlicher Abo-Preis: 9 Mark). Wöchentlich mindestens 56 Seiten – randvoll mit Nachrichten und Reports, die woanders verschwiegen werden. Dennoch: Zur zusammenhängenden und übersichtlichen Darstellung aktueller internationaler Probleme fehlt uns in der laufenden Berichterstattung meist der Platz. Deshalb machen wir EXTRA-Dienst-EXTRA. Sonderhefte zu Billigpreisen, die außerhalb des Abos laufen und die man extra bestellen kann. Die bisher erschienenen EXTRAs:

Heft 1: „Schlachtfeld Angola", Ursprung und Verlauf des Konfliktes im potentiell reichsten Land Afrikas. 56 Seiten. 3 Mark.

Heft 2: „Zwischen Marx und Mohammed". Eine Analyse der sozialistischen Strömungen im arabischen Raum, aktuell zum Libanon-Konflikt. 72 Seiten. 4 Mark.

Heft 3: „Historische Wende in Italien". Fakten und Daten zum Euro-Kommunismus. 88 Seiten. 4 Mark.

Heft 4: „200 Jahre USA – 200 Jahre Imperialismus". Von der Indianer-Ausrottung bis zum Völkermord in Vietnam. 72 Seiten. 3 Mark.

Heft 5: „Kontinente im Klassenkampf". Industrie- und Entwicklungsländer ringen um eine neue Weltwirtschaftsordnung. 72 Seiten. 4 Mark.

Für Bestellungen benutzen Sie bitte den anhängenden Coupon.

Ausschneiden und einsenden an:
Berliner EXTRA-Dienst
Pfalzburger Str. 20,
1000 Berlin 31

berliner EXTRA dienst

Ich bestelle den EXTRA-Dienst für mindestens 6 Monate. Abo-Preis: 9 DM monatlich. Nur ankreuzen, wenn Abo erwünscht. ○

Ich bestelle EXTRA-Dienst-EXTRA..... (bitte Nummer angeben) und füge den Betrag in Briefmarken bei.

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Neuerscheinungen

Udo Mayer / Gerhard Stuby (Hrsg.)
Das lädierte Grundgesetz
Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949–1976
Band 83, 364 Seiten, DM 14,80

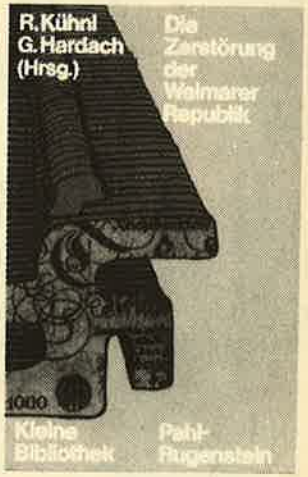
Die Geschichte der Verfassung von 1949 bis heute ist zugleich auch eine Geschichte von Verfassungsbrüchen und Verfassungsverletzungen. Die Chronologie beginnt mit dem Verbot der KPD, den strafrechtlichen Verfolgungen der antimilitaristischen Opposition in den fünfziger Jahren, dem Verbot der von der SPD beantragten Volksbefragung zur Atombewaffnung, der Einschränkung der Koalitionsfreiheit und endet schließlich bei der Notstandsgesetzgebung und den Berufsverboten.

Jutta Menschik
Feminismus
Geschichte, Theorie, Praxis
Band 87, ca. 240 Seiten, DM 12,80

Das Buch soll Information und Orientierungshilfe sein für Frauen, die etwas an ihrer Situation ändern wollen und Fragen stellen wie: Was ist Feminismus? Können Frauen sich nur ohne Männer emanzipieren? Ist Lohn für Hausarbeit eine angemessene Alternative gegen die Forderung: Frauen in den Beruf? usw.

Reinhard Kühnl / Gerd Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
Band 88, ca. 240 Seiten, DM 9,80

Die Weimarer Republik ist weder durch das „Votum der Wähler" noch durch die „Lasten des Versailler Vertrages" zugrunde gegangen. Sie ist nicht „zwischen Links- und Rechtsradikalen zerrieben" worden und auch nicht am „Versagen der politischen Mitte" oder des „allzu demokratischen Verfassungssystems" gescheitert. Tatsächlich wurde sie von angebbaren Kräften aus angebbaren Gründen zielbewußt zerstört. Diese Kräfte werden analysiert: in ihrer Struktur, ihren Interessen, ihren Zielen und ihrer politischen Strategie. Wie die Zerstörung der Weimarer Republik in unseren Schulbüchern dargestellt wird, soll am Schluß des Bandes geprüft werden.



Pahl-Rugenstein

160 Seiten — 6,50 DM

Jungsozialisten und SPD

von Chr. Butterwegge

Obwohl die Bedeutung der Jungsozialisten in den letzten Jahren spürbar gestiegen ist, blieb die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen über die sozialdemokratische Nachwuchsorganisation gering. Der Autor versucht, das Verhältnis des Verbandes zu seiner „Mutterpartei" vor dem Hintergrund der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Westdeutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu analysieren. Das Buch enthält nicht nur wichtige Hinweise zum Verlauf der Richtungskämpfe in der SPD, sondern auch detaillierte Informationen über den Status der Jungsozialisten, ihre Aufgabenstellung, den Organisationsaufbau sowie das einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfene Selbstverständnis dieser Arbeitsgemeinschaft. Die Studie endet mit einem Ausblick auf die Zukunft der Jungsozialisten, denen bei konsequenter Vertretung antikapitalistischer Positionen auch und gerade in Phasen einer politischen Gegenoffensive der Rechtskräfte in und außerhalb der SPD eine entscheidende Rolle hinsichtlich einer längerfristig erstrebten Veränderung der Partei zufallen kann.

SK Das sozialistische Nachrichtenmagazin

Demokratisch — sozialistisch — offensiv

- **berichtete bereits Ende 1976 über die neue linke Mehrheit bei den JUSO's, die dann auf dem JS-Bundeskongreß im März 1977 so spektakulär in Erscheinung trat**
- **berichtet regelmäßig ausführlich über die Linke innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitnehmer AG (AfA) und die Arbeit des linken sozialdemokratischen Gewerkschaftsflügels**
- **berichtet über den Kampf sozialdemokratischer und sozialistischer Studenten**
- **berichtet über die Arbeit der Linken innerhalb der sozialistischen Parteien des Auslands**
- **bringt Analysen/Interviews über und zu Problemen, vor denen die sozialdemokratische Bewegung steht**

Probeexemplare von W. Runge-Verlag,
SK-Vertrieb, Postfach 606 167, 2000 Hamburg 60

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

AS 7 Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD

Unentbehrlich für alle, die am Begreifen der epochalen Veränderungen in der Produktion interessiert sind

Das Projekt Automation und Qualifikation stellte mit diesem viel diskutierten Band den ersten Teil einer empirischen Untersuchung über die Automation in der BRD vor. Der zweite Teil folgt 1977 als AS 19 „Automationsarbeit I". „Man muß es gleich vorneweg vermerken, daß sich die Studie durch eine Fülle statistischen und empirischen Materials auszeichnet, weil das für jeden von Bedeutung ist, der sich mit dem Komplex Automation beschäftigt. Wichtig ist ferner die Palette der erfaßten Daten: sie reicht von Produktivitätsuntersuchungen über die Arbeitskräftestruktur bis hin zur Staatstätigkeit und den Staatsausgaben in dem hier relevanten Zusammenhang." R. Katzenstein, in: Blätter für deutsche und internationale Politik

Inhalt:

I. Methodische Vorbemerkungen (Begriff und Ermittlungsverfahren, Bedingungen und Schranken von Automation)

II. Indikatoren für technischen Fortschritt (Entwicklung der Produktivität, der Arbeitskräftestruktur und der Staatstätigkeit)

III. Entwicklung und Ausbreitung von Automation (Genese von Automation, Ausbreitung elektronischer Datenverarbeitung, Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen, Automation in der Produktion)

AS 7: 1975, 2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum überschaubare Literaturflut

I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit"

II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung" der industriellen Arbeitsorganisation

III. „Humanisierung der Arbeit" als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen

IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften

V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit"

AS 14: Frühjahr 1977

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

AS 15 Kritische Psychologie (II)

Fortführung der in den Heften 79, 89 und 91 begonnenen Diskussion. War dort die Therapie alleiniger Schwerpunkt der Hefte, soll jetzt der Versuch unternommen werden, auch andere Bereiche der Psychologie einzubeziehen. So wird die Psycholingustik (Skinner, Watzlawick) einen Schwerpunkt bilden, ein anderer der Entwicklung einer Persönlichkeitstheorie (Sève, Holzkamp, Osterkamp) gewidmet sein. Dabei wird die begonnene Diskussion um die Therapie mit kritischen Beiträgen zu Psychoanalyse und Verhaltenstherapie fortgesetzt. Schließlich wird die Anwendung therapeutischer Konzepte im pädagogischen Raum analysiert.

Adressaten: Psychologen, Sprachwissenschaftler, Lehrer Philosophen

AS 16 Staat und Monopole (II) Probleme der materialistischen Staatstheorie

Beiträge von Heiko Asseln, Frank Deppe, Willi Riepert, Karin Priester, Hans Rainer Kaiser, Hans Jürgen Axt, Hildegard Caspar, Bernd Güther, Uli Wacker und Helmuth Schütte

u. a. zu folgenden Themen: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. Entstehung des bürgerlichen Staates – das Absolutismusproblem. Bestimmung von Staatsfunktionen. Die „Staatsfrage" und die Strategie der Arbeiterbewegung. Gramscis Staatskonzeption. Claus Offes Auffassung „staatlicher Handlungen". Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – am Beispiel der Energiepolitik der EWG nach der „Erdölkrise" 1973. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. Staat und Infrastruktur.

Erscheinungsweise, Preise und Bezugsmöglichkeiten:

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM – Studenten und Schüler 11,– DM (ab 1.6.77 12,– DM),

Im Abonnement jeweils 12,– DM – Studenten und Schüler 9,– DM

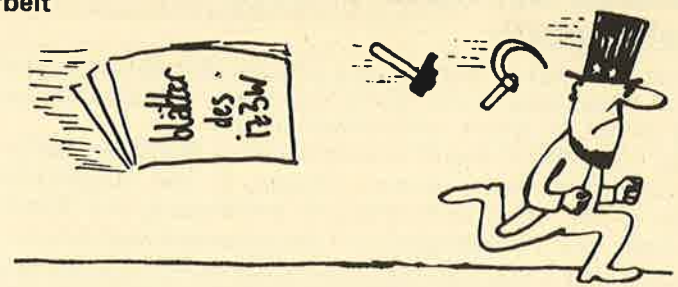
Abo-Bedingungen: Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

Argument-Verlag / Postfach 210730 / 7500 Karlsruhe 21

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt dazu Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit



Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 – 60 Seiten: DM 28,– / öS 200,– / Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,– / öS 140,– / Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

Probeexemplar anfordern!

Der focus-verlag fordert auf zur SUBSKRIPTION:

Otto Rühle

Im Oktober 1977 erscheint im Focus-Verlag, Gießen, der 2. Band von: Otto Rühle:

ILLUSTRIERTE KULTUR- UND SITTENGESCHICHTE DES PROLETARIATS 2

ca. 550 Seiten/ca. 300 Abb./ DM 48.00

Dieser 2. Band ist teurer als der im Verlag "Neue Kritik" erschienene erste, weil es sich nicht um einen Reprint handelt, sondern um ein nach dem Manuskript neu gesetztes Buch. Der Focus-Verlag kann diesen Band nur herausgeben, wenn er dabei umfassend unterstützt wird. Er fordert zur SUBSKRIPTION auf und bietet dafür drei Modelle an:

1. Die ganz normale Subskription - zum Subskriptionspreis von 40.-
2. Die Subskription mit Vorauszahlung - Preis hierbei DM 34.00; das Geld bitte (zuzüglich DM 1.50 Versandkostenpauschale) mit dem Vermerk "Rühle, Sittengeschichte" auf das Konto des Focus Verlages, Postscheck Ffm 846 68-604 überweisen.
3. Kauf von "O.Rühle, Die Revolutionen Europas" (3 Bde mit 1020 S. im Schuber zum Preis von DM 48.00) und Subskription mit Vorauszahlung. Preis hierbei DM 78.00. Keine Versandkostenpauschale. "Rühle, Revolutionen" wird sofort nach Zahlungseingang versandt, "Rühle, Sittengeschichte" nach Erscheinen.

Schon erschienen im Focus-Verlag sind von OTTO RÜHLE:
DIE REVOLUTIONEN EUROPAS. 3 Bände mit mehr als 1000 Seiten und über 500 Abbildungen zusammen im Schuber DM 48.00; Einzelbände DM 22.00

focus verlag
Verlag für Sozialwissenschaften
Dammstraße 11 / Postfach 2328
6300 Lahn-Gießen
Telefon (06 41) 3 47 60

Stempel der Kommune

Wo immer Menschen sich auflehnen gegen Kapital und Reaktion,
gegen Mietwucher, Arbeitsplatzabbau und Bildungsnotstand,
wo sie eintreten für den Erhalt und Ausbau ihrer politischen,
demokratischen und sozialen Rechte:
mit ihnen kämpft die Zeitung
Die Wahrheit*

Sie finden ihre Nöte und Sorgen, ihre Forderungen und Proteste
oft verhöhnt und nicht ernstgenommen.

Nur in der Zeitung **Die Wahrheit***
werden ihre Probleme ausführlich und zuverlässig wiedergegeben.

In der Zeitung **Die Wahrheit*** finden sie immer Gehör,

Die Wahrheit*
finden sie immer an ihrer Seite.

Die Wahrheit*

will Sprachrohr der arbeitenden Menschen sein, hier kommen alle
zu Wort, die für Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen.

Die Wahrheit

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG WESTBERLINS

***bringt, was die bürgerliche Presse verschweigt.**

neue Reihe

Dokumente zur deutschen Geschichte
(zunächst bis 1945)

Hier die ersten 8 von 12 Titeln:
- 1897–1904
- 1910–1914
- 1905–1909
- 1914–1917
- 1917–1919
- 1919–1923
- 1924–1929
- 1929–1933

Jeder Band ca. 140 Seiten, Brosch., je DM 5,80

Ich bestelle:
Dokumente zur Geschichte:
... Ex. 1897–1904 ... Ex. 1917–1919
... Ex. 1910–1914 ... Ex. 1919–1923
... Ex. 1905–1909 ... Ex. 1924–1929
... Ex. 1914–1917 ... Ex. 1929–1933
☐ (kostenlos) Prospekte Röderberg und tat-Buchvertrieb

Name .....
Straße .....
PLZ und Ort .....
Datum Unterschrift sopo

RV
RÖDERBERG-VERLAG GmbH
Schumannstr. 56 · Postfach 4129
6000 Frankfurt am Main 1
Tel. (0611) 751046

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

Nr. 113 Mai/Juni 1977 **Bilderbücher**

Aus dem Inhalt:

Stefan Zürcher: Realismus kommt nicht von allein in Bilderbücher und realistische Weltsicht nicht allein aus ihnen

Jörg Becker: Ökonomische Daten zur Kinderbuchproduktion in der Bundesrepublik

Wolfram Frommlet: Welche Bilder für welche Kinder? Beispiele und Überlegungen zu einer Theorie des Bilderbuches

Johannes Merkel: Gesichtspunkte zum Bilderbuch

Doris Lerche: Ein Comic wird verändert

Wolfram Frommlet: Der Baggerführer müßt mal Skat spielen
Stimmt das Lied vom Willibald?

Jörg Becker: Donald Duck & Co. in Chile
Über Erfolg und Mißerfolg des nordamerikanischen Kulturimperialismus

Richard Hiepe: Über die Comics von Reinhard Alff

Jörg Becker: Kommentierte Bibliographie zur kritischen Kinder- und Jugendbuchforschung (1974 bis heute)

Der 2. Hefteil bringt Beiträge zur bildenden Kunst, über ausländische Künstlerverbände, gewerkschaftliche Kulturarbeit und über die „Freiheit der Kunst" in der Bundesrepublik; Leserbriefe, Grafikangebot, Chronik. Ca. 100 Abbildungen

Themen noch lieferbarer Nummern:
Gewerkschaftliche Kulturarbeit (112), Bildermachen (111), Die Kunst findet auch im Museum statt (110), Karikatur und Plakat - Realismus international (Doppelheft 108/109), Künstler und Krise (107), Realismus und Realismen (106), Engagierte Fotografie (105), Realismus in der DDR (104), Die Frau (102), u. a.

Einzelheft DM 6,50, Abonnement (6 Nr. jährl.) DM 35.- (Incl. MWSt. u. Porto), Studentenabo DM 27,- (Schüler-, Lehrlings- oder Studiennachweis erforderlich)

Damnitz Verlag GmbH., Hohenzollernstr. 144, 8 München 40

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen Frankfurt/Main

Heft 31

Kultur der Arbeiterklasse
Heft 3/1977, Juli-September 1977
ca. 148 Seiten, Einzelheft DM 6,–

Das Heft enthält folgende Beiträge:

Gerard Belloin, Kultur, Persönlichkeit und Gesellschaft; **Dieter Ulle,** Kulturtheoretische Imperialismusforschung. Probleme und Aufgaben; **Renate Karolewski,** Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Kultur; **Michel Verret,** Über die Arbeiterkultur. Bemerkungen zu einem Buch von Hoggart; **G.G. Diligenski,** Die Arbeiterklasse in einer neuen Etappe. Über aktuelle Tendenzen in der Entwicklung des proletarischen Massenbewußtseins in den kapitalistischen Ländern; **B. Dubson,** Probleme der Freizeit der Gesellschaft unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus.

Marxismus Digest erscheint vierteljährlich. Einzelheft DM 6,–, Abonnement DM 22,–; ermäßigtes Abonnement für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Wehr- und Ersatzdienstleistende DM 18,– (nur über IMSF).

IMSF-Informationsbericht 28

Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD

Ca. 100 S., DM 6,–, stat. Material, April 1977
Verfaßt von Bernd Güther

Aus dem Inhalt:

I. **Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Intelligenz 1973–1976 (Statistischer Teil)**
Entwicklung und Umfang der akademischen Arbeitslosigkeit/Arbeitslosigkeit der Intelligenz nach Fachrichtungen/Ingenieure, Lehrer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler/Berufsstruktur der arbeitslosen Akademiker/Altersstruktur und Dauer der Arbeitslosigkeit

II. **Zur Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit der Intelligenz**
Angebot und Bedarf an akademischen Arbeitskräften/Tendenz zur Überqualifikation?/Ursachen und Folgen steigender Akademiker-Arbeitslosigkeit

III. **Der antimonopolistische Kampf gegen die akademische Arbeitslosigkeit**

Statistischer Anhang

Bestellungen bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei:

IMSF **Institut für Marxistische Studien u. Forschungen, Liebigstraße 6 6000 Frankfurt a. M. 1**

lendemains

ZEITSCHRIFT FÜR
FRANKREICHFORSCHUNG
+FRANZÖSISCHSTUDIUM

3 Sprachgeschichte in der Frankreichforschung I
Kleinbürgertum II

4 Aufklärung I
Sprachgeschichte in der Frankreichforschung II

5 Künstlerische Produktion heute
Aufklärung II

gerade erschienen:

6 Gegen das "Siècle Classique"
Forum: Baudelaire/Mallarmé /
Historische Textpragmatik

im Mai erscheint:

7/8 Gewerkschaftsbewegung in Frankreich
Historische Entwicklung und aktuelle
Situation der Gewerkschaften CGT, CFDT, FO

im August erscheint:

9 Würdigung des Gesamtwerks von Louis Aragon
Untersuchungen der Lyrik und Prosa von
1917 bis heute

(Die Hefte 1 und 2 sind beim Verlag vergriffen.)

Jährlich 4 Hefte. Einzelheft DM 7.- / Abo DM 24.- /
Studentenabo DM 20.- gegen Bescheinigg. Alle Preise
zzgl. DM 2.80 Porto. Bestellungen bei: Verlag und
Vertrieb Sozialistische Politik GmbH., Büsingstr.17
1000 Berlin 41, Postfach 410 269. Postscheckkonto:
Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik,
SONDERKONTO LENDEMAINS, Berlin-West, Nr. 1237 68-109

VSA informiert

**VSA, Eiffestraße 598,
2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, Postfach 360 307,
1000 Berlin 36**

Sozialismus für Italien
Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung

228 Seiten; Paperback; DM 16,80

Die programmatischen Vorstellungen der PCI zu:

- Neuorganisation der Ökonomie
- Umgestaltung der politischen Struktur
- Grundlinien eines sozialistischen Gesundheitssystems, des Ausbildungssystems und der Kultur

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats
Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF.
192 Seiten; Paperback; DM 16,–

Louis Althusser
Ideologie und ideologische Staatsapparate
Marxismus und Philosophie.
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats.
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik
Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole F. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica.
196 Seiten; Paperback; DM 14,80

Jean Elleinstein

Geschichte des »Stalinismus«

Jean Elleinstein ist stellvertretender Leiter des Centre D'Etudes et de Recherches Marxistes (CERM), Mitglied der PCF. Seine zusammenfassenden Thesen über die Stalin-Ära beruhen auf einer gründlichen vierbändigen Geschichte der UdSSR.

W. Abendroth schreibt in KONKRET über den Text: „... dieses Buch (sollte) zur Pflichtlektüre eines jeden werden, der in der Linken der Bundesrepublik ernstlich mitdiskutieren will. Es sei auch jedem Historiker und Sozialwissenschaftler dringend empfohlen. Denn es ist eine ebenso gründliche wie überzeugende marxistische wissenschaftliche Analyse, die alle wichtigen Fakten darstellt."

228 Seiten; Paperback; DM 16,80

VSA

A 4846 FX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

Hier

könnte Ihr Name stehen und der Briefträger bringt Ihnen die SOPO ins Haus.

JAHRESABO (4 HEFTE) DM 20.-

Bestellungen bitte an den Verlag

Zupfgeigenhansel

Zupfgeigenhansel singt Volkslieder.
Es dunkelt schon in der Heide.
Mein Vater wird gesucht.
Ich bin ein freier Bauersknecht.
Die bange Nacht. u.a.

Eine neue Zupfgeigenhansel-LP.
Die zweite.
Überall im Fachhandel
Best.-Nr. 19 F 902

Volkslieder bei „pläne„

Dieter Süverkrüp
Ca ira, Lieder der französischen Revolution
Best.-Nr. 11 101
1848, Lieder der deutschen Revolution
Best.-Nr. 11 102

Kannmacher/Schöntges
Wer jetzig Zeiten leben will
Best.-Nr. TK/JS - 01/76
Wenn ich mein Schatz nicht rufen darf
Best.-Nr. 19 F 903

Zupfgeigenhansel
Volkslieder 1
Best.-Nr. 19 F 901

pläne

Verlag „pläne„ GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 · 81 89 25

GESAMTVERZEICHNIS
anfordern !